G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Zur internationalen Situation am Ausgang der siebziger Jahre

Martin Niemöller
Dreißig Jahre Bundesrepublik Erlebnisse und Gedanken

Nino Pasti
Politisch-militärische und biologisch-medizinische Gefahren der Neutronenbombe

Heinz-Jürgen Axt
Sozialdemokratische Westeuropa-Politik von 1945 bis heute

Horst J. Andel
Aufstieg und Niedergang des Hauses Pachlawi

Jörg Huffschmid
Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz fünf Jahre nach der „Ölkrise“

1'79

Januar 1979 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1979

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1978 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur internationalen Situation am Ausgang der siebziger Jahre
Karl D. Bredthauer 4

Nobelpreis für die Belegschaft von Lucas Aerospace? ..... *Ulrich Albrecht* 9

GLOSSE

Was denken sich die Gewerkschaften eigentlich? ..... *Klaus Konjetzky* 12

HAUPTAUFSÄTZE

Dreißig Jahre Bundesrepublik. Erlebnisse und Gedanken .... *Martin Niemöller* 13

Politisch-militärische und biologisch-medizinische Gefahren der Neutronenbombe ..... *Nino Pasti* 27

Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute ..... *Heinz-Jürgen Axt* 37

Aufstieg und Niedergang des Hauses Pachlawi ..... *Horst J. Andel* 63

Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Ölkrise ..... *Jörg Huffschmid* 69

BÜCHER

„Rückkehr unerwünscht". Literatur zum Widerstandskreis zum Ernst Niekisch ..... *Wolf-Dieter Gudopp* 86

MEDIENKRITIK

Humanität und Strategie ..... *Günter Giesenfeld* 94

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschaftsprognosen 1979
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten ..... *Jörg Goldberg* 95

TAGUNGSBERICHTE

Internationale Juristenkonferenz gegen Rassismus und Apartheid vom 11.–15. September 1978 in Baku ..... *Norman Paech* 98

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Aufruf zur internationalen Konferenz „Demokratische Rechte verteidigen – Berufsverbote aufheben – gemeinsam gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der BRD" in Darmstadt am 27./28. Januar 1979 (Wortlaut) *101*

Vorschläge und Forderungen des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) für eine demokratische Studienreform, beschlossen auf der 7. a. o. Delegiertenkonferenz am 2./3. Dezember 1978 in Tübingen. Ein Beitrag zur Diskussion um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (Wortlaut) *102*

Erklärung der „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" vom 3. Dezember 1978 (Wortlaut) *118*

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 7. und 8. Dezember 1978 in Brüssel (Wortlaut) *122*

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1978 125

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang · Heft 1/1979

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Dezember 1978

1. 12. – J a p a n. Nach einer Niederlage bei parteiinternen Vorwahlen verzichtet Ministerpräsident Takeo Fukuda auf Parteivorsitz und Regierungsamt. Zum neuen Vorsitzenden der Regierungspartei (Liberaldemokraten) wählt ein Sonderparteitag Masagoshi Ohira, der damit auch das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt. Ohira wird am 7. 12. von beiden Häusern des Parlaments bestätigt.

3. 12. – K a m b o d s c h a. Radio Hanoi meldet die Gründung einer „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" (Kampuchean United Front for National Salvation/KUFNS), deren Ziel es sei, in den „befreiten Gebieten" den Widerstand gegen die Regierung in Phnom Penh (vgl. „Blätter", 5/1975, S. 482) zu organisieren. Die Organisation habe ein politisches Programm ausgearbeitet (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen") und ein Zentralkomitee (14 Mitglieder) eingesetzt.

4. 12. – N A T O. In Brüssel beginnen die Herbsttagungen der Organisation (Frühjahrstagung vgl. „Blätter", 6/1978, S. 643). Es tagen die „Eurogroup" (4. 12.), der Ausschuß für Verteidigungsplanung (5.–6. 12.) und der NATO-Ministerrat (7.–8. 12.). Die Minister erörtern u. a. den französischen Vorschlag zur Einberufung einer europäischen Abrüstungs-

konferenz (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Der britische Außenminister Owen regt einen „politischen Dialog" mit Vertretern des Warschauer Vertrages über Probleme der Abrüstung und Rüstungsbeschränkung an. Dieser Dialog sei „längst überfällig".

4.–5. 12. – E G. Der Rat der Staats- bzw. Regierungschefs der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften tritt in Brüssel zusammen (letzte Ratstagung vgl. „Blätter", 8/1978, S. 898). Die Teilnehmer einigen sich auf eine Entschließung, in der die Errichtung eines „Europäischen Währungssystems" (EWS) zum 1. Januar 1979 vorgesehen ist. Premierminister Callaghan erklärt noch während der Sitzung, Großbritannien werde sich dem Währungssystem vorläufig nicht anschließen. Der Rat setzt einen Ausschuß ein, der bis Oktober 1979 Vorschläge für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften ausarbeiten soll. Mitglieder sind der ehemalige niederländische Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident Barend Biesheuvel, der britische Labourpolitiker Edmund Dell sowie der ehemalige französische Vizepräsident der EG-Kommission Robert Marjolin.

5. 12. – U d S S R / A f g h a n i s t a n. Generalsekretär Breschnew und der afghanische Ministerpräsident Taraki unterzeichnen in Moskau einen „Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit"; den ersten Freundschaftsvertrag hatten beide Länder schon im Jahre 1921 geschlossen.

– Ä g y p t e n / B u l g a r i e n. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern werden abgebrochen. Die ägyptische Polizei hatte eine Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der bulgarischen Botschaft in Kairo und einer ägyptischen Familie zum Anlaß genommen, das exterritoriale Botschaftsgebäude zu stürmen und zu besetzen.

7. 12. – U N O. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen befürwortet die baldige Wiedereinberufung der Genfer Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Ko-Präsidentschaft der UdSSR und der USA. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) solle an der Konferenz gleichberechtigt teilnehmen. Eine entsprechende Resolution wird mit 100 gegen 4 Stimmen (Israel, USA, Kanada, Guatemala) bei 33 Enthaltungen (darunter die EG-Staaten) angenommen. – Am 15. 12. wird mit 129 Stimmen bei 13 Enthaltungen beschlossen, für das Jahr 1982 eine weitere Sondergeneralversammlung über Abrüstung einzuberufen (vgl. „Blätter", 7/1978, S. 771). – Am 18. 12. wird der Karibische Inselstaat Dominica als 151. Mitglied in die Organisation aufgenommen.

– S p a n i e n. Bei einer Beteiligung von 67,1% billigen 87,8% der Abstimmenden (58% der Wahlberechtigten) den Text der neuen Verfassung (vgl. „Blätter", 11/1978, S. 1289). Mit Nein stimmen 7,8%, von 4,3% der Wähler werden weiße bzw. ungültige Stimmzettel abgegeben. Die größte Zahl der Nein-Stimmen (um 20%) wird in den vier baskischen Provinzen gezählt. – Am 29. 12., nach Inkrafttreten der Verfassung, löst Ministerpräsident Suarez die Cortes auf und schreibt Neuwahlen aus.

8.–9. 12. – R u m ä n i e n / U S A. Der amerikanische Finanzminister Blumenthal reist, aus Bonn kommend, überraschend nach Bukarest, um im Auftrag Präsident Carters mit Präsident Ceausescu zu konferieren. Carters Pressesprecher Powell erklärt dazu, der Besuch finde im Rahmen der „ständigen Konsultationen" zwischen beiden Präsidenten statt.

9.–10. 12. – S P D. Ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verabschiedet das Programm für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Sommer 1979. Als Spitzenkandidat wird der SPD-Vorsitzende Brandt nominiert.

10. 12. – N a h e r O s t e n. Außenminister Vance unternimmt eine weitere Reise in den Nahen Osten, die von amerikanischer Seite als „Vermittlungsversuch" zwischen Israel und Ägypten bezeichnet wird. Erste Station ist Kairo. Anschließend verhandelt Vance in Jerusalem. Nach erneuten Gesprächen in Kairo kehrt Vance am 15. 12. vorzeitig nach Washington zurück. – Am 15. 12. fordert die UN-Generalversammlung mit 72 gegen 30 Stimmen bei 37 Enthaltungen ein Waffenembargo gegen Israel. – Am 23. und 24. 12. kommt Vance in Brüssel noch einmal mit dem israelischen Außenminister Dayan und dem ägyptischen Premierminister Khalil zusammen.

10.–11. 12. – I r a n. Auf Massendemonstrationen in Teheran und anderen Städten, an denen sich fast zwei Millionen Menschen beteiligen, werden die Abschaffung der Monarchie sowie die Ausrufung einer „islamischen Republik" gefordert. Die Demonstrations- und Streikbewegung, die sich auch gegen das herrschende Kriegsrecht und die amtierende Militärregierung richtet (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1156

und 12/1978, S. 1420), wird in den folgenden Wochen verstärkt fortgesetzt.

11. 12. – K S Z E. Ein Expertentreffen der Teilnehmer der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) über Methoden zur friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte wird in Montreux (Schweiz) beendet (Eröffnung vgl. „Blätter", 11/1978, S. 1289). In einem Schlußdokument heißt es, es seien verschiedene Vorschläge und Arbeitsdokumente erörtert worden, die der KSZE-Konferenz in Madrid im Jahr 1980 vorgelegt werden sollten.

12. 12. – P o r t u g a l. Das Parlament lehnt einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung unter Ministerpräsident Mota Pinto mit 109 gegen 45 Stimmen bei 97 Enthaltungen ab. Das amtierende Kabinett, dem ausschließlich parteilose Minister angehören, war am 22. 11. von Präsident Eanes vereidigt worden (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1156).

14. 12. – G r o ß b r i t a n n i e n. Ministerpräsident Callaghan stellt nach einer Abstimmungsniederlage vom Vortag im Unterhaus die Vertrauensfrage. Die Labour-Regierung erhält eine Mehrheit von 10 Stimmen (300 gegen 290 Stimmen).

15. 12. – C h i n a / U S A. Überraschend wird in Washington und Peking ein gemeinsames amerikanisch-chinesisches Kommuniqué veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Die USA und die VR China haben vereinbart, sich gegenseitig anzuerkennen und am 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen zueinander aufzunehmen. Die USA erkennen die Regierung der VR China als die einzig rechtmäßige Regierung Chinas an." In einer Mitteilung des Weißen Hauses werden die Beendigung der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, die Aufhebung des „gegenseitigen Verteidigungsabkommens zwischen den USA und der Republik China in Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens" sowie der Rückzug des amerikanischen Militärpersonals von Taiwan innerhalb von vier Monaten angekündigt: „In Zukunft werden das amerikanische Volk und das Volk von Taiwan wirtschaftliche, kulturelle und andere Beziehungen ohne offizielle Regierungsrepräsentation . . . beibehalten." (Vgl. „Blätter", 3/1972, S. 227 und 3/1973, S. 222.)

– Ö s t e r r e i c h. Der Nationalrat verabschiedet ein Bundesgesetz, das die Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung des Landes verbietet (vgl. „Blätter", 12/1978, S. 1420). Die Entscheidung fällt im Parlament fällt einstimmig.

17. 12. – B e l g i e n. Bei den vorzeitigen Neuwahlen (vgl. „Blätter", 11/1978, S. 1288) bleibt das parlamentarische Kräfteverhältnis gegenüber den Wahlen vom 17. April 1977 (vgl. „Blätter", 5/1977, S. 521) im wesentlichen unverändert. Zu Stimmenverschiebungen kommt es vor allem bei den Flämischen Liberalen (PVV) und der Flämischen Volks-Union (VU). Die PVV gewinnt 5 Mandate (jetzt 22), die VU verliert 6 Mandate (jetzt 14).

18.–22. 12. – C h i n a. Das Zentralkomitee der KP Chinas, das in Peking tagt, beschließt Maßnahmen zur Dezentralisierung der Wirtschaft und trifft wichtige personelle Entscheidungen. Wieder eingeführt wird die (während der „Kulturrevolution" abgeschaffte) Funktion des Generalsekretärs der Partei, die Hu Yao-pang, ein Mitglied des Politbüros, übernimmt.

19. 12. – I n d i e n. Auf Antrag von Premierminister Desai beschließt das Unterhaus mit 279 gegen 138 Stimmen bei 37 Enthaltungen, die ehemalige Ministerpräsidentin Indira Gandhi wegen „Mißachtung der parlamentarischen Vorrechte" aus dem Parlament auszuschließen und ihr das Mandat abzuerkennen (vgl. „Blätter", 12/1978, S. 1420). Frau Gandhi, die nach der Abstimmung für einige Tage in Haft genommen wird, deutet an, sie werde sich bei den Nachwahlen im gleichen Wahlkreis noch einmal um den Parlamentssitz bemühen.

21.–22. 12. – U S A / U d S S R. Die Außenminister Vance (USA) und Gromyko (UdSSR) setzen in Genf die Verhandlungen über ein neues Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT II) fort. Beide Minister betonen vor der Presse, es seien weitere Fortschritte gemacht, aber noch nicht alle offenen Fragen gelöst worden.

23. 12. – N a m i b i a. Die „Demokratische Turnhalle-Allianz" stimmt dem Plan der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit zu, nach dem u. a. Wahlen unter UN-Aufsicht stattfinden sollen. Die Zustimmung wird jedoch mit Bedingungen verbunden.

31. 12. – A l g e r i e n. Unter Vorsitz von Parlamentspräsident Rabah Bitat, der als Staatsoberhaupt amtiert, erörtern die führenden Militärs Probleme um die Nachfolge des am 27. 12. verstorbenen Präsidenten Houari Boumedienne. Über einen Kandidaten soll ein außerordentlicher Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FLN) entscheiden.

Zur internationalen Situation am Ausgang der Siebziger Jahre

Das letzte der 70er Jahre hat begonnen. Ein Jahrzehnt geht zuende, in dem Vieles in Bewegung gekommen ist, in dem viele Teile der Welt von einer Dynamik erfaßt wurden, die ihrerseits Ausdruck vorangegangener, anhaltender und in den 70er Jahren besonders spürbar zum Tragen kommender Verschiebungen der globalen Kräftekonstellationen ist. Fortschrittliche, antikolonialistische und antifaschistische Bewegungen haben erheblich an Boden gewonnen (Beispiel: Überwindung der faschistischen Regimes in Portugal, Griechenland und Spanien, Befreiung der portugiesischen Kolonien), sicherlich nicht zufällig in einem Zeitabschnitt, dessen politisches Schlüsselwort *„Entspannung"* heißt. Im Vergleich zur vorangegangenen Periode des Kalten Krieges in den 50er und 60er Jahren hat der Durchbruch zur Entspannung Anfang der 70er Jahre, im fortdauernden Ringen zwischen koexistenziellen und koexistenzfeindlichen Kräften, die politische Landschaft, insbesondere in Europa (KSZE), in kurzer Zeit erheblich verändert. Daß ein amerikanischer Präsident ein Jahr nach Helsinki versuchte, den Begriff der Entspannung – amerikanisch: Detente – kurzerhand aus dem politischen Sprachgebrauch zu verbannen, war aufschlußreich genug. Der Versuch endete wie Don Quijotes Kampf mit den Windmühlenflügeln. Aber die Diskussion über Nutzen, Grenzen und eventuelle Nachteile der Entspannung hält, auch in der Bundesrepublik, an. Gelegentlich in einer Weise, als sei Entspannungspolitik eine beliebige politische Option unter anderen, Ausdruck vor allem subjektiver Regierungsentscheidungen, womöglich vorübergehender Stimmungen und politischer Konjunkturen.

I

Daß sich in den 70er Jahren bei allen Widersprüchen und sogar Rückfällen die Entspannung zur dominierenden Tendenz der internationalen Beziehungen, vor allem in Europa, entwickeln konnte, hat aber objektive – und auch im Übergang zu den 80er Jahren fortbestehende – Grundlagen. Es gibt kein besseres Beispiel für die Erläuterung dieser These als die Politik jenes Landes, das zur Zeit in Sachen Entspannung die meisten Probleme hat und macht: der USA. Als stärkste und jahrzehntelang auf die Beherrschung der internationalen Politik und Wirtschaft orientierte Macht der kapitalistischen Welt haben die USA die veränderte Kräftelage, den Zwang zu Selbstbegrenzung und Anpassung, besonders unmittelbar zu spüren bekommen und besonders heftige Versuche unternommen, sich diesem Zwang zu entziehen. Die Politik der Carter/Brzezinski-Regierung erweist sich, allen wohltönenden Absichtserklärungen zum Trotz, immer deutlicher als ein neuer, mit ausbleibendem Erfolg zunehmend hektischer und in der Wahl der Mittel nicht zimperlicher Anlauf, das Blatt zu wenden.

Was hat, um bei unserem Exempel zu bleiben, die USA, trotz ihres offenbaren Unwillens, die vollen Konsequenzen zu akzeptieren, gezwungen, sich auf die Politik der Entspannung einzulassen (und was hindert sie daran, sich wieder von ihr zu lösen)? Grundlegend dafür ist (und

bleibt) der Verlust der militärisch-strategischen Vorherrschaft der USA und der NATO. Das atomare Patt zwingt USA und UdSSR zur friedlichen Koexistenz. Daß unter den veränderten internationalen Bedingungen aber auch „begrenzte Kriege" als direkte, offene Intervention zur Unterdrückung einer revolutionären Bewegung schwer auf den Aggressor zurückschlagen können, ist eine Erfahrung, für die die USA in Vietnam teures Lehrgeld haben bezahlen müssen. Das „Vietnam-Trauma" bleibt ein politischer Faktor ersten Ranges. Es hat erheblichen Anteil an der schweren „geistigen Krise" (Stichwort: „Watergate" und die Folgen), deren Überwindung eine der Hauptaufgaben der Carter/Brzezinski-Administration ist.

Aber nicht nur der Handlungsspielraum gegenüber dem weltpolitischen Kontrahenten, der Sowjetunion und ihren Verbündeten, und gegen nationale Unabhängigkeitskräfte, fortschrittliche Bewegungen in der Dritten Welt und im „Westen" selbst ist geschrumpft. Nicht nur im Vergleich mit der nichtkapitalistischen Welt haben sich die ökonomischen, politischen und militärischen Gewichte verschoben. Auch das erhöhte relative Gewicht, das auf allen genannten Gebieten die Verbündeten/Konkurrenten der USA im eigenen Lager gewonnen haben, begrenzt den Handlungsspielraum der ehemals unangefochtenen Hegemonialmacht, läßt latente Rivalitäten zunehmend zutage treten. Selbst im Verhältnis BRD–USA.

II

Die zögernde und widersprüchliche Art und Weise, in der der Westen sich der neuen Lage im zuende gehenden Jahrzehnt anzupassen versuchte, läßt sich wiederum exemplarisch in der Politik der USA nachweisen (die allerdings am Ende der 70er Jahre wieder wie schon einmal zehn Jahre zuvor während der „Lehrzeit" der Nixon/Kissinger-Administration an Realismus hinter westeuropäischen Regierungen, damals vor allem De Gaulle, heute wohl auch Schmidt, zurückgeblieben sind).

Nach allerlei wenig erfolgreichen Manövern und Versuchen, an der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt vorbei „Entspannung" zu treiben (die Manöver der vor zwei Jahren ans Ruder gekommenen Administration Carter/Brzezinski wirken vor dem Hintergrund der damals gemachten Erfahrungen gelegentlich wie ein zweiter Aufguß; selbst die Spekulation auf „die chinesische Karte" hat ja zwischenzeitlich nicht an Originalität gewonnen), rangen sich die USA unter Nixon und Kissinger 1972 zur Anerkennung des Prinzips der „friedlichen Koexistenz" als Grundlage der Beziehungen zwischen USA und UdSSR, zu SALT und zu einem Abkommen über die Verhütung von Atomkriegen (1973) durch. *Einerseits* also fanden die USA sich zu wichtigen Schritten in Richtung Entspannung bereit. Zur gleichen Zeit setzten sie aber *andererseits,* zurückschreckend vor den vollen Konsequenzen einer definitiven Koexistenzpolitik und unter dem Eindruck massiven Widerstands der Verfechter einer weiteren antikommunistischen Konfrontation, vor allem aus dem Bereich des „Militär-Industrie-Komplexes", das Wettrüsten fort, sogar in beschleunigtem Tempo, und konzentrierten ihre Energien auf ein vielschichtiges (alles andere als widerspruchsfreies) Programm zur Wiedergewinnung verlorenen strategischen Spielraums. Für die Carter/Brzezinski-Administration hat der Versuch, neue Bewegungsfreiheit zu erobern (und die Entspannungsabkommen womöglich neu zu definieren, zumindest zu relativieren), bisher offensichtlich Vorrang gegenüber dem Bemühen um neue Entspannungsfortschritte.

Versucht wird *erstens* eine Konzentration der Kräfte im kapitalistischen Lager unter erneuerter US-Führung bei mehr oder weniger ernsthaften Zugeständnissen an die Eigeninteressen der Verbündeten („Trilateralismus" zwischen USA, Japan

und Westeuropa, besonders BRD). Angesichts erheblicher Interessenwidersprüche und wachsender Skepsis der Europäer über die Seriosität des Carter-Kurses ist dieser Versuch bisher ohne spektakuläre Erfolge geblieben, allerdings auch nicht wie 1973 Kissingers „Jahr Europas" spektakulär gescheitert. Versucht wird *zweitens,* neuen Einfluß in der Dritten Welt zu gewinnen, den USA das Image einer dem „Wandel" gegenüber aufgeschlossenen, fortschrittlichen Macht zu verschaffen (wobei sie der Natur der Sache nach, trotz anfänglich interessierter Aufnahme ihres – inzwischen gedämpfteren – farbigen UNO-Botschafters Young, immer wieder über die eigenen Füße stolpern), gleichzeitig aber progressive Regierungen/Bewegungen zu entmachten, zu spalten oder „umzudrehen", auf „nationale" Distanz zur internationalen antiimperialistischen Bewegung zu bringen. Neben dem Ausbau einer Kette „subimperialistischer" Bastionen in der Dritten Welt wie Iran, Brasilien, Südafrika u. a. – mit enormen Risiken, wie die genannten Namen veranschaulichen –, zeigen der Aufbau einer „schneller einsetzbaren" Streitmacht zur „Verteidigung unserer Hauptinteressen ‚worldwide', wie zum Beispiel im Nahen Osten, am Persischen Golf oder in Korea" [1]) (Brzezinski) oder die neokolonialistische Luftlandeaktion in Shaba im Mai vergangenen Jahres, was hinter der fortschrittlich eingetönten Rhetorik steckt, wenn Brzezinski für die USA „eine besondere Rolle" beim „Management des globalen Wandels" beansprucht[2]). Versucht wird – oder muß man angesichts der erwiesenen Realitätsferne des Versuchs schon sagen: wurde – *drittens,* durch Bevorzugung der unter „erstens" und „zweitens" genannten Ziele die Rolle der Beziehungen zur sozialistischen Welt, insbesondere zur Sowjetunion herabzustufen, die Entspannung auf ein Neben- oder Abstellgleis zu rangieren und womöglich zu konterkarieren, ohne Zimperlichkeit in der Wahl der Mittel auf die innere Entwicklung der sozialistischen Länder einzuwirken und sie womöglich gegeneinander auszuspielen. Eine große Rolle war in diesem Zusammenhang dem Versuch zugedacht, *viertens* die USA nach innen wie nach außen sozusagen „moralisch aufzurüsten" (ungeachtet des kläglichen Endes früherer Versuche ideologischer Aufrüstung, etwa der Antikommunismus-Agentur „Moral Rearmament"). Begeistert applaudierte beispielsweise Springers „Welt" der Entdeckung einer neuen Wunderwaffe, der „Menschenrechtswaffe", durch Carter. Nach Nicaragua und Iran ist es stiller geworden um die seltsame „Menschenrechtsoffensive" eines Landes, in dem die Rechte von zig Millionen Schwarzen, Chicanos und Indianern mißachtet werden, in dem das elementare Menschenrecht auf Arbeit in so brutaler Weise außer Kraft gesetzt ist, daß Kriminalität, Rauschgift, Sektenwahnsinn für viele unausweichlich erscheinen. Geblieben ist von dem Versuch, die „traditionellen amerikanischen Werte" wieder aufzupolieren, das Bemühen um einen „außenpolitischen Konsens" – auch das mit geringem Erfolg, wie die anhaltende Unausgegorenheit und Widersprüchlichkeit des Carter-Kurses unter dem Einfluß widerstreitender Kräfte und Ziele zeigt.

III

Die bisherige Bilanz der – unter Carter/Brzezinski forcierten – amerikanischen Versuche, die Grundlagen der Entspannung zu ihren Gunsten zu revidieren bzw. sich ihren Konsequenzen zu entziehen, erscheint wenig ermutigend für die Verantwortlichen (und für die Verbündeten wenig attraktiv); dies legt eine Überprüfung, eine Rückkehr zu den 1972 in der amerikanisch-sowjetischen Koexistenz-Deklaration[3]) fixierten Erkenntnissen, nahe. Am Ende des Jahres 1978 war es allerdings noch nicht so weit. Im Gegenteil: In der gegebenen Situation liegt

1) Zbigniew Brzezinski, in: „Wireless Bulletin from Washington", Nr. 241, Bonn, 21. 12. 1978, S. 4.
2) Ebd., S. 2.
3) Vgl. den Wortlaut in: „Blätter", 6/1972, S. 653–655.

die Befürchtung nahe, daß Carters Rückgriff auf die China-Frage auch und vor allem als Ausdruck anhaltender Illusionen über die eigenen Möglichkeiten und über die Aussichten einer Rückkehr zur Politik militärischer Konfrontation verstanden werden muß. Nach dem Welken vieler Blütenträume – 1978 z. B. auf einen Überraschungserfolg des Nahost-Coups (Camp David) oder auf einen Sturz revolutionärer Regierungen z. B. in Angola, Afghanistan oder Äthiopien – und nach ganz unerwarteten Einbrüchen wie vor allem im Iran, versucht Carter, so scheint es, jetzt durch die an sich selbstverständliche und längst überfällige Herstellung diplomatischer Beziehungen zu China der Öffentlichkeit eine plötzliche Wende der Weltlage zu simulieren (wagt aber bezeichnenderweise nicht offen damit zu argumentieren, daß es um die Spekulation auf eine Schwächung des entspannungspolitischen Einflusses der Sowjetunion und ihrer Verbündeten geht).

Das versuchte Zusammenspiel mit Peking verändert die *objektiven* Kräfterelationen der Weltpolitik bis auf weiteres kaum; dafür ist China wirtschaftlich, technologisch und militärisch noch auf einige Zeit hinaus zu schwach. Es kann aber negative *subjektive* Wirkungen auslösen, Tendenzen zu illusionärer Welteinschätzung im Westen verstärken und zu einem entsprechenden Nachlassen der Bereitschaft zu Entspannung und Rüstungsbegrenzung verführen. Wer China als „Wunderwaffe" zur Veränderung der Kräfteverhältnisse, als Alternative zur Entspannung benutzen will, riskiert, einen „Geist aus der Flasche zu lassen", der alle in Gefahr bringen könnte. Chinesische Politiker haben wiederholt unverblümt ausgesprochen, daß ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt ihrer Meinung nach im Interesse Chinas liegt, weil es als lachender Dritter übrig bleiben werde. Die Verbindung dieser Art Abenteurertum mit gewissen Neigungen im Westen muß alle alarmieren, die sich einen Blick für die Realitäten bewahrt haben und wissen, daß es zur Entspannung keine vernünftige Alternative gibt. Aber die Fortsetzung der Entspannung, die im Interesse aller – auch z. B. der chinesischen Bevölkerung an der Überwindung der ökonomischen Zurückgebliebenheit ihres Landes – liegt, bedarf nicht nur der – nach wie vor vorhandenen – objektiven Grundlagen, sondern auch der bewußten und geduldigen Arbeit an einer Verbesserung des internationalen Klimas, des Abbaus von Mißtrauen statt der Eröffnung neuer Konfrontationslinien.

IV

Welche Rolle spielt die Bundesrepublik in der gegenwärtigen internationalen Situation? Ein Ost-West-Krieg würde sie als erste in ein Schlachtfeld verwandeln. Kriegsverhütung, und das heißt heute Fortsetzung der Entspannung, ist für sie also nach wie vor eine Frage der Existenz. Vertreter der Regierungsparteien haben diese, in der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik seit dem Kampf gegen Wiederbewaffnung, gegen atomare Aufrüstung und für die Herstellung normaler Beziehungen zu den sozialistischen Ländern traditionell verankerte Erkenntnis[4]), in letzter Zeit wiederholt ausgesprochen. Das erhöhte Gewicht, das die Bundesrepublik aufgrund ihrer relativen wirtschaftlichen Stärke und der mit den Ostverträgen gewonnenen größeren politischen Bewegungsfreiheit erhalten hat, eröffnet ihr in der internationalen Politik erhöhte Einflußmöglichkeiten, im positiven wie im negativen Sinn. So ist positiv zu beurteilen, daß die Bundesregierung es vermieden hat, alle Abenteuer der Carter/Brzezinski-Administration mit- und nachzuvollziehen, und statt dessen anscheinend in manchen Fragen einen mäßigenden Einfluß ausgeübt hat. In diesem Zusammenhang hat der Besuch Leonid Breschnews im Mai vergangenen Jahres weitreichende Möglichkeiten eröffnet. (Erinnert sei an das kürzlich vom Bundestag bestätigte, über das Jahr 2000

4) Vgl. den Rückblick von Martin Niemöller in diesem Heft.

hinausreichende Abkommen über langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen UdSSR und BRD[5]). Die eher bremsende Rolle der Bundesrepublik bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad oder den Wiener Truppenverminderungsverhandlungen, das Ausbleiben lang angekündigter konstruktiver Eigenbeiträge, zeigt aber, daß sie ihre gewachsenen positiven Möglichkeiten leider bei weitem nicht ausschöpft.

Auf der anderen Seite mehren sich beunruhigende Aspekte. Ansprüche auf globale Einflußnahme („Weltpolitische Verantwortung") werden mit zunehmender Selbstverständlichkeit geltend gemacht, oft in Kooperation oder Arbeitsteilung mit den USA (oder auch Frankreich), gelegentlich in ihren Fußstapfen. Bonn unterstützte die neokolonialistische Luftlande-Operation Frankreichs, Belgiens und der USA in Shaba, setzt allen Dementis zum Trotz seine Unterstützung des von der UNO geächteten Apartheid-Regimes in Südafrika fort, rühmt sich seines Anteils an der westlichen Namibia-Intrige usw. Ausländische Beobachter registrieren besorgt Anzeichen, aus denen sie auf die Herausbildung einer neuen Art, einer neuen Dimension von deutschem Imperialismus schließen. Das gilt in erster Linie – aber nicht nur – für den immer rückhaltloser vertretenen Hegemonie-Anspruch der Bundesrepublik in Westeuropa. Das „Modell Deutschland" ist in Ländern wie Portugal, Spanien, Griechenland zum Vorbild der Rechtskräfte und zum Alptraum der Linken geworden. Die von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik an die Europa-Wahlen geknüpften Erwartungen auf erweiterte Einwirkungsmöglichkeiten in ganz Westeuropa, und auf eine Zurückdrängung der Volksfrontkräfte nach bundesdeutschem „Modell", haben in allen Nachbarländern selbst in konservativen Kreisen die Beunruhigung über den demokratisch zurückgebliebenen, aber um so expansiver auftretenden Nachbarn BRD wachsen lassen. In Frankreich kommt offener Protest sowohl von Kommunisten wie Gaullisten. In Italien spricht man sorgenvoll von der Gefahr der „Germanizzazione". Europa als das „größere Deutschland"? Eine solche Vorstellung ruft in West- ebenso wie Osteuropa Gegenkräfte auf den Plan.

Nur in der Bundesrepublik selbst ist erschreckend wenig Sensibilität für die Gefährlichkeit dieser Entwicklung zu verspüren. Viele sind der Gefahr eines Rückfalls in imperiales Denken und Auftreten kaum bewußt. Dieser Mangel an politischer Sensibilität reicht bis in die Linke hinein, in der es offenbar auch Illusionen über die Brisanz neonationalistischer Regungen in Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung gibt. Wenn im vergangenen Jahr an den unterschiedlichsten Ecken Versuche einer Wiederbelebung der – durch Grundlagenvertrag, UNO-Beitritt von DDR und BRD, KSZE u. a. längst beantworteten, aber immer noch so genannten – „deutschen Frage" unternommen wurden, so muß man sich doch fragen, ob das noch anachronistische Überreste der alten, gescheiterten Wiedervereinigungsillusionen sind, oder ob hier bereits die „Weltmacht wider Willen" über die Hegemonie in der EG hinaus eine neue Dimension der Expansion ins Auge faßt. Die Linke, alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, die am Beispiel der USA über die Jahre hinweg aufmerksam verfolgt haben, wie rasch imperialistische Politik heute auch weit mächtigere Länder als die Bundesrepublik an den Rand des politischen und wirtschaftlichen Ruins treiben kann, müssen die Auseinandersetzung mit allen Äußerungen neoimperialer, expansionistischer und nationalistischer Ansprüche in diesem Land wesentlich energischer führen als bisher. Es stellt dem Zustand des politischen Bewußtseins in Teilen der Linken ein seltsames Zeugnis aus, wenn CSU- und CDU-nahe Publikationen neuerdings mit schlecht verhohlener Begeisterung eine „linke" Variante „gesamtdeutschen" Denkens registrieren. Muß man daran er-

5) Wortlaut in: „Blätter", 5/1978, S. 621–623.

innern, welch zentrale Rolle der Kampf für die Anerkennung der DDR, der Nachkriegsgrenzen in Europa insgesamt, für die Entwicklung und Konsolidierung der demokratischen Bewegung und auch für die Verdrängung der CDU/CSU aus der Regierung in Bonn gespielt hat?

Zur Fortsetzung der Entspannungspolitik gibt es auch in den 80er Jahren keine vernünftige Alternative. Für die Bundesrepublik ergeben sich aus dieser, von Bundeskanzler und Außenminister wiederholt ausgesprochenen Wahrheit, dringliche Konsequenzen. Auch vom Verhalten der Bundesregierung – und vom Nachdruck, mit dem sich alle an der Fortsetzung der Entspannung Interessierten in diesem Land zu Wort melden – wird es abhängen, ob die gefährliche Zeitzünderbombe auf dem Weg zu weiterer Entspannung, das anhaltende Wettrüsten, entschärft werden kann. 1978 sind die beiden, einander ausschließenden Programme für die 80er Jahre besonders deutlich formuliert worden. Die NATO hat im Mai in Washington ein zusätzliches Aufrüstungsprogramm beschlossen, das das Wettrüsten bis in die 90er Jahre fortschreibt. Dieser Wahnsinn, der auch in einer Reihe von NATO-Staaten nicht mehr unwidersprochen bleibt, muß verhindert werden. Das Gegenprogramm – Fortsetzung und Festigung der Entspannung, insbesondere durch ihre längst überfällige Ausweitung auf den militärischen Bereich, in Richtung Abrüstung – ist im vergangenen Jahr in eindrucksvoller Weise konkretisiert worden: im Mai auf der UNO-Sonderkonferenz zur Abrüstung, im Juli auf der Außenministerkonferenz der Blockfreien in Belgrad und im November in der Moskauer Deklaration der Warschauer-Pakt-Staaten. Die Bundesrepublik hätte allen Anlaß, jetzt ihrerseits konkrete Beiträge zur Verwirklichung der UNO- und der KSZE-Beschlüsse beizusteuern – und mit darauf hinzuwirken, daß endlich auch die NATO-Staaten ihre Energie auf Abrüstungs- statt Aufrüstungsprogramme konzentrieren.

Karl D. Bredthauer

Nobelpreis für die Belegschaft von Lucas Aerospace?

Nobels Friedenspreis, nach des Stifters Willen vorzusehen „für die Person, die am erfolgreichsten für die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, für die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere und für die Abhaltung und Zunahme von Friedenskongressen gearbeitet hat" (Stiftungsurkunde), ist erneut ins Gerede gekommen. Die jüngsten Preisempfänger, die Regierungschefs von Ägypten und Israel, erscheinen vielen als eine problematische Wahl. Ähnlich war es vor einigen Jahren, als Henry Kissinger (gemeinsam mit dem vietnamesischen Außenminister) den Friedenspreis erhielt. Spitzenpolitiker dieser Art, denen man genausogut eine Entscheidung für einen Krieg wie für einen Frieden zutraut (bei Kissinger und Sadat nachweislich zu Recht), scheinen nun doch den Zielen dieses Preises und dem mit seinem Empfang verbundenen Prestige nicht zu entsprechen.

Das ist nur bedingt richtig, führt man sich die Liste früherer Preisträger, vor allem aber die Zwecke vor Augen, mit denen der Preis einst gestiftet wurde. Männern wie Theodore Roosevelt oder Austen Chamberlain, als frühere Nobelpreisträger den jüngsten Laureaten durchaus vergleichbar, wird selbst von ihnen zugetanen Biographen bescheinigt, auf höchst anrüchige und weltliche Weise Machtpolitik betrieben zu haben (so ein direktes Zitat). Zum Kern der Sache führt jedoch nicht ein Aufrechnen solcher Preisempfänger gegen ehrenhafte Pazifisten wie Henri Dunant, den Gründer des Roten Kreuzes, oder Berthá v. Suttner (die sich bei Nobel als Privatsekretärin bewarb und auch eingestellt wurde), sondern eine kurze Betrachtung der Motive Nobels. Zur gleichen Zeit, wie dieser schwedische Fabrikant seine Stfitung vorbereitete, dehnte er seinen Pulverkonzern auf die Kanonenfabrikation aus und erwarb

die Geschützfabrik Bofors. Nobel war weniger durch seinen Erfindungsreichtum, etwa die Verbindung von Nitroglyzerin mit Kieselgur zum Dynamit, zum Monopolisten in einer Ära gigantischer Trusts während des Wettrüstens am Vorabend des Ersten Weltkriegs geworden, sondern vorrangig durch seine brutale Geschäftspolitik. „Der Dynamit-Trust von Nobel war vermutlich der bestorganisierte von allen, und seine weit verstreuten Sprengstoff-Fabriken wurden durch zwei zentrale Gesellschaften zusammengehalten . . . Der Trust war der Vorreiter der modernen multinationalen Konzerne", wertet Sampson in einer neueren Monografie über die Rüstungsbranche („Die Waffenhändler", Hamburg 1977, S. 59). – Die Führungspersönlichkeiten der größten Rüstungstrusts hielten es damals für zweckmäßig, neben ihren Geschäften den Pazifismus ein wenig zu fördern. Der Nobelpreis ist nicht die einzige Einrichtung dieser Art (Nobel stiftete selber weitere Preise, die heute vergessen sind), noch ist es vom finanziellen Umfang oder vom pazifistischen Engagement des Stifters her die bedeutendste. Der amerikanische Panzerplattenmagnat Andrew Carnegie etwa gab weitaus mehr für die Friedensbewegung aus als Nobel; er bezahlte etwa den „Friedenspalast" in Den Haag, der heute den Internationalen Gerichtshof beherbergt, sowie die wissenschaftlich angesehene Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Daß die Trustherren neben ihrem philanthropischen Bemühungen auch Misanthropen waren (ein Lieblingsprojekt Nobels war die Gründung eines „Selbstmord-Instituts" an der Riviera, und Carnegie äußerte sich über Unabhängigkeitsbemühungen anderer Länder, z. B. des US-Nachbarn Kanada, in extrem chauvinistischer Weise), rundet nur das Bild ab: die Zeitgenossen erblickten in Nobels Preis oder Carnegies Stiftungen recht fragwürdige Rechtfertigungsversuche, und reagierten eher zurückhaltend.

Mit jeder Preisvergabe stellt sich neu das Problem, was mit diesem Erbe aus der Ära der ungekrönten Rüstungskönige anzustellen sei. Die vernünftigste Auffassung wäre, das Pathos der Gründungsdokumente beim Wort zu nehmen und Preisempfänger zu begünstigen, die achtzig Jahre später gegen das gleiche Übel, die Rüstung, „am erfolgreichsten" vorgehen. An Kandidaten, die wirklich dieser Forderung Genüge tun, ist kein Mangel. Allerdings ist der Kampf gegen die Rüstung heute in der Hauptsache weniger das Privileg einzelner hochgebildeter Persönlichkeiten (die etwa wie Nobel ihre Besorgnisse über die Wirkung von Dynamit in englischen Gedichten im Stil von Shelley auszudrücken vermögen), sondern Anliegen einer weltweiten Bewegung, die schwer als besondere Gruppe faßbar, kaum in Einzelpersonen namhaft gemacht werden kann.

In dieser weltweiten Bewegung verdienen diejenigen besonderen Respekt, die sich gegen die fortschreitende Militarisierung wenden, obwohl sie damit ihre wirtschaftliche Existenz gefährden. Das sind nicht die Manager der großen Rüstungsunternehmen, sondern heute in zunehmender Zahl Arbeiter in Firmen, die Waffen herstellen. Zunächst in England, daneben aber auch in den USA, in Skandinavien und Italien sind Rüstungsarbeiter dazu übergegangen, nicht im Verein mit der Kapitalseite nach mehr Rüstungsaufträgen zu rufen, wenn es ihrem Unternehmen schlechter ging, sondern nach anderen Produktionsmöglichkeiten Ausschau zu halten. An der Spitze dieser Bemühungen steht das Komitee der Vereinigten Shop Stewards des Luftrüstungsunternehmens Lucas Aerospace in Großbritannien. Als gewerkschaftliche Gegenstrategie gegen angekündigte Entlassungen konzipierten die Lucas-Shop stewards den Plan, der Firmenleitung alternative Produkte vorzuschlagen, die wirtschaftlich vernünftig herstellbar sein sollten. Es gelang diesen Gewerkschaftern, ihre Belegschaft mit der Parole, sozial nützlichere Produkte als Waffen vorzuschlagen, so zu motivieren, daß nunmehr eine Auswahl von 180 Alternativ-

produkten als Druckmittel für die Abwehr von Entlassungen zur Verfügung steht. Es ist wahrscheinlich, daß die shop stewards von Lucas Aerospace mit ihrem Erfolg als Arbeiterinitiative bald ebenso bekannt werden wie die Lip-Belegschaft im französischen Besançon oder die Akzo-Belegschaft.

Es wäre ein origineller Schritt, wenn sich Abgeordnete des Bundestages und andere, die berechtigt sind, dem norwegischen Nobel-Komitee Nominierungsvorschläge vorzulegen, dazu entschließen würden, die Vergabe des Friedenspreises für 1979 an die Lucas-shop stewards zu empfehlen. Der zwiespältigen Vergangenheit des Preises und dem Kampf für Rüstungsminderung würde eine solche Wahl im höchsten Maße gerecht.

Ulrich Albrecht

Bücher gegen Berufsverbote

Etty, Peter und Silvia Gingold

Porträt einer Familie. Ein Bilderbuch über deutsche Zustände.
Herausgegeben von Joachim Kahl (Marburg), Guiseppe Caizzone (Rom), Pierre Kaldor (Paris) und Han Wielek (Amsterdam).
Großformat mit zahlreichen Fotos und Abbildungen, 128 Seiten, DM 14,80

Wir Verfassungsfeinde

Herausgegeben von Andreas Dress, Mechtild Jansen, Ingrid Kurz, Aart Pabst, Uwe Post und Erich Roßmann in Verbindung mit dem Arbeitsausschuß „Weg mit den Berufsverboten"
Mit 78 Porträts vom Berufsverbot Betroffener.
Simmen aus dem In- und Ausland. Mit zahlreichen Abbildungen von Gemälden, Grafiken und Fotos.
295 Seiten, DM 12,80

Gustav W. Heinemann/Helmut Gollwitzer/Georg Benz/ Jean Améry/Klaus Fritzsche

Reden gegen das Berufsverbot

Herausgegeben vom Arbeitskreis „Verteidigt die Verfassungsmäßigen Rechte", Frankfurt/Main.
32 Seiten, DM 4,–

Horst Bethge (Hrsg.)

Gewerkschaftsstimmen gegen Berufsverbote

Dokumentation von Gewerkschaftsbeschlüssen, Stellungnahmen aus der Gewerkschaftspresse und von Gewerkschaftern.
56 Seiten, DM 6,–

Pahl-Rugenstein

GLOSSE

Was denken sich die Gewerkschaften eigentlich?

Von Klaus Konjetzky

Ich habe nichts gegen Arbeiter. Wirklich nicht. Wenn sie fleißig und anständig sind. Das muß man heutzutage ja leider dazusagen. Ich habe auch mal klein angefangen. Nach dem Krieg – ich habe das im Unterschied zu vielen anderen nicht vergessen – haben meine Frau und ich in einem kleinen Zimmer einer wahrlich kleinen Wohnung alte Schuhe geflickt, besohlt, aus Stoff- und Lederresten neue Schuhe gemacht, usw. Wir haben da manche Nacht durchgearbeitet und wir hatten nichts als unsere Hände, unsere Zuversicht und unseren Mut. Bald konnten wir einen alten Stadel ausbauen und eine kleine Werkstatt einrichten. Das war Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit.

Und wenn ich heute in einer der größten deutschen Schuhfabriken mehr als zweitausend Mitarbeiter beschäftige, so ist das nicht das Ergebnis von irgendwelchen Privilegien – wir haben schließlich alle gleich angefangen –, sondern einzig und allein das Ergebnis von Risikobereitschaft, Opfermut und Arbeit. Für mein Lebenswerk habe ich auf manches verzichtet. Ich habe jahrelang keinen Sonntag frei gehabt. Urlaub war für uns ein Fremdwort. Das möchte ich mal in aller Deutlichkeit aussprechen. Wenn ich heute die Forderung der Gewerkschaften höre, also da stimmt doch, gesellschaftlich und wirtschaftlich gesehen, etwas nicht mehr. Die Arbeitslosen machen Urlaub mit einem Arbeitslosengeld, das kaum unter ihrem normalen Lohn liegt; jedes Jahr wollen sie mehr Lohn und noch mehr Urlaub – und (lassen wir doch mal die Kirche im Dorf) sie kriegen auch mehr Lohn und mehr Urlaub. Aber irgendwo muß das Geld ja herkommen, und irgendwann muß schließlich noch gearbeitet werden.

Das hat, weiß Gott, nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Ich war immer für soziale Gerechtigkeit, da brauche ich mir nichts nachsagen lassen. Von niemandem. Aber die Gewerkschaft kann heute nicht einfach die Früchte von jenen Bäumen ernten wollen, die wir damals unter größten Opfern gepflanzt haben. Wo bleibt denn da das soziale Gerechtigkeitsempfinden der Gewerkschaften? Und wo wären denn meine mehr als 2000 Mitarbeiter, wenn ich ihnen nicht einen Arbeitsplatz geschaffen hätte. Wo bitte? Gut, die Anforderungen, die Belastungen am Arbeitsplatz sind durch bestimmte, notwendige Rationalisierungsmaßnahmen nicht kleiner geworden. Aber andererseits darf man doch nicht vergessen, daß es den Arbeitern heute besser geht denn je zuvor. Wie heute die Arbeiter leben, davon habe ich nach dem Krieg nichtmal zu träumen gewagt. Im Grunde will doch kein Mensch mehr arbeiten. „Einstieg in die 35-Stunden-Woche" heißt jetzt die Gewerkschaftsparole! Ich habe mit meiner Frau damals 80 Stunden und nicht selten mehr gearbeitet. Machen wir uns nichts vor. Was heute die Gewerkschaft fordert, kann gar nicht mehr im Interesse der Arbeiter sein. 35 Stunden Arbeit und dann? Was dann? Dann arbeiten sie schwarz, um noch mehr zu verdienen.

Ich sage nur: ohne Mut zum Risiko, ohne persönlichen Einsatz geht es nicht. In den Schoß ist mir meine Fabrik auch nicht gefallen. Die Gewerkschaften sind inzwischen drauf und dran, unter dem Vorwand von Arbeitsplatzsicherung und sozialer Gerechtigkeit den totalen Gewerkschaftsstaat zu errichten, in dem kein Platz mehr ist für jene, die mehr zu leisten bereit sind, in dem Fleiß keine Tugend mehr ist. Wenn wir heute in einem zutiefst verunsicherten Land leben, dann doch nicht wegen der Arbeitsüberlastung der Menschen, sondern deswegen, weil die meisten mit ihrer überreichlichen Freizeit nicht mehr fertig werden. Kriminalität, Terrorismus und zunehmende Krankheiten sprechen da wohl für sich.

Niemand hindert die Arbeiter daran, selber einen Betrieb aufzubauen. Niemand. Aber die wissen nur zu gut, daß dann nicht mehr von 35 Stunden die Rede sein kann, auch nicht von 40 oder 45. Dann ist nicht um 6 Uhr Feierabend. Das sollten die Gewerkschaften ihren Mitgliedern mal klar machen. Dann würde sich die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit anders stellen. Das können Sie mir glauben.

Dreißig Jahre Bundesrepublik

Erlebnisse und Gedanken

Von Martin Niemöller

Das dritte Jahrzehnt der BRD geht zu Ende. Aus diesem Anlaß werden die „Blätter" eine Reihe in- und ausländischer Beiträge zur Auseinandersetzung mit der erst in Ansätzen geschriebenen Geschichte der BRD, ihrer Entwicklung vom „Provisorium" zum „Modell Deutschland", veröffentlichen. Der nachstehende Beitrag von Martin Niemöller, dem „großen alten Mann" der bundesdeutschen Friedensbewegung, eröffnet die Reihe. D. Red.

1979 wird die Bundesrepublik 30 Jahre alt. Das hat 1949 (damals sprach man vom „Provisorium") wohl kaum jemand für möglich gehalten. (Ein gleiches gilt für die im Gegenzug gegründete Deutsche Demokratische Republik). Überdies sind diese 30 Jahre in unserem Jahrhundert die längste Periode ohne Krieg für unser deutsches Volk gewesen, jedenfalls ohne „heißen Krieg", wie man wohl einschränken muß. 1892 geboren, betroffen von beiden Weltkriegen, U-Bootsoffizier im Ersten und KZ-Häftling im Zweiten Weltkrieg, habe ich vermutlich mehr von diesem Jahrhundert gesehen als mancher der Festredner zum 30jährigen Bestehen der Bundesrepublik, als deren bloße Vorgeschichte uns im Rückblick alles vor 1949 oder 1945 Geschehene erscheinen mag. Wenn ich den Weg, den Zustand und die Zukunftsaussichten dieser Bundesrepublik erwäge, dann gehen meine Gedanken zwangsläufig zurück zu den Anfängen, zum sogenannten „Nullpunkt". Mir macht der Vergleich zwischen dem, was wir damals wußten, ahnten, planten und erhofften, und dem, was daraus geworden ist, zu schaffen.

Als im Jahre 1948 das Ende des Ersten Weltkrieges 30 Jahre zurücklag, dachten wir „Alten" kaum noch daran, denn inzwischen hatten wir den „Zweiten Weltkrieg" erlebt und überlebt. „Weltkriege" enden nicht mehr mit einem Friedensschluß: Der erste ging mit dem Friedens-Diktat zu Ende, der zweite brachte nicht einmal mehr ein Friedens-Diktat, sondern einen einzigen Trümmerhaufen, der dritte könnte nur noch in einer unvorstellbaren, alles Leben auf unserem Planeten auslöschenden Explosion enden. Friede auf unserer Erde, „Weltfriede" ist die einzige Überlebenschance für uns und für alles Leben, was ist und noch kommt. Die gesamte Menschheit ist gegenwärtig – ob sie es weiß oder nicht weiß – von Lebensangst befallen und dadurch gelähmt oder auf hektischer Flucht vor der geahnten Katastrophe. Diese Angst ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht weniger geworden; „man" hat sie vielfach sogar mit Absicht und des Gewinnes halber genährt und gepäppelt, um mit Rüstungsproduktion und -finanzierung wirtschaftliche Vorteile zu erzielen und sie sich mit Millionen Menschenleben bezahlen zu lassen. (Siehe Vietnam, siehe Nah-Ost, siehe Afrika, siehe das Hungersterben von Millionen in der Dritten Welt.)

Wir Christen im deutschen Volk können leider nicht den Anspruch erheben, daß wir dieser fatalen Entwicklung entgegengetreten wären oder das auch nur ernsthaft versucht hätten. Wir haben zwar 1945 ein „Schuldbekenntnis" abgelegt und damals erklärt, wir wollten „einen neuen Anfang" machen; aber das Neue wurde ein Abklatsch des Alten, weil wir wie gebannt auf die eigene Not blickten und die Not der anderen nicht einmal da sehen wollten, wo wir sie selbst verschuldet oder wenigstens mitverschuldet hatten. Die Vergangenheit hat uns immer wieder eingeholt und wird uns solange nicht zu einem möglichen „neuen Anfang" freigeben, wie wir vor lauter Jagen und Streben nach Wohlstand verdrängen, was wir 1945 alle mehr oder weniger klar gewußt, aber schon 1949 in den Wind geschlagen haben.

I

Was wußten wir 1945 (und 1947, 1948 vielleicht schon nicht mehr)? Eins schien damals jedermann klar zu sein: Nach 1945 konnte und durfte man nicht einfach „weitermachen". Es ging doch darum, eine Vergangenheit zu liquidieren, die unser Volk, die Siegermächte und die ganze Völkerwelt loszuwerden leidenschaftlich erhofften. Zunächst hat es auch den Anschein gehabt, als sollten die Folgerungen schnell und gründlich gezogen werden, um für ein neues menschlich-mitmenschliches Beieinanderleben die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Es sah wirklich so aus, als wären die Geister des Nazismus und des Militarismus tot auf der Strecke geblieben. Es schien damals selbstverständlich, daß für den Neuaufbau gerade jene Kräfte nötig wären und eingesetzt werden müßten, deren Widerstand gegen den hemmungslos-selbstsüchtigen Machtdrang der Dritten Reiches mobil geworden war, und die die daraus folgenden Konsequenzen überstanden und überlebt hatten. Es ging um Wiedergutmachung geschehenen Unrechts, um Wiederherstellung und Ausbau des Friedens. Niederreißen und Zerstören geht schnell, Aufbauen braucht Zeit, aber in dieser Zeit sind diejenigen nicht untätig geblieben, denen an einer wirklichen Umkehr, an einem Neuaufbau von Grund auf nicht gelegen war. Manch einer, der zur Hitlerzeit verfolgt wurde, mußte sich schon bald darauf erneut bedroht und verdächtigt sehen. Die Erkenntnis, die uns – etwa im KZ – damals geworden ist und die uns, Christen und Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberale gegenseitig als aufeinander angewiesene und zueinander gehörige Mitmenschen erkennen und anerkennen gelehrt hat, hat sich nicht durchgesetzt.

1945 hat es einmal so ausgesehen, als hätten wir Deutschen wirklich ein und für allemal vom Krieg genug, und es schien völlig überflüssig, für die Parole „Nie wieder Krieg!" noch Propaganda zu machen. In Deutschland wollte kein Mensch eine Wiederbewaffnung. Man hatte sich durchaus damit abgefunden, daß die drei Siegermächte bestimmten, es dürfe keine deutsche Wehrmacht mehr geben. Die Menschheit, auch die Christenheit, hatte den Krieg satt. 1948 sprach es der „Ökumenische Rat der Kirchen" auf seiner 1. Vollversammlung in Amsterdam deutlich aus: „Kriege sind gegen den Willen Gottes!", und schon vorher hatte ein solch konservativer und in der preußisch-deutschen Tradition beheimateter Kirchenmann wie der Berlin-Brandenburgische

Bischof Dibelius festgestellt: „Auf der Gewalt ruht kein Segen!". Aber was hat die Kirche getan?

Die Überzeugung, kein Mensch denke mehr an Krieg oder Wiederbewaffnung, erwies sich nur zu bald als Illusion; als die Hungersnot, die allergrößte Not, die die Menschen in den ersten Monaten und Jahren belastet hatte, allmählich überwunden war, da waren die Kräfte der Vergangenheit, die sich 1945 nirgendwo in der Öffentlichkeit sehen ließen, im Verborgenen nicht untätig geblieben; sie hatten Verbündete unter den Besatzungsmächten gefunden, die ihrerseits demokratische Eigeninitiative der Deutschen mit Argwohn betrachteten, vielfach unterbanden und die aus den Konzentrationslagern oder Emigration heimgekehrten, zum demokratischen Neuaufbau entschlossenen Nazigegner eher behinderten als förderten; der aufkommende Konflikt zwischen den Besatzungsmächten in Ost und West begünstigte natürlich die Leute, die die neue Front – gemeinsam mit den Westmächten gegen Rußland – am liebsten schon vor 1945 gebildet hätten!

Als die evangelische Christenheit in Deutschland 1945, als es noch keinen Staat wieder gab, einen Neuanfang machen mußte oder durfte, da langte es zwar zum kirchlichen Schuldbekenntnis von Stuttgart; aber von denselben „Kirchenführern" (wie sie damals hießen) wurde ein Wort des Bruderrates der Bekennenden Kirche „Zum politischen Weg unseres Volkes" im August 1947 (Darmstädter Wort) nicht akzeptiert, in dem es hieß: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen!" Statt sich zu besinnen und zu konzentrieren, beschäftigte sich die 1945 geschaffene Evangelische Kirche in Deutschland nur mit sich selbst, mit ihrer Verfassung, mit den Fragen ihrer eigenen Struktur; und sie hat bitter dafür bezahlen müssen. Für das Gesellschaftsproblem und seine zukunftsweisende Lösung geschah von seiten der Kirche so gut wie nichts, die große Chance war ungenützt vorübergegangen. Wieder erwies sich, wie ich rückblickend mit aller Klarheit sehe, der gleiche Fehler als verhängnisvoll, der die große Mehrheit der Christenheit so blind gegenüber den Anfängen der Naziherrschaft gemacht hatte und der, wie die schreckliche „Radikalen-Hatz" zeigt, heute noch nicht ausgestanden ist: der Antikommunismus! (Sehr zu Recht stellte Heinrich Albertz fest, daß für die offizielle Bundesrepublik Kommunisten heute fast die gleiche Rolle spielen wie für das Dritte Reich einst die Juden!)

Ich erinnere mich an ein mich sehr persönlich anrührendes, aber sicher symptomatisches Erlebnis, als ich mit meiner Frau nach dem Kriege vor dem Krematorium in Dachau stand. An einem Baum vor diesem Gebäude hing ein weißgestrichenes Kistenbrett mit einer schwarzen Inschrift. Dort stand zu lesen: „Hier wurden in den Jahren 1933–1945 238 756 Menschen verbrannt". Als ich es gelesen hatte, merkte ich, daß meine Frau ohnmächtig wurde. Ich

mußte sie stützen und merkte zugleich, wie mir ein kalter Schauer über den Rücken lief. Ich glaube, meine Frau wurde ohnmächtig, weil sie diese Viertelmillionen-Zahl las. Die hatte mich nicht bewegt, denn sie sagte mir nichts Neues. Was mich in diesem Moment traf, war etwas anderes. Das waren die beiden Zahlen: „1933–1945", die da standen. Und ich faßte nach meinem Alibi und wußte, die zwei Zahlen, das ist der Steckbrief des lebendigen Gottes gegen Pastor Niemöller. Mein Alibi reichte vom 1. Juli 1937 bis Mitte 1945, Aber da stand: „1933–1945". Adam, wo bist Du? Mensch, wo bist Du gewesen? Ja, ich wußte, von Mitte 1937 bis zum Ende hast Du Dein Alibi. Aber, Du wirst gefragt: „Wo warst Du 1933–1937?" Und ich konnte dieser Frage nicht ausweichen. 1933 war ich ein freier Mann. 1933 – in dem Augenblick, dort im Krematoriumshof fiel vieles mir ein – ja, 1933, richtig: Hermann Göring rühmte sich öffentlich, daß die kommunistische Gefahr beseitigt sei. Denn alle Kommunisten, die noch nicht um ihrer „Verbrechen" willen hinter Schloß und Riegel sitzen, sitzen nun hinter dem Stacheldraht der neu gegründeten Konzentrationslager. – Adam, wo bist Du? Mensch, Martin Niemöller, wo bist Du damals gewesen? So fragte Gott aus diesen beiden Zahlen. Und es fiel mir ein: Die ganze Sache hat mir ja damals gar keinen Eindruck gemacht; irgendwo im Winkel des Herzens habe ich vielleicht gedacht: Eigentlich sind wir doch auf diese Weise die ganze Gottlosen-Gefahr losgeworden. Aber daß diese Menschen, die ohne Gesetz, ohne Anklage, ohne Untersuchung, ohne Urteil, einfach ihrem Beruf, ihrer Familie, ihrem Leben weggenommen, der Freiheit beraubt wurden, daß diese Menschen eine Frage Gottes an mich waren, auf die ich im Angesicht Gottes damals hätte antworten müssen, daran hatte ich nicht gedacht. Ich war damals kein freier Mensch, ich hatte mich damals bereits meiner wahren Verantwortung begeben.

Es waren Erlebnisse wie dieses, die hinter dem Stuttgarter „Schuldbekenntnis" stehen. Es war die Erinnerung einer nicht mehr vergessen zu machenden Erfahrung: der Gemeinsamkeit der Christen und der Atheisten, der Kommunisten und Sozialdemokraten in Hitlers Konzentrationslagern, in der gemeinsamen Not, in der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Nazibarbarei. Ich habe diese Erfahrung einmal folgendermaßen formuliert (und bin damit oft zitiert worden): Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. – Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. – Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Gewerkschaftler. – Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte . . . 30 Jahre Bundesrepublik haben, auch wenn es manchmal anders erschien, dieser Erfahrung nichts von ihrer Aktualität nehmen können. Das ist meine Überzeugung. Und wenn man sich heute auf den Widerstand im Dritten Reich berufen möchte, so bin ich der Überzeugung, daß auch heute und morgen ein ähnlicher innerer Widerstand gegen alles, was unser Volk und unseren Staat, oder unsere Staaten, wieder auf den Weg einer militärisch untermauerten Machtpolitik führen und verführen will, eine Notwendigkeit darstellt. Wir müssen wohl in allem Ernst die Frage stellen und ihr standhalten, ob denn der Ungeist, der schrankenlose Machttrieb, der mit Menschen kurzerhand als mit brauchbaren Mitteln rech-

net und verfährt, um die eigene Macht zu gewinnen und zu festigen, auszudehnen und aufrechtzuerhalten, und der sie gewaltsam ausschaltet, kaltstellt, einsperrt und umbringt, wo sie als störend und gegensätzlich wirkend, kurzum als nicht brauchbar angesehen und beurteilt werden – ob dieser Ungeist mit dem Tode Hitlers und mit dem Untergang seines Reiches verschwunden ist und deshalb nur noch eine historische Erinnerung darstellt, die uns gleichwohl eine Lehre, eine Warnung vermittelt?!

II

Erinnern wir uns also der Ausgangssituation, in der diese Bundesrepublik vor 30 Jahren entstand. Tatsächlich herrschte in Europa ein allgemeiner Hunger nach Frieden, als der Krieg endlich zu Ende war. Aber da gab es noch ein großes Land, das nur einen Teil des Krieges miterlebt und den Krieg nicht im eigenen Lande zu erleiden gehabt hatte. Das waren die USA, und die besannen sich bald – Anfang 1947 – darauf, daß sie gemeinsam mit einem alten Feind – mit der UdSSR gekämpft hatten. Was sollte aus dem Verhältnis zwischen ihnen werden? Die Tatsache – ganz gleich, was die Ursache gewesen sein mag – war auf alle Fälle die, daß in den USA die alte Feindschaft wieder angeheizt wurde. Das geschah vor und in aller Öffentlichkeit im Januar 1947, als ich gerade 6 Wochen meines allerersten Besuchs in den USA hinter mir hatte. Die USA waren damals unbestritten die gewaltigste Großmacht der Welt, die einzige Macht, die im eigenen Lande keine Kriegsschäden wiedergutzumachen hatte, und die einzige Macht, die über die Atomwaffe verfügte, mit der man – mit einer einzigen Bombe! – 240 000 Tote und mehr als 100 000 auf den Tod Verwundete in Hiroshima zustande gebracht, „gemacht" hatte. Kein Wunder, daß die UdSSR vor diesem mächtigsten aller Gegner Angst hatte und aufgerüstet blieb, zumal die USA in der Herstellung und Entwicklung der ABC-Waffen fortfuhren und ihre Anti-Kommunismus-Propaganda wieder aufleben ließen und verschärften. Die ganze Welt hat von 1947 bis 1954 beim Gedanken an den Ost-West-Konflikt gezittert, zumal er unabwendbar zu einem neuen Weltkrieg würde führen müssen; und keiner wußte im Grunde, wie das vermieden werden könnte. 1949 kam dann eine erleichternde Atempause, weil mit der russischen Atombombe die militärische Allmacht der USA erledigt war. Ich erinnere mich deutlich, wie ich damals gerade beim Abflug aus Australien die Nachricht von einem Reporter erhielt und ihm antwortete: „Nun wird es nicht mehr so ganz leicht einen wirklichen Krieg zwischen Ost und West geben!" – Aber es gab den „Kalten Krieg", und bei dem ist es für Jahrzehnte geblieben. Und es hat nicht lange gedauert, bis unser deutsches Volk in diesen Kalten Krieg mithineingezogen und dadurch hoffnungslos zerrissen wurde.

Noch 1952 war der Osten geneigt gewesen – jedenfalls bot er es damals an –, einer deutschen Wiedervereinigung zuzustimmen, wenn die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland vertraglich geregelt und gesichert würde. Man hat damals dieses Angebot in den Papierkorb wandern lassen, vermutlich weil Amerika noch andere Zukunftspläne hatte, für die ihm ein wiedervereinigtes, aber neutrales Gesamtdeutschland nicht genehm war, wie

denn überhaupt von den westlichen Siegermächten kein einziger Schritt zur Wiedervereinigung unternommen wurde, obgleich die Teilung Deutschlands eindeutig durch die Westmächte veranlaßt, in die Wege geleitet und durchgeführt worden war. Jedenfalls wurde die neue DM-Währung unter bewußtem Ausschluß der russischen Besatzungszone und des Ostsektors von Berlin im Jahre 1948 eingeführt, und das westdeutsche Staatengebilde Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahr darauf geschaffen, nicht nur ohne Befragung der deutschen Bevölkerung, sondern gleichfalls ohne Fühlungnahme mit der vierten Besatzungs- und Siegermacht. Desgleichen wurde dann im künstlich geteilten Rest-Deutschland auf westlicher Seite die Aufrüstung begonnen, was ja zum Ausscheiden meines Freundes Heinemann aus Adenauers erstem Bundeskabinett führte. Die Hintergründe dieser politischen, zweifellos vom Westen gesteuerten Entwicklung sind noch nicht abschließend historisch-wissenschaftlich erhellt; persönlich bin ich überzeugt, daß hier die westliche und auch die westdeutsche Wirtschaft ein maßgebendes Wort mitgesprochen hat; ich entsinne mich einer Aussprache, die am 21. März 1950 im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter zwischen dem Rat der EKiD und der CDU unter Beteiligung Adenauers stattfand. Nach diesem Gespräch wandte sich ein westlicher Industrieller, Mitglied der Bekennenden Kirche und MdB der CDU, an mich: „Sie wollen also die Wiedervereinigung?" Und dann, als ich das mit größter Selbstverständlichkeit bejaht hatte, fuhr er fort: „Bruder Niemöller, wissen Sie denn nicht: dann sind wir alle ‚pleite'; denn wir können nicht auch noch die russisch besetzte Zone sanieren!". Man wollte damals die Wiedervereinigung nicht, sondern wollte – aus höchst durchsichtigen Gründen – erst einmal das eigene Schäfchen ins trockene bringen.

Die Bevölkerung wurde nicht befragt, weder über die Bildung des Parlamentarischen Rates, noch über das von diesem ausgearbeitete Grundgesetz, noch über die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949. Die Bundestagswahlen 1949 wurden nicht über die später dann offenkundig gewordenen Pläne Adenauers und der hinter ihm stehenden Kräfte zur Zementierung eines in den alten Besitzverhältnissen restaurierten westdeutschen Separatstaates und späteren NATO-Bollwerks abgehalten; daher habe ich mich 1949 erstmals an der Wahl nicht beteiligt und allen, die damals zur Wahl gegangen sind, gesagt: Mit dieser Wahl habt ihr die Spaltung Deutschlands besiegelt. Zwar hatten wir eine demokratische Verfassung bekommen, in der Menschenrechte und Friedensbemühungen nicht allein geschützt, sondern geradezu als Bürgerpflicht vorgeschrieben sind. Aber dies Grundgesetz wurde im folgenden nicht dahin entwickelt, daß den Menschenrechten Wirkungsmöglichkeiten gegeben wurden und daß das Friedensstreben praktisch gefördert worden wäre; vielmehr wurden die im Grundgesetz verankerten Rechte der Person beschnitten und die Friedensbemühungen von Bürgern unseres Staates mit allen erdenklichen Mitteln behindert. Wehrgesetzgebung und später Notstandsgesetze, Außen- und Innenpolitik trugen wieder das Kennzeichen des Strebens nach Macht, die keine Verpflichtung zur Solidarität mit dem Schwächeren, für den Frieden mehr gelten lassen will. Es war der Geburtsfehler des neuen Staates, daß der Antikommunismus zu seiner Staatsideologie

und Geschäftsgrundlage gemacht wurde. Das war 1949/50 bereits besiegelt: Als Staat im Einflußbereich der Amerikaner mußten wir antikommunistisch sein.

Nun hieß es, die gesamte westliche Welt müsse den „Kampf gegen den Atheismus" des Ostens im Namen von Religion und Christentum mit allen Mitteln der Propaganda wieder aufnehmen. Diese „Kreuzzugs"-Propaganda hatte einen ganz erheblichen Anteil am Kalten Krieg zwischen Ost und West. Man hat bei uns im Westen in der Zeit des Kalten Krieges so getan, als müßten wir Christentum und Menschlichkeit gegen den bolschewistischen Kommunismus verteidigen; in Wirklichkeit aber ging es um die Stärkung und Erhaltung einer Wirtschaftsgesellschaft, in der dem Gewinnstreben des Individuums keine oder möglichst wenig Schranken gesetzt werden. Demgegenüber gibt es anscheinend eine sogar traditionell gewordene Vermeidung des prophetischen Worts in der christlichen Kirche, die mir selber auch sehr spät zu Bewußtsein gekommen ist, als es mir aufging, daß ich noch niemals eine Predigt gehört habe über den Text: „So spricht der Herr: Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!" Und ob das nicht gerade das prophetische Wort ist, das gerade heute notwendig ausgesprochen werden muß, weil die Mammonhörigkeit hinter aller Rüstungstreiberei und aller Propaganda steckt, die den Haß gegen die Atheisten predigt, aber das kommunistisch-sozialistische Wirtschaftssystem meint, weil das den Mammon vom Throne stößt, um – vielleicht – andere Abgötter darauf zu setzen. Es geht dem „Antikommunismus" im Grunde um den Mammon, der nicht gestürzt werden darf und dem deshalb jedes Opfer gebracht werden muß – und wenn die ganze Menschheit dabei draufgeht!

III

Die erst heimlichen und in der Öffentlichkeit verleugneten, dann offen betriebenen Vorbereitungen Adenauers und der Amerikaner für eine Remilitarisierung der Bundesrepublik standen im schroffen Gegensatz zu den Erwartungen und Wünschen der deutschen Bevölkerung und mußten infolgedessen die Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung (und schließlich NATO-Einbindung statt Neutralität) zu einer der aufwühlendsten Streitfragen der Bundesrepublik bis in die 60er Jahre hinein machen. Die Befürworter der Wiederbewaffnung haben es nie gewagt, über ihre Pläne abstimmen zu lassen. Im Gegenteil: Leute wie Strauß erklärten damals, wer je wieder ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen. Als klar wurde, worauf die Politik Adenauers, der sich so gerne antimilitaristisch gab und damit brüstete, nie Soldat gewesen zu sein, in Wahrheit hinauslief, waren viele tief empört über die heuchlerische Vorgehensweise des CDU-Kanzlers. Gustav Heinemann trat, wie gesagt, vom Amt des Innenministers zurück. Ich wandte mich damals mit einem dringenden Schreiben an Theodor Heuss, den damaligen Bundespräsidenten, und setzte mich für eine Volksabstimmung über die Frage der Wiederbewaffnung ein. Heuss antwortete mir, eine Volksbefragung sei nach dem Grundgesetz nicht möglich. Als ich ihn daraufhin noch einmal anrief, erklärte er mir am Telefon, das Volk sei zur Entscheidung über eine

solche Frage noch nicht reif. Ich meine, die Deutschen, die damals in einer Volksabstimmung mit Sicherheit die Wiederbewaffnung massiv abgelehnt hätten, waren reif genug zu wissen: der Krieg ist Wahnsinn. Wahnsinn ist es auch, so zu tun, als könne man sich darauf vorbereiten. Darauf Geld, Zeit und Kraft zu verschwenden, kann gar keine andere Wirkung haben, als daß die Menschen sich schließlich doch an den Gedanken gewöhnen, daß der Krieg eines Tages kommen wird. Man hat uns Menschen sogar für so dumm verkauft, daß man in einer an alle Haushalte verteilten Broschüre den Vorschlag glaubte verbreiten zu können, im Fall eines Atombombenabwurfs könne man sich durch eine Aktentasche auf dem Kopf oder einen aufgespannten Regenschirm einen, wenn auch minimalen Schutz schaffen.

Eine große Partei, die das Wort „christlich" in ihrem Namen führt, stellte fast zwei Jahrzehnte lang die Regierung unseres Staates und machte ihn wieder zur stärksten Militärmacht im westlichen „freien" Europa. Die Wiederaufrüstung und in ihrem Gefolge die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht brachten es in aller Deutlichkeit an den Tag, wie die Bundesrepublik zu ihrem demokratischen Grundgesetz steht: Man ist in maßgebenden Regierungskreisen gar nicht mehr glücklich darüber, daß dem Gewissen der staatlich angeordneten Kriegspflicht gegenüber der Vorrang eingeräumt ist; das feierlich im Grundgesetz verbriefte Recht des Bürgers, daß „niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf", wurde vom „christlich" regierten Staat tausendfach gebrochen, indem unser Staat Menschen als Richter über das Gewissen einsetzte, sich selbst zum Richter über das Gewissen aufwarf, ohne daß eine christliche Kirche dagegen Einspruch erhob.

Unsere konkrete Situation war wieder einmal die, daß eigentlich alle Menschen und Völker mitsamt ihren Regierungen Frieden haben und schaffen möchten, daß sie aber zugleich völlig ratlos vor der Frage stehen, was sie denn praktisch zur Erreichung dieses Ziels tun können. Diese Ratlosigkeit fand ihren erschütternden Ausdruck darin, daß man wiederum einen Ausweg versuchte, von dem längst erfahrungsgemäß feststand, daß er – statt am Krieg vorbeizuführen – geradeswegs in den Krieg hineinführt. Die beiden großen Mächte rüsten; und da man des Friedens nicht sicher sein kann, möchte man wenigstens für den Kriegsfall eine Überlegenheit schaffen; alle Lehren der jüngsten Vergangenheit scheinen vergessen.

Besonders gefährlich wurde die Remilitarisierungspolitik dadurch, daß ja der ganze Zündstoff in Europa als einem der dichtest bevölkerten Teile der Erde aufgehäuft liegt, und daß ausgerechnet hier ständig mit dem Feuer gespielt und gedroht wird.

IV

1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei (im Gegenzug entstand der Warschauer Pakt) und führte die allgemeine Wehrpflicht wieder ein. Kein Mensch schien mehr daran zu denken, daß es nur 10 Jahre zuvor im Potsdamer Abkommen der drei Siegermächte geheißen hatte, daß der Militarismus und

seine Wurzeln in Deutschland ein für allemal beseitigt werden müßten. Man hatte die Angst vor dem Kommunismus hoch genug gesteigert, und der letzte Krieg lag jetzt immerhin ein volles Jahrzehnt zurück. Die Bundeswehr sollte, wie es hieß, nur der Verteidigung dienen. Erst ganz langsam und allmählich – Presse, Rundfunk und das neu aufkommende Fernsehen taten nichts oder doch fast nichts dazu – begriffen wir in der Bundesrepublik, daß es im Falle eines kriegerischen Konflikts eine Verteidigung für uns, wie für Europa insgesamt, überhaupt nicht mehr geben kann. Frankreich zog als erster Staat die Konsequenzen. Es schied aus der NATO aus und begann auf eigene Faust eine Verständigung mit der östlichen Großmacht; doch die NATO behielt ihre Rüstungspolitik bei, wurde indes sehr kleinlaut, wenn die Frage der Verteidigungsmöglichkeiten angerührt wurde. Man spricht nicht mehr davon, man spricht statt dessen von „Abschreckung": Wir müssen rüsten – so heißt es jetzt –, damit der Gegner nicht angreifen kann! Wir dienen also durch Rüstung dem Frieden: Wehrdienst ist Dienst für den Frieden! Als ich im Jahr 1910 als Seeoffizier begann, da war es derselbe Trost, mit dem uns jungen Leuten über auftretende Gewissensbedenken bei unserer Ausbildung im Kriegshandwerk hinweggeholfen werden sollte: „Die Wehrmacht schützt den Frieden, und im Kriegsfall schützt sie Vaterland und Heimat!"

Seit 1954 mußte eigentlich jedermann wissen, daß mit der Wasserstoffbombe die kriegerische Kraftprobe zur praktischen Unmöglichkeit geworden war, weil seitdem ein Krieg zwischen Mächten, die diese Waffe besitzen, das Ende der Menschheit bedeuten wird. In den folgenden Jahren konzentrierte sich die Sorge der Menschheit infolgedessen auf die alle angehende Frage, ob und wie ein solcher Krieg zwischen Ost und West vermieden oder verhindert werden könne. Die Christenheit sah sich genötigt, sich ernsthaft mit der jahrhundertelang vernachlässigten Friedensfrage zu befassen und alle Traditionen zu revidieren. Dieser Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen, aber doch damals schon deutlich in Gang gekommen. Christliche Friedensbemühungen und Friedensorganisationen sind keine von der Kirche verleugneten und theologisch-lehrhaft bestrittenen Fehlentwicklungen mehr, sondern haben in Kirche und Theologie ihren, wenn auch weiterhin umkämpften, Platz gefunden. Versöhnungsbund, Christlicher Friedensdienst, Christliche Friedenskonferenz, Pax Christi-Bewegung, das alles sind Marksteine am Wege eines sich vollziehenden Wandels.

Ich erinnere mich daran, daß Papst Pius XII. eine nachdrückliche Warnung vor der Wasserstoffbombe ausgesprochen hatte, weil sie das Ende der Menschheit bedeuten könne. Noch ahnte ich nichts von der grenzenlosen Wirkungsmöglichkeit der Atomverschmelzung, der Wasserstoffbombe, aber maßgebende Kernphysiker bestätigten mir den Ernst der Gefährdung. So regte ich im Rat der evangelischen Kirche an, eine ähnliche Initiative zu ergreifen wie der Papst. Darauf beantragte der Bischof von Bayern, erst einmal einen Fachmann zu befragen. Als socher wurde dann der damals schon als Philosophieprofessor in Hamburg wirkende Pascual Jordan, bekannt geworden als Apologet der Atomrüstung, vorgeschlagen. Sein Gutachten besagte, die Verlautbarung des Papstes sei weit übertrieben, und der Rat der evangelischen Kirche lehnte

nunmehr eine eigene Initiative ab. – Ich wandte mich an Otto Hahn in Göttingen, den ich als Glied meiner Gemeinde in Berlin-Dahlem kannte. Ihm berichtete ich über die Debatte im Rat, und er erklärte sich bereit, mit mir und zwei bis drei weiteren Kirchenmännern unter Zuziehung einiger Wissenschaftler aus seinem engeren Kreis zu sprechen. Wir trafen uns in Wiesbaden, Dibelius, Gollwitzer und ich. Hahn hatte Heisenberg und C. F. Weizsäcker mitgebracht. Als Einladender richtete ich die Frage an Otto Hahn: „Herr Professor, wir sind hier, weil die Entwicklung der Wasserstoffbombe uns zutiefst bedrückt. Der Papst hat gesprochen, und wir möchten Sie fragen, ist die Sache wirklich so schlimm, wie der Papst sie darstellt?" „Nein, viel schlimmer." – „Für uns Wissenschaftler ist es kein Problem mehr, einen Apparat zu bauen, mit dem man alles Leben auf unserem Planeten auslöschen kann. Das ist nur noch eine Frage der Technik!" – Auf meine weitere erschrockene Frage, was denn passiert wäre, wenn Hitler im April 1945 in der Reichskanzlei in Berlin einen solchen Apparat gehabt hätte, antwortete Hahn nicht mehr. – Nur Heisenberg sprach noch ein Wort: „Herr Pastor, dann brauchten wir uns darüber keinen Kopf mehr zu zerbrechen!"

Alle Warnungen und Proteste halfen nichts: Die Regierung Adenauer trieb ihre Bemühungen, der Bundeswehr Zugang zu den Atomwaffen zu verschaffen, voran. Die Weltmeinung dagegen wandte sich immer entschiedener gegen die Kernwaffenversuchsreihen der Großmächte, und die Warnungen vor den Gefahren der Atomrüstung zogen immer weitere Kreise. Am zweiten Ostertag des Jahres 1958 fand der erste „Ostermarsch" vor den Toren des englischen Atomwerkes Aldermaston seinen Abschluß. Ich werde den Tag nicht vergessen, weil er der Anfang einer Bewegung wurde. Dies war die Hoffnung, die ich in meiner Schlußansprache an die Tausende, die durch Regen, Schnee und bittere Kälte ausgehalten hatten, zum Ausdruck brachte. In der Bundesrepublik entstand die Bewegung „Kampf dem Atomtod!", an der sich eine Zeitlang auch Führer der SPD und der Gewerkschaften beteiligten. – Tatsächlich scheiterte der Versuch, der Bundeswehr offiziell unmittelbaren Zugang zu Atomwaffen zu verschaffen. Die Atomsprengköpfe, die in ungeheuerlichen Massen in unserem Lande lagern, blieben „unter amerikanischem Verschluß". Allerdings ist das ein schwacher Trost. – Auch Volksbefragungen in der Frage der Atombwaffnung, wie sie in Bremen und Hamburg bereits eingeleitet worden waren, wurden unterbunden, sogar ausdrücklich vom Verfassungsgericht. Die SPD zog sich aus der Bewegung gegen den Atomtod zurück. Die Ostermarschierer, die in den folgenden Jahren und in rasch wachsender Zahl die Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Atomkriegsgefahr betrieben, wurden zunächst geflissentlich „totgeschwiegen" oder – als das doch nicht mehr möglich war – lächerlich zu machen versucht, und schließlich – als auch das nicht mehr verfing, – mit bösartigen Verleumdungen bekämpft.

Man hat es sich eine ganze Menge kosten lassen, um unser Mühen zu lähmen und die Bürger unseres Staates von den Ostermärschen fernzuhalten. Dazu mußte natürlich wieder der Kommunismus als abschreckendes Gespenst herhalten, als ob ihm am Ende doch vielleicht mit Atombomben beizukommen wäre? Staatsmänner und Regierungen sollten lieber erst einmal darauf be-

dacht sein, den Zündstoff zu beseitigen, an dem der Krieg sich entzünden könnte, und die Zündschnüre durchzuschneiden, die ein Wahnsinniger oder ein Verbrecher – nur für sie und zur Erreichung ihres Ziels kommt ja ein Krieg noch in Betracht – in Brand setzen könnte.

In der Ostermarschbewegung ging es uns, wie in der ganzen Bewegung gegen die Wiederbewaffnung damals und für Entspannung und Abrüstung heute – um eine aufrichtige und ehrliche Demokratie. Wenn die Demokratie nämlich aufrichtig und ehrlich ist, dann gibt es keinen Krieg. Bislang aber hatte das Volk bei den Dingen, die sein Leben oder Sterben angehen, nichts zu sagen. In den Wahlkämpfen wurde die Friedensfrage möglichst umgangen und alles, was damit zu tun hat, ebenfalls: Wiederbewaffnung, Militärbündnis, atomare Rüstung, Notstandsgesetze. Die Bevölkerung wird auch nicht so unterrichtet, daß ihr sachliches Interesse geweckt würde: sie könnte ja dann mitreden wollen, und was würde dann aus der Totalherrschaft der etablierten politischen Parteien werden?! –

Das war es, was man uns so übel genommen hat: Wir wollten und wollen der Öffentlichkeit deutlich machen, daß Wissenschaft und Politik keine Spezialangelegenheiten besonders interessierter Gruppen sind und ihnen nicht zur freien Verfügung überlassen werden dürfen, weil sie Folgen zeitigen und Verhältnisse schaffen, die von ungezählten Menschen erlitten und ertragen werden müssen.

V

In den 60er Jahren hat sich jenes „Parteienkartell", das die in der Remilitarisierungsfrage schon kaltblütig demonstrierte Mißachtung tatsächlicher Oppositionsströmungen in der Bevölkerung verkörpert, voll entwickelt. Die Bundesrepublik erwies sich als eine „Demokratie", die mit dem, was man früher darunter verstand, nur noch den Namen gemein hat. Das Volk wählt alle vier Jahre eine Partei, und die Parteien sind sich längst darüber einig, daß das Volk keine andere als *ihre* Meinung zu wählen imstande sein darf. Die Kommunisten waren verboten, das Entstehen neuer, oppositioneller Parteien wurde möglichst verhindert. Die Parteien verstehen sich nicht mehr als Vertretungen von Bevölkerungs- und Gesellschaftsgruppen. Und sie haben es verstanden, alle möglichen Probleme unter sich abzumachen und nur ja keine Gelegenheit zur Erkundung der Volksmeinung zu geben. Im Wahlkampf werden politische Probleme niemals nach vorn und zur Kenntnis der Wähler gebracht. Sie werden nicht gefragt, ob Frieden oder Krieg, Abrüstung oder Aufrüstung, Leben oder Tod sein soll; dazu sind die Wähler „zu dumm". Der Wähler darf einmal seinen Stimmzettel abgeben und laufend seine Steuern zahlen; er darf auch mit seinem Leben dafür zahlen, was die Parteien und das Parlament anrichten, ohne ihn zu fragen. Die Parteien üben ihr diktatorisches Regiment aus, sobald die Wahlen vorüber sind, und die Wählerschaft hat zu schweigen; bis zur nächsten Wahl ist das Volk stumm; wer redet, wird zum Schweigen gebracht. Mittel dafür gibt es genug.

In den 50er und 60er Jahren konnte man noch darauf setzen, daß die Mehrheit der Bevölkerung, durch Wiederaufbau und wachsenden Lebensstandard in Anspruch genommen, stillhalten werde. – Revolutionäre Gedanken können zwar in Zeit des wachsenden „Wohlstandes" entstehen, aber eben nicht zur Auswirkung gelangen: Das allgemeine Interesse verlangt nach einem ungestörten Fortgang des Wohlstandswachstums und hört keine Aufforderung lieber als die Warnung: „Keine Experimente!" So die seinerzeitige Wahlparole! Diese Zeit erwies sich als denkbar ungeeignet für Kursänderungen. Aber wo der Wohlstandstrend unsicher wird oder zu werden scheint, da denken die maßgebenden herrschenden Kreise naturgemäß an die Sicherung ihrer Position, weil jeder dann eintretende „Notstand" das Ende, auch ihrer Machtposition, zur Folge haben könnte. Es war also nicht weiter verwunderlich, daß die sogenannten „Notstandsgesetze" genau in dem Augenblick mit Nachdruck betrieben und schließlich verabschiedet wurden, als mit der ersten Wirtschaftskrise 1966–68 ein Anwachsen der Unzufriedenheit unübersehbar wurde.

Der innenpolitischen Erstarrung entsprach in den 60er Jahren eine zunehmende außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik. Der einzige Staat, der es damals wohl an allgemeiner Unbeliebtheit mit uns aufnehmen konnte, war vielleicht Südafrika. Verwoerd und Seebohm (der Verkehrsminister und Ostlandreiter Adenauers, d. Red.) habe ich damals wohl einmal gesagt, sind vermutlich die Namen, hinter denen das heute lebende Menschengeschlecht die personifizierte Unmenschlichkeit vermutet. Innerhalb Europas könnte wohl auch der Name Strauß genannt werden. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte es eine ähnliche, selbstverschuldete Isolierung des deutschen Reiches gegeben, die unserem Volk als Resultat einer geplanten Einkreisungspolitik dargestellt wurde, in Wirklichkeit aber auch – und nicht nur „auch" – die Frucht einer planmäßigen, auf Machtmehrung zielenden Aufrüstung war. Haben wir seither eigentlich irgend etwas aus unserer Geschichte hinzugelernt?

Die Menschheit hat heute einen Anspruch darauf, daß Politiker und Militärs, die einen Krieg noch als Mittel der Politik ansehen und ihn etwa sogar vorbereiten, als Wahnsinnige erkannt und behandelt werden. – Zwischen Ost und West kann es keinen Krieg mehr geben, der nicht das Ende bedeutet. Darum sind aber auch alle „defensiven" Vorbereitungen für einen solchen Krieg Unsinn, und deshalb – das wurde uns im Kampf gegen die Notstandsgesetze klar – haben derartige „Staatsschutz"-Maßnahmen einen „Sinn" nur für den Fall innerpolitischer Streitigkeiten. Hier sind die Gewerkschaften angesprochen und alle, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnungen erstreben, denn so etwas kann nur ohne Vernichtungs-„Waffen" erreicht bzw. verhindert werden, indem die jeweilige demokratische Majorität sich dafür die verfassungsmäßige Bevollmächtigung verschafft.

Die wahren Beschützer und Erhalter des Staates sind, wie ich als Präsident der deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner einmal gesagt habe, sowohl die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen als auch die Kritiker und Nichtbefolger von sogenannten Notstandsgesetzen usw.

Gibt es gegen eine falsche Politik keine parlamentarische Opposition mehr, dann brauchen wir die außerparlamentarische Opposition, damit wir das Verhängnis aufhalten, das – wenn es eintritt – die fatalen Ergebnisse der Hitlerzeit weit übertreffen würde. Denn kein Politiker irgendwo in der Welt hat noch eine Antwort auf die Frage, was werden soll, wenn die Armen gegen die Reichen, wenn die Hungrigen gegen die Satten, wenn die Farbigen gegen die Weißen aufstehen und ihre Menschenrechte einfordern, die ihnen die Weißen, Reichen und Satten weggenommen haben oder schuldig geblieben sind.

Wir brauchen „Frieden und Freundschaft", wenn das auch eine „kommunistische Parole" ist. Eine Parole braucht nicht deshalb falsch zu sein, weil sie von Kommunisten ausgegeben wurde; vielleicht wäre es besser gewesen, *wir* hätten sie erfunden und – vor allen Dingen – geübt! Hier liegt heute die Aufgabe des „Widerstandes", und zwar in allen Ländern und Völkern, in denen die alte, heute aber verhängnisvolle Machtpolitik noch Trumpf ist. Und wo dieser Widerstand nicht von einer parlamentarisch etablierten Opposition vertreten wird, da braucht es eben die außerparlamentarische Opposition, eine demokratische Bewegung, um die öffentliche Meinung zu mobilisieren und zu beeinflussen.

Als das Parteienkartell sich bis hin zur „Großen Koalition" verfestigte, da flossen denn auch Ende des 60er Jahre alte und neue Opposition gegen den innen- und außenpolitischen Kurs unserer Bundesrepublik in einer außerparlamentarischen Opposition, zusammen, die hat immerhin einiges in Bewegung setzen können. Daß die erklärte oder unerklärte Große Koalition (bzw. Allparteienkoalition) der etablierten Parteien, die wir im Grunde heute wieder haben, Anfang der 70er Jahre aufgebrochen werden konnte und in einer so wesentlichen Frage wie der Ostpolitik eine Kurskorrektur möglich wurde, hat als Ursache neben der veränderten weltpolitischen Lage ganz sicher auch die beharrliche, oft so auswegslos erscheinende Kleinarbeit der Friedensbewegungen, der Kriegsdienstgegner und der Atomgegner, wie auch der seinerzeitigen Studentenbewegung und der APO, kurzum jener vielfältigen demokratischen Bewegung, die heute – wie z. B. über Bürgerinitiativen – immer neue Lebensbereiche erfaßt.

Wenn ich nach 30 Jahren Bundesrepublik, trotz allen Geredes von „Tendenzwende" (woran mancher aber schon gar nicht mehr gerne denkt!) und trotz aller tatsächlich alarmierenden Rechtstendenzen der letzten Jahre eine „Heilung" der Geburtsfehler der Bundesrepublik, eine demokratische Zukunft unseres Landes für möglich halte, dann im Blick auf dieses demokratische und menschlich-mitmenschliche Potential, das sich über alle Rückschläge und Enttäuschungen teilweise oder scheinbar ergebnisloser Auseinandersetzungen hinweg in diesen 30 Jahren entwickelt hat. Diese Kräfte machen „demokratische Bewegung" möglich, und zu ihnen zählen Christen wie Atheisten, Sozialdemokraten wie Liberale und Kommunisten. Entscheidend ist, ob es ihnen gelingen wird, wachsenden Einfluß auf die Politik der Bundesrepublik auszuüben. – Aus vielen Gesprächen – Gesprächen mit Mitgliedern der verschiedensten Friedens- und Solidaritätsbewegungen wie auch mit Po-

litikern in „Ost und West" und nicht zuletzt in der Dritten Welt – glaube ich zu wissen, daß man in der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik sehr klar erkennt, worin die Probleme unserer Zeit bestehen, von denen das Überleben der Menschheit abhängt. Klarer als in vielen Ministerien und Parteibürokratien. In meinen Augen ist die Frage der Erhaltung des Friedens und damit die Frage der Entspannungs- und Abrüstungspolitik nach wie vor die vordringliche, erste Lebensfrage der Menschheit, in der es aber nach wie vor ohne den ständigen Druck des Friedenswillens der Völker nicht recht weitergehen wird. Daneben ist immer deutlicher die Not und der Selbstbehauptungswille der Völker der Dritten Welt getreten; ihre Probleme finden in Solidaritätsbewegungen, darunter vielen christlichen Initiativen, mehr Ausdruck und Beachtung als heute noch bei uns. – Auch in dieser Frage müssen Regierungen und Öffentlichkeit immer neu darauf hingewiesen werden, daß es keine christliche, keine menschlich verantwortbare Alternative zu friedlicher Verständigung im Nord-Süd-Konflikt wie im Ost-West-Konflikt gibt und daß die Überwindung von Hunger und Verelendung ebenso die Beendigung der Rüstungsverschwendung verlangt wie die Überlebensfrage. Das fängt mit der Verhinderung eines Atomkrieges an, der uns alle verbrennen würde, und hört mit der Beendigung des wirtschaftlichen Vernichtungskrieges gegen unsere Umwelt, gegen die natürlichen Grundlagen allen Lebens nicht auf. Ich glaube, daß auch in dieser Hinsicht die demokratische Bewegung, hier besonders die Umwelt-Bürgerinitiativen, weitblickender und realistischer sind als Regierungen, die um jeden Preis und mit allen Kräften und Mitteln wirtschaftliche Interessen fördern und durchsetzen wollen. In 30 Jahren Bundesrepublik hat es sich, angefangen mit der über die Köpfe der Bevölkerung hinweg erfolgten Remilitarisierung wieder und wieder gezeigt, daß eine Politik, die die Bevölkerung uninformiert und unmündig hält, in die Irre führt. Wenn es immer noch solche Politik gibt, so liegt dies nicht zuletzt auch an der mühseligen Langsamkeit, mit der wir uns von traditionellen Feindbildern und Vorurteilen, wie es in erster Linie immer noch der Antikommunismus ist, freimachen. Die Völker der Dritten Welt haben es uns vorexerziert. Sie haben sich nicht einfach in den Ost-West-Konflikt vereinnahmen lassen, sondern, ohne überholte Klischees zu übernehmen, darauf geachtet, mit wem sie ihre Überlebensinteressen sichern können und mit wem nicht. Vergleichbares spielt sich auch in den demokratischen Bewegungen in unserer Bevölkerung ab. Ich selbst weiß aus langjähriger Friedensarbeit, daß es Aufgaben gibt, für die auch Christen und Kommunisten gemeinsam eintreten können und sollen.

Die Bundesrepublik wird sich von ihrer unseligen Staatsdoktrin freimachen müssen für eine bessere und „mehr demokratische" Zukunft. Das Schicksal der Berufsverbote, die – wohl eine List der Geschichte! – den Antikommunismus vollends ins Gerede gebracht haben, zeigt, daß dieser Auseinandersetzung nicht mehr auszuweichen ist. Die Bundesrepublik hat eine Zukunft nur noch in einer friedlichen Welt, die die realen Konflikte erkennt und sich gemeinsam an eine Lösung macht, ohne sich durch weltanschauliche, politische oder rassische Mauersperren abschrecken zu lassen. Wir alle brauchen den Frieden und zu seiner Gewinnung den Dialog.

Polititisch-militärische und biologisch-medizinische Gefahren der Neutronenbombe

Von Nino Pasti

Der grundlegende Unterschied zwischen der Neutronenbombe (N-Bombe) und anderen Spaltwaffen mit sehr niedriger Spaltausbeute besteht darin, daß die erstere wesentlich mehr und viel schnellere Neutronen freisetzt. Die Wirkung einer Kernexplosion besteht aus dem Explosionsluftdruck, Thermostrahlung (Hitze), sofortiger Strahlung (meist Neutronen und Gammastrahlen) und Reststrahlung (radioaktivem Fallout). Während bei einer Fusionsexplosion die in der Form sofortiger Strahlung freigesetzte Energie nur 5% der Gesamtmenge ausmacht, beläuft sie sich bei einer hypothetischen Fusionsexplosion auf 80% der Gesamtmenge und besteht hauptsächlich aus schnellen Neutronen. Andererseits ist die von einer Neutronenbombe in Form von Explosionsdruck, Hitze und radioaktivem Fallout freigesetzte Energie niedriger. Daraus ergibt sich, daß die N-Bombe nur mäßige Zerstörung und mäßige Bodenverseuchung bewirkt. Sie ist jedoch eine furchtbare, barbarische und tödliche Waffe für die Menschen aufgrund der Auswirkungen schneller Neutronen auf lebende Organismen, worauf ich weiter unten noch zu sprechen komme.

Die N-Bombe ist keine neue Waffe. Bereits in den frühen 60er Jahren gab Verteidigungsminister Robert McNamara eine allgemeine Studie über die voraussichtlichen Auswirkungen taktischer Atomwaffen in Auftrag. Die Studie kam zu dem Schluß, daß ein in Europa ausgetragener taktischer Krieg die Zerstörung Europas bedeuten würde. Es war Schlesinger als Vorsitzender der Atomenergiekommission und später als Verteidigungsminister, der zugleich mit einer Ausweitung der Ausrüstung mit strategischen Atomwaffen eine Aufstockung der verfügbaren Bestände anordnete, mit denen ein atomarer Krieg auf dem Kriegsschauplatz Europa geführt werden sollte.

Die Auswirkungen von Neutronen auf den menschlichen Körper

Die schädliche Wirkung der Kernstrahlung einer Atomexplosion stellt ein Phänomen dar, das einer konventionellen Explosion völlig fehlt. Aufgrund der Neutronenwirkung (Ionisation und Anregung) werden einige Bestandteile, die für die normale Funktion der lebenden Zellen wesentlich sind, verändert oder zerstört. Außerdem können zusätzlich giftige Stoffe entstehen. Zu den beobachteten Auswirkungen ionisierender Strahlung auf Zellen gehören Chromosomenbrüche, Anschwellen des Zellkerns und der gesamten Zelle, erhöhte Viskosität des Zellplasmas, erhöhte Durchlässigkeit der Zellwand und Zerstörung der Zelle. Ferner wird der Vorgang der Zellteilung (Mitose) verzögert; häufig verlieren die Zellen die Fähigkeit zur Mitose, so daß die

normale Zellenerneuerung, wie sie im lebenden Organismus stattfindet, verhindert wird. Bei der von anderen Kernwaffen hervorgerufenen Strahlung (Gammastrahlen) gibt es eine Schwellendosis, unterhalb welcher kein biologischer Schaden hervorgerufen wird. Man nimmt an, daß ein solcher Schwellenwert für die Neutronenstrahlung nicht existiert. Außerdem sind im Hinblick auf Erbschäden, Leukämie und Augenkatarakte die biologischen Auswirkungen von Neutronen ungefähr sechsmal stärker als diejenigen der Gammastrahlen. Nach verläßlichen Informationen ist eine N-Bombe von der Stärke einer Kilotonne in der Lage, innerhalb eines Radius von 850 Metern „sofortige dauernde Kampfunfähigkeit" zu bewirken, der der Tod innerhalb von ein oder zwei Tagen folgen wird. Im Gebiet von 850 m bis 1,7 km Radius werden 10% der betroffenen Bevölkerung innerhalb von ein bis vier Wochen sterben, unter den Überlebenden wird in unverhältnismäßig hohem Maße Brustkrebs auftreten. In einem Radius von 1,7 bis 2,1 km ist für die Dauer von zehn Generationen das Auftreten schädlicher Gene zu erwarten, und in größerer Entfernung besteht immer noch die Möglichkeit, daß sich Knötchen in der Schilddrüse, Krebs und Leukämie entwickeln.

Die nach einer beliebigen Neutronendosis auftretenden Folgeerscheinungen lassen sich in drei Zeitabschnitte gliedern: Anfangs-, Latenz- und Endphase. Während der Anfangsphase kann es bei bestrahlten Personen zu Übelkeit, Erbrechen, Kopfschmerzen, Schwindelanfällen und einem allgemeinen Krankheitsgefühl kommen. Je größer die Dosis ist, desto schneller setzen die Symptome ein, und desto ausgeprägter sind sie. Während der Latenzphase treten bei den bestrahlten Personen nur wenige oder gar keine Symptome auf, so daß sie mit aller Wahrscheinlichkeit nützlicher Beschäftigung nachgehen können. Charakteristisch für die Endphase sind Krankheitsbilder, die für die einer höheren Dosis ausgesetzten Personen einen Krankenhausaufenthalt erforderlich machen. Zusätzlich zu den während der Anfangsphase festgestellten Symptomen kann es zu Hautblutungen, Durchfall, Haarausfall und völliger Erschöpfung kommen. Der Tod kann zwischen ein bis zwei Tagen und vielen Wochen eintreten. Diejenigen, denen es gelingt, dem Tode zu entgehen, brauchen eine sehr lange Rekonvaleszenzzeit.

Schließlich ist es durchaus nicht sicher, daß es sich bei der N-Bombe um eine „saubere" Bombe handelt, die keine verzögerte Kontamination bewirkt. Auf der Sitzung des amerikanischen Senats vom 13. Juli 1977 gab Senator Hatfield die folgende Erklärung ab: „Von einem angesehenen Wissenschaftler, der aufgrund seiner Leitung eines der bedeutendsten Laboratorien dieser Nation über eine jahrelange Erfahrung mit Kernwaffen verfügt, habe ich erfahren, daß der von einer Neutronenbombe hervorgerufene intensive Neutronenfluß zu einer tödlichen Konzentration von Kohlenstoff 14 führen kann. Der Wind könnte gasförmigen Kohlenstoff 14 in der näheren Umgebung verbreiten, wodurch die Bevölkerung der Möglichkeit ausgesetzt wäre, das potentiell tödliche Gas einzuatmen. Schließlich würde das meiste von diesem radioaktiven Material, das eine Halbwertzeit von 6000 Jahren besitzt, in die obere Atmosphäre getragen."

Einige Überlegungen lassen sich aus dem vorher Gesagten bereits ableiten. Die N-Bombe ist keine Atombombe. Die Tatsache, daß schnelle Neutronen mittels einer Atomexplosion produziert werden, ist nebensächlich. Die von N-Bomben hervorgerufenen Hauptwirkungen sind nicht Hitze, Druckwelle oder Fallout wie bei einer normalen Atombombe, sondern bestehen in der von schnellen Neutronen verursachten Zerstörung lebender Zellen. Die schnellen Neutronen wirken in der gleichen Weise wie chemische und radiologische Kampfstoffe. Die Herstellung von Neutronenbomben verstößt gegen die Punkte 75 und 76 im Schlußdokument der 10. Sondersitzung der UN-Vollversammlung, die vom 23. Mai bis 1. Juni 1978 tagte.

Alle, die wirklich an den Menschenrechten interessiert sind, müssen sich zusammenschließen zu einer starken Bewegung des Widerstands gegen die furchtbare, grausame und barbarische Neutronenbombe!

Die N-Bombe und das Wettrüsten

Es trifft nicht zu, daß die Atombombe eine billige Waffe ist. Die geschätzten Kosten für eine Bombe liegen kaum unter einer Million Dollar. Die Erfahrung lehrt, daß, wenn eine der Supermächte eine neue Waffe entwickelt, die andere sie kurz darauf ebenfalls besitzt. Die Sowjetunion hat erklärt, wenn die NATO die Neutronenbombe einführe, dann sei sie gezwungen, ihre eigene Bombe zu entwickeln. Das bedeutet eine beträchtliche Beschleunigung des Wettrüstens und eine bedeutende Steigerung in den Rüstungsausgaben der beiden Großmächte, die fast 50% aller auf der Welt getätigten Militärausgaben bestreiten. Wie das Stockholmer Internationale Institut für Friedensforschung (SIPRI) ermittelte, beliefen sich die globalen Militärausgaben 1977 auf rund 400 Mrd. Dollar – in einer Welt, in der

– rund 1500 Millionen Menschen (annähernd 40% der Weltbevölkerung) ohne wirksame medizinische Betreuung sind;

– fast 3000 Millionen Menschen in Ländern leben, in denen pro Arzt über 1000 Einwohner existieren;

– fast 3000 Millionen keinen Zugang zu einwandfreiem Wasser haben;

– jeden Monat rund 750 000 Menschen an Infektionen sterben, die durch Wasser verursacht werden;

– fast 570 Millionen Menschen an schwerer Unterernährung leiden;

– fast 2000 Millionen Menschen eine Lebenserwartung von weniger als 60 Jahren, in der Regel sogar von weniger als 50 Jahren haben;

– rund 800 Millionen Analphabeten sind, darunter rund 70% der Bevölkerung Afrikas; und

– fast 250 Millionen Kinder unter 14 Jahren keine Schule besuchen.

In dieser hoffnungslosen Verfassung der Menschheit besteht die größte Sünde wider die Menschenrechte in einer Erhöhung der militärischen Ausgaben.

Und die schwerwiegendste Verschwendung vorhandener Mittel ist vielleicht nicht einmal die Verschwendung von Geld, so ernst sie auch ist, sondern die Verschwendung von Fähigkeiten, qualifizierter Arbeitsleistung und wichtiger Rohstoffe, die mit militärischer Aktivität verbunden ist. Von allen Physikern und Ingenieurwissenschaftlern der Welt, die in den Bereichen Forschung und Entwicklung tätig sind, arbeitet über die Hälfte hauptberuflich in der militärischen Forschung und Entwicklung. Könnten diese Energien friedlichen statt militärischen Zwecken gewidmet werden, so würde das eine dramatische Verbesserung der globalen Situation ermöglichen.

Neutronenbombe, Entspannung und Abrüstung

Die Anhäufung von Massenvernichtungswaffen, vor allem das gewaltige Kernwaffenarsenal (nach einer vom Generalserketär der Vereinten Nationen vorgelegten Zahl beläuft sich das nukleare Potential auf über 1,3 Millionen Hiroshima-Bomben), stellt eine ungeheuere Bedrohung der gesamten Menschheit und der kommenden Generationen dar. Um diese Bedrohung abzubauen und den Rüstungswettlauf in sein Gegenteil zu verkehren, ist politische Entspannung notwendig, aber nicht hinreichend. Militärische Entspannung ist wesentlich. Die militärische Entspannung muß als Prozeß aufgefaßt werden, der mit Rüstungsbeschränkungen beginnt und über die Verringerung von Truppen und Waffen zum Endziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung führt. Die 70er Jahre haben wichtige positive Veränderungen im politischen Klima Europas gebracht. An die Stelle des Kalten Krieges ist als politischer Haupttrend unserer Zeit die Entspannung getreten, und der Prozeß einer Normalisierung und Neustrukturierung zwischenstaatlicher Beziehungen nach dem Prinzip der firedlichen Koexistenz hat begonnen. Ein bedeutender Meilenstein auf diesem Wege war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki, deren Bedeutung für die Sache des Friedens gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Drei Faktoren von ausschlaggebender Wichtigkeit sind zum erstenmal deutlich geworden: das auf beiden Seiten anerkannte militärisch-strategische Gleichgewicht der Kräfte der Staaten, die den beiden sich gegenüberstehenden Systemen angehören, die politische Entspannung und die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte, die eine zuverlässige Kontrolle der Abrüstung erlauben.

Natürlich führen diese Bedingungen allein nicht automatisch zu einer erfolgreichen Rüstungsverringerung und Abrüstung. Noch immer gibt es Kräfte in der Welt, die verantwortlich sind für diejenigen Trends und Prozesse, die eine Abrüstung hemmen. Die kriegslüsternen Kreise der militaristischen Reaktion üben nach wie vor einen negativen Einfluß auf die politischen Entscheidungen ihrer Länder aus. Die N-Bombe ist ein gefährliches Beispiel für diese Aussage. Ihre Herstellung wird nicht nur das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt destabilisieren und das Wettrüsten verschärfen, sondern die Uhr von der Entpsannung wieder auf den Kalten Krieg zurückstellen. Die N-Bombe zu stoppen heißt daher, einen Prozeß aufzuhalten, der zur Vernichtung der Menschheit führen kann.

Die N-Bombe: militärische Erwägungen

Der von der NATO-Führung angegebene Hauptgrund zur Rechtfertigung der N-Bombe lautet, sie sei notwendig als Gegengewicht zu den konventionellen Streitkräften des Warschauer Pakts, die stärker als diejenigen der NATO sein sollen. Diese Einschätzung ist völlig falsch, das Gegenteil ist wahr: die Streitkräfte der NATO sind im konventionellen ebenso wie im Kernwaffen-Bereich stärker als die des Warschauer Pakts.

Die drei Grundelemente, die bei der Einschätzung verschiedener Streitkräfte miteinander verglichen werden müssen, sind die Militärhaushalte, die Anzahl der Soldaten und schließlich Quantität und Qualität der militärischen Ausrüstung.

1. Militärhaushalte

Während der letzten zehn Jahre ist der sowjetische Militärhaushalt auf einer Höhe von rund 17,5 Mrd. Rubel stabil geblieben. Die NATO-Generale waren nicht glücklich über diese Stabilität, da sich damit eine Verstärkung der NATO-Seite nicht rechtfertigen ließ. Zur Überwindung dieser Schwierigkeit hat man in den amerikanischen Nachrichtendiensten die „Methode der Preiskalkulation" erfunden, bei der man die Kosten der sowjetischen Streitkräfte mit den amerikanischen Preisen verrechnet. Der öffentlichen Meinung mag dieses Verfahren einleuchtend erscheinen, tatsächlich bringt es jedoch viele Fehlerquellen mit sich. In der Sowjetunion besteht die allgemeine Wehrpflicht, die Vereinigten Staaten haben eine Armee aus Freiwilligen, die wesentlich mehr kosten als Wehrpflichtige. Die Kostenbestimmung für einen sowjetischen Wehrpflichtigen aus den Kosten eines amerikanischen Freiwilligen treibt die Preiskalkulation der sowjetischen Streitkräfte beträchtlich in die Höhe. Hinzu kommt (weil in der Sowjetunion Soldaten weniger Kosten verursachen als Zivilisten, was in den Vereinigten Staaten umgekehrt ist), daß es in der Sowjetunion viele Soldaten gibt (rund 800 000), die Beschäftigungen nachgehen, wie sie in den Vereinigten Staaten von Zivilisten verrichtet werden. Dies ist ein weiterer Inflationsfaktor in der Methode der Preiskalkulation.

Was die militärische Ausrüstung der Sowjetunion anbetrifft, so sind ihre Kosten höher verglichen mit einer entsprechenden Ausrüstung in den Vereinigten Staaten, weil die industrielle Produktivität der Sowjetunion unter der amerikanischen liegt. Außerdem liegt die Quantität des sowjetischen Ausrüstungsmaterials beträchtlich höher. So kann man aufgrund der bei der Methode der Preiskalkulation verwendeten willkürlichen Variablen der öffentlichen Meinung einen sowjetischen Militärhaushalt vorführen, der den der Vereinigten Staaten übertrifft – trotz der Tatsache, daß das Gegenteil zutrifft.

Das SIPRI-Jahrbuch für 1974 hat der „Abschätzung der sowjetischen Militärausgaben" mehr als 30 Seiten gewidmet. Die Untersuchung ergibt, daß der sowjetische Militärhaushalt immer niedriger war als derjenige der Vereinigten Staaten. Im Jahre 1977 sollen die beiden Haushalte (Preisniveau von 1973) 76 412 Mio. Dollar in den Vereinigten Staaten und 60 400 Mio. Dollar in der

Sowjetunion betragen haben. (Der gesamte Militärhaushalt der NATO beläuft sich im gleichen Jahr und unter den gleichen Voraussetzungen auf 123 459 Mio. Dollar, der des Warschauer Pakts auf 71 700 Mio. Dollar.)

In den USA war der Militärhaushalt für das Jahr 1978 bei Zugrundelegung gleichbleibender Preise zum erstenmal höher als der des Jahres 1964. 1964 war das letzte Jahr vor dem Engagement in Vietnam. Diese Angabe, die das Bild der friedlichen USA zu vermitteln scheint, ist jedoch irreführend. Der damalige Verteidigungsminister James R. Schlesinger stellte im Jahresbericht des Verteidigungsministeriums über das Rechnungsjahr 1975 fest: „In den Sechziger Jahren . . . richteten wir unsere Strategie und die Struktur unserer Streitkräfte so ein, daß wir in der Lage waren, gleichzeitig mit der Anfangsphase eines Krieges in Europa, einem Krieg in Asien und einem kleineren Zwischenfall anderswo fertigzuwerden. Seit 1969 ist aufgrund des deutlichen Zutagetretens der chinesisch-sowjetischen Spaltung und des Beginns detaillierter Verhandlungen des Präsidenten sowohl mit der UdSSR als auch mit der Volksrepublik China das strategische Konzept hauptsächlich in folgender Hinsicht verändert worden. Unsere Pläne sehen jetzt vor, daß unsere Streitkräfte mit einem größeren Konflikt in Europa oder Asien fertigwerden und zur gleichen Zeit auf einen kleineren Zwischenfall anderswo reagieren können. Somit haben wir einen der großen Zwischenfälle fallen lassen, auf die wir simultan vorbereitet sein müssen, und haben, um im Jargon zu bleiben, eine $1^1/_2$-Kriege-Strategie statt der $2^1/_2$-Kriege-Strategie der Sechziger Jahre eingeführt."

Im Klartext heißt das: die Vereinigten Staaten verfügen heute über einen Militärhaushalt, der doppelt so hoch ist wie derjenige, der in den 60er Jahren ausreichte, um die amerikanischen Interessen zu schützen. Auf der anderen Seite ist die Sowjetunion heute in der umgekehrten Situation, da sie mit der Möglichkeit rechnen muß, gleichzeitig auf zwei größere Kriege, einen in Europa und einen in Asien, reagieren zu müssen. Da ihr Militärhaushalt nicht wesentlich erhöht worden ist, entspricht er heute der Hälfte dessen, was in den 60er Jahren für notwendig erachtet wurde.

In dieser Situation sieht die Wahrheit so aus, daß die NATO ihre Streitkräfte ständig vergrößert und modernisiert hat, und zwar weit über die legitimen Erfordernisse der Verteidigung hinaus.

2. Anzahl der Soldaten

Am 3. August 1977 erklärte der amerikanische Verteidigungsminister Brown während eines Hearings vor dem Senatsausschuß für die bewaffneten Streitkräfte: „Ich brauche vor diesem Ausschuß den Wert der NATO für die Sicherheit der Vereinigten Staaten kaum zu wiederholen. Um es stark vereinfacht zu sagen: die USA können sich mit nur zwei Millionen Mann unter Waffen sicher fühlen, weil die drei Millionen Mann starken Streitkräfte unserer Verbündeten es uns ermöglichen, die etwas über fünf Millionen Mann starken Streitkräfte der Sowjetunion und des Warschauer Pakts auszugleichen."

Diese Erklärung ist nicht völlig korrekt, da einige der sowjetischen Soldaten Tätigkeiten ausüben, die in den Vereinigten Staaten von Zivilisten ausgeführt werden. Aber abgesehen von kleineren Unterschieden zieht die Erklärung nicht in Betracht, daß zwei Drittel des Territoriums der Sowjetunion in Asien liegen, wo sich die Volksrepublik China in zunehmender Weise feindselig verhält. Auf einer Länge von 6000 Meilen gemeinsamer Grenze sieht sich die Sowjetunion weit mehr als 4 Millionen chinesischen Soldaten gegenüber.

Ein beträchtlicher Teil der sowjetischen Streitkräfte (nach Schlesingers Schätzung die Hälfte) steht in Asien, und ihr stehen auf chinesischer Seite rund 4,4 Millionen Soldaten gegenüber. Folglich ist die Sowjetunion in Europa schwächer als die NATO und in Asien schwächer als China.

Nach der Veröffentlichung „Das militärische Gleichgewicht 1978–1979" des Internationalen Instituts für Strategische Studien war die Stärke der sowjetischen bewaffneten Streitkräfte in den frühen 60er Jahren, als China ein Verbündeter war, die gleiche wie heute, da China eine feindliche Macht darstellt.

3. *Quantität und Qualität der militärischen Ausrüstung*

Die strategischen Atomwaffen sind diejenigen Waffen, die von einer Macht gegen das Territorium der anderen Macht zum Einsatz gebracht würden. Durch Aktion und Reaktion kann der Einsatz strategischer Atomwaffen das Ende des Lebens auf unserem Planeten herbeiführen. Die Gespräche zur Begrenzung der strategischen Waffen (SALT), die zwischen den beiden Großmächten stattfinden, haben eine Verringerung der strategischen Waffen zum Ziel. Bislang wurde dieses Ziel nicht erreicht. Alle großen und kleinen Nationen haben ein großes, lebenswichtiges Interesse am Erfolg der SALT-Verhandlungen.

Heute haben die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ein praktisches Gleichgewicht erreicht: die Vereinigten Staaten besitzen mehr Sprengköpfe, nämlich 11 894 (die Sowjetunion 4398), die Sowjetunion hat mehr Trägersysteme, nämlich 2466 (die USA 2011) und einen größeren Megatonnenbestand von 8421 (USA 5454). (In Megatonnen wird die Sprengwirkung gemessen.)

a) Taktische Atomwaffen

Die taktischen Atomwaffen sind diejenigen Waffen, die nur in Europa zum Einsatz kämen, unter Ausschluß der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten. In dem bereits erwähnten Bericht stellte Schlesinger fest, daß „das taktische Kernwaffenpotential Möglichkeiten der atomaren Verteidigung eröffnet, die sich vom Einsatz der strategischen Waffen unterscheiden". Das bedeutet im Klartext, daß man die taktischen Atomwaffen einsetzen wird, um den Atomkrieg auf Europa zu begrenzen. Europa wird in eine „nukleare Maginot-Linie" zur Verteidigung der Vereinigten Staaten verwandelt werden. Der Mechanismus atomarer Eskalation ist von der öffentlichen Meinung in Europa nie richtig verstanden worden.

Eine atomare Eskalation erfolgt in zwei deutlich voneinander zu unterscheidenden Stufen. Die erste Stufe besteht in der Eskalation vom konventionellen Krieg zum taktischen Atomkrieg, einem Krieg, der auf Europa begrenzt bleibt. Die zweite Stufe ist die Eskalation vom taktischen zum strategischen Atomkrieg, einem Krieg, der sich auf die Vereinigten Staaten ausdehnen wird. Die N-Bombe wird, da man annimmt, sie werde weniger Nebenschäden bewirken als die taktischen Atomwaffen, die Atomschwelle herabsetzen und die erste Stufe der Eskalation wahrscheinlicher machen. Die Militärfachleute der NATO betrachten die N-Bombe stärker unter dem Aspekt der Kriegführung als dem der Abschreckung. General Brown, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, hat in seiner „Militärischen Stellungnahme zum Rechnungsjahr 1979" erklärt: „Durch verstärkte militärische Effektivität und reduzierte Nebenschäden wird der Atomstreitmacht am Kriegsschauplatz erhöhte Glaubwürdigkeit verliehen, und zwar sowohl im Hinblick auf das Abschreckungspotential als auch auf das Potential der Kriegführung." Die Tatsache, daß der Einsatz der Neutronenwaffe mit Sicherheit massive Vergeltung und Zerstörung nach sich ziehen wird, scheint die NATO-Generale wenig zu interessieren, da die Zerstörungen sich auf europäisches Territorium beschränken. Es gibt keine notwendige Verbindung zwischen taktischem und strategischem Atomwaffeneinsatz. Während eines Hearings, das vom Mai bis Juni 1973 vor dem Kongreß stattfand, stellte General Goodpaster, damals Alliierter Oberkommandierender, fest: „Die Auffassung, es bestehe eine gewisse Verbindung, so daß jeder Einsatz (von taktischen Atomwaffen) mit Sicherheit den Einsatz (von strategischen Atomwaffen) in vollem Umfange nach sich ziehen würde, diese Theorie der Koppelung geht nach meiner Meinung zu weit . . . Ich glaube nicht, daß irgend jemand von ihnen (den europäischen Verbündeten) an eine automatische Koppelung glaubt. Ich meine, sie werden es verstehen, daß unserem Präsidenten die Entscheidung darüber vorbehalten bleibt, ob die Eskalation höher geschraubt werden soll."

Im Verlauf eines Hearings vor dem Senat im März 1974 wurde der damalige Verteidigungsminister Schlesinger gefragt, ob er einen begrenzten Atomkrieg für möglich halte. Er gab darauf folgende Antwort: „Ein Fall, an den ich denke, besteht in der Möglichkeit, daß Westeuropa überrannt wird. Für das NATO-Bündnis und für die Vereinigten Staaten wäre das eine wichtige Niederlage. Ich weiß nicht, was wir in einem solchen Fall im Hinblick auf die strategischen Waffen tun würden, aber ich glaube, es ist notwendig, daß die Europäer und die Sowjetunion unsere strategischen Streitkräfte auch weiterhin für eingebunden in die Verteidigung Europas halten."

Nur sehr naive Europäer können daran glauben, daß die Vereinigten Staaten ihre strategischen Atomwaffen zur Verteidigung Europas einsetzen und damit die Zerstörung ihres eigenen Landes riskieren würden. Der Einsatz der taktischen Atomwaffen wird ausschließlich vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verfügt, und zwar auf Ersuchen des Alliierten Oberbefehlshabers, der immer ein amerikanischer General ist. Auf dem bereits erwähnten Hearing vor dem Kongreß erklärte General Goodpaster: „Die Vereinbarungen innerhalb der NATO machen es erforderlich, daß internationale Beratungen stattfinden,

falls die Zeit solche Beratungen erlaubt. Die Entscheidung selbst jedoch liegt bei der Atommacht, d. h. in diesem Fall bei den Vereinigten Staaten."

Auf die Frage „Wenn sich die Vereinigten Staaten zum Einsatz atomarer Waffen entschließen, andere NATO-Staaten damit jedoch nicht einverstanden sind, wie viele der 7000 Atomwaffen der NATO würden dann SACEUR (dem Oberkommandierenden) nicht zur Verfügung stehen?" lautete seine Antwort: „. . . Unter den von Ihnen beschriebenen Umständen würde ich, wenn ich auf mein Ersuchen hin die Entscheidungsgewalt über die Atomstreitmacht erhalten hätte und die Situation immer noch den Einsatz dieser Waffen erfordern würde, ihren Einsatz anordnen. Alle 7000 würden für einen derartigen Einsatz zur Verfügung stehen."

Nach den vielen Jahren, in deren Verlauf ich mit den militärischen Problemen der Atomwaffen zu tun hatte, habe ich keinen Zweifel daran, daß die in Europa vorhandenen taktischen Atomwaffen die größte Gefahr für die europäische Bevölkerung darstellen. Und die N-Bombe, die ihren Einsatz wahrscheinlicher macht, vergrößert diese Gefahr noch weiter.

b) Konventionelle Rüstung

Die NATO-Propaganda behauptet, die Hauptgefahr für das atlantische Bündnis bestehe in einer ungeheuren Menge Panzer, die in der Lage seien, innerhalb von 24 oder 48 Stunden nach Europa vorzustoßen. Das ist von der Wahrheit weit entfernt. Die Anzahl der sowjetischen Panzer wird dadurch ermittelt, daß man annimmt, die Sowjetunion verfüge über 170 Divisonen in voller Stärke mit 260–270 Panzern pro Division. Mit 1 800 000 Mann Bodentruppen ist es jedoch vollkommen unmöglich, 170 Divisonen in voller Stärke aufzubauen. Alle offiziellen NATO-Schätzungen gehen davon aus, daß die Stärke der sowjetischen Bodentruppen 1 800 000 Mann beträgt. Die Vereinigten Staaten sind mit rund 800 000 Soldaten nur in der Lage, 16 Divisionen aufzubauen. Entweder besitzt die Sowjetunion nur ein Drittel der 170 Divisonen, oder sie bestehen nicht in voller Stärke. In beiden Fällen kann die Sowjetunion anstelle der vermuteten 45 000 Panzer im Kriegsfall nur 15 000 Panzer einsetzen. In seinem „Jahresbericht für das Rechnungsjahr 1979" stellt Verteidigungsminister Brown fest: „Wir schätzen, zum Beispiel, daß ungefähr ein Drittel von ihnen (den Divisionen) voll ausgerüstete aktive Einheiten sind und in erster Linie zur Unterstützung der verbündeten Staaten des Warschauer Pakts oder entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze bereitstehen. Die restlichen zwei Drittel haben verringerte oder Kaderstärke und verfügen über einen wechselnden Prozentsatz aktiver Dienstleistender und des ihnen überstellten Geräts."

Um die 170 Divisionen auf volle Mannschaftsstärke bringen zu können, müßte die Sowjetunion drei bis vier Millionen Soldaten mobilisieren! – Die gleiche Geschichte könnte man für alle übrigen sowjetischen Waffengattungen wiederholen.

Die N-Bombe ist keine Verteidigungswaffe

Keine Waffe ist als solche offensiv oder defensiv. Alle Waffen, die zur Invasion eines anderen Landes benutzt werden, sind offensiv; die gleichen Waffen sind defensiv, sofern sie zum Kampf gegen eine feindliche Invasion eingesetzt werden. Die Besonderheiten der N-Bombe machen diese Waffe in besonderem Maße geeignet für den Einsatz im Rahmen einer Aggressionshandlung. Die bewaffneten Streitkräfte, die in das Territorium einer anderen Nation eindringen wollen, müssen in die Verteidigung dieser Nation eine Bresche schlagen. Mit nur wenigen N-Bomben kann dieser Zweck ohne viele Nebenschäden und ohne starke Bodenverseuchung erreicht werden und es den eindringenden Streitkräften ermöglichen, unverzüglich durch die geöffnete Lücke vorzustoßen. Bei einer Marinelandung „säubert" die N-Bombe das Landungsgebiet von den Verteidigern und macht die Landung selbst zu einer billigen militärischen Übung. Das gleiche gilt für das Absetzen von Fallschirmtruppen.

Schlußfolgerungen und Vorschläge

Die NATO ist im Hinblick auf ihre konventionellen und taktischen Atomstreitkräfte wesentlich stärker als der Warschauer Pakt. Jede weitere Verstärkung wird das Wettrüsten anheizen und die Sicherheit in Europa aufs Spiel setzen.

Die N-Bombe ist eine gefährliche, unmenschliche, grausame und barbarische Waffe, die die europäische Sicherheit gefährdet. Es geht darum, die öffentliche Meinung in Europa mobilisieren, um den Bau der Bombe und ihre Einführung in Europa zu verhindern. Dies ist der erste dringende Schritt. Zusätzlich geht es darum,

– die Neutronenbombe zu stoppen;

– europäische Gespräche zur Begrenzung der taktischen Rüstung (SALT) anzuberaumen, um alle taktischen Atomwaffen aus Europa zu entfernen;

– eine aktivere Haltung zu SALT einzunehmen, um eine Verringerung und schließlich die Vernichtung aller Kernwaffen zu erreichen;

– ein ständiges qualifziertes Gremium zu schaffen, möglicherweise im Rahmen der Konferenz von Helsinki, um eine wirkliche und wesentliche Verringerung der europäischen konventionellen Streitkräfte zu fördern.

Meine Vorschläge sind hier nicht in der Reihenfolge ihrer Priorität geordnet, und jeder einzelne Schritt muß so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden.

Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute

Von Heinz-Jürgen Axt

Die für den 7. bis 10. Juni dieses Jahres anstehenden Europa-Wahlen haben unter den Bundestagsparteien eine umfangreiche europäische Betriebsamkeit hervorgerufen. Den Beginn machte die SPD mit ihrem Sonderparteitag vom 9./10. Dezember 1978, auf dem ein Europa-Programm beschlossen wurde, das durch eine Reihe publikumswirksamer Forderungen und Zielprojektionen ein großes Echo in der Presse hervorrief. Gefordert wird in diesem Europa-Programm nämlich u. a. die 35-Stunden-Woche, das Verbot der Aussperrung sowie ein Verzicht auf Gesinnungsschnüffelei und Regelüberprüfung der Bewerber für den öffentlichen Dienst. Es erhebt sich angesichts dessen die Frage, wie eine solche Programmatik mit der tatsächlich praktizierten Politik der SPD-geführten Regierungen zusammenpaßt; oder deuten sich hier Veränderungen in Programm und Politik der Sozialdemokratie an? Heinz-Jürgen Axt, der im Septemberheft 1978 der „Blätter" Hintergrund und Funktion der Direktwahlen zum europäischen Parlament dargestellt hat, legt im folgenden eine Untersuchung der sozialdemokratischen Europapolitik seit 1945 vor, die es ermöglichen soll, eine Antwort auf diese Fragen zu geben. D. Red.

Einleitung

Nicht selten wird der Versuch unternommen, den Prozeß der westeuropäischen Integration als die schrittweise Verwirklichung alter Forderungen der Arbeiterbewegung, vor allem ihres internationalistischen Anliegens auszuweisen. In diesem Zusammenhang bemüht man von sozialdemokratischer Seite sogar das ansonsten wenig beachtete „Kommunistische Manifest" mit seiner Forderung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!". Auch das Heidelberger Programm, in dem sich die SPD 1925 „für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen", ausgesprochen hat, wird zur Legitimation der sozialdemokratischen Haltung gegenüber dem westeuropäischen Integrationsprozeß nach 1945 herangezogen. W. Brandt meint dazu: „Wir sind . . für die Vereinigten Staaten von Europa und stützen uns dabei auf unser Parteiprogramm seit 1925."[1]) Und K. Focke ergänzt: „Die internationale Solidarität, die in der Vergangenheit gerade die Arbeiterbe-

1) W. Brandt, Europas Hausnummern, Herr Strauß, haben sich geändert. Rede in der Bundestagsdebatte vom 8. 4. 1976, abgedruckt in: „Frankfurter Rundschau" (zit.: FR) v. 22. 4. 1976. Zum Heidelberger Programm der SPD vgl. H. Niemann, Das Heidelberger Programm der SPD von 1925, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 7/1976, S. 786–794.

wegung . . . zu eindrucksvollen Aktionen veranlaßt hat, muß in zunehmendem Maß als europäische Solidarität die politischen Verhaltensweisen der Gemeinschaftsmitglieder bestimmen."[2]) Die Realitäten der „europäischen Gemeinschaftsbildung" widerlegen jedoch eindeutig derartige Ansprüche. Die westeuropäische Integration überwindet weder die überkommenen Gesellschaftsstrukturen, noch trägt sie zur Verwirklichung des sozialistischen Internationalismus bei. Im Gegenteil, wie heute deutlich erkennbar, dient die Integration der westeuropäischen Länder, ihre ökonomische und ansatzweise politische Verflechtung auch dazu, die gegebenen ökonomischen und sozialen Strukturen zu verfestigen, das politische Kräfteverhältnis zugunsten der herrschenden Kräfte zu stabilisieren und fortschrittliche politische Bewegungen abzuwehren. Versucht die sozialliberal-integrationistische Führung der SPD im Sinne dieser Zielstellungen gegenwärtig, das „Modell Deutschland" auf die übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die mit ihr assoziierten Staaten zu übertragen, so verstärkt sich andererseits der Widerstand in diesen Ländern gegen die äußere Einmischung und verbindet sich das Streben nach nationaler Unabhängigkeit mit dem nach demokratischer Erneuerung[3]).

Untersucht man die Entwicklung sozialdemokratischer Westeuropapolitik, so lassen sich zumindest drei Phasen erkennen:

1. *Die Phase der Durchsetzung der Westorientierung und der Remilitarisierung bis zum Ende der 50er Jahre.* Innerhalb der Partei konnte diese Politik nur gegen heftigen Widerstand durchgesetzt werden. Die SPD-Führung lehnte zwar die einzelnen, von der Adenauer-Regierung eingeleiteten Schritte zur Westintegration der BRD zumeist ab, war sich aber mit der Regierung über die Anbindung des westdeutschen Separatstaats an die Westmächte und deren politisches System im Grundsatz einig. Abgeschlossen wird diese Phase durch die Zustimmung der SPD zur EWG im Jahre 1957 und durch Wehners Angebot im Bundestag von 1960, mit der Regierung in außenpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten.

2. *Die Phase der verstärkten Anpassung an den Kurs der Unionsparteien unter dem Vorzeichen der außenpolitischen Gemeinsamkeit bis Ende der 60er Jahre.* Differenzen in Fragen der Außenpolitik werden minimal. Erst gegen Ende der 1966 von CDU/CSU und SPD gebildeten Großen Koalition werden gewisse Unterschiede hinsichtlich der Wege und Methoden westdeutscher

---

2) K. Focke, Europapolitik wird zur europäischen Innenpolitik, in: „Die Neue Gesellschaft", 2/1973, S. 101.
3) G. Fülberth / J. Harrer (Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 17) begreifen den sozialliberal und den sozialistisch orientierten Reformismus als die „beiden konstituierenden Richtungen sozialdemokratischer Politik". Der *sozialliberale, integrative* Reformismus zeichnet sich durch die Auffassung aus, daß die „Lebenslage der abhängig Arbeitenden ausschließlich innerhalb der Grenzen des Kapitalismus gebessert und stabilisiert werden könne, daß andererseits aber der Kapitalismus nur lebensfähig bleiben kann, wenn bestimmte Organisationen der Arbeiterklasse . . . zu seiner Stützung und Ausgestaltung herangezogen werden . . ." (10). Der *sozialistische* Reformismus sieht „Reformen als ein Mittel zur allmählichen Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln" an. Das „Arsenal der Mittel zur Umwälzung und Machtbehauptung" begrenzt sich „auf das politische Instrumentarium des bürgerlichen Staates" (14). Vgl. auch H.-G. Hofschen / E. Ott, Die SPD nach 1959. Wandlung und innere Differenzierung sozialdemokratischer Politik, in: J. v. Freyberg u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, Köln 1975, S. 364–429, hier S. 364 f., FN 3a.

Außenpolitik erkennbar, ohne daß die prinzipielle Übereinstimmung in bezug auf die Zielstellungen aufgegeben wird.

3. *Die Phase der Durchsetzung der „neuen Ostpolitik" und vermehrter Westeuropa-Initiativen durch die SPD-geführten Bundesregierungen.* Teilweise programmatisch in der Großen Koalition vorbereitet, werden neue Ansätze in der Außenpolitik verfolgt, ohne daß dadurch eine radikale Infragestellung der bisherigen Außenpolitik eingeleitet worden wäre. Die sozialliberalen Regierungen passen die bundesdeutsche Außenpolitik an die internationale Lage und den stagnierenden westeuropäischen Integrationsprozeß an. *„Alte Ziele – neue Ansätze"*, so läßt sich diese Entwicklung knapp charakterisieren.

Die Auseinandersetzungen um die Westorientierung und die Remilitarisierung von 1945 bis Ende der 50er Jahre

Das Datum des 30. Juni 1960, als Herbert Wehner im Bundestag seitens der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion die Aufgabe des Deutschlandplans der SPD und die Bereitschaft zur gemeinsamen Außenpolitik mit der Regierung erklärte, gilt gewöhnlich als Ausdruck des Einschwenkens der SPD auf den außenpolitischen Kurs der CDU/CSU. Nach S. Miller bedeutete dies „die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Außenpolitik"[4]). Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß die Führung der SPD, trotz oft scharfer öffentlicher Angriffe auf die Regierung, die Prinzipien der außenpolitischen Orientierung der Unionsparteien seit Beginn der Spaltung Deutschlands in wesentlichen Fragen akzeptiert, zumindest aber toleriert hat. Auch die SPD-Führung widersetzte sich nie ernsthaft der Westorientierung der BRD, sie befürwortete den Aufbau eines westdeutschen Separatstaats, sie verstand die Wiedervereinigung Deutschlands stets als Anschluß der damaligen „Ostzone" an die staatliche Struktur, wie sie sich im Westen Deutschlands herausbildete, und erachtete die Wiederaufrüstung der BRD zur Verteidigung der „Freiheit des Westens" prinzipiell als notwendig.

Eine bedeutende Rolle spielte dabei der oft blinde Antikommunismus, der Ansätze zu einer realen Alternative seitens der Sozialdemokratie gegenüber dem Kurs der bürgerlichen Rechtsparteien immer wieder zunichte machte und den Drang, sich dem außenpolitischen Kurs der CDU anzuschließen, verstärkte, bzw. die Führung der SPD hinderte, die Möglichkeiten des Widerstands gegen die Regierungspolitik voll auszuschöpfen. „Indem sie (die SPD, d. V.) sich nämlich vom Kommunismus – aus Überzeugung, nicht aus Taktik – absetzte, engte sie ihren Aktionsspielraum ein, da bestimmte Alternativen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus – selbst wenn man ihnen vielleicht positiv gegenübergestanden hätte – nicht in Frage kamen." [5]) Nicht zuletzt aus diesem Grund ist auch das Urteil von R. Hrbek zutreffend, daß die Führung der SPD „die Westlösung – in doppeltem Sinn – entschieden befürwortet hat und damit für die in den ersten Nachkriegsjahren vorgenom-

4) S. Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 42. Zur Rede Wehners vgl. Th. Pirker: Die SPD nach Hitler, Berlin 1977, S. 293 ff. (Neuauflage).
5) R. Hrbek, Die SPD – Deutschland und Europa, Bonn 1972, S. 368.

mene Weichenstellung ebenfalls verantwortlich zeichnet" [6]). Dies wurde u. a. daran deutlich, daß mit der von K. Schumacher initiierten Konferenz von Wennigsen bei Hannover (5. bis 7. Oktober 1945) die Aufspaltung der Partei nach Besatzungszonen vollzogen wurde, daß die Einheitsbemühungen der Arbeiterklasse von der Führung der westdeutschen SPD entschieden bekämpft wurden, daß die Schaffung der Bizone und der Zweizonenwirtschaftsverwaltung begrüßt, die Währungsreform akzeptiert und dem Marshall-Plan zugestimmt wurde.

Auf dem ersten Parteitag der SPD im Mai 1946 in Hannover forderte die Partei die „Vereinigten Staaten von Europa", ein „sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa", machte jedoch die Erfüllung dieser Forderung nicht von einer Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse abhängig, da es „nur eine Demokratie" gäbe. Der Nürnberger Parteitag der SPD vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 akzeptierte mit der Bejahung des *Marshall-Plans* nicht nur die Bindung der Westzonen Deutschlands an die USA, sondern auch die dem Marshall-Plan zugrundeliegende Politik des kalten Krieges – stellt doch die Marshall-Plan-Hilfe die ökonomische Fundierung der am 12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin dar, wonach es Aufgabe der USA und ihrer Verbündeten sei, global Demokratie und Freiheit vor dem „Expansionsstreben der Kommunisten" zu schützen. Bereits am 6. März hatte Truman deutlich gemacht, daß mit dieser Politik Ansätze zur „Neuordnung" von Wirtschaft und Gesellschaft unvereinbar waren: „Die Vereinigten Staaten legen der Freiheit, der Freiheit des Unternehmertums mehr Bedeutung bei als dem Frieden." [7]) Ohne auf diese bereits deutlich erkennbare Funktion des Marshall-Plans einzugehen, argumentierten die Befürworter des Plans in der Regel mit der angebotenen materiellen Hilfe. Die Mitgliedschaft der SPD wurde über den restaurativen, auf Vertiefung der Spaltung Europas und Deutschlands gerichteten Charakter der Marshall-Plan-Politik ebensowenig aufgeklärt, wie die Führung der Partei alternative Modelle der Entwicklung Deutschlands vorgeschlagen hat. So ist bezeichnend, daß Wenzel Jaksch in der von der hessischen SPD herausgegebenen „Sozialistischen Tribüne" 1947 davon sprach, daß „zwar mit den Auswirkungen des Marshall-Plans auch Gefahren einer politischen Rechtsentwicklung verbunden" seien, daß aber mit „der Stellungnahme zum Marshall-Plan zunächst gar keine Entscheidung für oder gegen den europäischen Kapitalismus verbunden ist" [8]). Die Orientierung von Jaksch auf einen „dritten Weg", darauf, „daß Europa weder russisch noch amerikanisch zu werden braucht" [9]), hat sich angesichts der Realitäten zwar als scharf antikommunistisch, aber eben prokapitalistisch erwiesen. Der oftmals betonte Antikapitalismus der SPD – erinnert sei hier an die Ausführungen von K. Schumacher – wurde letztlich immer wieder durch den Antikommunismus und die scharfe Frontstellung gegenüber der Sowjetunion so-

6) Ebd., S. 290.
7) Zit. nach H. Claude, Der Marshallplan, in: L. A. Mendelsohn / H. Claude / W. Ulbricht, Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus, Münster 1972 (Reprint), S. 29.
8) W. Jaksch, Sozialdemokratie und Marshall-Plan, in: „Sozialistische Tribüne", hrsg. von der Landesleitung der SPD-Hessen, 8/9-1947, S. 30 f.
9) Ders., Amerika – Europa – Deutschland, in: „Sozialistische Tribüne", 7/1947, S. 11.

wie den Volksdemokratien dominiert. Der Regierung Adenauer warf die sozialdemokratische Führung daher lediglich einen „falschen" Westkurs vor, ohne grundsätzliche Alternativen aufzuzeigen, ohne gegen die Restaurations- und Kalte-Kriegs-Politik in umfassender Weise vorzugehen und alle Kräfte des Widerstandes zu mobilisieren. Vielmehr setzte sich die Führung der SPD nicht selten an die Spitze von Oppositionsbewegungen, um diese von entschiedenerem Vorgehen abzuhalten.

Die Einbeziehung Westdeutschlands in den *Europa-Rat* wurde von der SPD grundsätzlich gebilligt, wenn auch in Einzelfragen Kritik vorgebracht wurce, wie etwa an der Struktur des Rates, die nur in geringem Maße supranationale Elemente vorsah, und an der Behandlung der Saarfrage. Daß die Partei schließlich im Bundestag die Mitgliedschaft der BRD im Europa-Rat ablehnte, war darin begründet, daß die Bundesregierung nach Meinung der SPD-Führung zu wenig auf der „Gleichberechtigung" der BRD bestanden und den Anschluß der DDR nicht genügend im Auge gehabt habe. K. Schumacher genügte die „Anziehungskraft" des Europa-Rates auf die osteuropäischen Länder, also seine „Funktion der Überwindung des Kommunismus" nicht: „Ein kapitalistisches, konservatives und klerikales Europa hat nicht genügend Kräfte, um der totalitären Macht gewachsen zu sein. Ein soziales und demokratisches Europa bedeutet (dagegen) die politische und menschliche Kraft zur Durchsetzung der Freiheit auf unserem Kontinent." [10]) Trotz der Ablehnung entsandte die SPD ohne Zögern ihre Abgeordneten in den Europa-Rat. Überhaupt wurde die Ablehnung der SPD-Fraktion zu Fragen der Westintegration der BRD im Bundestag niemals einer ernsthaften Überprüfung unterzogen, war doch aufgrund der Stärke der Regierungsfraktionen die Durchsetzung der Politik Adenauers gesichert. Vor der Ratifizierung des Montanunion-Vertrages sollen, wie E. B. Haas schreibt, die Führer der SPD sogar mit der Bundesregierung Verbindung aufgenommen haben, um zu erfahren, wie weit die SPD in der Kritik des Vertrages gehen könne. Im Zweifelsfall hätte auch die SPD-Fraktion für den Vertrag gestimmt, falls seine Annahme nicht sicher gewesen wäre [11]). Selbst wenn diese Behauptung unzutreffend sein sollte, so läßt sich die prinzipielle Übereinstimmung der SPD-Führung mit der Außenpolitik der Regierung kaum leugnen.

Der Vorschlag des französischen Außenministers R. Schuman, eine *Europäische Kohle- und Stahl-Gemeinschaft* zu gründen, wurde von der SPD-Führung zunächst grundsätzlich begrüßt, in der parlamentarischen Behandlung aber abgelehnt, weil die Vereinbarkeit mit dem Ziel der Wiedervereinigung im oben angeführten Sinne des Anschlusses der DDR an die BRD angezweifelt wurde. Nach Auffassung von K. Schumacher konnte „die wirtschaftliche Integration Westeuropas" nur in einer Weise betrieben werden, „durch die das ganze Deutschland einmal in eine westeuropäische Zusammenarbeit einbe-

10) K. Schumacher, in: „Neuer Vorwärts", 53/1949, S. 1. Zit. nach: R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 89 und 99.
11) E. B. Haas, The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Force, 1950–1957, London 1958, S. 132, FN 32.

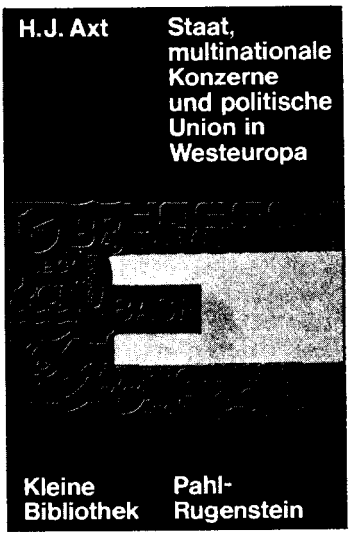
zogen werden kann" [12]). War in einer Stellungnahme des Hamburger Parteitages von 1950 immerhin noch die Rede davon, daß die Montanunion die geforderte Vergesellschaftung der westdeutschen Schwerindustrie beeinflussen könnte und wurde deshalb gefordert, das deutsche Volk müsse das Recht haben, „über die Eigentumsgestaltung in seiner Wirtschaft selbst zu bestimmen" [13]), so traten diese Aspekte in der Folge immer mehr in den Hintergrund, obwohl gerade mit der Montanunion die Beseitigung einer Reihe von Beschränkungen für das westdeutsche Ruhrkapital verbunden war. In diesem Sinn sprach der damalige Verkehrsminister H.-C. Seebohm vom Schumanplan als der „große(n) Chance des Unternehmertums". „Die Pariser Montanunion ist ein Unternehmerweg, vielleicht der letzte Weg, um Unternehmerqualitäten gegenüber sozialistischen Tendenzen zu wahren." [14])

Die Einwände der SPD konzentrierten sich auf die von der Bundesregierung gegebenen „Vorleistungen" und die institutionelle Schwäche der zu schaffenden westeuropäischen Organe. Die SPD-Führung verlangte die volle Gleichberechtigung der BRD, was in der Situation der frühen 50er Jahre bereits die Forderung nach Gleichberechtigung des Ruhrkapitals implizierte. Die Haltung der führenden Vertreter der Sozialdemokratie zeichnete sich durch diese Zwiespältigkeit aus, die sie schließlich auch die Mobilisierung entschiedenen Widerstands außerhalb des Parlaments ablehnen ließ. Daß eine breite Oppositionsbewegung in der westdeutschen Arbeiterschaft vorhanden war, zeigte sich nicht zuletzt an den heftigen Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften, als sich prominente Führer der Gewerkschaften für den Schumanplan ausgesprochen hatten [15]). Entgegen der ablehnenden Haltung der SPD im Bundestag verzichteten die SPD-Vertreter im Bundesrat darauf, den Vermittlungsausschuß anzurufen und ermöglichten damit die ungehinderte Annahme des Montanunion-Vertrages [16]). Wie in anderen Fällen auch wurde die ablehnende Haltung der SPD gegenüber der Regierungspolitik im Bundestag dadurch entkräftet, daß sozialdemokratische Vertreter im Bundestag nicht alle Möglichkeiten des Widerstands ausnutzten und die Annahme von Regierungsprojekten ermöglichten. „Der intransigente Widerstand der SPD gegen die Konstruktion der Montanunion", so Theo Pirker, „verlor jegliche Glaubwürdigkeit, da gleichzeitig die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ihre sozialdemokratischen Wirtschaftsspezialisten für den Plan waren und in den Beratungen in Paris mitwirkten." [16a])

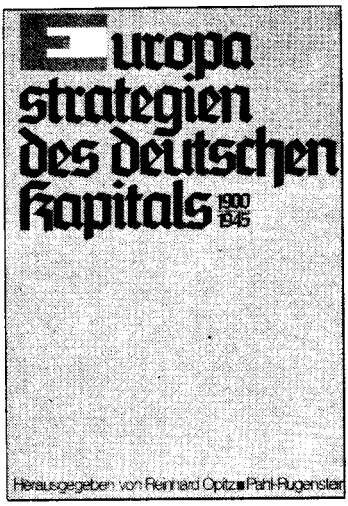
Diese Tatsachen unterstreichen, daß in den Grundfragen der außenpolitischen Orientierung „sich Schumacher und Adenauer also durchaus einig (wa-

12) K. Schumacher, 50 Jahre mit gebundenen Händen? Die Entscheidung über Kohle und Stahl. Zit. in: R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 110.
13) Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, o. O. o. J., S. 274.
14) SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1950/1951, Dortmund o. J., S. 7. Vgl. auch S. Thomas, Der Schumanplan in der Europapolitik der BRD (1949–1952), in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 3/1976, S. 275–291, hier S. 289.
15) Vgl. Protokoll des außerordentlichen Bundeskongresses des DGB in Essen, Köln 1951, S. 186. Vgl. auch Th. Pirker, Die blinde Macht, Teil I 1945–1952, München 1960, bes. S. 215 ff.
16) Vgl. F. Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–1953, Frankfurt/M. 1971, S. 111.
16a) Th. Pirker, Die SPD . . ., a.a.O., S. 136.

Aktuelle Bücher



Heinz-Jürgen Axt
Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa
Voraussetzungen und Hindernisse
Kleine Biblithek Band 102
450 Seiten, DM 14,80



Reinhard Opitz (Hrsg.)
Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945
1069 Seiten, Studienausgabe DM 68,–
Bibliotheksausgabe in Balacron-Einband mit farbigem Schutzumschlag, DM 198,–

Pahl-Rugenstein

ren). Was sie unterschied, war lediglich die Beurteilung der Eignung bestimmter Maßnahmen . . ." [17]) Im Zusammenhang mit dem Schumanplan wurden bereits Pläne für eine politische Vereinigung einiger westeuropäischer Staaten, die *Europäische Politische Gemeinschaft (EPG),* und die Remilitarisierung Westdeutschlands diskutiert. Die EPG lehnte die SPD-Führung ab, da diese Gemeinschaft der BRD nicht die volle Gleichberechtigung bot. Frankreich wolle mit diesem Instrument, so K. Schumacher, die Außenpolitik Westeuropas dirigieren und die Wiedervereinigung „für unabsehbare Zeit . . . verhindern" [18]). Dieser „zweite Schuman-Plan" sei unannehmbar, weil dieses „Kleineuropa" gegenüber dem Osten „seine demokratische Anziehungs- und Ausstrahlungsfähigkeit" einbüße [19]).

Hatte Adenauer bereits im Dezember 1949 in einem Interview mit dem amerikanischen „Cleveland Plain Dealer" davon gesprochen, daß einer europäischen Armee „auch deutsche Soldaten angehören sollten . . . Unter dem Kommando eines Höheren Europäischen Hauptquartiers könne dann auch Deutschland seinen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten" [20]), so stimmte der Bundeskanzler dem „Pleven-Plan" zur Schaffung einer *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)* unmittelbar nach Bekanntwerden des Planes zu. Mit der von Pleven vorgeschlagenen Europa-Armee wollte Adenauer das Ziel verfolgen, „die atlantische Gemeinschaft gegen jede mögliche Aggression auf einer Linie zu verteidigen, die so weit östlich läge wie möglich" [21]). Von sozialdemokratischer Seite hatte bereits 1948 Carlo Schmid die Bildung einer „internationalen Wehrmacht" mit westdeutscher Beteiligung vorgeschlagen [22]) und hatte K. Schumacher am 23. 8. 1950 als „einzige, aber unerläßliche Voraussetzung für das deutsche Ja oder Nein" zu einem militärischen Beitrag gefordert, daß „die Weltdemokratien, selbstverständlich vor allem einschließlich der USA, ganz Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigen . . ., d. h. also die strategische Entscheidung von vornherein mit allen Kräften an der Weichsel/Njemen-Linie suchen" [23]).

Wegen des großen innerparteilichen Widerstands und der antimilitaristischen Volksstimmung – der Parteitag von Hamburg 1950 hatte z. B. beschlossen: „Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstandes, sich jeder Militarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen" [24]) – mußte die SPD-Führung zunächst auf einer ablehnenden Haltung zur Remilitarisierung in Form der EVG in der Öffentlichkeit bestehen bleiben,

17) R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 121.
18) Zit. nach ebd., S. 131.
19) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 24. bis 28. September 1952 in Dortmund, Bonn o. J., S. 86.
20) Zit. nach W. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD, Köln 1974, S. 13.
21) K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Frankfurt/M.-Hamburg 1967, S. 365.
22) Vgl. M. Kempe, SPD und Bundeswehr, Köln 1973, S. 15 f. G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955, München 1967, S. 239 u. 249. Zur „Vorreiter"-Rolle der Berliner SPD in Fragen der politischen und militärischen Westintegration vgl. A. Ashkenasi, Reformpartei und Außenpolitik, Köln/Opladen 1968, S. 92 u. passim.
23) Zit. nach G. Stuby, Die SPD während der Phase des kalten Krieges bis zum Godesberger Parteitag (1949–1959), in: J. v. Freyberg u. a., Geschichte . . ., a.a.O., S. 307–363, hier S. 318. Vgl. auch Th. Pirker, Die SPD . . ., a.a.O., S. 133.
24) Protokoll des SPD-Parteitages 1950 . . ., a.a.O., S. 269. Vgl. auch M. Kempe, SPD . . ., a.a.O., S. 17.

was sie nicht hinderte, „sich seit Sommer 1950 an den laufenden Vorarbeiten der Bundesregierung über die Aufstellung einer westdeutschen Armee zu beteiligen" [25]). Hinsichtlich der EVG forderte die SPD-Führung einerseits die westdeutsche Gleichberechtigung und andererseits ein Sicherheitssystem, das regional auf Europa begrenzt sein sollte [26]). Darüber hinaus bestand sie auf einem Konzept der „Vorwärtsverteidigung". Es wurde dabei immer deutlicher, daß von der SPD-Führung „eine deutsche militärische Beteiligung an Verteidigungs-Maßnahmen des Westens . . . jetzt generell bejaht" wurde [27]). Es ging also nicht mehr um eine grundsätzliche Ablehnung der Remilitarisierung – die SPD-Führung hatte den „Wehrbeitrag" bereits akzeptiert –, sondern um sozialdemokratische Einwände gegen Form und Zeitpunkt der Wiederaufrüstung, wie sie von der Regierung betrieben wurde. Das Bemühen um eine Wiederbewaffnung unterstützten die Führer der SPD, indem sie im Bundestag wie im Bundesrat für die Aufstellung des Bundesgrenzschutzes, einer wichtigen Kaderreserve für die Armee, stimmten und eine Volksbefragung über die Remilitarisierung mit verhinderten [28]). Die SPD-Bundestagsfraktion sprach sich mit den Regierungsparteien für das Verbot der Volksbefragung aus. H. Wehner beklagte sogar die „mangelhafte Aktivität der Bundesregierung in dieser Angelegenheit" [29]). Während die Parteiführung eindeutig die Aufforderung des Hamburger Parteitages, sich mit allen Mitteln einer Remilitarisierung der BRD entgegenzustellen, mißachtete, beteiligten sich breite Teile der SPD-Mitgliedschaft aktiv am Widerstand gegen die Wiederaufrüstung und bekämpften den Kurs der integrationistischen Parteiführung [30]). Angesichts der großen antimilitaristischen Widerstandsbewegung lehnte die SPD-Fraktion im Bundestag den EVG-Vertrag ab. Im Bundesrat stimmten die SPD-Vertreter jedoch faktisch zu, indem die SPD-Mitglieder der sozialliberalen Koalition aus Baden-Württemberg der entscheidenden Bundesratssitzung fernblieben. Die „Gratwanderung der SPD-Führung" [31]), zu der die antimilitaristische Haltung vieler Parteimitglieder diese zwang, zeigte sich auch, als auf dem Berliner Parteitag von 1954 die endgültige Westbindung der BRD von dem Votum eines eigens einzuberufenden Parteitages abhängig gemacht wurde [32]). Die Parteiführung hatte sich freilich bereits für Westintegration und „Wehrbeitrag" entschieden, doch sollte die Anrufung eines Parteitages „ein Mittel zur Besänftigung jener Delegierten (sein), die kategorisch gegen jede West-Lösung waren" [33]).

Als am 30. August 1954 die Mehrheit der französischen Nationalversammlung das EVG-Vertragswerk ablehnte, fand sich alsbald Ersatz, indem Westdeutschland nach der Londoner Neun-Mächte-Konferenz (28. September bis

25) G. Stuby, Die SPD . . ., a.a.O., S. 319.
26) Vgl. G. Wettig, Entmilitarisierung . . ., a.a.O., S. 249 f.
27) R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 152.
28) Vgl. G. Stuby, Die SPD . . ., a.a.O., S. 320 f.
29) Zit. nach F. Krause, Antimilitaristische Opposition . . ., a.a.O., S. 46.
30) Vgl. ebd., S. 44 ff.
31) So W. Albrecht, Die Wiederaufrüstung . . ., a.a.O., S. 30.
32) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin, Bonn o. J., S. 341.
33) R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 193.

3. Oktober 1954) in die *Westeuropäische Union (WEU)* und den *Nordatlantikpakt (NATO)* aufgenommen wurde. Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft. Angesichts der erneut erstarkenden Volksbewegung gegen die Wiederbewaffnung – der 3. ordentliche Bundeskongreß des DGB vom Oktober 1954 sprach sich z. B. gegen „jeden Wehrbeitrag . . . (aus), solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen und die Einheit Deutelands" wiederherzustellen [34]) – konnte die SPD-Führung dem NATO-Beitritt nicht zustimmen, wollte sie ihren Masseneinfluß nicht verlieren. Die Parteiführung beteiligte sich sogar an außerparlamentarischen Aktionen. Zusammen mit dem DGB-Vorsitzenden Walter Freytag rief der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer zur Teilnahme an der Paulskirchenbewegung auf, die unter dem Motto „Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus" gegen den NATO-Beitritt der BRD auftrat. Da die Führungen von SPD und DGB aber nicht bereit waren, zum politischen Streik aufzurufen, fehlte der größten politischen Oppositionsbewegung während der Adenauer-Zeit letztlich eine klare Orientierung. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter, die sich bei dem vierundzwanzigstündigen Streik von über 800 000 Ruhrarbeitern gegen die Äußerung von H. Reusch, dem Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte AG, die Mitbestimmung sei „erpreßt" worden, gezeigt hatte, wurde nicht genutzt. Die SPD-Spitze lenkte die Aktivitäten auf wenig erfolgversprechende Aktionen wie kleinere Versammlungen und Unterschriftenaktionen [35]). Nachdem die Verträge im Bundestag ratifiziert waren, ebbte die Volksbewegung ab. Die SPD-Führung und -Bundestagsfraktion beteiligten sich nicht nur an der Beratung einer Reihe von Wehrgesetzen, sondern die Fraktion erstellte bei der zweiten Wehrergänzung eigene Entwürfe und stimmte in der Schlußabstimmung zu. Die Haltung der Parteiführung war also nicht nur „widersprüchlich und unklar", wie R. Hrbek meint [36]), die SPD-Spitze trug insofern Mitverantwortung an der Durchsetzung der Wiederbewaffnung, als sie es unterließ, z. T. sogar verhinderte, daß sich eine organisierte Volksbewegung unter Einschluß politischer Streikmaßnahmen entwik-

---

34) Protokoll des 3. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB vom 4. bis 9. Oktober 1954 in Frankfurt, o. O. o. J., S. 806 u. 811.

35) Vgl. G. Stuby, Die SPD . . ., a.a.O., S. 344. M. Kempe, SPD . . ., a.a.O., S. 24 f. Wenig überzeugend erscheint die Darstellung von R. Mutz (Atlantische Abschreckung und europäische Entspannung: Kritische Analyse des Sicherheitskonzepts der SPD. In: G. Kiersch / R. Seidelmann (Hrsg.), Sicherheit und Entspannung in Europa. Die Antwort des demokratischen Sozialismus, Frankfurt/M.–Köln 1977, S. 18–41, hier S. 23), wenn er – nach dem Motto: an der Nachkriegsentwicklung sei zwar vieles zu bedauern, aber eben doch nicht zu verhindern gewesen – die Aussichtslosigkeit begründet, die „verschiedenen Kräfte, die der Aufrüstung ablehnend gegenüberstanden", zusammenzuführen. Danach kamen die Gewerkschaften „als Träger eines außerparlamentarischen Widerstandes kaum in Betracht. Sie hätten ihn auf die Gefahr hin zu führen gehabt, ihr einheitsgewerkschaftliches Organisationsmodell zu zerbrechen. Noch weniger aber war die sich rührig als Bundesgenosse andienende KPD ein geeigneter Partner. Auf die kommunistischen Angebote zur Aktionseinheit einzugehen, hätte für die SPD bedeutet, ihr Bekenntnis zur Verfassung der Bundesrepublik und zum Gesellschaftssystem des Westens zu verleugnen . . . An den staatlichen Loyalitätsbindungen von SPD (zur BRD, d. V.) und KPD/DKP (zur DDR, d. Verf.) hat sich seither nichts geändert. Es gibt infolgedessen keine Grundlage für irgendeine Form der Zusammenarbeit zwischen diesen Parteien auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik". Läßt sich der Begriff der Einheitsgewerkschaft sicher nicht auf den Konsens von CDU/CSU- und SPD-Politik reduzieren, so reicht es andererseits nicht aus, zur Begründung der Ablehnung einer Politik der (u. U. begrenzten) Aktionseinheit bloß die These von der „Fernsteuerung" kommunistischer Parteien anzuführen. Der Haltung der Parteiführung wird diese Darstellung ebensowenig gerecht wie der innerparteilichen (aber auch gewerkschaftlichen) Oppositionsbewegung gegen die Remilitarisierung.

36) R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 243.

kelte. So kam es auch dazu, daß ein Delegierter des Münchner Parteitages von 1956 feststellte, „daß sowohl unter unseren Mitgliedern wie auch unter unseren Wählern der Eindruck besteht, die SPD habe ungewollt die Hand dazu gegeben, daß die Einführung der Wehrpflicht möglich wurde" [37]). „Das Bekenntnis der SPD ‚zum Staat und seiner Grundordnung', ihre Ablehnung einer Neutralität Deutschlands, ihr prinzipielles Einverständnis zu Verteidigungsmaßnahmen schwächten immer wieder ihre oppositionelle Rolle zu den Militärfragen, machten sie letztlich illusorisch." [38])

Auch die sozialdemokratische Beteiligung an der Bewegung gegen die *Atombewaffnung der Bundeswehr* zeichnete sich durch Inkonsequenz seitens der Parteiführung aus, was am jähen Abbruch der Anti-Atom-Kampagne drastisch sichtbar wurde [39]). Ende 1956 hatte F. J. Strauß als Verteidigungsminister erklärt, die Atombewaffnung sei beschlossene Sache. Adenauer trat im Frühjahr 1957 öffentlich für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ein, und im März 1958 verabschiedeten die Koalitionsfraktionen im Bundestag einen Antrag, der die Ausrüstung der Streitkräfte mit „den modernsten Waffen" vorsah [40]). Nachdem der „Göttinger Appell" führender westdeutscher Atomwissenschaftler den Verzicht auf Atomwaffen gefordert hatte, bildete sich ein Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod", dem sich auch zahlreiche führende SPD-Mitglieder anschlossen. Im Bundestag brachte die SPD einen Gesetzentwurf für die Durchführung einer Volksbefragung ein, der allerdings von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Als die SPD-regierten Länder daraufhin eigene Volksbefragungsgesetze erließen, wurden diese per einstweiliger Verfügung des Bundesverfassungsgerichtes unterbunden. Obwohl sich damit abzeichnete, daß parlamentarische Aktivitäten mißlingen mußten, orientierte die SPD-Führung weiterhin auf eine Auseinandersetzung mit parlamentarischen Mitteln. Als am 30. Juli 1958 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Volksbefragungen für verfassungswidrig erklärt wurden, erklärte die SPD-Spitze diesem Beschluß gegenüber ihren Respekt und beschloß keine weiteren Aktionen. Später forderte die SPD-Führung nicht nur ihre Mitglieder auf, in die Bundeswehr einzutreten, sondern distanzierte sich 1961, nachdem der Deutschlandplan der SPD bereits zugunsten der außenpolitischen Zusammenarbeit mit der Regierung aufgegeben war, auch noch nachträglich von der Anti-Atom-Bewegung [41]).

---

37) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10.–14. Juli 1956 in München, o. O. o. J., S. 83. Auch R. Hrbek (Außenpolitische Gemeinsamkeit von Regierung und Opposition, in: G. Lehmbruch u. a. (Hrsg.), Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik, München 1971, S. 444–471, hier S. 460) hebt bezüglich der „Kooperation der Sozialdemokratie bei der Ausarbeitung der Ausführungsgesetze zu den Pariser Verträgen" den „heftige(n) innerparteiliche(n) Widerspruch gegen dieses Verhalten der Bundestagsfraktion" hervor. „Der Eindruck dieser innerparteilichen Opposition, die SPD beginne, ihren Frieden mit Adenauers Außenpolitik zu machen, war auch außerhalb der Partei vorhanden."

38) F. Krause, Antimilitaristische Opposition . . ., a.a.O., S. 183.

39) Vgl. H. K. Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970.

40) Vgl. ebd., S. 41.

41) Vgl. Autorenkollektiv, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin (DDR) 1966, S. 125 ff. H. K. Rupp, Außerparlamentarische Opposition . . ., a.a.O., S. 268 ff.

Hatte die SPD-Führung bisher die konkreten Projekte der Westintegration der BRD, wie z. B. den Europa-Rat und die Montanunion, abgelehnt, weil sie Form und Methoden der Regierungspolitik – nicht aber deren grundsätzliche Ausrichtung, mit der auch die führenden SPD-Vertreter übereinstimmten – für „falsch" hielt, so paßte sich die SPD mit der Zustimmung zum EWG-Vertrag vollständig dem außenpolitischen Kurs der Regierung an. Insofern ist es zutreffend, wenn S. Miller schreibt: „Ungeachtet ihres anfänglichen Widerstandes gegen das ‚Sechsereuropa' hatte die SPD einen bedeutenden Anteil an seiner Entwicklung, Prägung und Erweiterung." [42]) Der Beschluß von sechs westeuropäischen Staaten auf der Konferenz von Messina (2. Juli 1955), eine *Europäische Wirtschafts-* und eine *Atomgemeinschaft* zu gründen, wurde von der SPD begrüßt. Bei der Schlußabstimmung im Bundestag am 5. Juli 1957 befürwortete die sozialdemokratische Fraktion das Vertragswerk, wobei sich ihre Vertreter bemühten, in der Bundestagsdebatte nachzuweisen, daß die EWG mit ihren Vorläufern nicht vergleichbar sei, und daß man einen „neuen Geist in Straßburg", wie Mommer sich ausdrückte, feststellen könne [43]). Die SPD-Führung erklärte nun die Integration für mit dem Ziel der Wiedervereinigung vereinbar. Da die EWG sich auf die wirtschaftliche Vergemeinschaftung beschränke, stehe sie einer „Wiedervereinigung in Freiheit" nicht entgegen [44]). Daß es sich hierbei aber lediglich um Versuche handelte, den offensichtlich gewordenen Wandel der Haltung der SPD zu legitimieren, wird daran deutlich, daß auch die SPD die wirtschaftliche Integration als Etappe zur politischen Gemeinschaft, zu den „Vereinigten Staaten von Europa" begriff [45]). Auch wenn führende Sozialdemokraten meinten, die Schaffung von EWG und EURATOM sei völlig unabhängig von dem „Gegensatz zwischen Ost und West", so ist demgegenüber festzustellen, daß die ökonomische Integration und die militärische Westbindung der BRD nur als Einheit zu begreifen sind, deren Ziel es u. a. war, den Anschluß der DDR an die BRD zu vollziehen. Die Funktion der ökonomischen Integration im Kampf der antagonistischen Gesellschaftssysteme wird deutlich, wenn in dem 1952 zwischen der BRD und den Westmächten geschlossenen Deutschland-Vertrag in Artikel 7 Abs. 2 folgende Zielsetzung genannt wird: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist." [46])

Mit der Annahme des *Godesberger Programms* haben sich 1959 die integrationistischen Kräfte in der SPD auch programmatisch durchgesetzt. Dies zeigt sich auch an den Aussagen des Programms zur „Europa-Politik" und zur „Landesverteidigung", heißt es doch dort: „Der demokratische Sozialismus ist immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen. In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller In-

42) S. Miller, Die SPD . . ., a.a.O., S. 31.
43) Vgl. „Vorwärts", 44/1958, S. 5. Vgl. auch R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 256.
44) Vgl. R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 273 ff.
45) Vgl. ebd., S. 264.
46) Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) vom 26. 5. 1952, Art. 7, Abs. 2.

teressen und Beziehungen kann kein Volk für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen . . . Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Die Sozialdemokratische Partei bejaht diese Zusammenarbeit, die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen muß. Regional begrenzte übernationale (!) Gemeinschaften dürfen nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen . . . Die Entwicklungsländer haben Anspruch auf großzügige und uneigennützige Hilfe. Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus erfüllt werden, damit sie nicht neuen Formen der Unterdrückung verfallen" [47]). Räumte das Grundsatzprogramm „mit traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen gründlich auf" [48]), so war es nur konsequent, daß als Ziel einer „neuen" Gesellschaftsordnung ein wie in einigen skandinavischen Ländern reformierter und modernisierter Kapitalismus galt: „In einigen Ländern wurden unter sozialdemokratischen Regierungen bereits die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt. Soziale Sicherheit und die Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht." [49])

Mit der Aussage des neuen Grundsatzprogramms: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung" [50]) wurde nicht nur die Remilitarisierung der BRD gebilligt und wurde dem eigenen antimilitaristischen Widerstand noch nachträglich die Legitimation entzogen, sondern wurde vor allem auch ein endgültiger Friede mit dem bestehenden Bonner Staat geschlossen, wurde dieser doch mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichgesetzt. Der prokapitalistische und integrationistische Flügel hatte die Westorientierung der BRD von Anfang an unterstützt und nun im Godesberger Programm für die Gesamtpartei programmatisch festgeschrieben. Bei W. Eichler, dem Kommentator des Godesberger Programms [51]), heißt es daher: „Die Einwände der Sozialdemokraten gegen die ersten Versuche europäischer Körperschaften richteten sich einmal gegen die Beschränkung auf nur sechs Länder, die noch dazu eine Beschränkung auf bestimmte Wirtschaftszweige war, sowie gegen die Einflußlosigkeit quasi-parlamentarischer Einrichtungen. Die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Versuch der Zusammenfassung aller nichtkommunistischen Staaten Europas und ihrer möglichst weitgehenden politischen Integration der einzelnen Staaten in diese Gemeinschaft wurde von der Sozialdemokratie von Beginn an voll unterstützt, deren Vertreter in allen Gremien dieser europäischen Körperschaften mitarbeiten." [52]) Diese Auffassung bestimmte den offiziellen Kurs sozialdemokratischer Politik während der 60er Jahre und be-

47) Vorstand der SPD (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1959, S. 24 f.
48) G. Stuby, Die SPD . . ., a.a.O., S. 359.
49) Grundsatzprogramm . . ., a.a.O., S. 26.
50) Ebd., S. 11.
51) Vgl. W. Eichler, Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, Bonn 1962.
52) Ders., Hundert Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1962, S. 77.

gründete den außenpolitischen Konsens mit der CDU/CSU [53]), bekannte sich doch die SPD-Führung, wie S. Miller ausführt, „zu der Notwendigkeit, für die Behandlung der Lebensfragen des deutschen Volkes eine gemeinsame Ausgangsbasis mit der Regierung zu finden" [54]).

„Neuer Stil" der SPD und Anpassung an die Außenpolitik von CDU/CSU

Mit der Durchsetzung des „neuen Stils", dem „Abwerfen von Ballast" in der SPD seit Ende der 50er Jahre ging in Fragen der Außenpolitik „das Bemühen um eine breite Grundlage" mit der Regierung einher [55]). In dem 1961 für den Wahlkampf veröffentlichten „Regierungsprogramm" wurde neben der Ablehnung der „Zweistaatentheorie" und dem Bemühen um eine Versachlichung des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten die Notwendigkeit der Erweiterung der EWG hervorgehoben. Dem Angebot der SPD, nach dem Bau der Berliner Mauer eine Allparteienregierung zu bilden, kam die CDU allerdings nicht entgegen. Die Führung der SPD betrieb dessen ungeachtet den „Kurs der Gemeinsamkeit" sogar so weit, daß sie das westdeutsche Streben nach einer Beteiligung an Nuklearwaffen unterstützte. Seit 1959 wurden in den USA Pläne für eine *multilaterale Atomstreitmacht (MLF)* erarbeitet, die innere Spannungen der NATO in der Frage der Beteiligung an der nuklearen Militärpolitik auffangen sollten. Während Frankreich dieses Projekt strikt ablehnte – seine Bemühungen waren gerade auf eine größere Unabhängigkeit Westeuropas von den USA gerichtet –, zeigte die „Bonner Regierung schon früh ein Interesse an dem Konzept einer kollektiven Atomstreitmacht . . . und (wurde) später zu deren einzigem begeisterten Befürworter in Europa . . ." [56]) Führende SPD-Vertreter unterstützten den Bonner Kurs der Teilhabe an Atomwaffen. Auf dem Wahlparteitag von 1960, auf dem Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten gewählt worden war, hatte sich die SPD nicht nur völlig hinter die NATO gestellt, sondern auch keine Einwände gegen einen wachsenden Einfluß der BRD auf die Nuklearpolitik in den NATO-Gremien erhoben. Die SPD verstand sich in dieser Zeit als „der eigentliche Verfechter der NATO" [57]), was u. a. bedeutete, daß sie sich dem Streben einiger maßgeblicher Regierungsmitglieder, stärker die militärisch-politische Annäherung an Frankreich zu betreiben, entgegenstellte. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Notwendigkeit eines engen Bündnisses mit den USA auch deshalb betont, um den Alleinvertretungsanspruch der BRD aufrechterhalten, die Hallstein-Doktrin durchsetzen und die Einbeziehung West-Berlins in die BRD betreiben zu können.

In der Versammlung der „Europäischen Union" im Dezember 1960 stimmten führende SPD-Vertreter mit F. Erler an der Spitze für die „Schaffung einer

---

53) Eine abweichende, die „antagonistischen Positionen" stärker hervorhebende Auffassung vertritt H. Kaack, Opposition und Außenpolitik, in: „Politische Vierteljahresschrift", SH 1/1969, S. 224–249, bes. S. 245.
54) S. Miller, Die SPD . . ., a.a.O., S. 41.
55) Vgl. ebd., S. 43. Zur parteiinternen Entwicklung vgl. G. Stuby, Die SPD . . ., a.a.O., S. 354 ff. H.-G. Hofschen / E. Ott / H. K. Rupp, SPD im Widerspruch, Köln 1975, S. 53 ff.
56) W. F. Hanrieder, Die stabile Krise, Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949–1969, Düsseldorf 1971, S. 35.
57) Ebd., S. 159. Vgl. A. Ashkenasi, Reformpartei . . ., a.a.O., S. 199.

gemeinsamen NATO-Atomstreitmacht" [58]). Nachdem der SPD-Parteivorstand sich von der Anti-Atom-Bewegung distanziert hatte, plädierte er 1964 für die multilaterale Atomstreitmacht der NATO. F. Erler begründete diese Haltung, nachdem er zuvor als einzig positiven Aspekt gegenüber nachlassenden militärischen Anstrengungen Frankreichs und Großbritanniens den „weitergeführte(n) Aufbau der Bundeswehr" gewürdigt hatte, folgendermaßen: „Auch ein vereinigtes Europa, das leistungsfähiger wäre als jeder europäische Staat für sich, bedürfte der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten . . . Deshalb ist die Integration von Verbänden (im Rahmen der NATO, d. Verf.) so wichtig und die durch das französische Vorgehen ausgelöste Desintegration so gefährlich. Deshalb bedeutet die über den bisherigen Vertragstext hinausgehende dauerhafte materielle Verflechtung bestimmter Teile des amerikanischen Atompotentials mit europäischen Kräften in der Organisation der MLF eine besonders wertvolle zusätzliche Stärkung des amerikanischen Engagements für Europa und damit die Glaubwürdigkeit der Abschreckung." [59])

Die prinzipielle Übereinstimmung sozialdemokratischer Außen- und Westeuropapolitik mit den Vorstellungen der Regierungsparteien während der sechziger Jahre wurde auch im Zusammenhang mit den regierungsinternen Auseinandersetzungen deutlich, die gewöhnlich als der *Streit zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten"* bezeichnet werden [60]). Es ging dabei keineswegs um grundsätzliche Differenzen, vielmehr um die Frage, wie die festgefahrene westdeutsche Außenpolitik wieder in Bewegung gebracht werden könne und welcher Anteil dabei dem Verhältnis zu den USA einerseits und den westeuropäischen Staaten, insbesondere Frankreich, andererseits zukomme. Die Beständigkeit der nationalen Staaten und die Krisenhaftigkeit des Integrationsprozesses hatten sich ebenso erwiesen wie die Unmöglichkeit, zu einer „flexibleren Ostpolitik" zu gelangen, wenn die „Hallstein-Doktrin" und der Alleinvertretungsanspruch weiterhin in den Vordergrund gestellt wurden. „Die Bonner Regierung", so W. F. Hanrieder, „hatte offenbar kein Gespür dafür, daß freundliche Absichtserklärungen allein für Osteuropa solange wenig bedeuteten, als an ihnen immer noch Gebietsansprüche hafteten, Ansprüche, die durch die wachsende wirtschaftliche und militärische Macht Westdeutschlands noch zusätzlich herausgestellt wurden." [61])

Die Außenpolitik G. Schröders war im Laufe des Jahres 1964 zunehmend von Vertretern der CDU/CSU kritisiert worden, wobei Adenauer, Strauß, v. Gut-

---

58) Vgl. M. Kempe, SPD . . ., a.a.O., S. 88.
59) F. Erler, Zur strategisch-politischen Lage (Nov. 1964). In: Ders., Politik für Deutschland, Stuttgart 1968, S. 589.
60) F. R. Alleman (The Changing Scene in Germany, The World Today, Feb. 1967, pp. 49–62, hier S. 54. Zit. nach: W. F. Hanrieder, Die stabile Krise, a.a.O., S. 175) schreibt dazu: „Die ‚Gaullisten' waren zwar bemüht, sich näher an Paris anzuschließen, doch waren sie durchaus nicht völlig einverstanden mit der Osteuropapolitik von Präsident de Gaulle, und seine Vision eines größeren Europa unter Einschluß des kommunistischen östlichen Teils erschreckte sie. Die ‚Atlantiker' ließen sich von dem Traum einer deutschen Beteiligung an der atomaren Verteidigung und von dem Traum einer Art ‚besonderer Beziehung' zwischen den USA und der Bundesrepublik auch dann noch ködern, als längst klargeworden war, daß Washington den Plan der MLF fallengelassen hatte und in genauso starkem Maße wie de Gaulle selbst daran interessiert war, zu einer Verständigung mit der Sowjetunion und mit den osteuropäischen Verbündeten Moskaus zu kommen." Vgl. auch W. Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1970, S. 322 ff.
61) W. F. Hanrieder, Die stabile Krise . . ., a.a.O., S. 113.

tenberg, Krone, Dufhues und Gerstenmaier besonders hervortraten [62]). Kritik fand u. a. Schröders Versuch der Aufwertung des westdeutschen Nationalstaates, als die Unmöglichkeit, im Rahmen der EWG zur politischen Union vorzustoßen, immer deutlicher wurde. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß für die BRD „die Entwicklung ökonomischer Macht auch ohne Supranationalität möglich war" [63]). Führende CDU/CSU-Vertreter hielten aber auch Schröders Bemühungen, die Politik gegenüber den sozialistischen Staaten der sich herausbildenden amerikanischen Politik der „indirekten Strategie" zur Überwindung des Sozialismus anzunähern, für gefährlich. Gegenüber der DDR sollte nach den Vorstellungen von Brzezinskis „Zweizangentheorie" eine Politik der Isolierung betrieben werden, so daß „Schröders Ostpolitik scharf zwischen einer Normalisierung in Osteuropa und in Deutschland unterschied und damit einen Keil zwischen die ostdeutsche Regierung und ihre osteuropäischen Verbündeten zu treiben unternahm" [64]). Die Überwindung des Status quo in Europa mit Hilfe der Westintegration, das Bemühen, „wirtschaftlich und sozial magnetisch auf die SBZ wirken zu können" [65]), hatten sich als Illusion erwiesen, so daß ein Umdenken dringend erforderlich wurde. Die drohende Selbstisolierung der BRD mußte überwunden, die Ostpolitik aktiviert werden. Die DDR sollte isoliert und das Bündnis der sozialistischen Staaten nach dem Konzept des „Brückenschlages" „aufgelockert" werden. Vor allem sollte aber auch der „Osthandel" nicht nur den Konkurrenten des westdeutschen Kapitals überlassenb bleiben. Als Grundlage jeglicher Ostpolitik galt für die Regierung wie für die Opposition ein enges Verhältnis zu den westlichen Verbündeten, eine „aktive Westpolitik".

„Es war frühzeitig klar, daß diese Entspannung sich auf dem Rücken der Bundesrepublik abspielen mußte, wenn Bonn sich nicht entschloß, eine eigene Politik der Öffnung nach dem Osten hin zu praktizieren. Dieser Gedanke lag der Politik Gerhard Schröders zugrunde. Sie war ein Kompromiß, eine typische Übergangserscheinung: Während sie im innerdeutschen Verhältnis den kalten Krieg konservierte und auch sonst nicht expressis verbis Grundsätze wie ‚Alleinvertretungsanspruch' und ‚Hallstein-Doktrin' ad acta legte, versuchte sie doch spezifisch westdeutsche Interessen, vor allem auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen, im Osten zu realisieren. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich aus dem Umgang mit Staatshandelsländern ergaben, begann der osteuropäische und besonders der sowjetische Markt an Anziehungskraft zu gewinnen." [66]) Gerade daran, daß die SPD-Führung Schröders Suchen nach einer „neuen außenpolitischen Strategie der Bundesrepublik" unterstützte – es war Herbert Wehner, der für die Opposition im Bundestag Außenminister Schröder gegen Angriffe des CSU-Vertreters von Guttenberg in Schutz nahm [67]) –, zeigte sich, daß die Positionen von CDU und SPD in außenpoliti-

62) Vgl. W. Besson, Die Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 322.
63) G. Ziebura, Europaidee und Supranationalität in der westdeutschen Außenpolitik, in: H. Steffen (Hrsg.), Die Gesellschaft in der Bundesrepublik, 2. Teil, Göttingen 1971, S. 153–177, hier S. 171.
64) W. Besson, Die Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 355.
65) H. Wehner im Bundestag 1952. Zit. nach R. Hrbek, Die SPD . . ., a.a.O., S. 114.
66) G. Ziebura, Europaidee . . ., a.a.O., S. 172.
67) Vgl. W. Besson, Die Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 324. W. Brandt, Zehn Jahre sozialdemokratischer Außenpolitik, in: „Die Neue Gesellschaft", 5/1976, S. 388–395, bes. S. 390.

schen Fragen austauschbar geworden waren. „Die Linien zwischen der Regierung und der Opposition", so W. F. Hanrieder, „verwischten sich. Die CDU/CSU (und zum Teil auch ihr Koalitionspartner, die FDP) spielten nicht nur die Rollen der Parteien an der Macht, sondern verhielten sich in einigen der Hauptpunkte der Außenpolitik auch als inoffizielle Opposition, während die offizielle Opposition, die SPD, sich einige Punkte der Regierungspolitik zu eigen machte . . . Die Folge daraus, ein wenig klares und eindeutiges Profil der Parteien, half möglicherweise der CDU in dem glanzlosen Wahlkampf von 1965." [68])

In bezug auf die westeuropäische Integration unterstützte die SPD neben der FDP die Gruppierung um L. Erhard innerhalb der Unionsparteien, die auf eine Erweiterung der EWG drängte. Erhard hatte bereits vor der Gründung der EWG auf einer über die sechs EWG-Staaten hinausreichenden Form der Integration bestanden und für ein „liberales Prinzip der Weltwirtschaft" bzw. eine „universalistische Lösung der Reintegration der internationalen Wirtschaft", wie W. Röpke es formulierte [69]), plädiert. Diese Haltung trug Erhard übrigens die beißende Kritik Adenauers ein, der meinte, daß Erhard nicht zuletzt wegen seiner Einstellung zur EWG „als Bundeskanzler nicht in Frage komme", ‚überschaue er doch gar nicht, „welche Verpflichtungen das Amt des Bundeskanzlers mit sich bringe" [70]). Mit dem Streben, die EWG um Großbritannien und möglichst auch die skandinavischen Länder zu erweitern, entsprach die Führung der SPD nicht nur „bedeutenden politischen und Unternehmerkreisen", die den „Verlust von Märkten außerhalb der EWG" befürchteten, sondern auch den Forderungen der „Regierung Kennedy . . ., (die) für einen offeneren Gemeinsamen Markt" eintrat [71]).

Die von Schröder formulierte und von der SPD weitgehend unterstützte Außenpolitik war auch eher in der Lage, die mit der EWG-Krise von 1965/66 entstandenen Probleme zu bewältigen. Durch die von de Gaulle praktizierte „Politik des leeren Stuhls" – Frankreich lehnte entschieden alle Pläne, die EWG zu einer supranationalen Gemeinschaft auszubauen, ab – hatte sich auch das vor allem von Adenauer vertretene Konzept des vorrangig „politischen Zusammenschlusses der europäischen Länder" [72]) als nicht realisierbar erwiesen. Da die von SPD, FDP und der Schröder-Gruppe in der CDU eingenommene Haltung die Existenz nationalstaatlicher Elemente im Prozeß der Integration stärker in Rechnung stellte, der ökonomischen Integration ein größeres Eigengewicht zubilligte und ambitionierte, u. a. von Adenauer vertretene Pläne einer politischen Vergemeinschaftung der EWG-Länder nicht für unmittelbar realisierbar hielt, konnte Frankreichs Ablehnung der Supranationalität eher berücksichtigt und in das Integrationskonzept der BRD eingebaut

68) W. F. Hanrieder, Die stabile Krise . . ., a.a.O., S. 172.
69) W. Röpke, Gemeinsamer Markt und Freihandelszone, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 10. Bd., Düsseldorf/München 1958, S. 31–61, hier S. 38.
70) K. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, a.a.O., S. 530 f.
71) W. F. Hanrieder, Die stabile Krise . . ., a.a.O., S. 161 f.
72) K. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, a.a.O., S. 12. Über den Beschluß von Messina zur EWG-Gründung schreibt Adenauer, daß er ihn mit „geteilten Gefühlen" betrachtete, „weil ich fürchtete, daß die wirtschaftlichen Aufgaben uns ablenken würden von der Hauptaufgabe, nämlich der Schaffung der politischen Union" (S. 27).

werden. Angesichts der EWG-Krise erwies sich die sozialdemokratische „Europapolitik" als die realistischere. Die SPD-Führung verzichtet zwar keineswegs auf das Ziel der politischen Vereinigung der EWG-Länder, sie verfolgt dieses Vorhaben jedoch flexibler als die traditionelle CDU/CSU-Politik.

Das gemeinsame Vorgehen von führenden Sozialdemokraten, Freien Demokraten und den sogenannten Liberalen von CDU/CSU trug dazu bei, daß eine Anpassung des außenpolitischen Kurses der BRD vorbereitet und durchgeführt wurde, daß die Ostpolitik flexibler wurde, daß die Integrationspolitik stärker auf die zwischenstaatliche ökonomische Verflechtung als auf ehrgeizige politische Ambitionen abstellte und daß die Auffassung, „Bonn dürfe sich weder die Feindschaft von Washington noch von Paris zuziehen" [73]), weiterhin die offizielle außenpolitische Linie darstellte, wobei die USA faktisch die bedeutendere Rolle einnahmen, da die BRD nur auf diese Weise ihre außenpolitischen Ziele verfolgen konnte. Hier sah auch der von der SPD unterstützte Schröder, wie Besson anmerkt, „klarer als Adenauer. Das Ziel der westdeutschen Selbständigkeit in der internationalen Politik konnte nach dem Vorbild de Gaulles ohne Amerikas Deckung nicht verfolgt werden. Die Freundschaft mit Frankreich bot dafür keinen zureichenden Ersatz" [74]). Die Große Koalition, die in der Westeuropapolitik faktisch seit Beginn der sechziger Jahre existierte, wurde auf diese Weise außenpolitisch auch konzeptionell vorbereitet.

Die zum 1. Dezember 1966 gebildete *Große Koalition* aus CDU/CSU und SPD sah sich vor allem mit drei Problemen konfrontiert: erstens der „Bewältigung" der ökonomischen Krise, zweitens der Aktivierung außenpolitischer Schritte, um der zunehmenden Isolierung der BRD entgegenzuwirken, und drittens der Stabilisierung des Verhältnisses zu den USA und den westeuropäischen Staaten. Wie W. Brandt 1968 feststellte, hat die Große Koalition „für die Bundesrepublik die Gefahr der Isolierung abgewendet . . . Hiermit meine ich zunächst einmal ganz bewußt das Verhältnis zu unseren westlichen Freunden und Verbündeten" [75]). Dabei galt als Voraussetzung jeglicher ostpolitischer Aktivitäten die Festigung des „atlantischen Bündnisses", was natürlich keineswegs ausschloß, daß auch das westdeutsche Kapital den ökonomischen Vorteil im „Osthandel" suchte. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung resultierte zum einen aus dem wirtschaftspolitischen Bankrott der von der Erhard-Regierung vertretenen Politik, zum andern aber auch daraus, daß die SPD als wichtige Integrationskraft gegenüber der Arbeiterklasse genutzt werden sollte. Die „Krise in Wirtschaft und Staat" sollte mit Hilfe der Führung der SPD abgewendet werden. Als Mittel dazu dienten das Konzept der „Globalsteuerung", des Stabilitätsgesetzes und die staatlich vermittelte Sozialpartnerschaft der „Konzertierten Aktion". Bei der Politik gegenüber den sozialistischen Staaten ging es darum, den „Handlungsspielraum zu erweitern und einen realistischeren Kurs einzuführen" [76]). Wenn dieses Ziel auch we-

73) W. F. Hanrieder, Die stabile Krise . . ., a.a.O., S. 170.
74) W. Besson, Die Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 306.
75) W. Brandt in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Nürnberger Parteitag der SPD 1968. In: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg, Bonn 1968, S. 90.
76) W. F. Hanrieder, Die stabile Krise . . ., a.a.O., S. 181.

gen innerer Differenzen der Regierungskoalition bis 1969 nicht erreicht werden konnte, so entwickelten die führenden Vertreter der SPD bereits folgende Merkmale einer flexibleren Ostpolitik: Das oberste Ziel der Ostpolitik blieb, Voraussetzungen zu schaffen, um „mit der Spaltung Europas auch die Spaltung Deutschlands" überwinden zu können [77]). Dazu sollten Gewaltverzichtserklärungen mit den Staaten des Sozialismus ausgetauscht und sollte vor allem die polnische Westgrenze bis zu einer „friedensvertraglichen Regelung" anerkannt werden. Eine Anerkennung der DDR wurde kategorisch ausgeschlossen, denn die „beiden Teile Deutschlands (können) füreinander keine ausländischen Völkerrechtssubjekte sein" [78]). Der Alleinvertretungsanspruch der BRD wurde prinzipiell aufrechterhalten, wenn er auch weniger starr betrieben wurde: „Das letzte Wort über eine gemeinsame Zukunft der Deutschen können nur alle Deutschen in freier Selbstbestimmung sprechen. Bis dahin ist es Aufgabe der frei gewählten Bundesregierung, sich stets von den Interessen der gesamten Nation leiten zu lassen und sich so zu verhalten, daß ihre Politik möglichst bei allen Deutschen in beiden Teilen des Landes Verständnis und Zustimmung findet." [79]) Große Hoffnung setzte man seitens der SPD-Spitze auf die „wirtschaftspolitischen Reformbewegungen in den kommunistischen Ländern", auf die „zunehmende Differenzierung im Ostblock" und auf den „Brückenschlag nach Osten", wodurch sich „bessere Voraussetzungen zur Überwindung der Spaltung Europas ergeben" sollten [80]). Unter diesem Aspekt vereinbarte die Bundesregierung 1967 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien.

Die Aktivierung der *Ostpolitik* wurde von der SPD-Führung stets in engem Zusammenhang mit der Politik gegenüber den westlichen Verbündeten gesehen. In dem bereits zitierten grundlegenden außenpolitischen Antrag des Nürnberger Parteitages von 1968 heißt es dazu: „Entspannungspolitik nach Osten setzt enge Kooperation im Westen voraus." [81]) Deshalb soll einerseits die NATO erhalten und ausgebaut werden und soll andererseits „die EWG nach innen durch konsequente Weiterentwicklung, nach außen durch die Aufnahme der beitrittswilligen EFTA-Länder, insbesondere Großbritanniens, gestärkt werden. Die Zeit ist reif, den Aufnahmeprozeß in Gang zu setzen" [82]). Die sozialdemokratischen Westeuropavorstellungen konzentrieren sich auf drei Aspekte: Erstens soll der Integrationsstand erhalten, zweitens die EWG erweitert und drittens die EWG allmählich in eine politische Gemeinschaft umgewandelt werden. Diese drei Momente berücksichtigen nicht nur die inneren Widersprüche und Krisen der EWG sowie die Beständigkeit der nationalen Strukturen im Integrationsprozeß, sondern auch den zunehmend „ge-

77) Protokoll des SPD-Parteitages von 1968 . . ., a.a.O., S. 995.
78) Ebd.
79) Eine solche Politik habe mit „Bevormundung der Menschen im anderen Teil Deutschlands" nichts zu tun. Ebd., S. 996 f.
80) Ebd., S. 91, 717 u. 1026. Bereits 1963 hatte W. Brandt in seinem Buch „Koexistenz – Zwang zum Wagnis" (Stuttgart 1963, S. 76 und 83) formuliert: „Der Westen verfügt mit dem Ost-West-Handel über einen Hebel, den er zu seinem Vorteil ansetzen könnte . . ." „Eine solche Konzeption (der ‚Durchdringung', so W. Brandt; d. Verf.) kann zu einer Transformation der anderen Seite beitragen. Das verstehe ich unter einer aktiven, friedlichen und demokratischen Politik der Koexistenz."
81) Protokoll des Parteitages von 1968 . . ., a.a.O., S. 995.
82) Ebd., S. 995 f.

samteuropäischen" Aspekt westdeutscher Außenpolitik. Zwar war mit der „aktiven Ostpolitik . . . sicher keine radikale Infragestellung der traditionellen Prioritäten der bundesrepublikanischen Außenpolitik verbunden. Aber Ost- und Westpolitik gerieten in ein kompliziertes Spannungsverhältnis zueinander" [83]). In den „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" hieß es deshalb, daß mit der Ostpolitik „unter Umständen ein Fortschreiten der westeuropäischen Einigungsbestrebungen in den nächsten Jahren nicht erleichtert wird. Heute schon stoßen Versuche, die in den 50er Jahren gegründeten westeuropäischen Gemeinschaften fortzuentwickeln und auszudehnen, immer wieder auf Schwierigkeiten, da immer noch vermeintliche nationale Interessen dem wahren Interesse aller europäischen Völker übergeordnet werden" [84]). Daß es allerdings gerade auch die BRD war, die die nationalen Interessen mit der Aktivierung der Ostpolitik betonte und eine größere Unabhängigkeit im „westlichen Lager" anstrebte – „Konstruktive Ostpolitik verstärkt das Gewicht der Bundesrepublik auch im Westen" [85]) –, wird freilich verschwiegen. Der Prozeß der Entspannung und die Stagnation der westeuropäischen Integration förderten in Westeuropa unabhängigere und die Blockbindungen des kalten Krieges aufweichende politische Orientierungen. Auch in bezug auf die EWG mußten weniger ehrgeizige und realistischere Konzeptionen gefunden werden. Hatte Adenauer die politische Union und die gemeinsame militärische Integration als unmittelbares Ziel der EWG gefordert, so hieß es jetzt bei der SPD, daß vor allem der bisher errreichte „Stand der Integration in den europäischen Gemeinschaften zu erhalten (ist). Das Ziel bleibt, diese Gemeinschaften durch die Aufnahme anderer europäischer Länder, vor allem Großbritannien, Irland und die skandinavischen Länder auszuweiten und sie langfristig (!) politisch auszubauen" [86]). Während CDU/CSU-Politiker mit der Einbeziehung weiterer Staaten in die EWG zugleich unmittelbar auf die politische Union mit gemeinsamer Militärmacht drängten und supranationale Strukturen durchsetzen wollten, bevorzugte die Führung der SPD zunächst den ökonomischen Ausbau der EWG, ihre Erweiterung und die Ausarbeitung gewisser sozialpolitischer Elemente [87]). Nach sozialdemokratischer Auffassung hat die „Idee der Supranationalität nur dann eine Zukunft . . ., wenn sie eine gesellschaftspolitische Dimension erhält" [88]).

Die Chancen zur Durchsetzung derartiger außenpolitischer Vorstellungen waren während der Zeit der Großen Koalition aufgrund ihrer inneren Auseinandersetzungen gering. Trotz prinzipieller Übereinstimmung der Regierungsparteien über die Ziele der Außenpolitik – die Nichtanerkennung der DDR gehörte ebenso dazu wie das Bekenntnis zur NATO und EWG – gab es dennoch unterschiedliche Auffassungen über einzuschlagende Wege und

83) G. Ziebura, Europaidee . . ., a.a.O., S. 174.
84) Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren. In: Protokoll des Parteitages von 1968 . . ., a.a.O., S. 1026.
85) Ebd., S. 996.
86) Ebd., S. 1034.
87) Vgl. hierzu u. a. Autorenkollektiv, BRD-Politik im Spannungsfeld imperialistischer Widersprüche, Berlin (DDR) 1972, S. 31 f.
88) G. Ziebura, Europaidee . . ., a.a.O., S. 174.

Methoden. Diese Differenzen traten u. a. bei den Diskussionen um den Atomwaffensperrvertrag und die Aufwertung der D-Mark zutage. Während führende CDU/CSU-Vertreter den *Atomwaffensperrvertrag* ablehnten und von einer „verteufelten Neuauflage des Morgenthau-Plans" sprachen [89]), hatte die SPD die „Zustimmung der Bundesrepublik zu einem Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen" gefordert [90]). Die führenden Sozialdemokraten „schätzten die politischen und psychologischen Belastungen realistisch ein, die sich aus der Ablehnung eines entscheidenden Elements der Rüstungskontrolle ergeben würden, eines Elements, das atomare Stabilisierung versprach und daher von den Verbündeten und Gegnern Bonns weitgehend unterstützt wurde" [91]).

In der Frage der *DM-Aufwertung* setzte sich, nachdem die gemeinsame Haltung des Wirtschafts- und des Finanzministers von 1968 aufgegeben war, im Frühjahr 1969 die SPD für und die CDU/CSU gegen eine Aufwertung ein. Während die Unionsparteien „sich nicht gegen die vom Export abhängigen Industriekreise wenden" wollten, und vor allem F. J. Strauß in der Außenpolitik „harten Realismus" demonstrieren wollte [92]), bevorzugte die SPD die Aufwertung, um die D-Mark und die westdeutsche Wirtschaft vor inflationären Tendenzen aus dem Ausland zu schützen, die längerfristig die westdeutschen Exportaussichten beeinträchtigen mußten. Eine endgültige Entscheidung für die Aufwertung konnte erst nach der Bildung der ersten sozialliberalen Koalition getroffen werden. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die DM-Aufwertung war deutlich geworden, daß die BRD ihre starke ökonomische Position gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten der EWG, die zumeist Abwertungen ihrer Währungen vornehmen mußten, hatte ausbauen können. Dieser Umstand führte schließlich auch dazu, daß sich Frankreich, seine ablehnende Haltung von 1963 und 1967 revidierend, einer Aufnahme Großbritanniens in die EWG nicht mehr entgegenstellte. Aufschlußreich war die Reaktion der führenden politischen Kräfte in der BRD gegenüber der Ablehnung einer Erweiterung der EWG durch die französische Regierung: Während führende Vertreter der Unionsparteien die französische Haltung scharf kritisierten und das Festhalten der französischen Regierung an der nationalen Identität ablehnten, denn „nur ein westeuropäischer Bundesstaat unter Einschluß Großbritanniens werde jene organisatorischen und institutionellen Voraussetzungen bieten, mit deren Hilfe (West-)Europas Stärke geltend" gemacht werden könne [93]), war die Haltung der SPD weniger ambitioniert auf die bundesstaatliche Organisation Westeuropas unter Einschluß Englands, als vielmehr auf seine ökonomische Einbeziehung orientiert. Außenminister Brandt bemühte sich daher durch eine Politik der Vermittlung, Frankreichs Einwände gegen eine auf die ökonomischen Beziehungen konzentrierte Erweiterung der EWG abzubauen, was schließlich die Zustimmung

89) S. K. Adenauer, zit. nach W. Besson, Die Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 387.
90) Sozialdemokratische Perspektiven . . ., a.a.O., S. 1032.
91) W. F. Hanrieder, Die stabile Krise . . ., a.a.O., S. 188.
92) Ebd., S. 190 f.
93) Vgl. W. Besson, Die Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 397. Vgl. auch F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968, S. 115 ff., 192 ff.

Frankreichs zur Einbeziehung Großbritanniens in die EWG erleichterte. Auf diese Weise trug die SPD-Führung zur Entwicklung eines Konzeptes bei, „das die älteren supranationalen Vorstellungen . . . ablösen" konnte [94]). Die Erweiterung der EWG stand gegenüber der Vertiefung der Integration im Vordergrund, indem ein Vorgehen befürwortet wurde, bei dem „überall dort, wo es ging, (der) . . . Ausbau der bestehenden Kontakte und Konsultationen" weitergetrieben werden sollte, „was auf eine Art Parallelismus des Vorgehens in und außerhalb der EWG hinauslief. Das kam der Idee eines Mittelweges zwischen der Integration und dem Beharren auf dem historischen Nationalstaat bereits recht nahe" [95]).

Die sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen seit 1969: „Sozialdemokratische Lösungen" in Westeuropa durchsetzen

Die Bildung der sozialliberalen Regierung unter W. Brandt und W. Scheel im Herbst 1969 gab der SPD-Führung die Möglichkeit, ihre Vorstellungen hinsichtlich der Ost- und Westeuropapolitik entsprechend den zuvor in der Großen Koalition entwickelten Prinzipien weitgehend durchzusetzen. Dabei ist eine gesteigerte Aktivität sozialdemokratischer Initiativen zur Westeuropapolitik zu verzeichnen. Es zeichnet sich ein „Europa-Konzept" der SPD ab, das dem gegebenen Kräfteverhältnis realistischer als frühere CDU/CSU-Regierungen Rechnung trägt, das den inneren Widerspruchscharakter der EWG stärker berücksichtigt und dessen Maxime es ist, die bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnisse zu stabilisieren, wozu gewisse Reformen als unerläßlich angesehen werden. Vier Bereiche sind hier von besonderer Wichtigkeit: Erstens das Verhältnis zu den USA, den sozialistischen Staaten und der Dritten Welt, zweitens die Erweiterung der EWG, drittens die Absicherung des Integrationsprozesses und der gesellschaftlichen Verhältnisse durch ein „gesellschaftspolitisches Programm" und viertens die allmähliche Vertiefung der Integration, d. h. der Ausbau der EWG zu einer „Europäischen Union". In der EWG soll ein bundesdeutscher Führungsanspruch, soll das „Modell Deutschland" durchgesetzt werden. „Sozialdemokratische Lösungen", so H. Wehner, sollen in der EWG „unvermeidbar" gemacht werden [96]). Die Aufgabe der sozialpartnerschaftlichen Integration glaubt die SPD-Führung erfolgreicher und gegen weniger Widerstand seitens der Lohnabhängigen als die CDU/CSU durchsetzen zu können. H. Schmidt betont daher, „daß die Wahrung des sozialen Friedens in unserem Land keine Selbstverständlichkeit ist und daß die der CDU/CSU, so wie sie sich inzwischen entwickelt hat, sehr viel schwerer fallen würde als der sozialliberalen Koalition" [97]).

Das *Verhältnis zu den USA* nimmt bei allen westdeutschen Regierungen eine zentrale Stellung ein. So wie die kapitalistische Restauration sich in den Westzonen Deutschlands vor allem durch das Eingreifen der USA vollzog, entwickelte sich auch die außenpolitische Bewegungsfreiheit der BRD in en-

94) W. Besson, Die Außenpolitik . . ., a.a.O., S. 418.
95) Ebd., S. 419.
96) So. H. Wehner, zit. nach: K. Porzner, Das Recht der Arbeitnehmer darf nicht national begrenzt bleiben, in: „Die Neue Gesellschaft", 8/1971, S. 541.
97) W. Brandt /H. Schmidt, Deutschland 1976 – zwei Sozialdemokraten im Gespräch, Reinbek 1976, S. 160.

ger Anlehnung an die USA. Die BRD zählt zu den verläßlichsten Bündnispartnern der USA, was sowohl für die Erfüllung der eingegangenen militärischen Verpflichtungen als auch für die Übereinstimmung mit den Grundzügen US-amerikanischer Außenpolitik gilt. Als z. B. Sozialdemokraten im Norden Europas bereits heftig gegen den Vietnam-Krieg der USA protestierten, bemühte sich die SPD-Führung noch immer darum, die US-Aggression zu legitimieren. Eine Unterstützung der demokratischen Kräfte in Vietnam wurde stets abgelehnt [98]). Auch die von der SPD geforderte „neue Ostpolitik", die in den sozialistischen Staaten einen „Wandel durch Annäherung" einleiten sollte, entstand, wie W. Brandt hervorhebt, „in geistiger Nähe zu dem, womit Präsident Kennedy damals, wenige Monate vor seinem Tod, die internationale Szene zu verändern, die gefährlichen Verkrampfungen zu lockern, bemüht war" [99]). Bestrebungen anderer NATO-Länder, die Beziehungen zu den USA aufzulockern und eine unabhängigere und flexiblere Politik gegenüber der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Staaten zu betreiben, sind auch von den sozialliberalen Bundesregierungen stets abgelehnt worden, um das „Sonderverhältnis" zu den USA nicht zu gefährden. Die enge Beziehung zu den USA gewährt schließlich die teilweise Unterstützung des westdeutschen Hegemonieanspruchs in der EWG durch die USA, denn diese benötigen für ihre Politik in Europa einen „Juniorpartner". Für christdemokratisch wie für sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen genießt das Verhältnis zu den USA Priorität. Der ehemalige Verteidigungsminister Leber betonte daher: „Westeuropa kann seine eigenen Ziele, seine Unabhängigkeit von fremdem Willen und seine freie Entfaltung der gesellschaftlichen Kräfte sowie die politische Einigung nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten verwirklichen" [100]).

Auch im Europapolitischen Programm der SPD von 1975 wird die „Zusammenarbeit mit den USA" immer wieder betont [101]), wobei jedoch in zunehmendem Maße sozialdemokratische Politik reflektiert, daß sich das internationale ökonomische Kräfteverhältnis zugunsten der westeuropäischen Staatengruppierung verschoben hat und daß die ökonomischen Interessen des westdeutschen Kapitals denen der USA häufig entgegenstehen, während gleichzeitig eine enge politische und militärische Zusammenarbeit gesucht wird [102]). Die USA unterstützen zwar den westeuropäischen Zusammenschluß, wehren sich jedoch gegen ein allzu selbständiges Auftreten der EWG. Neben ökonomisch motivierten Konflikten gibt es aber auch politisch begründete Interessengegensätze wie z. B. im Mittelmeerraum und in Afrika.

---

98) Vgl. H. J. Brauns u. a., Die SPD in der Krise, Frankfurt/M. 1976, S. 334. Charakteristisch ist die Diskussion auf dem Parteitag von 1968, wo der Parteivorstand forderte, die Bombenangriffe auf Nordvietnam einzustellen, gleichzeitig jedoch vor jeglicher Art von „Antiamerikanismus" warnte. Protokoll des Parteitages von 1968 . . ., a.a.O., S. 1069 f.

99) W. Brandt / H. Schmidt, Deutschland 1976 . . ., a.a.O., S. 148.

100) G. Leber, Europa im Bündnis mit Amerika einigen, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (zit.: FAZ) v. 30. 11. 1973.

101) Vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik, Bericht, vorgelegt von der Europakommission der SPD, Bonn 1975, S. 10 und 30.

102) Zum Verhältnis USA–Westeuropa vgl.: K. Kaiser, Die europäische Herausforderung und die USA, München 1973. Autorenkollektiv, USA, Westeuropa, Japan – imperialistische Zentren der Rivalität, „IPW-Forschungsheft", 1/1976.

Die dem Verhältnis zu den USA immanenten Widersprüche finden daher in der Forderung nach „Gleichberechtigung" mit den USA ihren Ausdruck. „Die enge ökonomische Verzahnung zwischen den USA und Europa", so heißt es im Europapolitischen Programm der SPD, „ist gleichzeitig Ursache für eine Steigerung der Konfliktstoffe und Friktionen im handelspolitischen Bereich. Beide Seiten müssen lernen, die sich bei der Enge des Verhältnisses fast zwangsläufig ergebenden Konflikte auf der Basis der Gleichberechtigung zu lösen und so zusammenzuarbeiten, daß eine für beide Seiten schädliche Konkurrenz verhindert wird" [103]). Neben der Erweiterung der EWG, der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion und dem Ausbau der politischen Zusammenarbeit in der EWG steht deshalb, wie W. Brandt 1970 im Bundestag erklärte, die Aufgabe, die Partnerschaft mit den USA auszubauen und angemessen „weltpolitische Verantwortung zu übernehmen" [104]). Wenn W. Brandt betont, „Europa wird einen größeren Teil an der Verantwortung übernehmen können, die heute auf den Vereinigten Staaten lastet" [105]), dann kommt darin einerseits das Bemühen um eine kollektive Verteidigung des Status quo angesichts zunehmender Stärke sozialistischer und antiimperialistischer Kräfte zum Ausdruck, wie andererseits die EWG-Gruppierung, darunter vor allem die BRD, ein größeres Mitspracherecht verlangt.

Die Aktivierung der *Beziehungen zu den sozialistischen Staaten* und der Abschluß mehrerer Vertragswerke seit 1969 wurde von sozialdemokratischer Seite ausdrücklich in die westdeutsche Tradition enger Beziehungen zu den USA gestellt. Brandt hat „immer betont, daß seine Ostpolitik nur die notwendige Ergänzung der Westpolitik Adenauers sei" [106]). Und H. Schmidt erklärte in seiner Regierungserklärung von 1974: „Das atlantische Bündnis bleibt die elementare Grundlage unserer Sicherheit und der notwendige politische Rahmen für unsere Bemühungen um Entspannung in der Welt." [107]) Spätestens mit den Vorgängen am 21. August 1968 in der ČSSR war klar geworden, daß das Konzept der Aufweichung der sozialistischen Ordnung in den Staaten des Warschauer Paktsystems und die angestrebte Isolierung der DDR keinen Erfolg brachten. H. Schmidt bemerkt deshalb, daß mit dem August 1968 „die Grenzen einer Politik nach dem Konzept ‚Wandel durch Annäherung'", das auf „Reformtendenzen in Osteuropa" setzte, deutlich wurden [108]). Während die Unionsparteien auch weiterhin die Politik der Stärke betrieben, schätzte die sozialliberale Koalition die Lage und das Kräfteverhältnis in Europa realistisch ein und ging dazu über, Verträge mit der Sowjetunion, Polen, der ČSSR und der DDR abzuschließen. Indem die SPD/FDP-Regierung auf das Konzept der friedlichen Koexistenz einging, wurde die Lage in Europa stabilisiert. Die Hoffnungen, „Transformationsprozesse" in den sozialistischen Staaten einzuleiten und dort über „mehr Kontakte und Zusammenarbeit, Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, freiere Bewegung von Menschen . . . zu einer

103) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik . . ., a.a.O., S. 30.
104) Vgl. SPD-Vorstand (Hrsg.), Europa-Politik der SPD, Bonn 1971.
105) W. Brandt, in: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", v. 25. 4. 1973.
106) S. Miller, Die SPD . . ., a.a.O., S. 49.
107) Vgl. Abdruck der Regierungserklärung in FAZ v. 18. 5. 1974.
108) H. Schmidt in: W. Brandt / H. Schmidt, Deutschland 1976 . . ., a.a.O., S. 147.

veränderten Situation" beizutragen [109]), hat die SPD-Führung allerdings noch nicht aufgegeben.

Mit der Einleitung einer „neuen Ostpolitik" trug die Führung der SPD einerseits den Realitäten Rechnung und befreite die BRD auch aus jener Isolierung, in die sie aufgrund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der sich anbahnenden Entspannungspolitik geraten war. Hatte man 1966 gewarnt: „Ein deutscher Widerstand gegen die weitere Entspannung würde uns isolieren" [110]), so konnte der SPD-Vorstand 1969 feststellen: „Die Gefahr der außenpolitischen Isolierung ist beseitigt worden." [111]) 1975 hieß es dann: „Die Ostpolitik der von der SPD geführten Bundesregierung, die Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen sowie der ČSSR, das Viermächte-Abkommen über Berlin und der Grundlagenvertrag mit der DDR haben den Handlungsrahmen und die Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland vergrößert . . ." [112]) Hatte sich die BRD auf diese Weise eine größere Bewegungsfreiheit gesichert, so verstärkte dies andererseits das Interesse der Partner im westlichen Lager, die außenpolitische Zusammenarbeit mit der BRD im Rahmen der EWG auszuweiten, um „Alleingänge zu verhindern und die nun möglich gewordene gemeinsame, multinationale Entspannungspolitik insgesamt besser zu harmonisieren" [113]).

Die Westeuropapapolitik der BRD wird durch die Beziehungen zu den USA und den sozialistischen Staaten, aber auch in zunehmendem Maß durch das *Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt* beeinflußt. Für die BRD wie für die gesamte EWG stehen vor allem die Länder Afrikas im Mittelpunkt. Besondere Bedeutung kommt auch den Staaten Süd- und Mittelamerikas zu. Mit einer zunehmend schwieriger werdenden Rohstoffversorgung und dem Anwachsen antiimperialistischer Bewegungen in den Ländern der Dritten Welt bemühen sich die entwickelten kapitalistischen Staaten darum, den Einfluß über die Entwicklungsländer nicht zu verlieren. „Die rohstoffproduzierenden Staaten sind in teilweise dramatischer Form dazu übergegangen, ihre starke Stellung politisch zu nutzen und die realen Austauschverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben" [114]), heißt es im SPD-Orientierungsrahmen. Die Konsequenz daraus wird aber nicht nur in der Gefährdung der Rohstoffversorgung gesehen, sondern auch in der zunehmenden Gefahr zur „Rückkehr einzelner Länder in den Protektionismus", also in der verschärften Konkurrenz zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und der Beeinträchtigung des gemeinsamen EWG-Marktes. Von sozialdemokratischer Seite wird deshalb vorgeschlagen, zur Abwehr derartiger Entwicklungen die „Interdependenz" mit den Entwicklungsländern zu verstärken. Ansätze dazu sind in den ver-

109) W. Brandt, in: „Bulletin . . .", a.a.O.
110) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund, o. O. o. J., S. 449.
111) SPD-Vorstand, Regierungsprogramm der SPD 1969, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD vom 17. 4. 1969 in Bad Godesberg, Bonn o. J., S. 3.
112) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik, a.a.O., S. 30.
113) W. Lipgens, Die Bundesrepublik Deutschland und der Zusammenschluß Westeuropas, in: H. P. Schwarz (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 680–690, hier S. 687.
114) SPD-Vorstand (Hrsg.), Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985, Bonn 1975, S. 19.

schiedenen Assoziationsabkommen der EWG bereits entwickelt. Auch gegenüber den nationalen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen sollen nach sozialdemokratischer Auffassung die Beziehungen ausgeweitet und enger geknüpft werden. Dabei sollen die Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt für eine der integrationistischen Linie der Sozialdemokratie angenäherte politische Richtung gewonnen und soll die antikommunistische Orientierung verstärkt werden. Im Europapolitischen Programm der SPD findet sich daher folgende aufschlußreiche Passage: „Aufgabe der demokratischen Sozialisten Europas ist es, nicht nur innerhalb Europas, sondern auch mit den sozialen und nationalen Emanzipationsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien ihre Zusammenarbeit zu verstärken und soweit möglich auch in gemeinsame Organisationsstrukturen (!) einzubetten." [115]) Angesichts der auf internationale Dimensionen ausgeweiteten integrationistischen Strategie überrascht es nicht, daß die SPD-Führung sich auch zum Fürsprecher der multinationalen Konzerne macht, die ihre Machtfülle gerade gegenüber den Entwicklungsländern ungehindert ausspielen können. Obwohl z. B. auch im „Orientierungsrahmen" die Rede davon ist, daß internationale Konzerne „bestimmte Strategien gegen den Willen der Regierung durchsetzen" können [116]), wird die Forderung nach einer Überführung des multinationalen Kapitals in Gemeineigentum nicht unterstützt und wird vor „verbalen Kraftakten gegen die ‚Multis'" gewarnt [117]). Ohne die internationalen Unternehmen soll nämlich „aus technischen und finanziellen Gründen ein modernes Wirtschaften nicht möglich" sein [118]). Ohne weiteres wird die Notwendigkeit internationaler Arbeitsteilung und Kooperation mit ihrer kapitalistischen Form gleichgesetzt und akzeptiert. Die geforderte Kontrolle „schädlicher Folgeerscheinungen" der internationalen Kapitalbewegung überzeugt wenig, wenn die Notwendigkeit international koordinierter Kontrolle verabsolutiert wird und keinerlei Schritte zu einer Beschneidung der multinationalen Kapitalmacht im nationalen Rahmen aufgezeigt werden [119]). Der von der Bundesregierung vorgelegte „Ehrenkodex" für internationale Konzerne treibt diese jedenfalls „nicht gerade in Panik" [120]), hat eher bittstellerischen als beschränkenden Charakter und verzichtet gänzlich auf Sanktionen. Allerdings ist mehr als eine Apologie multinationaler Konzerne auch nicht zu erwarten, wenn der SPD-Parteivorstand davon ausgeht, daß „Privateigentum an Produktionsmitteln und freie Entscheidung der Wirtschaft . . . einer gerechten Beteiligung am volkswirtschaftlichen Ertrag und einem Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit nicht entgegen" stehen [121]).

(Zweiter Teil folgt)

115) SPD-Vorstand (Hrsg.), Sozialdemokratische Europapolitik, a.a.O., S. 11 f.
116) SPD-Vorstand (Hrsg.), Zweiter Entwurf . . . Orientierungsrahmen . . ., a.a.O., S. 20.
117) Ebd.
118) SPD-Vorstand (Hrsg.), Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bremen vom 11.–13. Dezember 1970, Bonn 1971, S. 8.
119) Vgl. H.-J. Axt, Westeuropäische Integration, Nationalstaat und Arbeiterbewegung, in: F. Deppe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 98–141, bes. S. 136 ff.
120) So FR v. 15. 7. 1976. Vgl. auch FR v. 24. 6. 1976.
121) SPD-Vorstand (Hrsg.), Stellungnahme . . . zu den Beschlüssen . . . a.a.O., S. 10. E. W. Mommsen, Thyssen-Manager und zeitweiliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, gab 1972 dem „Spiegel" ein aufschlußreiches Interview. Frage des „Spiegel": „Haben Sie denn in dieser sozialliberalen Regierung Verständnis wecken können für Ihre Freunde aus der Industrie?" Mommsen: „Diese sozialliberale Koalition hat ja der Wirtschaft enorm die Tür aufgemacht. Sie war doch wahnsinnig wirtschaftsfreundlich – nicht zuletzt der

Aufstieg und Niedergang des Hauses Pachlawi

Von Horst J. Andel

Horst J. Andel, ständiger Mitarbeiter der „Blätter" für Fragen des Nahen und Mittleren Ostens, unternahm Ende Dezember 1978 eine Reise in den Iran. Seine Eindrücke von Ausmaß und Charakter der antidiktatorischen Bewegung veranlaßten ihn zu nachstehendem Beitrag über die Rolle des Schah, die soziale Orientierung der islamischen Geistlichkeit und die Perspektiven der Volksbewegung. D. Red.

Das Schicksal der „historischen" Friedensinitiative des ägyptischen Präsidenten Mohammed Anwar es-Sadat zur friedlichen Beendigung des Nahostkonfliktes entscheidet sich sehr wahrscheinlich weder in Jerusalem noch in Kairo oder in Washington. Es liegt in der fahrig gewordenen Hand des Sohnes eines Eseltreibers. Der Sohn, den seine Frau Tadsch-o-Moluk vor achtundfünfzig Jahren dem unbekannten persischen Soldaten Reza-Khan schenkte, wäre auf dem Fußmarsch von Mutter und Kind über das eisige Elbursgebirge nach Teheran als Säugling beinahe erfroren. Die Mutter rieb sein blau angelaufenes Körperchen so lange mit Strohbündeln, bis es sich rot färbte und der Knabe sich aus Leibeskräften ins Leben zurückschrie. Er erwies sich seither noch häufig als zäher Überlebenskünstler; doch siebenunddreißig Jahre nach seiner Thronbesteigung ereilt ihn jetzt doch sein Kismet: Schah-in-Schah Mohammed Reza Pachlawi Aryamehr, selbstgekrönter Kaiser von Persien.

Die Wirren, die, wie immer sie enden mögen, gleichbedeutend sind mit dem Ende der Dynastie Pachlawi, genießen in den Massenmedien eine durchaus verdiente Publizität. Es bedarf keiner Prophetie, um vorauszusagen, daß der Fall des „Königs der Könige" umwälzende Folgen haben wird für die innerpolitischen und zwischenstaatlichen Machtverhältnisse im ganzen Nahen und Mittleren Osten. Eine revolutionäre Entwicklung im Iran – wie sie zwar noch nicht in Gang ist, in welche die augenblickliche Entwicklung jedoch früher oder später übergehen dürfte – hätte praktisch unmittelbare Auswirkungen auf die fragile Stabilität der arabischen Duodezfeudalisten im Sultanat Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den Scheichtümern Bachrein, Katar und Kuweit – und zwangsläufig vor allem auch auf Saudisch-Arabien. In allen Randstaaten der Arabischen Halbinsel gibt es bereits mehr oder weniger starke revolutionäre Untergrundbewegungen, die bislang nur durch nackte Tyrannei nach innen und das Interessengleichgewicht zwischen den beiden

---

Herr Schiller. Wen hat denn im übrigen der Bundeskanzler immer wieder zu persönlichen Empfängen eingeladen? Immer die big shots, immer die mit dem großen Namen. Und Helmut Schmidt hat der Wirtschaft im rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis weitgehende Informationsmöglichkeiten geschaffen." Spiegel: „Finden Sie es deshalb nicht um so erstaunlicher, daß vor den Wahlen die totale Konfrontation zwischen Industrie und Regierung stattgefunden hat?" Mommsen: „Das ist das, was ich im Grunde genommen für ein großes Mißverständnis der Wirtschaft halte . . ." („Der Spiegel", 52/1972, S. 28.)

prowestlichen Großen Persien und Saudisch-Arabien im Äußeren gewaltsam niedergehalten werden konnten. Im Oman kämpfen iranische und jordanische Soldaten, zusammen mit britischen Instrukteuren, sogar direkt gegen die sogenannten „Dhofar-Rebellen". In Saudisch-Arabien gärt es seit längerem im Offizierskorps, und Luftwaffenoffiziere unternahmen schon mehrere Putschversuche. Ein Verschwinden des Schahs stellte zwangsläufig auch wieder die Frage nach der Zukunft des haschemitischen Königsthrones in der transjordanischen Wüste, die seit dem blutigen „Schwarzen September" von 1970 nicht mehr gestellt wurde, und bedeutete eine Katastrophe für die strategische, politische und wirtschaftliche Sicherheit Israels. Persien ist unter anderem der wichtigste Rohöllieferant des Judenstaates, und der gewährt dem iranischen Militärmoloch umfangreiche Instruktionshilfe. Seit die Teheraner Wirren hier und da auch antijüdische Züge anzunehmen begannen, entsandte die israelische Fluggesellschaft „El-Al" täglich drei Sondermaschinen zur Evakuierung der persischen Juden – und karrte in den gleichen Flugzeugen israelische Militärinstrukteure in den Iran.

Verliert Saudisch-Arabien die strategisch-politische Rückendeckung durch das Schahregime und gerät, was unausweichlich scheint, die dortige Feudalmonarchie selbst in einen Überlebenskampf, entfiele selbstredend auch die finanzielle und ideologische Überlebensgarantie der Ölkrösusse für den Ägypter es-Sadat. Der müßte wieder wesentlich mehr Rücksicht nehmen auf seine interarabischen Kritiker oder er geriete in eine totale Isolation. Menachem Begin behielte am Ende noch Recht mit seinem freilich anders motivierten Mißtrauen in die politische Solvenz seines Kairoer Geschäftspartners. Der könnte sich rascher, als man es noch auszusprechen wagt, als bankrott erweisen.

Was in Persien geschieht, hat zwangsläufig Auswirkungen auch auf die Türkei auf der einen und Pakistan auf der anderen Seite. Noch ist es längst nicht so weit, doch aus den westlichen Kabinetten dringen für den harmlosen Zeitungsleser beunruhigend anzusehende Planspiele. Man sieht sich von Washington bis Bonn schon vor einer rot eingefärbten Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens: Ein Gürtel progressistischer Staaten durchzöge vom Bosporus über die syrische Mittelmeerküste, Palästina, Transjordanien und den Irak, die gesamte Arabische Halbinsel und Persien und Afghanistan bis auf den Indischen Subkontinent, das wichtigste Energiereservoir des Westens. 60% des westlichen Rohölbedarfes kommen aus diesem Gebiet.

Man mag den westlichen Vordenkern vorwerfen, was man will, doch niemand kann sagen, sie hätten das nicht schon längst vorausgesehen. Allerdings bewiesen sie auch in diesem Fall wieder ihre schon sprichwörtliche Kurzsichtigkeit. Als der Schah im Hochsommer 1953 in der Machtprobe mit dem damaligen Regierungschef Mohammed Mossadegh über die Verstaatlichung der Ölfelder den kürzeren zog und ins Exil fliehen mußte, half ihm, im Verein mit der Armee, die Central Intelligence Agency (CIA). Die CIA-Agenten Kermit Roosevelt und Miles Copeland, die sich vorher und später noch so manches schmutzige Ruhmesblatt aus dieser windigen Weltgegend ans karierte Revers

Aktuelle Bücher

Frank Niess

Geschichte der Arbeitslosigkeit

Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe: ein Kapital deutscher Sozialgeschichte.
Mit zahlreichen zeitkritischen Grafiken,
250 Seiten, DM 14,80

Bundesrepublik–Sowjetunion

Offenheit gegen Offenheit

Meinungen, Kontroversen, Dialoge mit Schriftstellern und Wissenschaftlern beider Länder
462 Seiten, DM 14,80

M. Blank/H. J. Brauns/H. Fangmann/R. Uesseler

Wohin treibt der Rechtsstaat?

Ein Arbeitsbuch zu Verfasssungsentwicklung, Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat
328 Seiten, DM 14,80

Bertha von Suttner

Die Waffen nieder!

Ausgewählte Schriften
Herausgegeben von Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn
140 Seiten, DM 9,80

Lorenz Krorr

Vom Wettrüsten zur Abrüstung

Mit einem Vorwort von Martin Niemöller,
160 Seiten, DM 6,–

Kurt Bayertz/Hans Heinz Holz (Hrsg.)

Grundwerte

Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie
Mit Beiträgen von K. Bayertz, H. W. Grote, H. H. Holz, M. Charlier/H. D. Strüning, W. Rügemer, P. Römer, W. R. Beyer, H. Schuchardt, H. W. Bartsch, N. Paech, H. Adamo.
271 Seiten, DM 12,80

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler

Südafrika

Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
161 Seiten, DM 12,80

Karl-Heinz Uhlig

Marketing

Strategie des manipulierten Marktes
Mit 7 Tabellen und einer grafischen Darstellung
264 Seiten, DM 14,80

Jörn Janssen/Michael Statz (Hrsg.)

Stadtentwicklungsprozesse in der BRD

Ausdruck der Ohnmacht von Stadt- und Regionalplanung
Hefte zu politischen Gegenwartsfragen,
59 Seiten, DM 6,–

Richard Sorg (Hrsg.)

Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen,
59 Seiten, DM 6,–

Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft

Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik

Zusammengestellt von Klaus Brake
Mit zahlreichen Karten
90 Seiten, DM 6,–

Peter Brockmeier/Rainer Rilling (Hrsg.)

Beiträge zur Sozialismusanalyse I

280 Seiten, DM 14,80

Olaf Cless

Sozialismusforschung in der BRD

Das herrschende DDR-Bild und seine Dogmen
240 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

stecken konnten, stürzten Mossadegh und brachten den Schah zurück auf den Pfauenthron. Der hatte ihn schon mit zweiundzwanzig geerbt und hielt sich auf ihm immerhin stolze siebenunddreißig Jahre. Der Schock, den ihm der Zusammenstoß mit dem aus einer der reichsten Großgrundbesitzerfamilien stammende und mit der Familie der 1925 von Reza Khan entmachteten Kadscharen verwandte Mossadegh versetzt hatte, machte aus Mohammed Reza einen anderen Mann. Bis dahin war er eher ein unpolitischer Playboy, und seine Märchenhochzeit mit Soraya Esfandiary geisterte jahrelang durch die Klatschspalten der Regenbogenpresse. Jetzt wandelte er sich zum Kämpfer. Er enteignete die Großgrundbesitzer, die ihn und seinen Clan immer als Emporkömmlinge über die schiefe Schulter angesehen hatten, durch eine allerdings bis heute umstrittene und unvollendete Landreform. Das verschaffte ihm zwar größeren innerpolitischen Spielraum, den er indessen nicht durch echte politische und soziale Reformen ausnützte, zog ihm aber auch unversöhnliche Feindschaften zu. Die Sprößlinge der entmachteten Feudalklasse, geschult auf den besten Universitäten des In- und Auslands, verbanden sich zum studentischen Widerstand gegen den Despoten auf dem Pfauenthron und legten damit die ersten und, wie sich jetzt zeigt, zählebigen Grundlagen für eine revolutionäre Entwicklung.

Den Schah focht das zunächst wenig an. Er stützte sich fortan auf drei unerschütterlich scheinende Säulen: Das schrankenlose Wohlwollen der Vereinigten Staaten, eine bis heute auf vierhundertdreizehntausend Mann angeschwollene militärische Streitmacht und seine außerhalb jeder Kontrolle stehende gefürchtete Geheimpolizei „Savak". Wer bestochen werden konnte, wurde bestochen; wer sich nicht bestehen ließ, wurde abgestochen. Bei den übrigen genügte die dauernde Einschüchterung. Die Offiziere erhielten Gehälter, die vom Drei- bis Zehnfachen der sonstigen Durchschnittsverdienste reichten, immer prachtvollere Uniformen und ähnliche Statussymbole und, vor allem, die kostbarsten Spielzeuge von den westlichen Totschlagsmärkten. Weit über 75 Milliarden Mark verpulverte der Ölkrösus so in die nur vermeintlich unproduktive Rüstung: Es gab zwar keine erkennbare äußere Bedrohung, wohl aber schützte der Eseltreibersohn im Niavaran-Palast sich auf diese Weise ein Vierteljahrhundert vor der inneren Bedrohung seiner Selbstherrlichkeit. Von den raffiniertesten Schnellfeuergewehren über die modernsten Panzer bis hin zu den hochtechnisiertesten Flug- und Flugüberwachungssystemen war nichts zu gut und zu teuer für die größte Armee des Nahen und Mittleren Ostens. Die Landmacht Persien legte sich dazu auch noch eine furchterregende Kriegsflotte zu. Dies und ein Spitzelsystem, das weder vor dem ärmsten Landpächter noch vor Generalität, Parlamentariern und Spitzenpolitikern haltmachte, sicherte die Macht und Herrlichkeit des Schah-in-Schahs.

So weit die „äußeren" Tatumstände. Sie sind freilich nicht einmal die halbe Wahrheit. Zwei Voraussetzungen dafür, daß Pachlawi der Wind schließlich doch ins Gesicht blasen mußte, sind im Westen entweder zu wenig bekannt oder werden geflissentlich verschwiegen. Erstens verzögerte der Machtantritt der Pachlawis vor einem halben Jahrhundert um über fünfzig Jahre eine poli-

tische und soziale Entwicklung, die sehr wahrscheinlich schon beim Untergang der Kadscharen einleitbar gewesen wäre. Der Glücksritter Reza Khan, der dem letzten der blaublütigen Herkunft nach echten „König der Könige" den Stuhl vor die Tür setzte, war an sich ein nüchterner und für die damalige Zeit sehr modern gesinnter Mann. Ihn beeinflußt hatte das Beispiel des Nachbarlandes unter Türkenvater Kemal Pascha Atatürk. Er wollte eine persische Republik mit, selbstredend, natürlich sich selbst als Diktator. Die Ajatollahs ironischerweise waren es, die ihn davon abbrachten. Die Zeit sei noch nicht reif für eine Republik, argumentierten sie, und die konservative bis rückständige Bevölkerung brauche einen unwandelbaren ruhenden Pol wie den Pfauenthron. Reza setzte sich also – mehr gezwungen als gewollt – die verwaiste Krone auf den Kopf. Glück brachte sie ihm wenig. Die Reformen, die er ursprünglich angestrebt hatte, versickerten, vor allem in der Korruption der Hofkamarilla und der unterbezahlten und unfähigen Beamten. Politisch blieb das unterentwickelte Land ein Spielball der damaligen Weltmächte. Im Zweiten Weltkrieg versuchte der Schah sich an einer untauglichen Neutralität. Und das kostete ihn hernach den Thron. Er starb im Exil in Südafrika. Es ist natürlich unhistorisch, zu fragen, was passiert wäre, wenn Reza Khan Präsident und nicht Kaiser geworden wäre. Die Spekulation jedoch ist erlaubt, daß eine bürgerliche Diktatur wie die Kemal Atatürks raschere und tiefgreifendere Umwälzungen herbeigeführt hätte. Die Türkei ist politisch und sozial wesentlich weiter als der wirtschaftlich unendlich reichere Iran. Es spricht übrigens für die Ajatollahs, daß sie ein halbes Jahrhundert später ihren Irrtum einzusehen scheinen und jetzt von sich aus auf ein Verschwinden des Kaisers samt dem Pfauenthron und auf die Einführung der Republik drängen.

Damit sind wir bei der zweiten Voraussetzung für die persischen Ereignisse. Im Westen hielt man die islamische Welt lange für am wenigsten anfällig für sozialistisch-marxistisch-kommunistische „Versuchungen". Westliche Islamisten ignorierten traditionell das gewaltige soziale Potential in den Lehren des Korans und der muselmanischen Religion. Der Islam als einzige der drei großen monotheistischen Weltreligionen kennt für alle Gläubigen unbedingt verpflichtende soziale Normen. Die Lehren der mittelalterlichen Karmaten (auf deren soziale Traditionen man sich noch heute in der Volksrepublik Südjemen stützt), sogar die innerhalb und außerhalb der islamischen Welt verteufelten „Assassinen", und auch die Erneuerungsbewegungen des sogenannten Machdi im Sudan und der Wahhabiten auf der Arabischen Halbinsel im vorigen Jahrhundert hatten auch ganz eindeutig soziale Wesenszüge und Beweggründe. Unter dem Einfluß des „Arabischen Sozialismus'" Gamal Abdel Nassers in Ägypten, der algerischen Unabhängigkeitsbewegung, der libyschen Offiziersrevolutionäre und gewisser Gruppen innerhalb der „Palästinensischen Befreiungs-Organisation" (PLO) rückte die soziale Komponente der muselmanischen Religion im verflossenen Vierteljahrhundert erneut stärker in den Vordergrund. Diese Entwicklung macht sich jetzt auch im Iran bemerkbar. Die Ajatollahs setzten sich dort, und sei es vielleicht teilweise auch nur aus Bangen um ihren weltlichen Einfluß, an die Spitze der sozialen Reformbewegung. Sie stehen damit allerdings nicht allein. Und schon deshalb

ist es gänzlich falsch, zu behaupten, die reaktionäre Geistlichkeit kämpfe einen Windmühlenkrieg gegen die Modernisierungsbestrebungen des Schahregimes, deren Erfolg schließlich auch ohne den Schah doch nicht aufzuhalten sei.

Bundesgenossen der Ajatollahs sind die Basarhändler und die vorwiegend aus dem enteigneten Grundbesitzerstand hervorgegangenen großbürgerlich-demokratischen Intellektuellen in der „Nationalen Front". „Wenn der Basar niest", sagt man in Teheran wie überall im Orient, „bekommt die ganze Stadt die Grippe". Die Modernisierungspolitik des Schahregimes ging zuerst den Basarhändlern an den Lebensnerv. Ein ganzer Berufszweig, ja der bis dahin einzige und eigentliche nationale Mittelstand geriet an den Rand des Ruins. Billige Importwaren überschwemmten die Märkte und verdrängten die alte, aber auch teurere, Handwerkskunst. Die Basarhändler waren zudem früher die einzigen, die wohlhabend genug waren, ihre Kinder auf Schulen und Hochschulen zu schicken. Diese Kinder wuchsen ganz natürlich heran zu einer politisch aufgeweckten Generation. Sie verschafften dem frischen Wind der Rebellion Eingang in die muffigen Basargewölbe. Die Händler wehrten sich gegen die immer gnadenlosere Konkurrenz und den immer unerträglicheren Existenzdruck durch Dumpingangebote und Preiskontrollen. Dieses zunächst nur wirtschaftlich motivierte Feuerchen wurde inzwischen, wie die zahllosen Basarstreiks zeigen, zu einem politischen Flächenbrand. Liegt der Basar lahm, lähmt er noch immer auch das übrige Wirtschaftsleben.

Dritter im Bund ist die einzige einigermaßen organisierte Opposition, die sogenannte „Nationale Front". Der Name sagt es, sie ist eine Sammlungsbewegung unterschiedlicher politischer Richtungen von der gemäßigten Rechten bis hin zur gemäßigten Linken. Die „Kommunisten" (genauer: die marxistisch beeinflußte, seit langem verbotene „Tudeh"-Partei) spielen in ihr keine oder doch nur eine kaum meßbare Randrolle.

Tonangebend in der „Nationalen Front" sind die politischen Repräsentanten der seinerzeit vom Schah entmachteten Großgrundbesitzer. Das spricht jedoch durchaus nicht für den Schah. Die Landbarone investierten die ihnen durch die Entschädigungszahlungen zugeflossenen Mittel nämlich unterdessen in industrielle Projekte und kamen dadurch in Berührung mit völlig anderen sozialen Problemen. Die Erkenntnisse, die sie daraus gewannen, bestätigten sie in ihrer Abneigung gegen das Feudalregime des Schahs.

Um es kurz und klar zu sagen: Im Iran findet gegenwärtig die Ablösung des Feudal- durch ein bürgerliches Machtsystem statt. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Freilich dauert es hier mutmaßlich nicht von der Französischen bis zur Oktoberrevolution, um dem Proletariat der Bauern und Arbeiter zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Regierung des Stammesscheichs Schapur Bachtiar (aus der Familie der Exkaiserin Soraya) schmückt sich bezeichnenderweise bereits mit dem Etikett „Sozialdemokratie".

Dies ist eine Konzession an die ungeduldigen Massen. Die Armee, die den Schah nicht mehr halten wollte, stellt sich gewiß nun auch nicht mehr zwi-

schen eine solche Regierung und die Bevölkerung. Pachlawi schon konnte sich zuletzt der Loyalität der von ihm gehätschelten Offiziere kaum noch sicher sein, jede auf ihn folgende Regierung muß mit der Illoyalität der Mannschaften rechnen. Schon häufen sich die Meutereien und Desertionen. Und die sind in Militärstaaten immer der Anfang der authentischen Revolution. Es gibt da ermutigende Beispiele – sogar aus Deutschland . . .

Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung

Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der „Ölkrise"

Von Jörg Huffschmid

1. Die neue Form wirtschaftlicher Entwicklung: Arbeitslosigkeit im Aufschwung

Vor gut fünf Jahren, am Sonntag, dem 25. November 1973, blieben in der BRD die Straßen und Autobahnen leer. Die Bundesregierung hatte am Montag zuvor durch Rechtsverordnung für vier Sonntage ein Fahrverbot erlassen, um durch die Einsparung von Benzin die Folgen der Ölpreiserhöhung durch die OPEC-Länder aufzufangen. Daß diese autofreien Sonntage der dramatische Auftakt der bislang schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der BRD waren, glaubte damals freilich kaum jemand. Im Gegenteil: Der damalige Wirtschaftsminister (und heutige Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank) Hans Friderichs hatte noch Mitte Oktober verkündet, daß die Bundesregierung keinen Anlaß sehe, von ihrem harten Kurs der Konjunkturdämpfung abzugehen[1]); die Bundesbank sah noch in ihrem Monatsbericht vom November 1973 keine Anzeichen für einen Konjunktureinbruch[2]), und noch am 19. November warnte das Präsidiumsmitglied der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Eichler, davor, die Auswirkungen der Energieversorgungsschwierigkeiten zu überschätzen[3]). Am gleichen Tage übergab

1) Vgl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 15. 10. 1973, S. 10.
2) Vgl. SZ v. 16. 11. 1973, S. 27.
3) Vgl. SZ v. 20. 11. 1973, S. 10.

der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" sein Jahresgutachten 1973, in dem er feststellte: „Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich der Abschwung kumulativ verstärken und schon bald in eine Rezession münden könnte."[4]) Daher bleibe „der Kampf gegen den Geldwertschwund . . . nach wie vor die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik"[5]).

Mit dem sprunghaften Ansteigen der offiziellen Arbeitslosenzahlen um fast 50% gegenüber dem Vormonat im Dezember 1973[6]) kündigte sich dann für jedermann sichtbar die Krise an. Im Jahre 1974 stagnierte die gesamtwirtschaftliche und sank die industrielle Wertschöpfung real erstmals seit 1967, die Anlageinvestitionen gingen sogar real um 10% zurück (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Gesamtwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe, der Anlageinvestitionen – jeweils Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, auf der Preisbasis von 1970 – sowie der Arbeitslosigkeit – 1000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt – von 1966 bis 1978

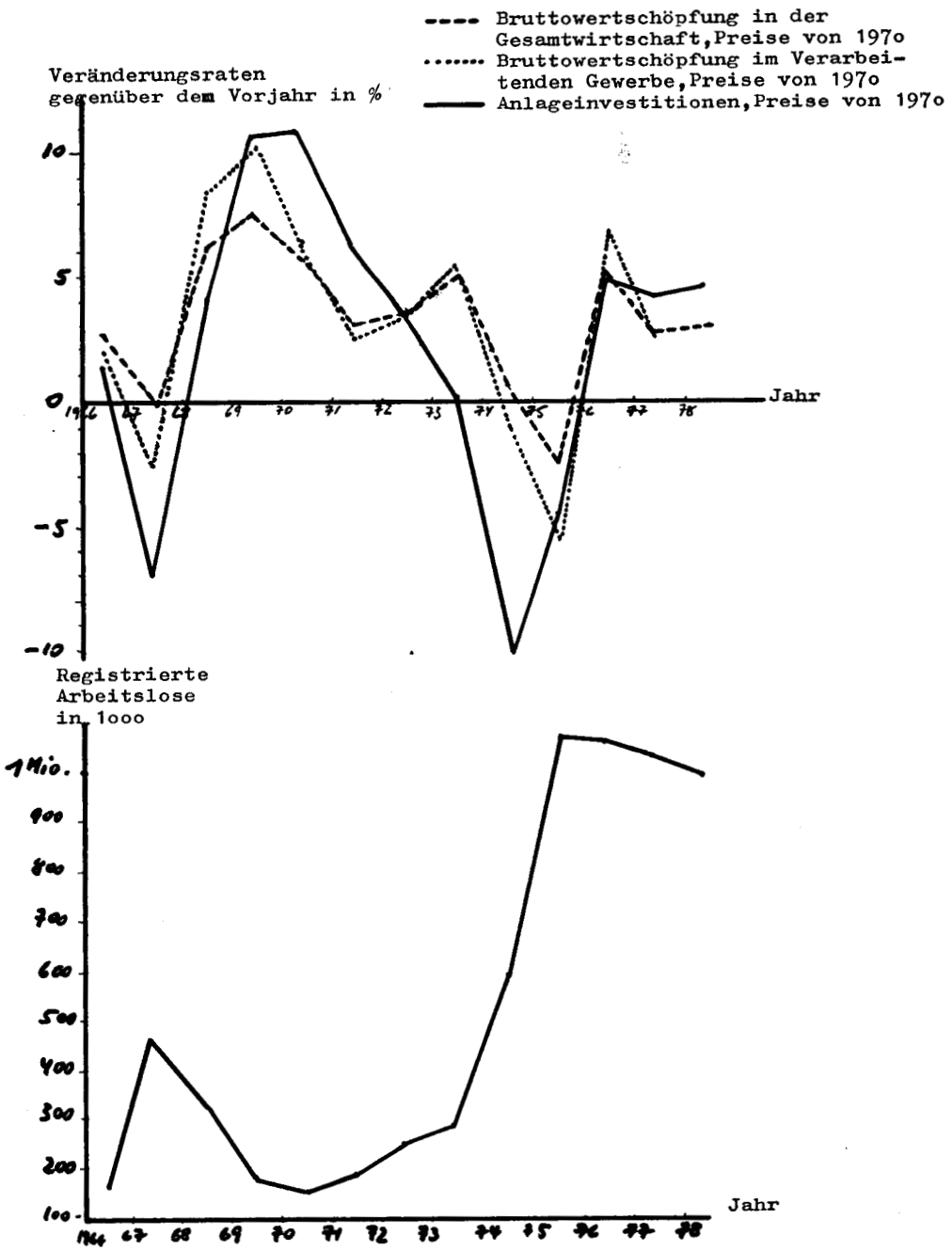
	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
1. Bruttowertschöpfung i. d. Gesamtwirtschaft	2,6	−0,1	6,2	7,6	5,7	3,1	3,5	5,0	0,6	−2,3	5,3	2,7	3,0
2. Bruttowertschöpfung im warenproduzierenden Gewerbe	1,8	−2,5	8,4	10,3	6,2	2,5	3,4	5,4	−0,8	−5,3	6,8	2,5	–
3. Anlageinvestitionen	1,2	−6,8	4,0	10,5	10,8	6,4	3,5	0,2	−9,9	−4,2	5,0	4,1	4,5
4. Arbeitslose insgesamt	204	722	461	179	149	275	390	423	786	1554	1668	1690	1632
5. Davon:													
Registrierte	161	459	323	179	149	185	246	273	582	1074	1060	1030	993
Stille Reserve	43	263	138	–	–	90	144	150	206	480	608	668	639

Quellen: Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 8/2313, S. 234 f., 237 und 247; Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1978 (insgesamt und regional), in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 1/1978, S. 54, Werte für 1978: Bruttosozialprodukt (nicht Bruttowertschöpfung) und Anlageinvestitionen, „DIW-Wochenberichte", 43–44/1978, S. 421, Arbeitslose: „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 5./6./7. 1. 1979, S. 1. Stille Reserve: wie Vorjahre.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg 1974 auf mehr als das Doppelte von 1973, sie lag mit 582 000 bereits um 27% höher als im Krisenjahr 1967 (459 000). Im Unterschied zur Krise 66/67 war die Abnahme der Produktion und Investition in der jüngsten Wirtschaftskrise nicht nur schärfer, sondern sie dauerte auch länger: Auch 1975 sanken gesamtwirtschaftliche (−2,3%) und industrielle (−5,3%) Wertschöpfung, die Anlageinvestitionen gingen noch einmal um 4,2% zurück. Die jahresdurchschnittliche Zahl registrierter Arbeitsloser stieg noch einmal auf fast das Doppelte des Vorjahres (1 074 000).

4) Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 7/1273, Ziffer 244.
5) Ebd., Vorwort S. II.
6) Vgl. SZ v. 11. 1. 1974, S. 1.

Schaubild: Die Entkoppelung von Konjunktur und Arbeitslosigkeit während der letzten drei Jahre



Aber noch im Jahre 1975 setzte auch bereits die konjunkturelle Wende wieder ein: im letzten Vierteljahr 1975 lagen das reale Bruttosozialprodukt und die Anlageinvestitionen erstmals wieder (wenn auch nur um 1,5 bzw. 1,8%) über den vergleichbaren Vorjahreswerten[7]). Und in den drei folgenden Jahren stiegen Produktion und Investition wieder deutlich an – wenn auch nicht so stürmisch wie im Aufschwung nach der Krise 1966/67. Auf der Grundlage dieser Entwicklungszahlen für wichtige volkswirtschaftliche Gesamtgrößen läßt sich in den letzten Jahren zwar ein besonders scharfer, aber im übrigen in seiner Verlaufsform durchaus „normaler" „konjunktureller Zyklus diagnostizieren: Boom 1973, Abschwung 1974, Krise 1975, Aufschwung 1976–1978; dabei bedürfte allerdings die Trägheit und Schwäche des Aufschwungs nach 1976 einer besonderen Erklärung.

Eine solche Diagnose eines mehr oder minder „normalen" Zyklus, die sich auch aus der grafischen Darstellung von Produktion und Investition nahelegt, verbirgt jedoch mehr, als sie verdeutlicht: Sie unterschlägt nämlich die Tatsache, daß mit dem konjunkturellen Aufschwung ab Ende 1975 erstmals in der Geschichte der BRD keine Zunahme der Beschäftigung und kein Abbau der Massenarbeitslosigkeit verbunden war, daß vielmehr die Zahl der registrierten Arbeitslosen 1976 mit 1,06 Mio., 1977 mit 1,03 Mio. und 1978 mit 0,99 Mio. praktisch auf dem gleichen Niveau geblieben ist. Rechnet man zu diesen Zahlen noch die sogenannte „stille Reserve" an Arbeitslosen, die zwar arbeitslos sind, aber aus verschiedenen Gründen beim Arbeitsamt nicht registriert sind – diese stille Reserve wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dem wissenschaftlichen Institut der Bundesanstalt für Arbeit, ermittelt – so zeigt sich, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit 1976 noch einmal kräftig und 1977 noch einmal leicht gestiegen ist und 1978 noch immer höher als im Krisenjahr 1975 lag.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit im konjunkturellen Aufschwung – das ist das Neue, das sich in der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft in den letzten Jahren herausgebildet hat. Die individuellen, gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belastungen der Arbeitslosigkeit sind damit in den letzten Jahren zur Dauererscheinung geworden, sie verschwinden auch nicht mehr, wenn die Rentabilität der nach der Krise übriggebliebenen Unternehmen wiederhergestellt ist und Produktion und Investition wieder steigen. Die individuelle Belastung besteht in der dauernden Unsicherheit des Arbeitsplatzes, in erheblicher finanzieller Schlechterstellung bei Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, in der Gefahr von Umsetzungen und Dequalifikationen und in vielen psychischen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit[8]). Der Druck auf die unselbständig Beschäftigten hält an und nimmt zu. Die gesellschaftlichen Belastungen der Arbeitslosigkeit liegen, was die rein finanzielle Seite angeht, zum einen in den Aufwendungen zur Unterhaltung der Arbeitslosen, zum anderen in dem Sozialprodukt, das die Arbeitslosen hätten produzieren

7) Vgl. Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 8/2313, S. 251.
8) Vgl. Gerhard Bosch, Wie neu ist die „Neue soziale Frage"? Arbeitslosigkeit und soziale Demagogie, in: „Blätter", 6/1978, S. 1367 ff.

können, aber nicht produziert haben[9]). Wenn man einmal annimmt, daß die Arbeitslosen (einschließlich der stillen Reserve) zu durchschnittlicher gesellschaftlicher Produktivität beschäftigt werden könnten und daß die Gesellschaft in den letzten Jahren einen gleichbleibenden Betrag von 12 000,– DM pro Jahr und pro Arbeitslosen an Arbeitslosenunterstützung und Beiträgen zur Sozialversicherung aufgewendet hat – eine vergröbernde, aber in der Größenordnung realistische Annahme – so kann man das Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen, die der Gesellschaft durch die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren auferlegt worden sind, ungefähr in Zahlen fassen (vgl. Tabelle 2 auf S. 74): in den letzten 3 Jahren hat diese Belastung jeweils über 100 Mrd. DM, d. h. fast 10% der jeweiligen Produktion ausgemacht: in den 5 Jahren, die die Massenarbeitslosigkeit jetzt anhält, insgesamt 434,2 Mrd. DM oder 7,9% der gesellschaftlichen Produktion. Dies gibt einen – nur auf die leicht in Zahlen faßbare ökonomische Dimension bezogenen – Eindruck von der ungeheuren Vergeudung gesellschaftlicher Produktivkräfte und möglichen gesellschaftlichen Wohlstandes, die der westdeutsche Kapitalismus in den letzten 5 Jahren durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit veranstaltet hat.

Die Entkoppelung der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Größen von der der Beschäftigten deutet darauf hin, daß sich auch im Bereich der Privatunternehmen neue Entwicklungen und einschneidende Veränderungen ereignet haben und ereignen, denen gegenüber eine traditionelle – auch eine am Ziel der Vollbeschäftigung orientierte – Wirtschaftspolitik weitgehend hilflos bleiben muß. Die zunehmende Unternehmenskonzentration und die Anwendung neuer Technologien sind die wichtigsten dieser neuen Entwicklungen und Veränderungen.

2. Verschärfte Unternehmenskonzentration: Zentralisierung der Gewinne – Hemmung der Investitionen

Die Wirtschaftskrise 1974/75 war wesentlich durch den vorangegangenen Investitionsboom der Jahre 1968 bis 1970 verursacht. Die Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre aufgebauten Kapazitäten waren zu groß geworden, als daß sie in den folgenden Jahren mit der vorhandenen privaten und staatlichen Nachfrage hätten ausgelastet werden können. Diese Tatsache konnte zunächst noch inflationär verschleiert werden, brach aber 1974 mit elementarer Gewalt durch und bestimmte die Tiefe und Dauer der Wirtschaftskrise. In einer solchen Situation wurde der Kampf um den Käufer härter, die Konkurrenz nahm zu und mit ihr das Tempo und die Intensität der Unternehmenskonzentration einerseits und – in der Folge hiervon – die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche andererseits (vgl. Tabelle 3 auf S. 74).

---

9) Vgl. auch Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 19f.

Tabelle 2

Die gesellschaftlichen Belastungen durch die Massenarbeitslosigkeit, 1974–1978

	1974	1975	1976	1977	1978
I. Belastungen aus entgangener Produktion					
1. Bruttowertschöpfung (Mrd. DM, laufende Preise)	960	1004	1093	1163	1285[1])
2. Abhängig Beschäftigte (Mio. Personen)	22,1	21,3	21,2	21,3	21,3[2])
3. Bruttowertschöpfung pro abh. Beschäftigten (1000 DM)	43,4	47,1	51,6	54,6	60,3
4. Zahl der Arbeitslosen (1000 Personen, einschl. stiller Reserve)	786	1554	1668	1698	1631
5. potentielle zusätzliche Bruttowertschöpfung (Mrd. DM)	31,1	73,2	86,1	92,7	98,4
II. Belastungen durch gesellschaftliche Aufwendungen					
6. Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung und Beiträgen zur Sozialversicherung (Mrd. DM)	9,4	18,6	20,0	20,4	19,6
III. Gesamtbelastungen					
7. Mrd. DM	43,5	91,8	106,1	113,1	118,0
8. in % der Bruttowertschöpfung	4,5	9,6	9,7	9,7	9,2

1) Bruttosozialprodukt, Schätzung.
2) Eigene Schätzung.

Quellen: Jahresgutachten 1978/79, a.a.O., S. 235f, „DIW-Wochenbericht", 43–44/1978, S. 421, Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt . . . a.a.O., S. 54, Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 19.

Tabelle 3

Entwicklung der Fusionen und der Unternehmenszusammenbrüche 1966–1977

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Fusionen	43	65	65	168	305	220	269	242	318	448	453	554
Unternehmens-zusammenbrüche	3301	3930	3582	3578	3943	4255	4410	5277	7252	8942	9221	9444

Quellen: Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1977 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet, BT-Drucksache 8/1925, S. 105; Statistisches Jahrbuch der BRD, verschiedene Jahrgänge; „Wirtschaft und Statistik", 2/1978, S. 99.

Zwar ist die Zunahme der Unternehmenskonzentration nicht erst in den letzten 5 Jahren zu beobachten, sondern eine generelle Tendenz des entwickelten Kapitalismus. In der BRD hat sie sich in diesen letzten 5 Jahren jedoch erheblich beschleunigt, als Folge davon ist ihr Niveau deutlich gestiegen. So lag während der Zeit von 1972 bis 1977 (Zahlen für 1978 liegen noch nicht vor) die Zahl der anmeldepflichtigen Unternehmenszusammenschlüsse bei 381 pro Jahr, mehr als zweieinhalbmal so hoch wie in den vorhergehenden 6 Jahren (144), in die der stürmische Aufschwung 1968–1970 fiel. Von 1973 bis 1977 gab es allein 1773 Zusammenschlüsse, und 1978 „scheint sich dieser Trend fortzusetzen"[10]).

Bei diesen Konzentrationsvorgängen handelt es sich in der Regel nicht um Zusammenschlüsse von in etwa gleich starken Partnern, die sich beispielsweise gegen einen mächtigeren Dritten zur Wehr setzen oder neue, größere Dimensionen erfordernde Produktionsverfahren einführen wollen. Es handelt sich vielmehr in den meisten Fällen um den – mehr oder minder freiwilligen – Anschluß von kleinen und mittleren Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 50 Mio. DM an ein Großunternehmen. Von den 1773 Großfusionen in den letzten vier Jahren entfielen allein 334, das sind 18,6%, also fast ein Fünftel, auf nur 9 Großunternehmen (RWE: 80; VEBA 74; Estel/Hoesch 33; BP 33; Westdeutsche Landesbank 26; Dresdner Bank 25; Deutsche Bank 25; Shell 19; Ruhrkohle AG 19)[11]). Die 10 größten Industrieunternehmen des Jahres 1977 gliederten sich von 1974 bis 1977 allein 160 Unternehmen an, das sind 9% der Gesamtzahl[12]). In mehr als einem Drittel (36,5%) der Zusammenschlüsse in der chemischen Industrie kam ein Beteiligter aus dem Kreis der 50 größten Industrieunternehmen des jeweiligen Jahres, bei der Elektroindustrie betrug der Anteil mehr als die Hälfte (52,7%), und in der Mineralöl- und in der Stahlindustrie jeweils mehr als vier Fünftel (82,9 bzw. 82,3%)[13]).

Diese Tendenz veranlaßte die Monopolkommission, ihr zweites Hauptgutachten mit der Diagnose „Fortschreitende Konzentration im Bereich der Großunternehmen" zu überschreiben[14]). Sie stellt darin fest, daß als Resultat dieses Prozesses die 100 größten Unternehmen der Gesamtwirtschaft zwar weniger als ein Fünftel (17,8%) aller Arbeitnehmer beschäftigen, demgegenüber jedoch fast ein Viertel (24,4%) des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes und fast die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Exports (49,6%) auf sich vereinigen[15]). Die Angaben über den Stand und die Entwicklung der Unternehmenskonzentration werden noch eindrucksvoller (und realistischer!), wenn man die Anteilszahlen nicht für die Gesamtwirtschaft ermittelt, sondern für Branchen oder Märkte (vgl. Tabelle 4). So betrug 1970 der Umsatzanteil der jeweils 10 größten Unternehmen in den 33 Industriebranchen 40,9%, im Jahre 1973 waren es bereits 41,8% und im Jahre 1975 schon 42,3%.

10) Der Präsident des Bundeskartellamtes, Wolfgang Kartte, im „Spiegel" v. 4. 12. 1978, S. 89.
11) Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Kartellberichte für 1974 bis 1977, BT-Drucksachen 7/3791, S. 129ff.; 7/5390, S. 156ff.; 8/704, S. 149ff.; 8/1925, S. 119ff.
12) Wie unter 11 und SZ v. 26./27. 8. 1978, S. 26.
13) Wie unter 12.
14) Monopolkommission, Hauptgutachten 1976/77: Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen, Baden-Baden 1978.
15) Ebd., Textziffer 41, 43, 46.

Die Folge der Konzentration ist die zunehmende Vermachtung der Märkte und die Möglichkeit für die stärksten Unternehmen, sich über ihre Verflechtungen und Verbindungen zu Banken, Zulieferern, Abnehmern und den Staat Vorteile gegenüber anderen Unternehmen, und das heißt letztlich überdurchschnittlich hohe Gewinne, zu verschaffen. Dies gilt auch – und für einige Unternehmen, allen vorweg die Banken, in besonderem Maße – in Krisenzeiten. Auf der anderen Seite entspricht der überdurchschnittlichen Aneignung von Profit durch das Großkapital eine unterdurchschnittliche Verwendung zur Ausdehnung der Produktion und des Kapazitätsausbaus[16]). Diese Zurückhaltung ist für die Großunternehmen umso sinnvoller, je mehr die Aufrechterhaltung hoher Preise und Profite durch eine Ausdehnung der Produktion gefährdet werden könnte. In dem Maße, wie die Vermachtung der Wirtschaft zunimmt und die Gewinne von den Großunternehmen zentralisiert werden, führt eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Gewinne im konjunkturellen Aufschwung zu einer immer geringeren Reaktion bei der Produktion und den Investitionen: Denn da, wo steigende Gewinne zur Finanzierung von Produktion und Investition aus Gründen der Liquiditäts- und Existenzerhaltung dringend erforderlich wären, bei der größten Zahl von Klein- und Mittelunternehmen, da fallen sie nur in geringem Maße an; so erklärt sich auch die anhaltende Steigerung der Konkurse im Aufschwung 1976/77 (vgl. Tabelle 3). Da aber, wo gesamtwirtschaftlich steigende Gewinne in besonders großem Maße tatsächlich ankommen, bei den Konzernen, werden sie nur in geringem Maße zur Ausweitung von Produktion und Produktionsanlagen verwendet, stattdessen zu Kapitalexport, zum Kauf von Wertpapieren, Beteiligungen oder ganzen Unternehmen – und damit zur weiteren Beschleunigung der Unternehmenskonzentration, zum weiteren Ausbau der Machtpositionen des Großkapitals. Dieses Ablaufmuster erklärt, weshalb trotz steigender Gewinne nach 1975 die Investitionen und die Produktion vergleichsweise langsam gestiegen sind.

3. *Einsatz neuer Technologien: Investitionen vernichten Arbeitsplätze*

Der Hauptgrund für das Andauern der Massenarbeitslosigkeit trotz der spürbaren, wenn auch im Vergleich zu früheren Aufschwüngen zurückhaltenden, Steigerung von Produktion und Investition liegt jedoch in den technologischen Veränderungen der Struktur des Produktionsapparates, die durch die Einführung neuartiger und arbeitsplatzsparender Technologien in den Unternehmen bewirkt wurden. Schon seit 1972 werden die industriellen Investitionen nicht primär zur Erweiterung der Produktionsanlagen, sondern zu ihrer Rationalisierung durchgeführt; seit 1975 übersteigen überdies auch die Ersatz- die Erweiterungsinvestitionen (vgl. Tabelle 4 auf S. 77). Bei diesen Angaben ist allerdings die wesentliche Ergänzung zu machen, daß auch die Modernisierung veralteter und der Ersatz ausscheidender Anlagen in der Regel mit einer Ausdehnung der Produktionskapazität verbunden ist.

16) Vgl. hierzu Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, ... a.a.O., S. 82ff.

Daß durch reine Rationalisierungsinvestitionen normalerweise Lohnkosten eingespart, Arbeitskräfte „freigesetzt" und Arbeitsplätze vernichtet werden, liegt auf der Hand, denn eben dies ist ein wichtiger Zweck der Rationalisierungsinvestitionen. Aber auch beim Ersatz von ausscheidenden Anlagen werden in der Regel nicht die gleichen Maschinen, sondern modernere installiert, deren Bedienung weniger Arbeitskräfte erfordert. Allein die reinen Erweiterungsinvestitionen, die zu dem bestehenden Produktionsapparat neue Anlagen hinzufügen, schaffen Arbeitsplätze, allerdings auf Grund der Anwendung neuer Technologien ebenfalls weniger als bei, am Ausstoß gemessen, gleich großen Anlagen früherer Jahre. Die Verschiebung der Strukturen der Investitionen zugunsten der Rationalisierungs- und Ersatz- und zuungunsten der Erweiterungsinvestitionen bedeutet, daß immer mehr arbeitsplatzvernichtende und immer weniger arbeitsplatzschaffende Produktionsanlagen installiert werden und daß der Arbeitskräftesaldo auch bei steigenden Investitionen negativ wird. Daß dies eine reale Tendenz ist, geht aus der Tabelle 4 hervor.

Tabelle 4

Entwicklung der Investitionsstruktur und der Zahl der Beschäftigten und der Arbeiter in der Industrie, 1970–1978

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978[1])
Investitionen in der verarbeitenden Industrie insgesamt (Mrd. DM, Preise von 1970)[2])	35,0	34,5	31,5	30,8	27,9	26,8	26,0	26,9	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–	–1,4	–8,7	–2,2	–9,4	–3,9	–3,0	+3,5	+4,5
Davon:									
Erweiterungsinvestitionen	19,0	16,7	12,0	12,5	9,0	6,6	6,3	7,2	7,6
Rationalisierungsinvestitionen	12,0	12,0	13,8	12,8	12,9	13,0	11,7	10,4	10,8
Ersatzinvestitionen	4,0	5,8	5,7	5,5	6,0	6,8	8,0	9,3	9,7
Beschäftigte im warenproduzierenden Gewerbe (1000 Personen)	12210	12175	11997	12005	11568	10825	10630	10582	–
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–	–0,3	–1,5	0,1	–3,6	–6,4	–1,8	–0,5	–
Arbeiter im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe (1000 Personen)[3])	6296	6170	5964	5954	5738	5289	5171	5166	5104
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–	–2,0	–3,3	–0,2	–3,6	–7,8	–2,2	–0,1	–1,2

1) Für 1978 sind die Werte der Investitionen geschätzt, die Zahl der Arbeiter bezieht sich auf Juni 1978.
2) Wegen unterschiedlicher und engerer Erfassung des Ifo-Instituts ist die Summe der industriellen Investitionen nicht identisch mit der der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
3) Es handelt sich um Arbeiter in Betrieben mit durchweg mehr als 20 Beschäftigten, die Bezugsbasis ist also kleiner als bei den Beschäftigten. Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates werden keine Angaben über die Zahl der Arbeiter gemacht.

Quellen: Investitionsstruktur: Eigene Berechnungen nach einer grafischen Darstellung in „IFO-Schnelldienst", 31–32/1978, S. 6; Beschäftigte: Jahresgutachten 1978/79, a.a.O., S. 235; Arbeiter: „Arbeits- und Sozialstatistik", 9–10/1978, S. 318.

Auch diese Tendenzen sind nicht neu und auch in der BRD schon vor der jüngsten Wirtschaftskrise zu beobachten gewesen; aber die Entwicklung in den

letzten 3 Jahren spricht dafür, daß sie sich jetzt verschärft durchsetzen und zu einer neuen Form wirtschaftlicher Entwicklung – eben dem Aufschwung mit Massenarbeitslosigkeit – führen. Die längerfristige Entwicklung läßt sich am besten an den Beschäftigten-(noch besser an den Arbeiter)zahlen im Warenproduzierenden Gewerbe ablesen: die absolute Höchstzahl wurde in der BRD im Jahre 1965 mit 12,3 Mio. Beschäftigten erreicht. Sie ging dann in der Krise 66/67 auf 11,4 Mio. zurück und stieg in dem folgenden Aufschwung auf 12,2 Mio. Seit 1970 sinkt sie dagegen ununterbrochen gegenüber dem Vorjahr (Ausnahme von 1973, dem Boomjahr, als sie praktisch konstant blieb). Im Jahre 1976 stieg die industrielle Wertschöpfung real um 6,8% (vgl. Tabelle 1), die Zahl der im warenproduzierenden Gewerbe Beschäftigten sank dagegen um 195 000; 1977 wuchs die reale Wertschöpfung um 2,5%, die Zahl der Beschäftigten schrumpfte um 48 000. Einzig die Tatsache, daß die Zahl der in den Dienstleistungsunternehmen (z. B. den Banken) Beschäftigten in den letzten Jahren relativ stark und die Zahl der Staatsbediensteten – wenn auch sehr schwach – gestiegen ist, führt dazu, daß diese Tendenz der kontinuierlichen und konjunkturunabhängigen Vernichtung von Arbeitsplätzen in der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigtenzahl nur abgeschwächt zum Ausdruck kommt.

Heißt dies aber nicht, daß die Umkehr dieser Entwicklung tatsächlich nur herbeigeführt werden kann, wenn Umfang und Anteil der Erweiterungsinvestitionen wieder kräftig zunehmen und daß zu diesem Zweck die Unternehmensgewinne erheblich steigen müssen? Dies wird jedenfalls von den Unternehmerverbänden und dem Sachverständigenrat unablässig behauptet. Daß eine solche Forderung in eine Sackgasse führen muß, geht aus zwei Überlegungen hervor:

Erstens: Für den größten Teil der Wirtschaft steigt nach wie vor Jahr für Jahr der Kapitalaufwand, für die Installation eines neuen Arbeitsplatzes. Nach Angaben des Ifo-Instituts in München lag er 1960 bei durchschnittlich 40 000 DM in der Industrie, 1970 war er auf 80 000 DM gestiegen[17]). Mittlerweile liegt er mit Sicherheit bei über 100 000 DM. Das heißt aber umgekehrt: Mit einer bestimmten Investitionssumme können Jahr für Jahr weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Um eine bestimmte Zahl von Arbeitslosen zu beschäftigen, werden immer höhere Investitionen und damit in der Tat immer höhere Gewinne erforderlich. Würde diese Gewinnsteigerung nun tatsächlich durch eine rigorose Umverteilungspolitik auf Kosten der Lohn- und Gehaltsabhängigen zustande gebracht, würden die Produktionsanlagen entsprechend ausgedehnt, so käme es zu einer Steigerung der Produktionskapazität bei gleichzeitig relativ zurückbleibender kaufkräftiger Nachfrage. Auf diese Weise würde nicht Vollbeschäftigung, sondern neue Überproduktion und Krise bewirkt.

Zweitens: Wenn aber, wie es in einigen Bereichen insbesondere durch die Einführung der Halbleitertechnik der Fall zu sein scheint, die Schaffung von

17) „IFO-Schnelldienst", 5/1977 v. 17. 2. 1977.

Arbeitsplätzen billiger wird und im übrigen die Effizienz oder Produktivität der Arbeitskraft weiter steigt, dann stellt sich das gleiche Problem noch schärfer: Die Anwendung steigender oder auch nur gleichbleibender Gewinne zur Ausweitung von Kapazitäten könnte zwar in größerem Umfang Arbeitsplätze schaffen, in noch größerem Umfang aber würde die mögliche – und zur Erhaltung der Rentabilität zu verkaufende – Produktion steigen, wieder gäbe es Überproduktion.

Das allgemeine Problem, das hier für die kapitalistische Entwicklung auf dem erreichten technologischen Niveau entsteht, liegt darin, daß mit zunehmender Produktivität der menschlichen Arbeit d. h. mit der Möglichkeit, in geringerer Arbeitszeit eine größere Menge an Gütern herzustellen, insgesamt ein relativ geringerer Kapitalaufwand erforderlich wird, um eine relativ größere Menge an Konsumgütern zu erzeugen. Das heißt aber auch, daß der Kapitalgütersektor im Verhältnis zum Konsumgütersektor relativ kleiner werden muß, soll eine reibungslose Reproduktion gewährleistet werden. Da der Kapitalgütersektor aber – grob gesagt – aus Unternehmensgewinnen aufgebaut wird, Konsumgüter aber hauptsächlich aus Löhnen und Gehältern gekauft werden, wäre es „eigentlich" erforderlich, die Gewinne ständig zugunsten der Löhne und Gehälter zu reduzieren. Dies ist aber genau das Gegenteil dessen, was der Kapitalismus aufgrund seiner Machtverhältnisse und seiner Profitorientierung immer wieder herbeiführt[18]).

4. Tendenzen der Wirtschaftspolitik: Gewinnsteigerung und Sozialabbau bei unverminderter Massenarbeitslosigkeit

Gegenüber der neuen Form wirtschaftlicher Entwicklung, die seit 1976 zutage getreten ist haben sich die verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung als weitgehend wirkungslos erwiesen, jedenfalls hinsichtlich des Ziels, die Massenarbeitslosigkeit zu beenden oder auch nur zu verringern. Der für die Richtlinien der Politik insgesamt verantwortliche Bundeskanzler und die beiden Wirtschaftsminister Friderichs und Lambsdorff gingen und gehen vielmehr nach wie vor davon aus, daß es ausreiche, durch staatliche Maßnahmen die private Rentabilität zu verbessern, um die Wirtschaft anzukurbeln und einen „sich selbst tragenden" Aufschwung zu erzeugen, in dem auch die Arbeitslosigkeit verschwinden werde. Mit dem theoretisch wie praktisch längst widerlegten Glaubenssatz vor Augen, daß höhere Gewinne zu höheren Investitionen führen und daß diese mehr Arbeitsplätze schaffen würden, und mit der restriktiven Geldpolitik der Bundesbank im Nacken, der die „Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos" als Mittel der Stabilisierung des Geldwerts gerade recht ist, hat die Bundesregierung auf verschiedenen Wegen versucht, die Ausgangsbedingungen für einen konjunkturellen Aufschwung durch Steigerung der privaten Kapitalrentabilität zu verbessern:

– Sie hat zum einen direkte kostensenkende Zuschüsse gegeben bzw. gewinnsteigernde Steuersenkungen durchgeführt. In diesen Bereich gehören

18) Vgl. zu dieser Problematik auch die Überlegungen im Memorandum . . ., a.a.O., S. 92ff.

vor allem die auf ein halbes Jahr befristete Investitionszulage in Höhe von 7,5% vom Dezember 1974 (die zu einer Vorwegnahme vieler ohnehin geplanter Investitionen, nicht aber zur Vermehrung von Investitionen über einen längeren Zeitraum hinweg geführt hat), die Lohnkostenzuschüsse (von denen die Unternehmen sehr wenig Gebrauch gemacht haben), die Senkung der Vermögens- und der Gewerbesteuern sowie die Erhöhung der Sätze der degressiven Abschreibung von 20 auf 25%.

– Sie hat zum zweiten durch verschiedene Programme die staatliche Nachfrage ausgedehnt: Das Investitionsprogramm des Bundes vom Dezember 1974 (1,1 Mrd. DM), das „Programm zur Stärkung von Investitionen" vom August 1975 (5,75 Mrd. DM) und das „Programm für Zukunftsinvestitionen" vom Frühjahr 1977 (16 Mrd. DM für 4 Jahre, davon 3,5 Mrd. DM für 1977) sind die wichtigsten dieser Projekte, daneben gab es vor allem eine Reihe kleinerer Programme zur Förderung der Bauwirtschaft.

– Sie hat schließlich versucht, über mittlerweile drei Steuerreformen (August 1977, November 1977, Ende 1978) auch die Masseneinkommen zu entlasten und damit die private Konsumnachfrage zu stärken (2 Kindergelderhöhungen, die Heraufsetzung verschiedener Freibeträge und Sonderausgaben sowie eine Tarifreform sind die wichtigsten Maßnahmen). Es muß jedoch bezweifelt werden, daß von diesen Maßnahmen eine gesamtwirtschaftlich wirksame Erhöhung der Nachfrage ausgeht, denn die ermöglichte zusätzliche Nachfrage der privaten Haushalte wurde und wird durch die Steuer – und damit auch Nachfrageausfälle des Staates kompensiert werden. Im übrigen werden die jüngsten Einkommenssteuerermäßigungen für einen großen Teil der davon profitierenden Steuerzahler ab Mitte dieses Jahres durch die beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer aufgehoben.

Alle diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen – und die Sanierungsstrategien der Unternehmen – sind insofern erfolgreich gewesen, als sie die Rentabilität des Privatkapitals deutlich erhöht haben. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1976 um 13,9%; sie blieben dann allerdings 1977 praktisch konstant (0,7%), und nach Schätzungen des DIW sind sie 1978 um weitere 11% gewachsen. Für 1979 wird ein Wachstum von 13% erwartet[19]). Die Gewinne der größten industriellen Aktiengesellschaften lagen 1976 gegenüber 1975 sogar um 41,0% höher[20]). Nicht erfolgreich war die Wirtschaftspolitik jedoch im Hinblick auf die Minderung der Arbeitslosigkeit. Und dies ist nicht erstaunlich. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die auf die investitionsfördernde Wirkung steigender Gewinne und auf die arbeitsplatzschaffende Wirkung höherer Investitionen setzen, spekulieren auf einen Mechanismus der Weitergabe wirtschaftspolitischer Impulse, der an beiden Verbindungsstellen aufgrund verstärkter Unternehmenskonzentration und neuer technologischer Strategien der Privatwirtschaft zunehmend brüchig geworden ist. Denn erstens sind die Gewinnsteigerungen immer sehr selektiv, näm-

19) Jahresgutachten 1978/79, a.a.O., S. 242, „DIW-Wochenbericht", 43–44/1978, S. 422.
20) Peter Flieshardt u. a. Die Legende vom Gewinnverfall. Eine Untersuchung der Spitzengruppe westdeutscher Industrieunternehmen, in: „WSI-Mitteilungen", 1/1978, S. 26.

lich vorwiegend bei den Großunternehmen angekommen, die sie nur zu einem geringen Teil zur Produktions- und Investitionsausweitung genutzt haben (vgl. 2. Abschnitt); und zweitens haben auch zusätzliche Investitionen oft nicht zur Schaffung, sondern zur Vernichtung von Arbeitsplätzen geführt (vgl. 3. Abschnitt).

Die Politik der Bundesreigerung hat aber nicht nur die Massenarbeitslosigkeit nicht verhindert; sie hat darüber hinaus das System der sozialen Sicherheit erheblich eingeschränkt und massiven Sozialabbau betrieben[21]):

– Im Bereich der *Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung* sind mit dem Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1975 die Beiträge zu Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3% heraufgesetzt und die Leistungen vor allem für arbeitslose Jugendliche und solche Arbeitslose, deren Ehepartner Arbeit hatten, herabgesetzt worden. Gleichzeitig wurde der Begriff der „Zumutbarkeit" eines Arbeitsangebotes durch das Arbeitsamt so ausgedehnt, daß auch ein Arbeitsplatz zumutbar sein sollte, der weniger qualifizierte Arbeit verlangte, weiter entfernt lag und schlechter bezahlt wurde. Im Zuge der zwangsweisen Förderung der „Mobilität" von Arbeitskräften ist Ende 1978 diese Zumutbarkeitsbestimmung durch einen Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit noch einmal erweitert worden. Jetzt ist es praktisch im Ermessen des Arbeitsamtes, jeden längerfristig Arbeitslosen zu jeder beliebigen Arbeit, an jedem beliebigen Ort und zu jeder beliebigen Bezahlung zu verpflichten.

– Im Bereich der *Krankenversicherung* sind durch das seit Mitte 1977 geltende „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz" die Rezeptgebühr eingeführt und die Erstattung beim Zahnersatz auf 80% beschränkt worden. Außerdem wurde die Gewährung von Kuren erschwert und der Anspruch auf Familienkrankenhilfe eingeschränkt.

– Mit dem 20. und dem 21. Rentenanpassungsgesetz ist die eigentlich am 1. Juli 1978 fällig gewesene *Rentenerhöhung* um ein halbes Jahr auf den 1. Januar 1979 verschoben worden. Außerdem wurde die Erhöhung von der Entwicklung der Arbeitsverdienste abgekoppelt und auf 4,5% für 1979 und auf jeweils 4% für 1980 und 1981 festgesetzt. Hierdurch ergibt sich eine Kürzung vor allem der Neurenten ab 1979 um ca. 10% gegenüber den Ansprüchen, die bestanden hätten, wenn nach der bisherigen Orientierung für die Rentenbemessung verfahren worden wäre.

5. Fazit und Perspektive: Kein „sich selbst tragender Aufschwung" in Sicht

Die jüngste, in der Geschichte der BRD bislang schwerste Wirtschaftskrise hat eine dramatische Steigerung der Arbeitslosigkeit auf ein Niveau von über 1 Mio. registrierter und zusätzlich über eine halbe Million nicht registrierter Arbeitsloser gebracht. Der Aufschwung von Produktion und Investition ab 1976 hat nicht zu einer Verminderung dieser Arbeitslosigkeit geführt. Diese neue, zunehmend polarisierte Form der wirtschaftlichen Entwicklung ist vor-

21) Vgl. zu diesem Bereich: Arthur Böpple, Umfang der sozialen Demontage kaum noch zu überschauen, in: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 9/1978, S. 28f.

nehmlich zurückzuführen auf die verschärfte Konzentration und Monopolisierung im Unternehmensbereich und die damit verbundenen Gewinnverwendungsstrategien des Großkapitals einerseits, zum anderen auf den Einsatz neuartiger, arbeitsplatzvernichtender Technologien durch die Unternehmen. Auch die staatliche Wirtschaftspolitik hat an der Dauerarbeitslosigkeit nichts geändert; sie hat zwar die Unternehmensgewinne gesteigert und insofern zum wirtschaftlichen Aufschwung der Unternehmen beigetragen, dieser Aufschwung ist jedoch nach wie vor von Massenarbeitslosigkeit mit enormen gesellschaftlichen Verlusten und individuellen Belastungen begleitet. Das Netz sozialer Sicherheit hat diesen Belastungen nur unzureichend entgegenwirken können; es ist in den letzten 5 Jahren durch die Politik der Bundesregierung an wichtigen Stellen durchlöchert worden. Was für das Großkapital Aufschwung von Produktion, Investition und vor allem der Gewinne ist, stellt sich für die Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen als anhaltende Massenarbeitslosigkeit und fortschreitender Sozialabbau dar.

Eine solche ökonomische Konstellation kann aber nicht endlos verlängert, die in ihr liegende Polarisierung nicht beliebig vertieft werden. Denn bei aller gegensätzlichen Entwicklung sind Privatunternehmen und Arbeitnehmer in ein und denselben Reproduktionszusammenhang eingebunden. Und wenn der Aufschwung der Gewinne auch keinen beschäftigungs- und wohlstandssteigernden Effekt für die Arbeitnehmer hat, so wirken sich anhaltende Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau umgekehrt sehr wohl ungünstig auf die Gewinnentwicklung und Gewinnaussichten der Unternehmen aus. Denn sie kürzen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, auf die die Unternehmen unweigerlich zur Erreichung ihres Ziels der Gewinnmaximierung angewiesen sind. Die Perspektive der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sieht daher auch für das Kapital, selbst für das Großkapital insgesamt, nicht günstig aus: Die durch die „Kräfte des Marktes", die privaten Unternehmensstrategien und die staatliche Umverteilungspolitik bewirkte relative und teilweise absolute Verschlechterung der Situation der Lohn- und Gehaltsabhängigen schlägt gegen die Privatwirtschaft zurück, hemmt den „Motor der Wirtschaft" und verhindert, daß der Aufschwung der Profite in den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung mit der berühmten „sich selbst tragenden Dynamik" übergeht. Auch für das Jahr 1979 ist daher nicht nur mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und mit weiteren Angriffen auf die Versorgung mit Sozialleistungen zu rechnen, sondern auch mit einer nur schleppenden Entwicklung von Produktion und Investition. Dabei werden die größten und stärksten Unternehmen auch in dieser Situation weiter in der Lage sein, durch Aufkauf kleinerer Firmen, weitere Rationalisierung und Auslandsexpansion, sowie durch noch stärkere Mobilisierung staatlicher Subventionen ihre eigene Profitsituation zu verbessern, aber dies wird zunehmend vor dem Hintergrund einer immer schwächeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschehen. Je weiter sich die Polarisierung zwischen Kapital und Arbeit und zwischen Großkapital und dem Rest der Unternehmen zuspitzt, desto mehr wird auch die Entwicklung der Unternehmensgewinne insgesamt in Mitleidenschaft gezogen. Auch einzelne gelungene Aktionen der Konzerne oder wirtschaftspolitische Kraftakte

der Regierung können kaum noch darüber hinwegtäuschen, daß die Aussicht der wirtschaftlichen Entwicklung in der BRD durch tiefe Perspektivlosigkeit gekennzeichnet ist, solange der private Profit nach wie vor die wichtigste Orientierung für ihre Steuerung bleibt.

6. Alternativen und Ansatzpunkte: Neue Konzepte, konsequente Forderungen, energische Mobilisierung

Perspektivlosigkeit der Profitwirtschaft heißt jedoch nicht Alternativlosigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung. Natürlich gibt es Alternativen zur absehbaren ökonomischen Entwicklung und zur profitorientierten Wirtschaftspolitik:

– Die Wirtschaftskrise ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Gewinne vergangener Jahre zu hoch waren und ihre Verwendung zum Kapazitätsaufbau zu einem Produktionsapparat geführt hat, der mit der relativ zurückgebliebenen Nachfrage der folgenden Jahre nicht ausgelastet werden konnte. Die Alternative liegt darin, die Gewinne jeweils so knapp zu halten, und die Löhne und Gehälter so reichlich auszustatten, daß die aus den Gewinnen aufgebauten Kapazitäten durch die wesentlich aus Löhnen und Gehältern gespeiste Nachfrage gerade ausgelastet werden. Das erfordert zunächst einmal eine Verhinderung gesamtwirtschaftlich zu hoher Gewinnsteigerungen durch kräftige Lohnsteigerungen und eine Abschöpfung dennoch entstandener zu hoher Gewinne durch höhere Gewinnsteuern.

– Wenn die Entwicklung der Technologie und der menschlichen Produktivität es zulassen, mehr Güter in weniger Arbeitszeit herzustellen und dies von den Unternehmen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierungsstrategien genutzt wird, dann liegt die Alternative in der Verkürzung der individuellen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich, und zwar solange, bis alle Arbeitskräfte beschäftigt sind.

– Wenn die Privatunternehmen auf staatliche Gewinnsteigerungsangebote nicht in dem erforderlichen Maße mit dem Aufbau der Beschäftigung reagieren, dann gibt es die Alternative der autonomen staatlichen Beschäftigungspolitik, die direkt Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in staatlichen Betrieben schafft.

– Wenn die Privatunternehmen sich an eine entschlossene staatliche und gewerkschaftliche Politik zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht aus freien Stücken anpassen, weil das in der Tat ihre Gewinne in Grenzen halten würde, dann besteht die Alternative darin, sie durch geeignete direkte Lenkungsmaßnahmen zu einer solchen Anpassung zu veranlassen, sei es durch Auflagen im Einzelfall oder durch kontinuierliche Produktions- und Investitionslenkung im Rahmen eines unter maßgeblicher Beteiligung der arbeitenden Menschen zustandegekommenen Entwicklungsplanes.

– Wenn schließlich das Großkapital und seine Verbände diese Ablösung des Profits als oberster Richtschnur wirtschaftlicher Entscheidungen durch gesellschaftliche Planung mit allen legalen und illegalen Mitteln verhindern und zu unterlaufen suchen, dann liegt auch hier die Perspektive nicht in der Kapitu-

lation, sondern in der Vergesellschaftung und demokratischen Kontrolle der wichtigsten Großunternehmen und Schlüsselindustrien.

Diese Alternativen sind nicht neu, sondern alte Forderungen der Arbeiterbewegung. In der BRD sind sie allerdings viele Jahre nicht mit der erforderlichen Intensität diskutiert und propagiert worden: Zum einen konnte es in den Jahren des „Wirtschaftswunders" und auch noch des Aufschwungs nach der Rezession 1966/67 scheinen, als seien einschneidende Eingriffe in die Privatwirtschaft zur Herstellung und Erhaltung von Vollbeschäftigung und Wohlstand nicht erforderlich, zum anderen blieb die Propaganda der Unternehmer nicht ohne Wirkung, die alle nicht mit ihren Gewinninteressen übereinstimmenden Eingriffe in die Privatwirtschaft wahrheitswidrig als verfassungswidrig verteufelte und antikommunistische Ressentiments mobilisierte; sie konnte umso mehr Erfolg haben, als die sozialdemokratische Partei als größte Arbeiterpartei dieser Propaganda aus Opportunismus und Antikommunismus nichts entgegensetzte und die kommunistische Partei lange Zeit illegalisiert war.

In den letzten Jahren gewinnt jedoch vor allem bei den Gewerkschaften auf allen Ebenen die Einsicht an Boden, daß Sozialpartnerschaft nicht nur nicht das einzig mögliche, sondern sogar das falsche Verhältnis zu den Unternehmern ist und daß der von interessierter Seite immer wieder totgesagte Klassenkampf dennoch die Basis und der Motor allen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts für die Lohn- und Gehaltsabhängigen ist:

– Das Monopol des Sachverständigenrates auf die Erklärung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung und die Propagierung wirtschaftspolitischer Vorschläge mit dem Autoritätsanspruch der Wissenschaftlichkeit ist in der Öffentlichkeit durchbrochen. Alternative Krisenerklärungen – denen zufolge die Wirtschaftskrise kein Betriebsunfall ist, sondern aus der inneren Entwicklungsdynamik der profitorientierten Wirtschaftsverfassung hervorgeht – und alternative wirtschaftspolitische Vorschläge zur wirksamen und sozialen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit werden zunehmend in den Gewerkschaften und auch in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert und haben Eingang in viele wirtschaftspolitische Entschließungen auf Gewerkschaftstagen besonders der beiden letzten Jahre gefunden. Nachdem der Deutsche Gewerkschaftsbund bereits im Juli 1977 „Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" vorgelegt hatte, verabschiedete der Bundeskongreß des DGB im Mai 1978 eine wirtschaftspolitische Entschließung, die eng an den entsprechenden Beschluß der IG Metall vom September 1977 angelehnt war und im wesentlichen die oben skizzierten Alternativen enthielt[22]).

– Auf dem Gebiet der unmittelbaren Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital, der Tarifpolitik gewinnen neben den Lohnforderungen die nach kürzerer Arbeitszeit sowie nach Sicherung der Arbeitsplätze und der Arbeitsbedingungen durch Rationalisierungsschutzverträge, Maschinenbesetzungsvereinbarungen u. a. tarifvertragliche Abmachungen eine zunehmende

22) Text in: „Nachrichten . . .", 8/1978, S. 13 ff.

Bedeutung. In der Ausarbeitung, Begründung und Propagierung derartiger Forderungen hat sich insbesondere die IG Druck und Papier hervorgetan, die auf die Vernichtung von 34 000 Arbeitsplätzen in der Druckindustrie in der Zeit von 1970 bis 1976 im März 1977 mit einem Aktionsprogramm reagierte[23]) und auf ihrem Gewerkschaftstag im September 1977 weitreichende Beschlüsse zur Verteidigung der Arbeitsplätze gegen die Folgen des Einsatzes neuer Technologien faßte[24]). Auf allen 7 im Jahre 1977 abgehaltenen Gewerkschaftstagen wurde die Einführung der 35-Stunden-Woche als wichtiges Ziel gewerkschaftlicher Tarifpolitik beschlossen, und auch der Bundeskongreß des DGB stellte sich hinter diese Forderung.

– Vor allem aber nehmen die praktischen Bewegungen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen spürbar zu. In den letzten 3 Jahren führten die Gewerkschaften, in der Regel mit breiter Unterstützung aus allen Teilen der Bevölkerung, zahlreiche zentrale und dezentrale Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen gegen geplante Massenentlassungen, Stillegungen und Verlagerungen, gegen Jugendarbeitslosigkeit und Aussperrung durch. Die Stahlarbeiter der Saarhütten reagierten 1977 auf die Pläne der Geschäftsleitungen der 3 Gesellschaften, in kürzester Zeit 10 000 Arbeitsplätze durch Stillegungen und Rationalisierung zu vernichten, mit Warnstreiks und großen Demonstrationen. Im Januar 1978 erzwangen die norddeutschen Hafenarbeiter durch Streik eine Lohnerhöhung von 6,4%. Die IG Druck und Papier setzte im März 1978 nach eineinhalb Jahren Verhandlungen und drei Wochen Streik den ersten bundeseinheitlichen „Tarifvertrag über die Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme" durch[25]), der den bisherigen Facharbeitern auch bei Einführung neuer Techniken die Arbeitsplätze für 8 Jahre und den alten Lohn für 6 Jahre weitgehend garantiert. Ebenfalls im Frühjahr 1978 erreichte die IG Metall in Nordbaden/Nordwürttemberg nach drei Wochen Streik eine tarifvertragliche Eingruppierungs- und Verdienstsicherung für die Beschäftigten. Und im jüngsten Arbeitskampf in der Stahlindustrie geht es vor allem um den Einstieg in die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche. Die enorme Bedeutung, die eine auch nur ansatzweise Durchsetzung und tarifvertragliche Absicherung dieser Forderung für die Arbeitsbedingungen und die Beschäftigungslage in der Stahlindustrie hat, wird von beiden Seiten gesehen; dies erklärt die prinzipielle Härte, mit der diese Auseinandersetzung geführt wird, die bereits mit dem Jahreswechsel zu einem der härtesten Arbeitskämpfe in der Geschichte der BRD geworden ist.

In diesen realen sozialen Bewegungen entwickeln und konkretisieren sich die Alternativen zur Perspektivlosigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik am Ende der 70er Jahre. Natürlich werden die gewerkschaftlichen Forderungen sich nicht kurzfristig in vollem Umfang gegen den Widerstand der Unternehmer und das Sperrfeuer der Bundesregie-

23) Text in: Geschäftsbericht 1974 bis 1977 zum 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag, IG Druck und Papier, Tübingen 1977, S. 25ff.
24) Vgl. „Nachrichten . . .", 11/1977, S. 13f. und 12/1977, S. 17ff.
25) Text in: „Nachrichten . . .", 5/1978, S. 15ff.

rung durchsetzen lassen, und jedes Zurückbleiben hinter den gesteckten Zielen wird von der anderen Seite ausgenutzt werden, um die prinzipielle Unrealisierbarkeit der Ziele erneut zu „beweisen". Als Fazit der Entwicklung in den letzten Jahren aber lassen sich zwei grundsätzliche Erfahrungen festhalten:

Erstens: Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Wahrung und Verbesserung des sozialen Besitzstandes erfordert es, die ausschließliche Orientierung wirtschaftlicher Entscheidungen am privaten Unternehmergewinn zu beenden und in die privatkapitalistische Dispositionsfreiheit planend und lenkend einzugreifen.

Zweitens: Die Realisierbarkeit des Ziels einer vernünftigen, demokratischen und sozialen Wirtschaftsentwicklung hängt wesentlich von der Intensität der Mobilisierung und dem Druck ab, den die Gewerkschaften zu ihrer Verwirklichung entfalten können.

Daß diese Einsichten während der letzten Jahre in den theoretischen Erklärungen und der praktischen Politik der Gewerkschaften auf allen Ebenen eine zunehmende Rolle gespielt hat und weiter spielt, läßt für die Zukunft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der BRD vor allem härtere Klassenauseinandersetzungen erwarten. Aber eben dies ist auch die Grundlage dafür, daß die Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung allen Kapitalstrategien zum Trotz doch nicht so düster ist.

Bücher

„Rückkehr unerwünscht"

Literatur zum Widerstandskreis um Ernst Niekisch

Nach den beiden Erinnerungsbänden Ernst Niekischs (1889–1967)[1] liegt nun ein weiterer Memoiren-Band aus dem Kern des nationalrevolutionär-demokratischen[2] *Widerstandskreises* um Niekisch und Joseph Drexel (1896–9176) vor[3]. Das Buch enthält Drexels

1) Ernst Niekisch, Gewagtes Leben, Köln/Berlin (West) 1958; nun auch als Bd. 1 von: Ernst Niekisch, Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs, Köln 1974. Ernst Niekisch, Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs, Bd. 2: Gegen den Strom, Köln 1974.

2) Jede begriffliche Festlegung des Widerstandskreises kann nur ein Notbehelf sein, da sie seine Vieldeutigkeit und innere Uneinheitlichkeit nicht erfaßt. So würde etwa der Oberbegriff „konservative Demokraten" das revolutionäre Moment, vor allem bei Niekisch, übersehen. Erhard Schreiber charakterisiert Drexel und Niekisch als „national und konservativ, zugleich aber antikapitalistisch". (Erhard Schreiber, Ein Grenzgänger wie Niekisch, in: „Süddeutsche Zeitung" v. 20. 9. 1978.)

3) Wilhelm Raimund Beyer (Hrsg.), Rückkehr unerwünscht. Joseph Drexels „Reise nach Mauthausen und der Widerstandskreis Ernst Niekischs, Stuttgart 1978.

KZ-Erinnerungen, den vollständigen Text des Geheimurteils, das der „Volksgerichtshof" 1939 gegen Ernst Niekisch, Joseph Drexel und Karl Tröger nach fast zweijähriger Gestapo- und Untersuchungshaft der Angeklagten ergehen ließ, sowie einen kurzen politischen und juristischen Kommentar W. R. Beyers; Beyer hatte das Urteil 1954 im Document Center Berlin (Dahlem) ausfindig gemacht[4]).

Alle diese Berichte und Dokumente begründen durch sich selbst den Sinn und die Notwendigkeit, Menschen wie Drexel und Niekisch und ihren *Widerstandskreis* nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Über die selbstverständliche Verpflichtung hinaus, die Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Terror-Regime wachzuhalten, entspricht die Vorlage von Zeugnissen dieses Kampfes in einer Zeit zudem einem aktuellen Erfordernis, in der der Antifaschimus von maßgeblichen Kreisen in der Bundesrepublik gezielt diskriminiert wird, die NS-Verbrechen dagegen bagatellisiert werden, Franz Josef Strauß und Golo Mann öffentlich eine Generalamnestie für Verbrechen der Hitler-Göring-Bande fordern und sich der Faschismus auch international wieder verstärkt zu organisieren versucht. Der Komplizenschaft des Verschweigens und der sympathisierenden Geschichtsfälschung ist geschichtliche Wahrheit entgegenzusetzen. Dies verlangt, die ganze politische und weltanschauliche Breite des antifaschistischen Widerstands zu zeigen und auch die Möglichkeiten und die Bedeutung nationalrevolutionärer Gruppierungen und Persönlichkeiten nicht zu übersehen.

Als Einführung in diese Materie am Beispiel des *Widerstandskreises* und seiner Konzeption können Niekischs autobiographische Bände gute Dienste leisten, insbesondere der erste, der mit der Befreiung[5]) 1945 abschließt. Beide Bände sind jedoch mit der Vorsicht historischer Kritik zu lesen und nicht durchweg für bare Münze zu nehmen; je nach dem verhandelten Gegenstand sind die einzelnen Kapitel unterschiedlich zu gewichten und zu bewerten. Abgesehen von der Bedeutung, die der erste Band für die Faschismus-Forschung besitzt[6]), dürfen Niekischs Berichte über das revolutionäre Bayern zur Zeit Kurt Eisners und danach (1918/19) erhebliches Interesse beanspruchen: Niekisch fungierte damals als Vorsitzender der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte[7]). Unerläßlich ist die Lektüre für jeden, der sich mit der Entstehung und der Entwicklung der Zeitschrift (ab 1924) und des Verlages (ab 1928) „Widerstand" und des *Widerstandskreises* beschäftigen möchte; dieser Kreis versammelte in seinen Reihen und um sich Personen, häufig aus der Bündischen Bewegung, die zwischen Nationalismus und Konservativismus einerseits und sozialistischen und sowjetfreundlichen Positionen andererseits ambivalent schwankten bzw. beides zu verbinden suchten und sich in der prinzipiellen Ablehnung des Versailler Vertrags und der Lasten einig waren, die diser dem deutschen Volk auferlegte; personelle Verbindungen und Übergänge zwischen Faschisten und ihren nationalistischen Gegnern werden anschaulich.

In zeitlicher und reflektierter Distanz schreibt Niekisch: „Das Mittel der Ideologie-Verkehrung, welches das Großbürgertum zur Anwendung gebracht hatte, als es dem Begriff des Sozialismus einen Inhalt gab, der die rebellische bürgerliche Jugend wieder auf ein antibolschewistisches Gleis zurücklocken sollte, wurde jetzt gegen das Großbürgertum gebraucht; eine nationalistische Idee wurde mit antikapitalistischem bürgerfeindlichen Sinn erfüllt."[8]) Es ist kein Zufall, daß Niekisch in solchen Zusammenhängen ausführlich auf Richard Scheringer zu sprechen kommt: „Der Fall Scheringer war der Fall des deutschen Nationalismus."[9]) Auch im „Volksgerichtshof"-Urteil von 1939 ist von Scheringer die Rede, und zwar im Abschnitt: „IV. Stellungnahme und Beziehung der Widerstandsbewegung zur KP"[10]).

Der zweite Band umfaßt die Zeit der Tätigkeit Niekischs an der Volkshochschule Wilmers-

4) W. R. Beyer, Zwischenbemerkung des Herausgebers, in: Rückkehr unerwünscht, a.a.O., S. 176.
5) Für Niekisch selbst, aus dem Zuchthaus Brandenburg.
6) Auch die Kapitel, die unmittelbar die Verfolgung und Verhaftung Niekischs durch die Nazis zum Gegenstand haben, sind nicht allein individuell-biographisch, sondern in allgemeinerer Dimension von hohem geschichtlichen Interesse.
7) Zum Thema „Niekisch und die Münchener Räterepublik" siehe z. B. W. R. Beyer, Die Verzeichnung des antifaschistischen Widerstands von Ernst Niekisch, in: „Blätter", 8/1973.
8) E. Niekisch, Gewagtes Leben, 1958, S. 150.
9) A.a.O., S. 183. – Der Leutnant Scheringer war als Mitglied einer NSDAP-Zelle in der Reichswehr vor Gericht gestellt und zu Festungshaft verurteilt worden. (Es war der Prozeß, in dem Hitler als Zeuge seinen berühmten Legalitätseid auf Weimar ableistete); während seiner Haft trat er, nach einem Gespräch mit der NSDAP-Führung, der KPD bei. Vgl. Richard Scheringer, Das große Los – Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Reinbek 1959.
10) Rückkehr unerwünscht, a.a.O., S. 223.

dorf und die Zeit, in der er im Kulturbund für die demokratische Erneuerung Deutschlands, im Volkskongreß und in der Volkskammer sowie als Lehrbeauftragter und Professor an der Humboldt-Universität wirkte; solange er dazu körperlich überhaupt in der Lage war, verfolgte er seine Politik der „Ostorientierung" nach der Befreiung weiter. Der Band endet mit Niekischs – lange vorbereitetem – Austritt aus der SED im Jahre 1958. Vieles in dem Buch trägt apologetische Züge – apologetisch in zwei Richtungen; Niekisch, der Grenzgänger, blickt beim Schreiben zugleich nach „Ost" und nach „West". Dies dürfte auch mit einem bereits für den ersten Band signifikanten Bedürfnis Niekischs zusammenhängen, nach verschiedenen Seiten hin recht zu haben, bzw. schon immer recht gehabt zu haben. Selbstverständlich dient ihm die Autobiographie nicht nur dazu, seine Anschauungen und seine „Linie" vorzustellen, sondern sie auch historisch zu rechtfertigen.

Es ist bezeichnend, daß für ihn nach eigenem Bekunden mit dem Jahr 1952 eine Zäsur einsetzte, mit dem Jahr, in dem der Aufbau des Sozialismus in der DDR beschlossen und in folgerichtigem Zusammenhang damit die SED in eine Partei neuen Typs umgewandelt wurde: Ihm machten die Schwierigkeiten zu schaffen, die der Widerspruch zwischen der nationalistisch motivierten „Ostorientierung" einerseits und dem Aufbau des Sozialismus in der DDR und der damit verstärkt divergierenden Entwicklung der beiden deutschen Staaten andererseits mit sich brachte. Als besonders lehrreich können in diesem Band Niekischs Erinnerungen an die Geschichte der Spaltung Deutschlands durch die Westmächte und die ihnen verbundenen deutschen Interessengruppen und an die Volkskongreßbewegung hervorgehoben werden. Im Überblick gilt, daß Niekisch sich trotz aller Schwankungen und Widersprüchlichkeiten in letzter Instanz nicht zu den rot-braun-Propheten gesellt hat, sondern sich desen bewußt war, welcher der deutschen Staaten es mit der antifaschistischen Politik und der Wahrung der nationalen Interessen ernst nahm. Seine persönlichen Erfahrungen mit den Verhältnissen in Westberlin und der Bundesrepublik haben ihn zudem immer wieder unerbittlich daran erinnert.

Im Zentrum dieser Erfahrungen stand das Bemühen des infolge der NS-Haft 1937–1945 weitgehend Gelähmten und Erblindeten um Entschädigung für die erlittene Haft und die körperlichen Schädigungen. Die Geschichte seines Kampfes um die Entschädigung, die skandalöse Behandlung, die ihm von seiten der herrschenden Kräfte in Westberlin und in der Bundesrepublik zuteil wurde, nehmen in den Memoiren zu Recht einen breiten Raum ein. Sie sind auch Inhalt eines Dokumenten-Bandes, den Joseph Drexel, der Verleger der „Nürnberger Nachrichten", 1964 zum 75. Geburtstag seines Freundes Niekisch ediert hat[11]) Niekisch wurde die gesetzliche Entschädigung – seinen ersten Antrag auf „Wiedergutmachung" stellte er 1951 – wie vielen anderen Betroffenen mit der „Begründung" verweigert, er habe sich nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes einem anderen Feind der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung", dem Kommunismus, zur Verfügung gestellt. Der Prozeß um seinen Rechtsanspruch wurde von Fabian v. Schlabrendorff als Rechtsanwalt und Wilhelm Raimund Beyer als Berater durch alle in Frage kommenden Instanzen geführt und endete 1966 (!) endlich damit, daß Niekisch – wenige Monate vor seinem Tod – eine Entschädigung „im Vergleichswege" wenigstens teilweise gewährt wurde[12]).

Auch Joseph Drexel blieben die Erfahrungen des konsequenten Antifaschisten in einem Staat, der sich als Rechts- und manchmal als ein Funktions-Nachfolger des Hitler-Reiches versteht, nicht erspart. Aus Anlaß seines 80. Geburtstags beschloß 1976 der Stadtrat von Nürnberg einstimmig, Drexel die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Aus gleichem Anlaß hatte zuvor schon die Humboldt-Universität in Berlin Drexel als verdientem Publizisten und Verleger die Ehrendoktorwürde der philosophischen Fakultät zugedacht. Als dies in Nürnberg bekannt wurde, drohte die CSU-Fraktion im Stadtrat, ihre Zustimmung zur Ehrenbürgerschaft zurückzuziehen, wenn Drexel die Ehrung der Humboldt-Universität annehme und nach Berlin fahre. Drexel ließ sich nicht einschüchtern. Als Antwort auf öffentliche Angriffe des Nürnberger CSU-Vorsitzenden diktierte Drexel eine eingehende Antwort[13]). Unmittelbar danach ereilte ihn ein Herzinfarkt, der nach einigen Tagen seinen

11) Joseph E. Drexel, Der Fall Niekisch. Eine Dokumentation, Köln/Berlin (West) 1964.
12) Der Vorgang, die Schriftsätze und Entscheidungen haben im Blick auf Berufsverbote und Menschenrechtsphraseologie eine eminent aktuelle Brisanz und bieten zu diesen Komplexen eine reiche juristische Fundgrube.
13) U. a. in: „Nürnberger Nachrichten" v. 10./11. 4. 1976; „Deutsche Volkszeitung" v. 29. 4. 1976.

Tod herbeiführte. In dieser Antwort heißt es: „Im übrigen ist es vielleicht nicht unnötig, daran zu erinnern, daß es in der jüngsten Geschichte zahlreiche, in bezug auf nationale und konservative Gesinnung in jeder Hinsicht unverdächtige Persönlichkeiten gegeben hat, die sich mit den Kommunisten des Ostens und denen im eigenen Land nicht in ausgesprochener Freund-Feind-Stellung befanden. Ein Beispiel dafür ist der erzkonservative General de Gaulle gewesen ... Aber auch bei uns in Deutschland hat es immer, und das aus guten und logischen Gründen, ‚Linke Leute von rechts' gegeben. Von General v. Seeckt bis zum Grafen Ulrich v. Brockdorf-Rantzau, von Moeller van den Bruck bis Oswald Spengler, von Ernst Niekisch bis Friedrich Hielscher, von Walther Rathenau bis was weiß ich wen."

Mit diesem Zitat ist ein weiteres Mal angedeutet, wie schwer es ist, die Positionen Drexels, Niekischs und ihrer Freunde politisch-ideologisch exakt zu beschreiben oder gar „einzuordnen"; zu viele Welten, Traditionen und Anschauungen verbinden und mischen sich hier. Doch lassen sich immerhin *wesentliche* Momente und Ziele dieses „Kreises" namhaft machen und formulieren. Dabei sind auch die nun im Band „Rückkehr unerwünscht" vorgelegten neuen Zeugnisse hilfreich – in gleicher Weise für die historische Forschung wie für die politisch-ideologische Beurteilung des „Widerstandskreises" wichtig.

Niekisch wurde vom Volksgerichtshof zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt; das (neben anderen Umständen) bewahrte ihn vor dem KZ. Drexel erhielt dreieinhalb Jahre Zuchthaus. Ein Jahr und neun Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Dem Zuchthaus folgten einige Wochen Gestapo-Haft; wieder in „Freiheit", stand er unter Gestapo-Aufsicht. Im Sommer 1944 verschärften sich Überwachung, Auflagen und Vernehmungen. Im Gefolge der Ereignisse um den 20. Juli wurde Drexel schließlich über manche Zwischenstationen in das Arbeits- und Vernichtungs-KZ Mauthausen gebracht. Die ihn begleitenden Papiere der Gestapo Nürnberg trugen den Vermerk „R. U.": Rückkehr unerwünscht[14]). In Mauthausen wurde er nicht im eigentlichen Lager, sondern im Zellenbau eingesperrt, – unermeßlich die Torturen, denen er ausgeliefert war. Im Winter wurde er, was ihm vermutlich das Leben rettete, nach Flossenbürg verlegt[15]).

Drexels Bericht „Reise nach Mauthausen", den er bereits 1945, also unter dem unmittelbaren Eindruck des Erlebten, niederschrieb und an Freunde versandte[16]), endet mit den Sätzen: „Nie mehr wirst Du sein, was Du einmal warst. Nie mehr wirst Du werden, wie Du einmal gewesen. Nicht einmal in der Erinnerung. Blick nach vorne. Dort steigt sie herauf – die Morgenröte des Untergangs!"[17]) Insofern über die KZ-Brutalität berichtet wird, entzieht sich die Schrift jeder Kommentierung: Nicht-Mitteilbares wird mitgeteilt. – Stilistisch ist eine Nähe zu Ernst Jünger, der immerhin einer der Hauptmitarbeiter der Zeitschrift „Widerstand" gewesen war, nicht zu übersehen, – so etwa das Bedürfnis, keine Gelegenheit eines Ereignisses oder einer Beobachtung auszulassen, allgemeine Sentenzen zu Papier zu bringen. Die Gebrüder Jünger gehörten zum Freundeskreis Niekisch/Drexel; sie werden auch im Geheimurteil entsprechend erwähnt[18]). In diesen antifaschistischen Kreisen spielten insbesondere Ernst Jüngers „Marmorklippen" eine Rolle, eine auf der Grundlage rechts-kleinbürgerlicher elitärer Ideologien verfaßte Oppositions-Schrift gegen die „Hitlerei"; in der bestimmten Situation konnte das Buch vermutlich als antifaschistische Streitschrift verstanden werden und als solche wirken[19]).

Politisch ist Drexels Bericht ein Dokument, das an einem konkreten Fall die Einheit und Verbundenheit der Antifaschisten unterschiedlicher Herkunft und Orientierung aufzeigt, seien es Nationalkonservative, Christen, Kommunisten oder Offiziere, – eine Zusammengehörigkeit, die nicht dekretiert wurde, nicht dekretiert werden konnte, sondern angesichts des Schreckens als objektive Realität und Notwendigkeit erlebt und begriffen wurde. Bezeichnend für Drexels Geschichtsbild ist der Gedanke eines tragenden Bündnisses zwischen der „vorbürgerlichen Klasse" (und den

14) Joseph Drexel, Reise nach Mauthausen, in: Rückkehr unerwünscht, a.a.O., S. 121.

15) Vgl. Ernst Niekisch, Gegen den Strom, a.a.O., S. 187.

16) Joseph Drexel, Vorwort zu: Reise nach Mauthausen, a.a.O., 1961, S. 11.

17) Joseph Drexel, Reise nach Mauthausen, a.a.O., S. 171.

18) Geheimurteil, in: Rückkehr unerwünscht, a.a.O., S. 233. Vgl. Drexel, Reise ..., a.a.O., S. 68 und S. 105f. Vgl. Ernst Niekischs Bemerkungen zu Jünger, in: Gewagtes Leben und in: Gegen den Strom. Vgl. Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Hamburg 1962, (seit 1974 Frankfurt/M.), S. 184.

19) Auch Thomas Mann nahm dies – wie seine soeben veröffentlichten Tagebücher festhalten – so auf.

Offizieren alten Typs) und der „nachbürgerlichen Klasse, der Arbeiterschaft"[20]). Historiographisch liegt mit Drexels Schrift nicht nur ein Dokument der Widerstands-Bewegung (im doppelten Sinne) vor, sondern zugleich der Verhaltensweisen der Nazi-Apparate im Jahr 1944, als die Wende der Kriegslage auch von den maßgeblichen Größen des deutschen Imperialismus als Realität nicht mehr ignoriert werden konnte und die Endphase der Nazi-Herrschaft begann. Von erheblicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die folgende Beobachtung Drexels, die hier ausführlich zitiert sei: „Aus späteren Vernehmungen ergab sich zweifelsfrei, daß die Geheime Staatspolizei schon seinerzeit, also Wochen vor dem Unternehmen der Generale gegen Hitler, von den geplanten Maßnahmen der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens Kenntnis gehabt haben mußte, wahrscheinlich die Fäden dieses Unternehmens wenigstens teilweise schon in Händen und unter Überwachung hatte . . . Es darf angenommen werden, daß die Verschwörung der Generale bis weit in Einzelheiten hinein der Staatspolizei bekannt war, ja, daß sie möglicherweise sogar an der termingemäßen Vorbereitung ihre Hand mit im Spiele hatte. Diejenigen, die zu schieben vermeinten, waren vermutlich, ohne es zu ahnen, längst die Geschobenen."[21]) Dem ahnungsvollen Leser fällt dazu mancherlei ein – seien es Namen, seien es die Schweizer Gespräche zwischen Vertretern des Deutschen Reichs und den Westmächten (Allen Dulles) zur Klärung der Möglichkeiten eines Separatfriedens an der Westfront, sei es die in der Bundesrepublik offiziös gültige Auffassung, die die Kreise des 20. Juli als den Kern des antifaschistischen Widerstands in Deutschland auszugeben versucht.

Vor dem Volksgerichtshof war Joseph Drexel u. a. wegen Landesverrats angeklagt. Dieser Anklagepunkt wurde aufgrund von Zeugenaussagen aus dem Amt Canaris fallengelassen[22]). Das Urteil vom Januar 1939 erging gegen Niekisch und Drexel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechens gegen § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933". Ohne Zweifel stellt es zum Thema „Justiz im NS-Staat" ein gewichtiges Dokument dar. Der Urteilstext[23]) – im vorliegenden Band immerhin gute 150 Seiten stark – überrascht den juristischen Laien durch ein beachtliches analytisches und stilistisches Niveau. Auch Niekisch hat dies später ausdrücklich „gewürdigt", wie Schlabrendorff berichtet[24]). Vorsitzender des „Gerichts" war damals noch nicht Freisler, sondern Thierack; vor allem mußte das Urteil für den Folgeprozeß gegen andere Anhänger des *Widerstandskreises* zitiertfähig sein, worauf Beyer in seinem Kommentar hinweist[25]).

Bei aller gebotenen Vorsicht bietet das Urteil einen nicht abwegigen Einblick in die Konzeption und die Vorstellungswelt des *Widerstandskreises* und seines Spiritus rector Niekisch, zumal aus Niekischs Schriften und Manuskripten sehr ausführlich zitiert wird. Einer brauchbaren Charakterisierung des Widerstandskreises nahe zu kommen, ist – wie gesagt – nicht einfach. Es empfiehlt sich, zwei Schichten zu unterscheiden, deren Verflechtung und gegenseitige Durchdringung die spezifische Widersprüchlichkeit dieser Gruppierung ausmacht. Die eine Seite ist die ideologische Verbindung und zugleich widersprüchliche Auseinandersetzung mit Traditionen einer Kultur- und Gegenwartskritik von rechts, etwa von der Art Oswald Spenglers, ist der Einfluß einer kleinbürgerlich-romantisierenden Geschichtsphilosophie, zu deren bevorzugten Themenfeldern die Gegenüberstellung von Orient und Okzident und die (positiv oder negativ interpretierte) kulturelle Gestaltungsmacht der Technik (Niekisch vertritt eine durchaus optimistische Technik-Philosophie!) gehören[26])

Andererseits lag Niekischs Widerstandsgedanken eine einfache und rationale Einsicht zugrunde; aus ihr gewann er seine antifaschistische Kraft: „Widerstand" heißt primär Widerstand gegen das Diktat von Versailles. Deutschland kann sich der Ordnung von Versailles nur entziehen, wenn es aus dem System ausbricht, dessen notwendiger Ausdruck und

20) Drexel, Reise . . ., a.a.O., S. 91.
21) A.a.O., S. 15.
22) A.a.O., S. 170f.; Ernst Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953, S. 275, Anm.; F. v. Schlabrendorff, Ruhm eines Volkes, in: „Die Zeit" v. 7. 4. 1978, S. 14.
23) Einige, wenige Auszüge waren bereits 1964 im „Fall Niekisch" veröffentlicht worden.
24) F. v. Schlabrendorff, a.a.O.
25) Wilhelm Raimund Beyer, Zwischenbemerkung . . ., a.a.O., S. 179.
26) In diesem Zusammenhang siehe auch Niekisch, Die dritte imperiale Figur, Berlin 1935; die Lektüre dieses Buches wird erheblich dadurch erschwert, daß es in einer chiffrierten Sklavensprache geschrieben ist. – Zum Thema „Technik" vgl. u. a.: Gegen den Strom, a.a.O., S. 218f. – Adolf Grabowsky spricht in der Basler „Nationalzeitung" 1939 vom „romantischen Revolutionarismus" Niekischs, in: Drexel, Der Fall Niekisch, a.a.O., S. 28.

Konsequenz Versailles war: aus dem System des kapitalistischen Eigentums. Die nationalen Interessen können nur von einer Politik vertreten werden, die sich auf die Arbeiterklasse stützt; nationale Politik ist nur als sozialistische möglich. Außenpolitisch lautet das Programm analog und folgerichtig: Nur im Bündnis mit der Sowjetunion als der antiimperialistischen Macht kann diese Politik realisiert werden, kann Deutschland seine nationale Befreiung erkämpfen und seinem nationalen Auftrag, wie Niekisch ihn versteht, gerecht werden.

Diese Strategie und das vor allem Traditionen des Protestantismus und des Preußentums sammelnde ideologische Konzept konnten in einem Satz kulminieren wie: „An Lenin scheiden sich die Geister; wer gegen ihn steht, ist kein wahrhaftiger Protestant mehr."[27]) W. R. Beyer kritisiert und relativiert Niekischs „Leninismus" zu Recht[28]). Dennoch ist Niekischs Lenin-Begeisterung unübersehbar: Lenin bedeutete für Niekisch den Inbegriff all dessen, was ihm als modern, rational und klar vorschwebte, er war für ihn nicht allein Politiker, sondern auch geschichtsphilosophisches Symbol.

Organ der Widerstandsbewegung Niekischs war in propagandistischer und organisatorischer Hinsicht die Zeitschrift „Widerstand", die Niekisch von 1925 bis zum Verbot im Dezember 1934 herausgab. Die Berichte über die (zentralistische) organisatorische Struktur und die organisatorische Dichte der Bewegung ergeben kein eindeutiges Bild; im Prozeß wurde die organisatorische Seite verständlicherweise von Niekisch historisch unzutreffend heruntergespielt. Mit Sicherheit erstreckten sich die Verbindungen über das ganze Reichsgebiet und reichten in einem politisch nicht unerheblichen Maße in alle Kreise des „nationalen Lagers" bis weit hinein in die Reihen der Reaktion; sie waren vor allem in der Reichswehr nicht ohne Einfluß. Es ist gesagt worden, Niekisch habe – eben im „nationalen Lager" – eine politische und personelle Alternative zu Hitler repräsentiert. Ein solcher Gedanke ist gewiß nicht realistisch, mag aber einem zeitweiligen Selbstverständnis Niekischs nahekommen[29]). Nach dem 30. Januar 1933 nahm Niekisch an, daß die Hitler-Diktatur nicht lange dauern könne und daß ihr Bankrott, die Stunde des Widerstands, seine Stunde, sein werde. Dabei gab er sich andererseits über das Wesen des NS-Staates keinen Illusionen hin: Klar erkannte er in ihm die Diktatur des Monopolkapitals; scharfsinnig analysierte er auch den mit dem und am Kleinbürgertum veranstalteten Betrug und die Mobilisierung des Lumpenproletariats durch die Herren des Staates[30]).

Niekischs Widerstandsbewegung war ein wichtiges Bindeglied zwischen der antifaschistischen Politik der bewußten Arbeiterbewegung und den Hitler-Gegnern bzw. Antifaschisten innerhalb der nationalistisch, nationalkonservativ oder national-revolutionär gesonnenen Teilen der Bourgeoisie, des Adels und des Offizierskorps[31]). In der Fähigkeit, auch nicht unbedingt antifaschistische Kräfte und Energien von der Nazi-Bewegung fernzuhalten und sie seit 1933 an den konsequenten Kampf für den Sturz des Hitler-Regimes heranzuführen, sie in die Konzentration der Kräfte zum antifaschistischen Ziel zu integrieren und im Bereich der politischen Rechten für das Verständnis der Notwendigkeit eines Bündnisses mit der Sowjetunion zu werben, darin bestand vielleicht die eigentliche historische Bedeutung Niekischs und seines Widerstands. Hilfreich wird dabei Niekischs spezifische Wertung Preußens gewesen sein[32]), in dem er die historisch bevorzugte formende Klammer zwi-

27) E. Niekisch, Deutsche Mobilmachung, Manuskript, S. 189, hier zit. nach dem Geheimurteil, a.a.O., S. 259.

28) W. R. Beyer, Die Verzeichnung des antifaschistischen Widerstands von Ernst Niekisch, a.a.O., S. 875. Beyer polemisiert in diesem Aufsatz gegen: Friedrich Kabermann, Widerstand und Entscheidung eines deutschen Revolutionärs. Leben und Denken von Ernst Niekisch, Köln 1973; eine positive Kritik dieses Buches von konservativer Seite gibt F. v. Schlabrendorff in: „Die Zeit" v. 16. 3. 1973, S. 28: „Preußen plus Marx plus Lenin".

29) Auch der Urteilstext von 1939 läßt diesen Gedanken anklingen.

30) Immer noch lesenswert ist Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953 (geschrieben 1935/36).

31) Der Kampf gegen Versailles war auch ein zentraler Programmpunkt der KPD, und nationalistisch orientierte Strömungen und Kreise in die Front aller Hitler-Gegner einzubeziehen, war eine wesentliche (nun im Zusammenhang der konzeptionellen antifaschistischen Strategie vorgetragenen) Forderung ihrer Brüsseler Konferenz von 1935, in: Die Brüsseler Konferenz der KPD, Frankfurt/M. 1975; vgl. auch: Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes (1930), in: L. Berthold und E. Diehl (Hrsg.), in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (DDR) 1967.

32) In einer gewissen Analogie verstand sich Drexel als Bayer und Katholik; jedenfalls erweckt er manchmal diesen Eindruck. – Grundlegende Unterschiede zwischen Drexel und Niekisch betont z. B. E. Schreiber, a.a.O.

schen Deutschland und dem Osten sah. Daß die Widerstandsbewegung Niekischs und Drexels noch im Nationalkomitee Freies Deutschland und im Bund Deutscher Offiziere nachwirkte, darf angenommen werden. Auch nach der Befreiung trug Niekischs Konzeption noch: im Bündnis mit der Sowjetunion und mit ihrer Hilfe eine antifaschistische, demokratische Ordnung durchzusetzen als dem einzigen Weg zur Verwirklichung einer nationalen Politik[33]).

Niekischs politische Vorstellungswelt wurde primär durch ideengeschichtliche Antagonismen und weniger durch die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt; diese waren ihm eher Mittel zum Zweck, d. h., er versuchte, sie in den Dienst seiner Überzeugungen und Visionen über das Schicksal und die Aufgabe Deutschlands zwischen Ost und West im 20. Jahrhundert zu stellen. Ideologische Konzeptionen können durch die Kraft der geschichtlichen Realität relativiert, berichtigt und objektiv neu bestimmt werden; bei Niekisch scheint eine solche Dialektik der „Umfunktionierung" von Ideen mit der Tendenz, mit dem geschichtlich Notwendigen in Einklang zu kommen, wirksam gewesen zu sein. Mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR und der damit zunehmenden Bedeutung der Arbeiterklasse und des wissenschaftlichen Sozialismus in allen ökonomischen, politischen und ideologischen Bereichen wurde aber diese Real-Konvergenz des Notwendigen aufgelöst; Niekischs Ideen wurden von der geschichtlichen Entwicklung überfordert und überholt. Obwohl zeitweilig Mitglied der SED, hatte er nicht (mehr?) die Fähigkeit, unter den neuen Bedingungen aktiv, nicht mehr nur „besserwissend", beim Aufbau der neuen Gesellschaft mitzuarbeiten. Sein geschichtliches Verdienst wird dadurch nicht aufgehoben.

Kann der Widerstandsgedanke des Niekisch-Kreises heute in der Bundesrepublik Deutschland eine politische Bedeutung haben oder gewinnen? Neben anderen Überlegungen mag auch folgender Sachverhalt erwogen werden: Die Konzentration des multinationalen Kapitals führt dazu, daß die Zahl seiner Zentren und Subzentren beschleunigt abnimmt. Im kapitalistischen Europa nimmt die Bundesrepublik als Subzentrum unter den USA ökonomisch, politisch und militärisch eine hegemoniale Rolle ein; das schließt als Auftrag und Ziel ein, die Souveränität der anderen Nationen des betreffenden Bereichs zu „kontrollieren" und ein Teil-Europa der Monopole unter Führung der BRD zu errichten. Die Bundesrepublik aber wird von den USA „kontrolliert". Dabei wird der Konkurrenzkampf auch von seiten der USA gegen die Bundesrepublik hart und aggressiv ausgetragen; die vergangenen Monate lieferten deutliche Beispiele, bis hin zu den erst kurz zurückliegenden massiven Einwirkungsversuchen der USA, die sich entwickelnden ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu stören.

Allein diese Konstellation und dieses Spannungsfeld monopolistischer Konkurrenz erlauben bereits die Diagnose und Prognose, daß unter den gegebenen und zu erwartenden Bedingungen in der Bundesrepublik ein Nährboden nationaler bis nationalistischer, mehr oder weniger konsequent antiimperialistischer Opposition, die sich sehr unterschiedlich ausprägen kann, ständig vorhanden ist. Deutlicher denn je findet jedes nationale Interesse seinen natürlichen Verbündeten im sozialistischen Staatensystem, insbesondere in der Sowjetunion. Es gehört zu den politischen Aufgaben der Demokraten unseres Landes, das nationale Interesse der Bundesrepublik zu formulieren, es aktiv zu vertreten und damit zu verhindern, daß es den herrschenden Kräften noch einmal gelingt, national(istisch) motivierte Kritik und Opposition, sei sie eher kleinbürgerlich oder eher bürgerlich-konservativ geartet, zu verfälschen, für ihre Interessen einzuspannen und gegen andere Nationen zu wenden. Mit Sicherheit wird nationale Politik in erster Linie Friedenspolitik sein.

Wie steht es heute überhaupt mit der Kategorie des „konservativen Demokraten"? Gibt es Möglichkeiten eines Einverständnisses zwischen fortschrittlichen Demokraten, Sozialisten und bürgerlichen Konservativen? Dem Dialektiker dürfte der Konservative in der Regel näher stehen als der „Modernist"; der im dialektischen Sinne „konservative" Marxist könnte der einzige sein, der die allerdings nicht mehr zahlreichen Konservativen, denen es um die Bewahrung und das Leben ihrer Tradition und nicht um die Verteidigung der Interessen der Monopolbourgeoisie geht, versteht und ihnen eine Perspektive vermitteln kann. Jedenfalls hat sich in der Geschichte die Arbeiterklasse als das Zentrum der Kräfte er-

33) Siehe z. B. Niekischs Rede im Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrats am 13. 7. 1948, in: „Blätter", 8/1973, S. 878f.

wiesen, die in der Lage und willens sind, die nationalen Interessen und das Erbe der nationalen Kultur lebendig zu verteidigen, zu entwickeln und mit den nationalen Interessen und Kulturen aller Völker zu verbinden.

Die Geschichte hat diesen Fragenkomplex für die Bundesrepublik Deutschland kompliziert gestaltet: Zum einen kennt die deutsche Geschichte – das hat u. a. viel mit der verspäteten ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung Deutschlands bzw. in Deutschland zu tun – im Gegensatz etwa zu Frankreich nicht die konservative Demokratie als politische Strömung. In Deutschland ist „rechts" selten mit Antifaschismus in Deckung zu bringen; es gibt hier z. B. nichts Vergleichbares zum antifaschistisch-demokratischen Flügel des Gaullismus. Im Gegenteil: „Linke Leute von rechts" kommen in Deutschland in der Regel aus der Tradition der Romantik, aus dem Geist der Reaktion gegen die bürgerliche (Französische) Revolution; sie präsentieren sich weniger als geschichtskräftige, mehr als geschichtswidrige Gestalten. (In Niekisch sind beide Traditionen lebendig.) Zum anderen aber gibt es zwei deutsche Staaten, und das Geschehen in der Bundesrepublik wird indirekt, einfach durch die Existenz der DDR, immer auch vom anderen Staat mitbeeinflußt. Dieser hat es nie verschmäht, auf antifaschistischer Grundlage sich bewußt auf die nationale, nicht zuletzt auf die preußische Tradition und den fortschrittlichen Charakter des nationalen Gedankens zu beziehen.

Welche Inhalte, welche Strategien im politischen Einsatz für die Sicherung des Friedens und die Erweiterung und Festigung der Demokratie in der Bundesrepublik taugen, wird nicht am Schreibtisch entschieden; es ist eine Sache der Praxis. Gebraucht wird jeder Einsatz, sei er marxistisch, christlich, national oder durch andere Anschauungen motiviert. Für ihren geschichtlichen Ort geben Erinnerungen wie die Drexels Auskunft darüber, aus welchen Quellen sich ein tatkräftiger Humanismus nähren konnte. Woher heute demokratisch-humanistische Substanz und Kraft kommen kann, ob vielleicht auch aus der Tradition des Niekisch-Drexel-Kreises, wird sich in den vor uns stehenden Auseinandersetzungen erweisen.

Wolf-Dieter Gudopp

Südafrika

Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika

Protokoll
Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 21
79 Seiten, DM 6,–

Heinrich Loth

Apartheid und Kirchen

Südafrikanische Christen im Widerstand
Mit Fotos und Abbildungen
238 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

HUMANITÄT UND STRATEGIE

„Sie sagten vorhin, Sie hätten fünfzig Menschen umgebracht. Wie haben Sie denn das gemacht?" – „Wir nahmen Spaten und haben sie den Menschen auf die Köpfe geschlagen." Dies sind Worte aus einem Interview mit dem 32jährigen Kompanieführer Mai Savoun, Mitglied der kampucheanischen Streitkräfte, jetzt Gefangener in einem Lager in Vietnam.

Als vor Monaten in einer Sondersendung der ARD Filmaufnahmen von Opfern der roten Khmer-Truppen in Vietnam zu sehen waren, bemühte sich der Kommentator, die Wirkung der Bilder mittelalterlicher Grausamkeit mit dem Hinweis einzuschränken, es handle sich um ein „propagandistisches Machwerk aus Vietnam". In der „Report"-Sendung vom 2. Januar 1979 drückt der Kommentator seine Verwunderung darüber aus, daß der interviewte Mörder nicht von Vietnamesen sprach, sondern daß er Landsleute, also Kampucheaner, umgebracht hatte. Er zog daraus aber nicht die offenliegenden Konsequenzen, nämlich daß ein Regime, das die eigene Intelligenz ausrottet, das systematisch im Lande lebende Vietnamesen, Chinesen (!) und Cham-Minderheiten verfolgt und massakriert, bei Grenzverletzungen die vietnamesische Bevölkerung kaum humaner behandeln dürfte und daß ein solches Regime die Ablenkung von solchen Untaten am eigenen Volk durch das Schüren eines Konflikts mit einem äußeren Feind wahrhaftig nötig hat.

In der Sendung, und das ist ihr Verdienst, kamen erstmals Vertreter des zur Zeit in der ganzen Welt wohl am meisten unterdrückten Volkes anklagend zu Wort. Der penetrant dreimal wiederholte Hinweis, das „Russell-Tribunal" solle sich dieser Angelegenheit annehmen, ist prinzipiell richtig, setzt die „Report"-Redaktion aber dennoch dem Verdacht aus, die Not des kampucheanischen Volkes zur Ablenkung von Zuständen in der Bundesrepublik zu mißbrauchen: bekanntlich tagt das Tribunal derzeit in Köln und verhandelt über Meinungsfreiheit und Zensur in der Bundesrepublik.

Denn des Redakteurs Mahnung: „Völkermord als Thema geht vor" ist offenbar noch nicht einmal im eigenen Haus auf Widerhall gestoßen. ARD und ZDF ziehen, im Verein mit der *maßgeblichen* Presse unseres Landes, Konsequenzen aus solchen Dokumenten und Informationen noch nicht einmal für ihre eigene Indochina-Berichterstattung. „Wer in diesem zynischen Streit recht hat, läßt sich schwer sagen" (Tagesschau vom 5. Januar über den Grenzkrieg Vietnam – Kampuchea) – so gibt man sich *objektiv* und wird damit selber *zynisch*. In die Schlagzeilen und Sprechermeldungen gelangen dabei nur die Worte der Feinde Vietnams: „Die in Kambodscha eingedrungenen Invasionstruppen Vietnams" (Frankfurter Rundschau (FR) vom 6. Januar) – ohne Anführungsstriche. Der neugegründeten „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für nationale Rettung"[1]) (FUNSK) gesteht man weder eine eigenständige Existenz, noch die Hilfe von vietnamesischer Seite im Kampf gegen den Völkermord zu. Über ihr Programm wird kaum berichtet, während man einem Toten von 2700 Flüchtlingen auf dem Frachter „Huey Fong" einen vierspaltigen Artikel widmet (FR vom 3. Januar). Im Kommentar ist zwar noch zuweilen vom „brutalen Khmer-Rouge-Regime" die Rede, viel mehr aber bereits von der „Verschiebung des Mächtegleichgewichts" und seinen „unkalkulierbaren Folgen" (FR vom 6. Januar).

Seitdem FUNSK und die SR Vietnam den Völkermord in Kampuchea organisiert bekämpfen, geht er „als Thema" nicht mehr vor, „haben das Menschenrechtsproblem und die Grausamkeiten in Kampuchea strategischen Überlegungen Platz gemacht" („Le Monde" vom 16. Dezember 1978). Unsere herrschenden Medien verbreiten zunehmend eine Einschätzung, die der Premierminister von Singapur, Lee Kuan-yew, bei einem Besuch in Bangkok, im Namen der ASEAN-Staaten, nüchtern so formuliert hat: „Wir sind kaum beeindruckt von den Taten des Herrn Pol Pot, aber eine Herrschaft des FUNSK ist noch schlimmer" – weil Hanoi-, weil Moskau-freundlich. „Da ziehen wir es immer noch vor, das gegenwärtige Regime zu unterstützen" („Le Monde" vom 21./22. Dezember 1978).

Eine Menschenrechts-Logik von wahrhaft chinesischen Ausmaßen!

Günter Giesenfeld

---

[1]) Vgl. den Dokumententeil dieses Heftes. D. Red.

Wirtschaftsinformation

Wirtschaftsprognosen 1979

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Trotz der teilweise sehr schlechten Erfahrungen mit quantifzierten Jahresprognosen bemühen sich Jahr für Jahr zahlreiche Institutionen, die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in allen Einzelheiten in ein Zahlenwerk zusammenzufassen und als Jahresprognose zu veröffentlichen. Dabei geben diese Berechnungen in der Regel mehr Auskunft über die Wunschvorstellungen der Autoren, als daß sie als Grundlage von Entscheidungen dienen könnten. Es sei als Beispiel an die Prognosen für 1975 erinnert: es wurde allgemein eine wirtschaftliche Belebung gegenüber 1974 vorausberechnet. Tatsächlich aber war 1975 der tiefste krisenhafte Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik.

Trotzdem spielen die Prognosen eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik. Sie sind interessant weniger als Informationen über die zukünftige Entwicklung als vielmehr wegen ihrer Bedeutung als wirtschaftspolitische Instrumente. Vorgestellt seien hier die Berechnungen der Bundesregierung, des Sachverständigenrates, der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute (die Träger des „Gemeinschaftsgutachtens" sind: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Ifo-Institut, Institut für Weltwirtschaft, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) und des WSI der Gewerkschaften.

Allgemein wird für 1979 eine leichte wirtschaftliche Belebung erwartet, die Wachstumsraten sollen demnach über dem Ergebnis von 1978 liegen.

Tabelle 1

Wachstumsraten 1979[1])

	Nominal	*Real*
Bundesregierung[2])	*+7,5*	*+4,0*
Sachverständigenrat	*+7,0*	*+3,5–4,0*
Gemeinschaftsgutachten[3])	*+7,5*	*+4,0*
WSI	*+7,7*	*+3,8*

1) Veränderung des Bruttosozialprodukts (BSP) in % gegenüber dem Vorjahr, die Wachstumsraten für 1978 liegen bei 7,0 bzw. 3,0%.
2) Konjunkturelle Eckdaten, die der Steuerschätzung zugrundeliegen.
3) Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute.
Quellen: Veröffentlichungen der Institutionen.

Die Schätzungen für das globale Wachstum des BSP liegen also ziemlich dicht beieinander. Allerdings herrscht große Unsicherheit über den Verlauf in der zweiten Jahreshälfte von 1979. So erwarten die Institute in ihrem „Gemeinschaftsgutachten" schon im zweiten Halbjahr 1979 wieder eine Wachstumsverlangsamung. Sie rechnen damit, daß im Verlaufe des Jahres 1979 die Impulse der Bauwirtschaft, die zu einem großen Teil von der öffentlichen Hand ausgehen, nachlassen werden.

Alle Prognosen erwarten für 1979 eine kräftige Umverteilung zugunsten der Gewinne, nachdem sich die Verteilungsposition der Arbeiter und Angestellten schon 1978 deutlich verschlechtert hat.

Tabelle 2

Einkommensentwicklung 1979

	Nettolöhne[1])		Nettogewinne[2])	
	1978	1979	1978	1979
Bundesregierung[3])	+6,0	+6,5	+ 9,0	+10,0
Sachverständigenrat	+6,5	+6,5	+10,5	+10,5
Gemeinschaftsgutachten	+6,5	+7,0	+11,0	+13,0
WSI	+6,5	+7,0	+11,5	+16,0

1) Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Summe in % gegenüber dem Vorjahr.
2) Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Summe, in % gegenüber dem Vorjahr. Zahlen für 1978 sind vorläufige Schätzungen.
3) Bruttowerte.

Quellen: Ebd.

Der Gewinnboom, der schon im zweiten Halbjahr 1978 eingesetzt hat, soll sich demnach auch 1979 fortsetzen. Bundesregierung, Sachverständigenrat und „Gemeinschaftsgutachten" bezeichnen den Gewinnvorsprung sogar als notwendige Bedingung der wirtschaftlichen Belebung. So hofft der Sachverständigenrat für 1979, „daß die tariflichen Stundenverdienste etwas weniger stark angehoben werden als in diesem Jahr". Gleichzeitig muß zugegeben werden, daß die Binnennachfrage, vor allem die private Nachfrage, die entscheidende tragende Kraft der leichten Belebung ist und weiterhin sein wird. Wie auch in den vorherigen Jahren, wird die „Quadratur des Kreises" versucht: die private Nachfrage soll erhöht werden, ohne daß die Kaufkraft der Löhne und Gehälter entsprechend ansteigt.

Die relativ günstige Entwicklung der privaten Nachfrage, neben den öffentlichen Aufträgen ein wichtiger Faktor der konjunkturellen Stabilisierung im Jahre 1978, ist zu einem erheblichen Teil der unerwartet günstigen Preissituation zu verdanken. Der private Verbrauch dürfte sich nach vorläufigen Schätzungen 1978 „nur" um etwa 2,6% verteuert haben. Das hängt allerdings mit einigen Sonderfaktoren zusammen, die schon gegen Jahresende 1978 an Wirksamkeit eingebüßt haben. Zu diesen Sonderfaktoren gehört die Aufwertung der DM, die die Importe, insbesondere die von Rohstoffen, verbilligt hat. Auch die gute Ernte hat die Verteuerung der Lebenshaltung vorübergehend verlangsamt. Für 1979 aber wird allgemein eine wieder beschleunigte Preisentwicklung erwartet.

Tabelle 3

Preisentwicklung 1979[1])

	Verbraucherpreise
Bundesregierung	+3,0
Sachverständigenrat	+2,5
Gemeinschaftsgutachten	+3,5
WSI	+3,0

1) Verbraucherpreise in % gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Ebd.

Vor allem die Schätzung des Sachverständigenrats muß als zu optimistisch bezeichnet werden. Hier ist der Zweck offensichtlich: die Gewerkschaften sollen in ihren Lohnforderungen gebremst werden. Ein Unsicherheitsfaktor dieser Schätzungen ist die Entwicklung des Außenwerts der DM. Kommt es 1979 zu der erwarteten relativen Stabilisierung der Währungsrelationen, die vor allem als Ergebnis der währungspolitischen Maßnahmen der EG erhofft wird, so dürfte der „Ex-

port der Inflation" durch die Bundesrepublik erschwert werden, die Inlandspreise würden dann beschleunigt steigen. Das erwartete Wirtschaftswachstum liegt zwar höher als in den beiden Vorjahren, wird jedoch keinesfalls ausreichen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Tabelle 4

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1979

	Beschäftigung[1])	*Arbeitslose*[2])
Bundesregierung	*+100*	–
Sachverständigenrat	*+100–150*	*900–950*
Gemeinschaftsgutachten	*+100*	*ca. 950*
WSI	*+ 60*	*950*

1) Erwerbstätige in 1000 Personen, Zunahme gegenüber 1978.
2) Registrierte Arbeitslose in 1000 Personen.

Quellen: Ebd.

Der leichte Anstieg der Beschäftigung verbessert die Situation auf dem Arbeitsmarkt kaum, da auch das Angebot an Arbeitskräften ansteigt. Der Sachverständigenrat rechnet damit, daß 1979 etwa 50 000 Personen mehr in den Erwerbsprozeß eintreten als ausscheiden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der ausscheidenden Erwerbspersonen in der „stillen Reserve" des Arbeitsmarkts verschwinden oder als Ausländer die Bundesrepublik verlassen. Der leichte Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen signalisiert daher keine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt. So hat sich die Situation 1978 bei rückläufigen offziellen Arbeitslosenzahlen tatsächlich eher verschlechtert.

Tabelle 5

Arbeitslosigkeit 1978[1])

	1977	*1978*[2])
Registrierte Arbeitslose	*1030*	*993*
Stille Reserve	*600*	*625*
Abwanderung von Ausländern	*48*	*45*

1) In 1000 Personen.
2) Schätzung des Sachverständigenrats.

Quelle: Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrats, S. 60.

Berücksichtigt man, daß auch 1978 wieder etwa 45 000 ausländische Arbeitskräfte per Saldo abgewandert sind und den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik entlastet haben, so ist die Arbeitslosigkeit auch im vergangenen Jahr tatsächlich noch etwas angestiegen. Nimmt man als Ausgangsjahr 1973, den Beschäftigungshöhepunkt vor der Wirtschaftskrise, so wurden in der Bundesrepublik im Jahre 1978 mehr als zwei Millionen Arbeitslose „produziert".

Diese Zahl setzt sich folgendermaßen zusammen: Zwischen 1973 und 1978 haben per Saldo 471 000 ausländische Arbeiter die Bundesrepublik verlassen, erscheinen also in der westdeutschen Arbeitsmarktstatistik nicht. 625 000 Arbeitslose tauchen nur in den Schätzungen der „stillen Reserve" auf. Weniger als die Hälfte, knapp 1 Million, wird offiziell als arbeitslos registriert. Ohne die Entlastungsfaktoren „Abwanderung" und „stille Reserve" läge die Arbeitslosenquote in der BRD bei 9 bis 10%.

Selbst wenn die relativ optimistischen Prognosen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums eintreten, wird die Arbeitslosigkeit sich tatsächlich nicht verringern. Trotzdem predigt die offizielle Wirtschaftspolitik den Verzicht auf wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen wie Arbeits-

zeitverkürzungen und zusätzliche öffentliche Beschäftigung. Dies zeigt die mittelfristige Zielprojektion der Bundesregierung für den Zeitraum 1978 bis 1982 sehr deutlich. Trotz eines völlig irrealen Konjunkturoptimismus hinsichtlich des Wirtschaftswachstum – es wird mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 4% gerechnet – bleibt die registrierte Arbeitslosigkeit mit 900 000 praktisch unverändert. Das Westberliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), einer der Mitautoren der „Gemeinschaftsgutachten", kommt daher zu folgendem Fazit: „Folgt man den Ansätzen der mehrjährigen Finanzplanung bis 1982, so wird deutlich, daß die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger darauf verzichtet haben, ihrer gesetzlich eingegangenen Verpflichtung zu einer Vollbeschäftigungspolitik nachzukommen." („DIW-Wochenbericht", 48/1978, S. 456.)

Jörg Goldberg

Tagungsberichte

Internationale Juristenkonferenz gegen Rassismus und Apartheid vom 11.–15. September 1978 in Baku

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1978 zum Anti-Apartheid-Jahr erklärt, um ihrem Kampf gegen die schlimmste Form des Rassismus größeren Nachdruck zu verleihen. Die weltweite Unterstützung und Anerkennung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika hat ein Niveau erreicht, welches die weitgehende Isolierung der südafrikanischen Siedlerregime bewirkt. Eine Tatsache, die man in der Bundesrepublik – Handelspartner, Kapitalexporteur und Kreditgeber Nr. 1 der Südafrikanischen Republik – nur unzureichend wahrnimmt. Sowenig aber alle politischen Probleme der Beseitigung des Rassismus gelöst sind, so stehen noch viele theoretische und völkerrechtliche Fragen über die verschiedenen Erscheinungsformen der Rassendiskriminierung offen.

Diesen Fragen war eine Konferenz gewidmet, die die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) in der Hauptstadt der Sozialistischen Republik Aserbeidschan, Baku, Sowjetunion, vom 11. bis 15. September veranstaltet hat. Baku war schon 1920 Veranstalter des Großen Kongresses der Völker des Ostens, es steht heute als sichtbares Zeichen für die Abwesenheit jeglicher Diskriminierung einer rassischen Minderheit in der Sowjetunion. Es hatte also seinen einleuchtenden Grund, warum gerade hier 60 Juristen aus 34 Ländern – einschließlich aller westeuropäischer Staaten sowie der USA – zusammengekommen waren, um über völkerrechtliche Probleme des Rassismus und der Apartheid zu diskutieren.

Grundlegende Probleme bei der theoretischen Erfassung des Rassismus ergeben sich heute nicht so sehr in seiner offensichtlichsten Form, der Apartheid-Politik, sondern vielmehr in den vielfältigen neuen Formen, die er in entwickelten kapitalistischen Ländern gefunden hat. Hier tarnt er sich mit rein ökonomischen Me-

chanismen der Überausbeutung, die für den normalen Bürger nur sehr schwer erkennbar sind. Diese neuen Formen des Rassismus dringen gleichsam von der Oberfläche des kapitalistischen Systems in die Tiefe desselben zur politischen und ökonomischen Grundlage. Rassismus ist nicht nur mehr Vorurteil und Ideologie, angesiedelt im Überbau der Gesellschaft, sondern erfaßt die ökonomische Basis, die Organisation der Produktionsverhältnisse. Dies ist insbesondere sichtbar in dem anwachsenden Rassismus in den USA, dem ungleichen Wirtschaftsaustausch zwischen Irland und England und der Stellung des irischen Arbeiters in England, ja in der gesamten Situation ausländischer Arbeitskräfte in den westeuropäischen Industriestaaten. Gleichfalls spielt der Rassismus seine psychologische Funktion in der Einstimmung der Bevölkerung auf die Ausdehnung der Herrschaft in Afrika, als Faktor des Systems der internationalen – ungleichen – Arbeitsteilung.

Was allerdings nicht auf dieser Konferenz geleistet werden konnte: Nur die konkrete historische Analyse des Rassismus und seiner verschiedenen Erscheinungsformen wird aufzeigen können, daß sie nicht nur zwischen verschiedenen Rassen auftreten können, sondern sich auch innerhalb ein und derselben Rasse mit der Diskriminierung einer nationalen Minderheit vermischen. Die Rassendiskriminierung ist objektiv mit den Beziehungen zwischen den Klassen verbunden, gerade die Klasseninteressen der Bourgeoisie erzeugen immer wieder neue Formen des Rassismus – dieser dient weitgehend dazu, jene im dunkeln zu belassen. „Der historisch erzeugte Klassenunterschied wird so zu einem natürlichen Unterschied, den man selbst als einen Teil des ewigen Naturgesetzes anerkennen und verehren muß, indem man sich vor den Edlen und Weisen der Natur beugt ... Damit werden die privilegierten Rassen sofort, wenn nicht gerade zur edlen und weisen, doch zur ‚artikulierten' Klasse; die unterdrückten Klassen sind natürlich die ‚stummen unartikulierten', und so ist die Klassenherrschaft neu sanktioniert", so hat Karl Marx schon Mitte des vorigen Jahrhunderts diesen Mechanismus beschrieben.

Für wissenschaftliche Arbeit gesucht

(auch leihweise):

Material aus der Oppositionsbewegung gegen die Politik Adenauers und die Remilitarisierung (Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren, so u.a.: „Das andere Deutschland", „Gesamtdeutsche Rundschau", „Die andere Zeitung")

Prof. Dr. A. Klönne, Dieckstr. 56
4400 Münster

Diese Fragen standen mit zur Debatte des Kongresses, konnten aber nur am Rande behandelt werden. Von zentraler Bedeutung für die einzelnen Beiträge – ob von den Vertretern der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika oder west- oder osteuropäischen Staaten – waren die Fragen der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit der einzelnen Staaten für das Fortwirken des Rassismus und die Umsetzung der zahlreichen Anti-Rassismus-Resolutionen der Vereinten Nationen.

Seit der allgemeinen Verurteilung der Rassendiskriminierung in der UNO-Charta von 1948 gab es mehr als 100 Resolutionen gegen die Apartheidpolitik in Südafrika bis hin zu der weitestgehenden und grundsätzlichen Verurteilung der Republik Südafrika auf der 30. Generalversammlung im Jahre 1975 (Res. 3411 G XXX), wo „das rassistische Regime von Südafrika" als „illegitim" bezeichnet wurde, „es hat kein Recht, das Volk von Südafrika zu repräsentieren". Gleichzeitig wurde die „Legitimität des Kampfes des unterdrückten Volkes von Südafrika und seiner Befreiungsbewegungen" anerkannt, „mit allen möglichen Mitteln die Macht durch das Volk zu ergreifen und ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung auszuüben". Trotz der sehr klaren und unumstritten von allen Staaten in verschiedenen Resolutionen und

Konventionen (so insbesondere von 1963 und 1965) übernommenen Verpflichtung, alle Formen der Rassendiskriminierung zu beseitigen und ihre Unterstützung zu versagen, ist die politische Einlösung der rechtlichen Verpflichtung alles andere als gesichert. Es gibt keinen rechtlichen Sanktionsmechanismus. Selbst der in der Geschichte der Vereinten Nationen einmalige Vorgang, daß der Sicherheitsrat von seinen im 7. Kapitel der UNO-Charta eingeräumten Interventionsbefugnissen Gebrauch machte und 1977 einstimmig gegen Südafrika ein Waffenembargo verhängte (Res. 418), bedeutet zwar einen erheblichen Fortschritt in der internationalen öffentlichen Meinung, offenbart aber auch die Schwäche der Völkergemeinschaft gegenüber jenen Regierungen, die dieses Embargo vielfältig durchbrechen lassen. Eine Vollstreckung völkerrechtlicher Verpflichtungen ist nicht möglich. So wurde von verschiedenen Vertretern weitergehende Interventionen des Sicherheitsrates aufgrund der Art. 41 und 42 der UNO-Charta gefordert, was bisher jedoch an dem Widerstand der drei ständigen Mitglieder USA, Frankreich und Großbritannien gescheitert ist.

Besonderen Raum auf der Konferenz nahm der Bericht einer Delegation aus Vertretern Großbritanniens, Belgiens und der USA ein, die im Auftrag der IVDJ die Frontstaaten Angola, Sambia und Moçambique bereisten, um Zeugnisse für die Grenzverletzungen und Massaker zu sammeln, mit denen südafrikanische Truppen und Söldner die Grenzgebiete gleichsam in einen permanenten Kriegszustand versetzen. Unstreitig, daß erhebliche materielle Unterstützung für die in Südafrika, Namibia und Rhodesien operierenden Befreiungsbewegungen von den sogenannten Frontstaaten ausgeht, unleugbar aber auch, daß die Grenzübergriffe hauptsächlich auf die Zivilbevölkerung zielen und jene immer wieder von rhodesischen und südafrikanischen Nachrichtenagenturen den Befreiungsbewegungen zur Last gelegten Überfälle auf Missionsstationen von südafrikanischen und rhodesischen Söldnern begangen werden.

Im Ergebnis waren sich die Juristen darüber einig, daß bei einem so offensichtlich den Frieden gefährdenden Tatbestand wie die Apartheid-Politik der völkerrechtliche Rahmen für den Kampf gegen Apartheid und Rassismus soweit entwickelt ist, daß die noch offenen juristischen Probleme weit an Bedeutung hinter den dringenden konkreten politischen Maßnahmen zurückstehen.

Norman Paech

Jürgen Ostrowsky / Wolfgang Geisler

Südafrika

Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, DM 12,80

„Mit dem Buch hat der Leser eine kompakte Darstellung und Analyse der südafrikanischen Apartheid-Politik in der Hand, die sich durch eine beachtliche Fülle von Detailinformationen auszeichnet. Die Fakten, Statistiken und Dokumente sind sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Der vorliegende Band ist allen Gruppen, die sich näher mit Südafrika befassen wollen, aber auch Lehrern und Multiplikatoren, zu empfehlen."

Weltmission Evangelisches Missionswerk

Pahl-Rugenstein

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zur internationalen Konferenz „Demokratische Rechte verteidigen – Berufsverbote aufheben – gemeinsam gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechte in der BRD" in Darmstadt am 27./28. Januar 1979

(Wortlaut)

Seit über 7 Jahren werden in der Bundesrepublik Grund- und Menschenrechte durch Berufsverbote verletzt: Über 4000 Berufsverbotsmaßnahmen und über 2 Mio. „Überprüfungen" haben die Bundesrepublik in den Ruf eines „Schnüffelstaates" gebracht. Die Berufsverbote sind eine Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik. Sie beunruhigen auch die europäischen Nachbarn.

Die Berufsverbotepolitik hat zur heftigsten innenpolitischen Auseinandersetzung der letzten Jahre geführt. Besonders in den letzten Monaten hat sich die Auseinandersetzung zugespitzt.

Die stärker gewordene in- und ausländische Protestbewegung hat ebenso wie das Wahlverhalten junger Wähler dazu geführt, daß auch die Regierenden jetzt an dieser Kritik nicht mehr vorbeikommen.

Es ist eine Situation entstanden, in der bessere Möglichkeiten als je zuvor bestehen, die Berufsverbotepolitik entscheidend zurückzudrängen. Am 7. Jahrestag des „Ministerpräsidentenbeschlusses", im 30. Jahr des Grundgesetzes der Bundesrepublik und am Vorabend der Wahlen zum europäischen Parlament ist es an der Zeit, sich mit den Veränderungsvorschlägen der letzten Monate auseinanderzusetzen, Bilanz zu ziehen, die gegenwärtige Praxis der Berufsverbote einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und die Gefährdung der Demokratie in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar zu machen, aber auch die Breite und Vielfalt des demokratischen Widerstandes zu verdeutlichen. Darum, und um den Forderungen zur Beendigung der Berufsverbotepolitik mehr Nachdruck zu verleihen, rufen wir alle Gegner der Berufsverbote im In- und Ausland auf, sich an der internationalen Konferenz

„Demokratische Rechte verteidigen – Berufsverbote beenden – gemeinsam gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der Bundesrepublik" am 27./28. Januar 1979 in Darmstadt

zu beteiligen.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt – Horst Bethge, Hamburg – Dr. Kurt Bunke, Marburg – Prof. Andreas Dress, Bielefeld – Hinrich Enderlein, MdL, Tübingen – Kurt Feldmann, Neumünster – Erhard Gipperich, Leverkusen – Georg Hundt, Hagen – Mechthild Jansen, Bonn – Ingrid Kurz, Hamburg – Prof. Dr. Peter Müller, Kassel – Detlef Ommen, Münster – Aart Pabst, Hannover – Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg – Michael Pape, Hamburg – Willy Piecyk, Pinneberg – Heinz Reichwaldt, Langenhagen – Peter Richter, Dortmund – Erich Roßmann, Mettmann – Ingrid Schuster, Frankfurt – Eckart Spoo, Hannover – Helmut Stein, Hamburg – Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen – Werner Stürmann, Dortmund – Wolfram Tacke, Bonn – Willy Vogt, Bielefeld – Sönke Wandschneider, Norderstedt – Klaus Zimmermann, Bonn.

Vorschläge und Forderungen des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) für eine demokratische Studienreform, beschlossen auf der 7. a. o. Delegiertenkonferenz am 2./3. Dezember 1978 in Tübingen

Ein Beitrag zur Diskussion um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes

(Wortlaut)

Thesen

1. Der BdWi stellt fest, daß die gegenwärtig von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite betriebene Studienreformpolitik gegen die Interessen der Hochschulwissenschaftler und Studierenden, gegen die Interessen der Arbeitnehmer innerhalb und außerhalb der Hochschulen verstößt.

Der BdWi ruft alle Hochschulwissenschaftler auf, sich gemeinsam mit den anderen Hochschulangehörigen sowie den sie repräsentierenden fortschrittlichen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gegen diese wissenschaftsfeindliche und arbeitnehmerfeindliche Politik zu wenden.

2. Der BdWi weist darauf hin, daß die Auswirkungen der Hochschul- und Studienreformpolitik von Bund und Ländern der von der Bundesregierung unterzeichneten UNESCO-„Empfehlung zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher"[1]) widerspricht. Dies betrifft v. a. die folgenden Punkte:

– Das Recht aller, „am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzuhaben".

– Die Empfehlung an alle Mitgliedstaaten, die öffentliche Finanzierung von Forschung und Wissenschaftsentwicklung – also auch der wissenschaftlichen Ausbildung – als eine „Form öffentlicher Investitionen zu behandeln, die sich meistens zwangsläufig erst langfristig auszahlen, und alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit die öffentliche Meinung über die Berechtigung, ja Unerläßlichkeit dieser Ausgaben laufend unterrichtet wird".

– Die Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Hochschulwissenschaftler

a) in nötiger Unabhängigkeit nach wissenschaftlicher Wahrheit suchen können;

b) „an der Bestimmung der Ziele und Zwecke ihrer Arbeitsprogramme und der anzuwendenden Methoden, die ihrer Verantwortung in humanitärer, sozialer und ökologischer Hinsicht entsprechen sollten", mitzuwirken;

c) „zum menschlichen, sozialen und ökologischen Wert bestimmter Vorhaben ungehindert Stellung zu nehmen";

d) „einen positiven und konstruktiven Beitrag zu Wissenschaft, Kultur und Bildung" zu leisten.

3. In der aktuellen Alternative zwischen einer verstärkten Indienstnahme von Wissenschaft und Ausbildung in Forschung und Lehre durch wissenschaftsfremde, privatwirtschaftliche Kräfte und der objektiven Notwendigkeit und Möglichkeit, die Hochschulen auf die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu orientieren, stellt sich der BdWi an die Seite der Gewerkschaften und der fort-

1) Vgl. Empfehlung zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher, hrsg. von der Deutschen UNESCO-Kommission, Köln 1976.

schrittlichen Studentenverbände. Nur im Zusammenwirken dieser drei Kräfte – der Hochschulwissenschaftler, Gewerkschaften und Studenten – wird es möglich sein, eine Kurskorrektur der Studienreformpolitik durchzusetzen.

In Auswertung der im „Wissenschaftler-Bedarfsplan 1978–1980"[2]) festgestellten Bereiche der Unterversorgung der Bevölkerung mit wissenschaftlichen Dienstleistungen weist der BdWi auf die folgenden Schwerpunktbereiche hin, die sowohl in der Personal- und Sachmittelausstattung als auch hinsichtlich einer demokratischen Studienreform unbedingte Priorität besitzen:

- Lehrerausbildung;
- Medizinerausbildung;
- Sozial- und Humanwissenschaften;
- Ingenieur- und Naturwissenschaften.

Den Kernpunkt seines spezifischen Beitrages als Wissenschaftlerverband sieht der BdWi in der Erarbeitung und Verankerung einer *arbeitnehmerorientierten Wissenschaft* sowie in der gesellschafts- und hochschulpolitischen Durchsetzung der entsprechenden Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.

4. Kriterium eines demokratischen Neubeginns in der Studienreformpolitik ist die *Novellierung des Hochschulrahmengesetzes* (HRG) und der ihm angepaßten Landeshochschulgesetze (LHG), die an den Hochschulen und bei den Gewerkschaften (also bei den unmittelbar Betroffenen) auf eine breite Front der Ablehnung gestoßen sind.

Als erste Schritte in Richtung auf HRG-Novellierung fordert der BdWi:

– Verlängerung der Fristen für die Übergangsregelungen der Landeshochschulgesetze über 1979 hinaus, mindestens in den Bereichen Studienreform, Studentenschaftsrecht einschließlich Ordnungsrecht, Personalstruktur und Mitbestimmung;

– Kündigung oder Stornierung der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen sowie der erlassenen Folgebestimmungen, d. h. Auflösung des „Koordinierungsgremiums"; keine Einrichtung neuer Kommissionen; keine Verabschiedung von Empfehlungen;

– Keine Einführung von Regelstudienzeiten und Kurzstudiengängen.

Der BdWi stellt im folgenden ein demokratisches Instrumentarium der Studienreform zur Diskussion, das von den Erfordernissen einer hochschulnahen und arbeitnehmerorientierten Neubestimmung von Studieninhalten sowie entsprechenden Studien- und Prüfungsordnungen ausgeht.

5. Wie die Entscheidung über die künftige Entwicklung der Studienreform ausfällt, entscheidet sich auch an den Hochschulen selbst. Deshalb ruft der BdWi alle Hochschulwissenschaftler auf, gemeinsam mit anderen Hochschulangehörigen, mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden aktiv in die politische Auseinandersetzung einzugreifen.

Der BdWi befürwortet *demonstrative Mittel* der Ablehnung bzw. Verweigerung von Mehrbelastungen und von solchen Staatseingriffen in die Freiheit von Forschung und Lehre, die sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung richten. Ziel solcher Aktivitäten ist die Verteidigung demokratischer Positionen in Wissenschaft und Ausbildung, die Festigung der Zusammenarbeit von Hochschulwissenschaftlern, Studenten und Gewerkschaften sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit.

Auch in der gegenwärtigen Situation der Bedrohung erreichter Reformen an den Hochschulen der Bundesrepublik ist die weitere Erarbeitung, Verabschiedung, Erprobung und Propagierung von Alternativmodellen der Lehre und des Studiums notwendig.

Unter diesen Voraussetzungen hochschulnaher und öffentlichkeitsbezogener Aktivitäten sowie der Festigung der Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaftsbewegung, der Studentenbewegung und allen reformbereiten Hochschulwissenschaftlern hält der BdWi eine *bedingte Mitarbeit* in Studienreformkommissionen für sinnvoll.

---

2) Vgl. die Angaben im BdWi-Wissenschaftler-Bedarfsplan, abgedruckt in: K. Holzkamp, Eine Wende in der Hochschulpolitik ist notwendig, Hefte zu politischen Gegenwartsfragen, Bd. 35, Köln 1978.

Begründung

1. Staatliche Studienreformpolitik – Bedrohung der Wissenschaftsentwicklung

Spätestens seit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes im Dezember 1975 hat sich eine Schwerpunktverlagerung der Hochschulpolitik auf die Neubestimmung der Studiengänge und Prüfungsordnungen vollzogen. Bereits in den Erläuterungen zum HRG erklärte die Bundesregierung: „Die Studienreform ist – nach dem beträchtlichen Ausbau der Hochschulen in den vergangenen Jahren – die wichtigste hochschulpolitische Aufgabe der nächsten Jahre. . . . Heute brauchen wir weithin neugeordnete Inhalte und neue Formen von Studium und Lehre. Studienreform reicht . . . bis zu grundsätzlichen Fragen nach dem Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem"[3]).

Die staatliche Studienreformpolitik hat in den letzten Jahren als Reaktion auf die ökonomische Krise und die damit verbundenen Arbeitsmarktprobleme einen Weg beschritten, auf dem zugunsten der wirtschaftlich Mächtigen die Krisenfolgen allein auf Wissenschaft und Ausbildung, auf die an den Hochschulen beruflich Tätigen und auf die Ausbildung und Arbeit beanspruchende Jugend abgewälzt werden.

Dagegen sind die im „Bildungsbericht '70" der Bundesregierung formulierten Reformziele[4]) für eine Neuordnung der Studiengänge auf der Strecke geblieben. Die Forderungen der Gewerkschaften, Studentenverbände und Wissenschaftler haben kaum in den bestehenden Regelungen Berücksichtigung gefunden.

Die demokratische Bewegung im Hochschulbereich sieht sich gegenwärtig einem umfassenden und ineinanderwirkenden Bündel von staatlichen Orientierungsmaximen, politischen und institutionellen Daten gegenüber, das es unmöglich macht, die Ablehnung staatlicher Studienreformpolitik allein auf die Kritik des institutionellen Instrumentariums oder das Aufweisen der Widersprüche zwischen dem von den Kultusministern geschaffenen Gremienapparat und dem HRG – besonders hinsichtlich der Hochschulkompetenz für die Studienreform (§ 8, 1 HRG) – zu gründen.

1.1. Elemente der Studienreformpolitik

Das qualitativ Neue der staatlichen Studienreformmaßnahmen liegt vielmehr darin, daß mit Hilfe eines zentralistischen, bundesweiten „Instrumentariums der Studienreform" eine staatliche Festschreibung der Inhaltskomplexe aller universitären Studiengänge mit berufsqualifizierendem Abschluß in Angriff genommen wird. Diese Vorgehensweise, Studieninhalte zu normieren, führt zu einer starken Behinderung der Innovation der Studieninhalte, wie sie durch die Entwicklung der wissenschaftlichen Disziplinen und durch die notwendige Professionalisierung dieser Studiengänge erforderlich ist und in Zukunft verstärkt erforderlich sein wird.

A7 Eckstein sämtlicher bildungs- und hochschulpolitischen Maßnahmen seit 1974 – also auch der Studienreform – bildet die „Spar"politik der öffentlichen Hand, mit der die finanzielle Austrocknung der Hochschulen und der Abbau von qualifizierten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst betrieben wird. Da die vorhandenen Finanzmittel in verstärktem Maße für andere Prioritäten – wie Investitionsförderung ohne arbeitsplatzschaffende Konsequenzen und Erhöhung des Rüstungshaushalts – genutzt werden, wird Studienreform unter dem Vorzeichen von betriebswirtschaftlichen Kapazitäts- und Kostenargumenten betrieben. Inhaltliche Wissenschaftsstrukturen und Neuansätze sowie der Bedarf an Wissenschaft insbesondere im Bereich sozialer Dienstleistungen werden solchen Prioritäten strikt nachgeordnet.

Der Primat der Regelstudienzeiten vor der inhaltlichen Erarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen und die im HRG vorgesehene Personalstruktur, die eine massive Arbeitszeiterhöhung der in der Lehre Tätigen ohne Anpassung der Zahl der Arbeitsplätze an die gestiegenen Studentenzahlen bedeutet, sind die entscheidenden Symptome für diese Tendenz. Mit dem nur scheinbar rationalen Argument, daß Studiengänge ohne Substanzverlust durch „Entrümpelung" von „Überflüssigem" zeitlich gestrafft werden können – wobei tatsächlich gesellschaftsrelevante und

3) Erläuterungen zum HRG (Material der Bundesregierung).
4) Bildungsbericht '70. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik, Bonn 1970, S. 95ff.

ein Verständnis von Wissenschaft fördernde Inhalte tendenziell entfernt, bzw. nicht aufgenommen werden – wird einer Reduzierung und Vereinseitigung des Lehrangebotes das Wort geredet.

Dies steht in engem Zusammenhang mit rigorosen Stellenstreichungen und Besetzungssperren für freie Stellen (im Oktober 1976 waren 8523 Stellen nicht besetzt[5]), mit der Folge erhöhter Arbeitsbelastung für die an den Hochschulen Tätigen.

Nicht nur die Arbeits- und Studienbedingungen werden verschlechtert, sondern durch die Trennung von mehr forschungs- und mehr ausbildungsbezogenen Hochschuleinrichtungen besteht die Gefahr, daß das Auseinandertreten von Forschung und Lehre verschärft wird. Dies bedeutet einen weiteren Schritt hin zu einer Situation, in der die Lehre in einen immer hoffnungsloseren Rückstand hinter die Forschung geraten wird.

b) In den Schlagworten von der „Angleichung von Bildungs- und Beschäftigungssystem" sowie der „Entkoppelung von Bildung und Berechtigung" kommt eine staatliche Politik des sozialen Krisenmanagements zum Ausdruck, die einerseits der studierwilligen Jugend Studienplätze nicht vorenthalten kann, andererseits auch nicht auf eine Erhöhung des Arbeitsplatzangebots auf dem freien Arbeitsmarkt und im öffentlichen Bereich effektiv einzuwirken bereit ist.

Bis 1972/73 wurde durch den Ausbau der Hochschulen und durch die Verbesserung schulischer Bildungschancen eine Erhöhung der Studentenzahlen und der wissenschaftlich Ausgebildeten erreicht. Dort, wo inhaltliche Reformen in Angriff genommen wurden, zielten sie vor allem auf eine Professionalisierung der Studiengänge. Die Expansion führte einerseits zu einer Verbesserung beruflicher und sozialer Chancen, andererseits wurde sie durch den notwendigen Vorlauf an Qualifikationen begründet, der der Sicherung ökonomischen Wachstums durch ein technisches und wissenschaftliches Innovationspotential dienen sollte.

Aufgrund der relativen Sättigung des traditionellen akademischen Arbeitsmarktes vor allem in der Industrie und der Sparpolitik im öffentlichen Bereich nach 1973/74 wurde zunächst unter den Schlagworten der „Überqualifikation" und der „Akademikerschwemme" eine scheinbar „wissenschaftlich" begründete öffentliche Kampagne zur Abschreckung vom Studium geführt. Da aber durch die anhaltende generelle Jugendarbeitslosigkeit eine erhebliche soziale Unruhe entstand, und da die Arbeitsmarktstatistiken zeigten, daß höher qualifizierte Jugendliche leichter als andere einen – wenn auch geringer qualifizierten – Arbeitsplatz immer noch finden konnten, beschloß die Ministerpräsidentenkonferenz 1977 die sog. „Öffnung der Hochschulen" unter der Voraussetzung, daß sie kostenneutral sein müsse. Zugleich wurde davon ausgegangen, daß die Masse der auf den Arbeitsmarkt drängenden Hochschulabsolventen, unterstützt durch eine Kampagne gegen die „Privilegien der Akademiker", einschneidende Einkommensminderungen in Kauf nehmen würden. Die alten „Berechtigungen" sollen auf diesem Wege von den Studiengängen entkoppelt werden, auf dem Arbeitsmarkt sollen relativ hohe Qualifikationen zu geringeren Kosten eingekauft werden. Damit kann auch der weiterhin bestehenden und in den „Orientierungspunkten" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) wie auch in den „Empfehlungen" des Wissenschaftsrates (WR) von 1976 benannten Tendenz zur Erhöhung der Qualifikationsanforderungen infolge der technischen Entwicklung Rechnung getragen werden.

Einen Schritt weiter geht der WR mit seiner Empfehlung, 6- und 4semestrige Kurzstudiengänge für die Masse der Studenten einzuführen, die sich „berufspraktisch" qualifizieren sollen durch „Ergänzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten" wie Maschineschreiben, Denkmalspflege etc. Nur eine geringe Elite von Studenten soll in den Langzeit- und Aufbaustudiengängen verbleiben.

Da jedoch für die Absolventen der Kurzstudiengänge keine Berufschancen gegeben sind – wie auch der WR erkennt – und da sie allenfalls durch Substitution bisher nicht-akademischer Berufe vereinzelt Arbeitsplätze finden können, werden längerfristig die sozialen Probleme des Arbeitsmarktes nur verschärft. Insofern führt diese staatliche und durch den WR unterstützte Politik des

---

5) Vgl. z. B. Hochschulbildung und Arbeitsmarkt. Ausbildung und Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg), Nürnberg 1975. Zu diesem Problembereich vgl. insgesamt Bernd Güther, Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems, in: „Blätter" 2/1978, S. 205ff. Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik, Bund-Verlag Köln 1978, Kurzfassung in: „Blätter" 5/1978, S. 62ff.

sozialen Krisenmanagements nicht zur Schaffung auch nur eines einzigen neuen Arbeitsplatzes, allenfalls wird der Jugend für einige Zeit eine Illusion der Chancenverbesserung geschaffen. Insgesamt werden nicht Privilegien abgebaut, sondern vorhandene Qualifikationen auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit brachgelegt, d. h. gesellschaftlicher Reichtum vergeudet. An den Hochschulen wird die Ausbildung entwissenschaftlicht. Professionalisierungsansätze können wegen der intendierten „Mobilität" der Absolventen nicht weiterentwickelt werden. Wie der BdWi in seinem „Wissenschaftlerbedarfsplan" dargelegt hat, kann von „Überqualifikation" und „Akademikerschwemme" nicht die Rede sein.

Schon aufgrund der immer wieder konstatierten Unzuverlässigkeit statistischer Prognosen des Akademikerbedarfs können diese Schlagworte wissenschaftlich nicht ernst genommen werden. Als vergleichsweise objektiver Bezugspunkt ergibt sich lediglich die Tatsache, daß der „Akademisierungsgrad" der Bundesrepublik im internationalen Vergleich der westlichen Industriestaaten bestenfalls eine Mittelstellung beanspruchen kann. Gemessen an dem Entwicklungsniveau der Bundesrepublik kann dies nur bedeuten, daß relevante Defizite im öffentlichen Bedarf an Hochschulabsolventen, wissenschaftlichen Dienstleistungen und Forschungsergebnissen bestehen.

Vorschläge zur Finanzierung einer Arbeitsmarktpolitik, die diesen realen gesellschaftlichen Bedarf zugrundelegt und daher neue Arbeitsplätze auch in nicht traditionellen Bereichen akademischer Berufe erschließen könnte, sind im „Wissenschaftler-Bedarfsplan" und im Memorandum „Alternativen der Wirtschaftspolitik" (1978)[6]) gemacht worden.

c) Mit der Verordnung einer „Überlastquote" (Notzuschlag) wird den Hochschulen bei gleichbleibenden oder nur kurzfristig vermehrten Stellen eine Mehrbelastung bis zu 26% zugemutet[7]). Die Folge ist eine Verschlechterung der Betreuungsrelationen, die Überlastung der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Gefährdung der Forschungstätigkeit in besonders lehrintensiven Bereichen sowie für die Angehörigen des „Mittelbaus", deren Stellen meist dem Erwerb wissenschaftlicher Grade (Promotion, Habilitation) dienen[8]).

Die kostenneutrale Öffnungspolitik hat eine Veränderung der Studiengänge und -formen zur Konsequenz:

Erschwerung des Studiums durch eine unverhältnismäßige Zunahme von rezeptiven Lernformen sowie formalen Selektionsmechanismen (z. B. durch die Wiedereinführung von Zwischenprüfungen). Abkehr von hochschuldidaktisch erprobten Modellen wie Kleingruppenarbeit in Tutorien zugunsten einer verstärkten Orientierung auf das Selbststudium ohne Anleitung. Die Auswirkung auf die Personalstruktur zeigt sich in der im HRG vorgesehenen Trennung von „Rezeptevermittlern" und Wissenschaftlern.

d) Die Setzung staatlicher Rahmenbedingungen für die Studienreform v. a. durch das Hochschulrahmengesetz verhindert eine Studienreformpolitik im Interesse der Bevölkerungsmehrheit und die notwendige Mitbestimmung aller Betroffenen, insbesondere der Gewerkschaften und der Hochschulen selbst[9]).

– Die Bestimmungen zur Studienorganisation und -reform (§§ 7–21 HRG) schreiben – nicht erst infolge der „Vereinbarung" der Kultusminister-Konferenz (KMK) – einen maßgeblichen Staatseinfluß auf die Gestaltung der Inhalte von Forschung und Lehre fest; die in § 3,2–3 HRG aufgenommene Bestimmung zur Freiheit von Forschung und Lehre wird damit zum Reglementierungsinstrument.

– Regelstudienzeiten (§ 10,2–4 HRG) und Ordnungsrecht (§ 28 HRG) setzen für die Entwicklung demokratischer Initiativen und die Erarbeitung inhaltlicher Alternativen einen disziplinierenden Rahmen, noch bevor Studienreform wirklich betrieben werden kann.

---

7) Vgl. BdWi-Bedarfsplan.
8) Vgl. Zwischenergebnisse der von GEW und ÖTV durchgeführten Umfrage „Arbeitsverhältnisse in Hochschule und Forschung", in: „Im Brennpunkt. Meinungen – Modelle – Materialien aus der Arbeit der GEW", Juni 1976.
9) Vgl. zum folgenden D. Keiner/D. Schmidt, Die hochschulpolitischen Rahmenbedingungen der Studienreform, hrsg. v. GEW-Hauptvorstand, Ref. Hochschule und Forschung, Frankfurt 1976; ebenso: D. Keiner, Gewerkschaften und Studienreform – Einschätzung der durch das HRG veränderten hochschulpolitischen Rahmenbedingungen, in: VDS-Studienreform und Arbeitnehmerinteresse, Köln 1978.

– Die „Mitwirkungsregelungen" (§§ 36–41 HRG) schließen wichtige Gruppen von Hochschulangehörigen (wiss. Mitarbeiter, Studenten, nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter) von den Entscheidungen über Fragen der Lehre und des Studiums aus; gewerkschaftlich orientierte Studienreformaktivitäten treffen so an den Entscheidungsstrukturen und Machtverhältnissen der Fachbereiche auf nur schwer überwindbare Barrieren.

– Durch die Verwässerung des Gesamthochschulkonzepts (§ 4, § 6 HRG) wird ein einheitlicher tertiärer Bildungsbereich faktisch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Integrierte Studiengänge sind dadurch nicht verpflichtend. Die bestehende Hierarchisierung von stärker theorie- bzw. praxisbezogenen Ausbildungsgängen wird im Sinne einer Qualifikationsminderung der Masse der Hochschulabsolventen festgeschrieben.

– Die Regelungen zur Personalstruktur (§§ 42–57, § 75 HRG) beseitigen nicht die gravierenden Unterschiede zwischen Wissenschaftlern an Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Universitäten hinsichtlich der Möglichkeit zu wissenschaftlicher Tätigkeit. Sie erschweren damit die Mitarbeit relevanter Teile der Lehrenden an Studienreform-Projekten. Die vorgesehene Trennung des Mittelbaus in eine Mehrheitsgruppe von zu Dienstleistungen verpflichteten wissenschaftlichen Mitarbeitern und eine Minderheit von lehr- und forschungsberechtigten Hochschulassistenten schließt zahlreiche weitere Wissenschaftler vom Reformprozeß aus. Die Überleitungsregelungen, Lehrverpflichtungen usw. haben für die Lehr- und Forschungspraxis negative Konsequenzen.

e) Der Oktroi des staatlich dominierten „Instrumentariums zur Studienreform" durch die KMK-Vereinbarung vom 15. September 1977 und die erlassenen Folgebestimmungen bilden den – vorläufigen – Schlußstein staatlicher Studienreformpolitik. Durch die „Vereinbarung" werden sowohl Hochschulangehörige (bes. „Mittelbau" und Studenten) als auch Gewerkschaften von einer effektiven Mitarbeit ausgeschlossen. Durch staatliche Vorgaben besteht de facto eine Fachaufsicht über die Gestaltung der Studien- und Prüfungsordnungen. Die Stoßrichtung des „Instrumentariums" richtet sich auf die Reglementierung von Forschung, Lehre und Studium, indem ein permanenter Staatseingriff legitimiert wird[10]).

1.2. Folgen der Studienreformpolitik

Die Folgen dieser an wissenschaftsfremden Partialinteressen orientierten staatlichen Studienreformpolitik sollen Hochschulwissenschaftler, Studenten und die Bevölkerungsmehrheit tragen.

a) Die Auswirkungen der aktuellen Politik der Regierung rühren an die Substanz einer weiteren Entwicklung von Wissenschaft in Forschung und Lehre im Interesse der abhängig arbeitenden Bevölkerung.

– Durch die tendenzielle Trennung von Forschung und Lehre wird sowohl die Ausbildungsrelevanz von Wissenschaft untergraben als auch die ständige Fortentwicklung von Studieninhalten an den aktuellen Forschungsergebnissen verhindert.

– Durch Sparpolitik, restriktive Kapazitätsmaßnahmen und Studienzeitverkürzungen wird eine allgemeine wissenschaftliche Qualifizierung der Hoch- und Fachhochschulabsolventen verhindert und zugleich die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit wissenschaftlichen Dienstleistungen verschlechtert.

– Verbunden mit den gegenwärtig völlig unzureichenden Maßnahmen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses führt die jetzige Studienreformpolitik statt zu einer Lösung der Ausbildungsprobleme zu einem Problemstau, der sich in einer weiteren Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen der Studenten und Lehr- und Arbeitsbedingungen der Hochschulwissenschaftler niederschlagen wird.

b) Die Entwicklung demokratischer Alternativen in Lehre und Forschung wird weitgehend unmöglich gemacht. Die Realisierung der für die Bundesrepublik bindenden UNESCO-Empfehlung „Zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher" rückt in unabsehbare Ferne.

---

10) Vgl. K. Naumann, Die „Instrumentarien zur Studienreform" und die Aufgaben des BdWi, in: „BdWi-Forum" 33, S. 10ff. Ebenso: E. Hültenschmidt u. H. Thoma, Die Auseinandersetzung um die Studienreform, „Blätter" 10/1978, S. 1246ff.

– Durch die unter dem Stichwort „Entrümpelung" vorgenommene Reduzierung bzw. Streichung gesellschaftswissenschaftlicher und erkenntnistheoretisch-methodologischer Ausbildungsinhalte wird die Reflexion des Entstehungs- und Verwendungszusammenhanges von Wissenschaft abgebrochen.

– Ein an den realen Arbeitsbedingungen und ihren Gestaltungsmöglichkeiten im Interesse der Lohnabhängigen orientierter Berufspraxisbezug wird erschwert, während die enge Anbindung an die berufspraktischen Vorstellungen der Wirtschaftsverbände – besonders in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen – festgeschrieben wird. Der Ausbau neuer Ansätze (z. B. studienbegleitende Praktika mit arbeitnehmerorientierter Schwerpunktsetzung, wie sie von den Gewerkschaften entwickelt wurden) und ihre Verankerung in den Studiengängen wird dadurch gefährdet, die Integration des Praxisbezuges in der Ausbildung an den Hochschulen (z. B. als Prinzip der Einphasigkeit) verhindert.

– Die Auslagerung von Ausbildungselementen entwertet die Qualifikation schon an der Hochschule (z. B. in der Psychologie durch Auslagerung der therapeutischen Ausbildung in die Regie der Fachverbände).

– Die Erprobung neuer z. B. kooperativer Lehr- und Lernformen wird durch Überfüllung von Veranstaltungen , durch Zeitdruck und Übergewicht von Prüfungen unmöglich gemacht; Experimentiermöglichkeiten, bezogen auf Lehrformen, aber auch auf Inhalte und auf Kooperation innerhalb der Hochschule werden durch Einengung der Kapazitäten stark behindert.

– Bestehende Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften werden durch die Reduzierung der Forschungskapazitäten und die Reglementierung der Studieninhalte gefährdet, die Aufnahme neuer Beziehungen wird weitgehend verhindert.

– Der durch das HRG gegebene Auftrag zur Weiterbildung von Arbeitnehmern bleibt unerfüllt.

c) Langfristige Folgewirkungen ergeben sich aus der materiellen Gefährdung ganzer Wissenschaftszweige („Orchideenfächer") und der Polarisierung in lehrbezogene „Massen"-disziplinen und forschungsintensive Fachrichtungen:

– Während wesentliche geschichtlich-philosophische Gehalte der Philosophie, Geschichts- und Kulturwissenschaften liquidiert werden, findet die – an sich notwendige – Einführung von didaktischen und sprachlichen Schwerpunktsetzungen in die Studiengänge primär nach dem Maßstab von „Zusatzqualifikationen" statt. Die Ausbildungsfunktion der genannten Wissenschaften wird dadurch eingeengt, wenn nicht beseitigt.

– Sparmaßnahmen wie die Kapazitätsverordnung (KapVO) können zur Austrocknung solcher Disziplinen führen, die wenig lehrintensiv sind.

– Die z. T. zu beobachtende Auslagerung von Grundlagenforschung führt auf lange Sicht zu einer Qualitätsminderung auch in der Lehre [11]).

Die gegenwärtig betriebene Politik untergräbt erste Ansätze, die Arbeit der Hochschulen auf die Belange der Bevölkerungsmehrheit zu orientieren. Indem sie den Lehr- und Forschungsprozeß entdemokratisiert – dabei unter dem Diktat des „Krisenmanagements" eine Nachwuchsgeneration von Wissenschaftlern verschleißt – und die Wissenschaftsfreiheit beschränkt, zerstört sie wesentliche Voraussetzungen des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns.

Eine demokratische Reform der Studieninhalte und -formen und bedarfsorientierte Wissenschaftsentwicklung ist unter diesen Bedingungen unmöglich.

Eine stringente Verwirklichung der mit der staatlichen Studienreform- und Hochschulpolitik verbundenen Zielvorstellungen ist angesichts der in ihr enthaltenen Widersprüche nicht zu erwarten:

---

11) Vgl. P. M. Kaiser, Aktuelle Tendenzen in der Wissenschaftspolitik am Beispiel der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: „Sozialistische Politik" 34/35, Mai 1976, S. 95 ff. Der BdWi hält eine Liste von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und eine Dokumentation ihrer Hauptarbeitsgebiete für erforderlich. In diesem Zusammenhang muß die Bedeutung des Abzugs bestimmter Forschungsrichtungen aus der Hochschule für deren Ausbildungsfunktion bewertet werden. Diese Analyse sollte in Forderungen nach Kooperationen und Reintegration münden.

– Der Widerspruch zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ist in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich nicht auflösbar, da eine planvolle Abstimmung zwischen beiden Bereichen immer wieder auf Schwierigkeiten stößt.

– Die gegenwärtige Politik der quantitativen „Öffnung" der Hochschulen, die der (optischen) Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit dienen soll, verschiebt lediglich das Problem von den Abiturienten zu den Hochschulabsolventen, da dieses Konzept nicht mit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verbunden ist.

– Der Widerspruch zwischen den allgemeinbildenden Kurzstudiengängen (WR-Empfehlungen) einerseits und der zunehmend erforderlichen Professionalisierung der Hochschulausbildung andererseits äußert sich in Konflikten zwischen Wissenschaftsrat und Arbeitgeberverbänden.

– Die staatliche Politik ist letztlich auf die Mitarbeit der Hochschulen angewiesen. Gerade hier zeigt sich aber eine weitgehende Ablehnung der mit HRG und Landeshochschulgesetzen und dem staatlichen Studienreforminstrumentarium einhergehenden Regelungen (vgl. Anm. 15 und 17). Ein Erfolg des Hochschulprotestes zeigt sich darin, daß ein Scheitern der vom WR propagierten Kurzstudienmodelle nicht mehr ausgeschlossen ist.

Die Auseinandersetzung um die Studienreformpolitik ist daher noch offen.

2. Wissenschaftsentwicklung und Studienreform müssen an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit ausgerichtet sein

Studienreform steht gegenwärtig in einem solchen Grade im Zentrum der staatlichen Hochschulpolitik, daß die Auseinandersetzung um ihren konkreten Inhalt und ihre institutionellen Bedingungen zu einem der zentralen Hebel für die Verhinderung bzw. Durchsetzung der weiteren Unterordnung der Hochschulen unter wissenschaftsfremde Interessen geworden ist.

Von den Organisationen, die im Hochschulbereich tätig sind, wird dies in zunehmendem Maße erkannt: So durch die „Leitsätze zur Studienreform" des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und durch die „Plattform für eine demokratische Studienreform" des Projektbereichs Lehrerausbildung der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VDS).

Angesichts des strategischen Stellenwertes von Studienreform und in Anbetracht der Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschafts-, fortschrittlichen Studenten- und Wissenschaftlerorganisationen zu vertiefen, legt der BdWi diese „Vorschläge und Forderungen" vor.

Ziel des BdWi ist es entsprechend seinem Grundsatzprogramm auch hierbei, zur Verwirklichung der im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland garantierten Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 GG) und des demokratischen und sozialen Rechtsstaats (Art. 20 GG) im unverkürzten sozialstaatlichen Bedeutungsgehalt beizutragen. Einem Wissenschaftsverständnis, das politischen und ökonomischen Interessen privilegierter Minderheiten dient, setzt der BdWi seine Auffassung entgegen, daß Wissenschaft in Forschung, Lehre und Studium den Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu dienen hat.

2.1. Für die Beseitigung der gesellschaftlichen Unterversorgung mit wissenschaftlichen Dienstleistungen

Ausgangspunkt jeder arbeitnehmerorientierten Hochschulpolitik, die es mit der Verwirklichung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates ernst meint, ist der Bedarf der Bevölkerungsmehrheit an wissenschaftlichen Dienstleistungen. Hier und nicht in kurz- und mittelfristigen Lenkungsmaßnahmen der Studentenströme, in „arbeitsmarktorientierter Flexibilität" der Hochschulabsolventen und in einem System „kostenneutraler" Maßnahmen zur Erhöhung der „Durchlaufgeschwindigkeit" sind die Orientierungspunkte einer an demokratischen Normen orientierten Studienreform zu suchen.

Das verlangt nicht Einsparungen, sondern eine entschiedene Ausweitung der Personal- und Sachmittelausstattung der Hochschulen. In der Frage der Finanzierung dieser – auch unter konjunkturpolitischen Vorzeichen sinnvollen – Maßnahmen schließt sich der BdWi den Finanzierungsvorstellungen der

– „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" vom Juli 1977 und des

– „Memorandum: Alternativen der Wirtschaftspolitik" vom April 1978 an.

Die vom BdWi in seinem „Wissenschaftler-Bedarfsplan 1978–1980" geforderte zusätzliche Einstellung von 28 000 bis 33 000 Hochschulwissenschaftlern kann ein erster Schritt sein, um die Unterversorgung der Bevölkerung mit Hochschulabsolventen abzubauen. Dies trifft v. a. auf die folgenden gesellschaftlichen Bereiche und Tätigkeitsfelder zu [12]):

– Bildungswesen: Vorschulerziehung, Elementarbereich; allgemeines und berufliches Bildungswesen; Erwachsenenbildung; Hochschulen und Fachhochschulen/tertiärer Sektor; Lehrerfort- und Weiterbildung;

– Gesundheitswesen, insbesondere: Werksärzte; Vorsorgebereiche; Kliniken; Gesundheitsbehörden/Sozialversicherung; Zahnmedizin; psychologische Versorgung; Psychiatrie und Neurologie;

– Alten- und Jugendpflege;

– Sozialdienste für Randgruppen psychisch und/oder körperlich Behinderte und Ausländerfamilien, d. h. vor allem Ausbau kommunaler Dienste;

– Ausbau des Kommunikations- und Dokumentationssystems, Verbesserung des statistischen Informationssystems;

– kulturelle Dienstleistungen (z. B. Bibliothekswesen, Museen usw.);

– öffentliche Dienstleistungen (z. B. Gewerbeaufsicht, Arbeitsvermittlung, Rechtsberatung, Verbraucherschutz, Steuerbehörden, Finanzverwaltung);

– Rechtspflege, insbesondere Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, generell Mehrbedarf an Rechtspflegern im öffentlichen Dienst;

– Förderung von Technologien, die zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten führen;

– Energie- und Rohstofferforschung und -entwicklung;

– Umweltschutz;

– Stadtplanung, Stadtsanierung, Mieterschutz, Erforschung neuer Nahverkehrssysteme;

– Humanisierung der Arbeit, Unfall- und Arbeitsschutz;

– Dienstleistungen der Akademiker im Arbeitnehmerinteresse in den Betrieben, d. h. u. a.: Ingenieure zur Überwachung, Einhaltung und Verbesserung der Arbeitsschutzbestimmungen, Betriebsärzte, -psychologen und -soziologen, juristische Berater des Betriebsrates, als Mitarbeiter der Betriebsräte vor allem in den mitbestimmungspflichtigen Unternehmen;

– Entwicklungshilfe;

– Verringerung des regionalen Versorgungsgefälles der Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Aus diesen Anforderungen ergeben sich einige der dringendsten Bereiche, in denen nicht nur eine quantitative Ausweitung der Ausbildungs- und Beschäftigungskapazitäten zu erfolgen hätte, sondern auch eine qualitative demokratische Neubestimmung der Studien- und Prüfungsordnungen, der Ausbildungsziele, -inhalte und -formen unmittelbar beginnen müßte.

– Lehrerausbildung
– Medizinausbildung
– Sozial- und Humanwissenschaften
– Ingenieur- und Naturwissenschaften

2.2. Für eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft

Es besteht nicht nur eine quantitative, sondern zugleich auch eine qualitative Unterversorgung der abhängig Arbeitenden mit Wissenschaft und ihren Ergebnissen. Um dieses Defizit an Wissen-

12) Vgl. zum folgenden BdWi-Bedarfsplan.

schafts- und Ausbildungsinhalten zu beseitigen, das durch die in Abschnitt 1 genannten strukturellen und sozialen Begleitbedingungen noch vergrößert werden wird, ist es notwendig, jenes „Potential von Wissenschaftlern und Studenten, die in sozialer Verpflichtung einen Beitrag für eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft leisten wollen" (H. O. Vetter) zu stabilisieren und zu vergrößern.

Die DGB-Gewerkschaften als die breiteste Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden in der Bundesrepublik haben ihren Anspruch auf eine „geistige Öffnung" der Hochschulen formuliert: „Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum der Gesellschaft beruht, und die damit auch die Hochschulen mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme, ihre Interessen und Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden. Dieser Anspruch muß Geschichte machen, d. h., er muß in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage durchgesetzt werden und deshalb wird er hier und heute angemeldet."[13]) In Anerkennung der Tatsache, daß die Erkenntnis-, Ausbildungs- und sozialen Funktionen von Wissenschaft sich nur mit und nicht gegen die arbeitenden Menschen demokratisch verwirklichen lassen, greift der BdWi die in der Marburger Rede des DGB-Bundesvorsitzenden Heinz O. Vetter (Juni 1977) und in den DGB-„Leitsätzen zur Studienreform" (Oktober 1978) formulierten Forderungen nach einer Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit auf.

Den Zielsetzungen seines Grundsatzprogramms folgend, setzt sich der BdWi für die Erarbeitung und Verbreitung einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft ein, die sich an den folgenden Prinzipien ausrichtet:

– Die Erkenntnisfunktion von Wissenschaft, ihr Wahrheitsanspruch, verbindet sich mit ihrer Parteinahme für die arbeitende Bevölkerung.

– Die soziale Funktion von Wissenschaft als Bereich gesellschaftlicher Tätigkeit macht sie – wie jede andere gesellschaftliche Tätigkeit – prinzipiell demokratischer Kontrolle und Gestaltung zugänglich.

– Die Ausbildungsfunktion von Wissenschaft erfordert die Erhaltung und Ausgestaltung der Einheit von Forschung, Lehre und Studium sowie die maßgebliche Bestimmung der Wissenschaftsproduzenten und -abnehmer über die Struktur, die Formen und die Inhalte des Ausbildungsprozesses an den Hoch- und Fachhochschulen.

Aus dieser politischen Konzeption ergibt sich die prinzipielle Absage des BdWi an dirigistische Staatseingriffe einer Studienreform „von oben", die sich an den Partialinteressen der Privatwirtschaft orientieren.

Um die „geistige Öffnung" der Hochschulen auf dem Boden einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft Wirklichkeit werden zu lassen, ist das Zusammengehen der demokratischen Wissenschaftler mit den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Studentenverbänden notwendig.

2.3. Essentials

a) Inhaltliche Forderungen:

– Hochschulausbildung muß „sozialverpflichtete Berufsausbildung" (Vetter) sein. Sie ist zu orientieren an den Zielen der „Sachkenntnis, Kritikfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft" (23 Thesen) künftig lohnabhängig arbeitender Wissenschaftler. Sie erfordert insbesondere Praxisorientierung, d. h. zum einen fach- bzw. bereichsspezifische wissenschaftliche Berufspraxisanalysen im Rahmen des Studiums, die durch entsprechende Stellendenominationen und Forschungsschwerpunkte abgesichert werden müssen; zum anderen Entwicklung von Theorie-Praxis-Beziehungen in geeigneten Formen des Studiums (Projektstudium, Erkundungen u. a.) mit der Absicht und Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit der beruflichen Realität.

– Das bestehende Ungleichgewicht in der Schwerpunktsetzung der Forschung zugunsten der privaten Wirtschaft muß aufgehoben werden. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerungsmehrheit muß ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend in der Forschung repräsentiert sein.

13) Heinz Oskar Vetter, Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?, in: „Blätter", 8/1977, S. 970.

– Neue inhaltliche Schwerpunkte in Forschung, Lehre und Studium müssen z. B. werden: Die Behandlung der Thematik von Krieg und Frieden in sozialwissenschaftlichen und politologischen Fächern, entsprechend der UNESCO-„Empfehlung über die Erziehung zu internationaler Verständigung und Zusammenarbeit und zum Weltfrieden sowie die Erziehung im Hinblick auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten"; die notwendige Ergänzung kurativer Krankheitsbekämpfung durch eine wissenschaftliche Methodik präventiver Gesundheitssicherung in der Medizin; die verstärkte Berücksichtigung ökologischer Probleme vor allem in den Naturwissenschaften.

– Freiheit von Forschung und Lehre im Sinne einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft verlangt die Verwirklichung der ungehinderten Auseinandersetzung unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze und ihrer personellen Repräsentanz an den Hochschulen. Administrative Maßnahmen, wie die verfassungswidrige Berufsverbotepraxis und Gesinnungsschnüffelei, müssen deshalb sofort beendet werden.

b) Strukturelle Forderungen:

– Die in HRG und WR-Vorschlägen projektierte Differenzierung in Kurz- und Langzeitstudiengänge, deren Zweck nur der Erhalt von sozialen und Einkommens-Unterschieden ist, lehnt der BdWi strikt ab. Vielmehr ist die Verwissenschaftlichung berufspraktischer Studiengänge weiterzuentwickeln und die soziale Durchlässigkeit zwischen den bestehenden kürzeren und längeren Studiengängen zu fördern. Das Ziel einer wissenschaftlichen und zugleich berufspraxisorientierten demokratischen Ausbildung ist nur im Rahmen einer integrierten Gesamthochschule voll zu verwirklichen.

– Regelstudienzeiten unter dem Primat finanzipolitischer „Kapazitäts"maßnahmen, verbunden mit Sanktionen (Relegation, BAFöG-Streichung) sind inakzeptabel.

– Wissenschaft ist der demokratischen Gestaltung und Kontrolle prinzipiell zugänglich. Das verlangt eine gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen (Drittelparität) in Fragen der Lehre, Forschung und die Offenlegung von Drittmittelforschung.

– Eine demokratische Praxis in Lehre und Forschung ist nicht zu trennen von einer Personalstruktur, die Qualifizierungsmöglichkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses auf der Grundlage geeigneter Stellen sicherstellt und Kooperationsbeziehungen zwischen Nachwuchswissenschaftlern und Hochschullehrern fördert.

– Die durch § 21 HRG den Hochschulen aufgetragene Verpflichtung, Weiterbildungsmöglichkeiten bereitzustellen, muß in enger Kooperation mit den Gewerkschaften eingelöst werden. Dazu ist es notwendig, die personellen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen (etwa durch Anrechung von Veranstaltungen der Weiterbildung auf das Lehrdeputat).

– Bestehende Reformmodelle (z. B. Einphasige Ausbildungsgänge, Projektstudium, Formen der Praxisintegration) müssen erhalten und neue Modelle müssen in umfassender Weise eingerichtet und erprobt werden können.

c) Soziale Forderungen:

– Ohne die Verwirklichung von Chancengleichheit beim Zugang zu den Einrichtungen des tertiären Bildungssystems (insbesondere Studieneingangserleichterungen für Absolventen der beruflichen Bildung) wird es keine „geistige Öffnung" der Hochschulen geben.

Soziale Öffnung der Hochschulen verlangt kapazitätsschaffende Maßnahmen im Bereich der Personal- und Sachmittelausstattung und eine ausreichende Ausbildungsförderung.

– Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler, u. a. Hochschulangehörigen. Abschaffung unzumutbarer Zeitverträge.

Die Auseinandersetzung um die Durchsetzung dieser Essentials beginnt an den aktuellen Fragen der Studienreformpolitik. Sie ist verbunden mit der grundsätzlichen Alternative, welchen Weg die Hochschulen und die Wissenschaft in der Bundesrepublik einschlagen sollen: den Weg zu einer bürokratisch dirigierten und an den Interessen weniger wirtschaftlich Mächtiger orientierten Hochschule, zur weiteren Vertiefung der Gegensätze zwischen Wissenschaftlern und Bevölke-

rungsmehrheit, oder den Weg zu einer demokratischen Neuorientierung von Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der abhängig Arbeitenden.

3. Für einen demokratischen Neubeginn der Studienreformpolitik

Auf der Grundlage dieser Essentials fordert der BdWi einen prinzipiellen Kurswechsel der Studienreformpolitik. Diese Forderungen werden durch die Tatsache unterstrichen, daß nicht nur auf Seiten der demokratischen Wissenschaftler, der Gewerkschaften und der Studentenverbände Ablehnung geäußert wird, sondern daß auch von verschiedenen Fachverbänden und der Westdeutschen Rektorenkonferenz Kritik am Vorgehen der Kultusbürokratien laut geworden ist, wenn die Intentionen dieser Kritik auch nicht immer mit denen der demokratischen Wissenschaftler und Gewerkschaften identisch sind. „Jeder reglementierende Eingriff des Staates in die Lehre", so die Stellungnahme des 124. Plenums der WRK, „einschließlich dessen zwangsläufiger Rückwirkung auf die Forschung muß deshalb in den Hochschulen erhebliche Bedenken und Besorgnis wecken"[14]).

Ein demokratischer Kurs in der Studienreformpolitik – das setzt die Verwirklichung einiger Grundbedingungen voraus, ohne die Kurskorrekturen immer nur kosmetische Operationen bleiben würden:

a) Die im BdWi-Bedarfsplan ermittelte Forderung nach einer zusätzlichen Einstellung von 28 000 bis 33 000 Wissenschaftlern an den Hochschulen der Bundesrepublik in den Jahren 1978–1980 ist ein Eckstein für die Durchsetzung einer demokratischen Studienreformpolitik. Nur eine derartige Ausweitung des Bestandes an Hochschulwissenschaftlern wird den Anforderungen einer sinnvollen Öffnung der Hochschulen unter solchen Lehr- und Arbeitsbedingungen gerecht werden können, die den Kriterien demokratischer Lehr- und Lernformen entsprechen (vgl. Bedarfsplan).

b) Eine zweite Bedingung für eine grundsätzliche und demokratische Neuorientierung der Studienreform- und Hochschulpolitik ist die Novellierung der „häßlichen Reformleiche" (E. Frister) des Hochschulrahmengesetzes. Der BdWi steht mit der Forderung nach Novellierung dieses Gesetzes nicht allein. Aus verschiedenen Kultusministerien, von Bildungspolitikern der Parteien, von Gewerkschaften und Studentenverbänden ist – insbesondere im Zusammenhang mit dem nationalen Streik der Studenten im WS '77/78 – der Ruf nach Novellierung unüberhörbar geworden[15]).

Der BdWi begrüßt und unterstützt die Initiative der Wissenschafts- und Bildungssenatoren von Hamburg und Bremen von 1977 für eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes. Er fordert eine Novellierung v. a. in folgenden Punkten[16]):

– Beseitigung der „doppelten Mehrheit" der Professoren in Fragen der Forschung und Berufungen (HRG § 38).

– Keine Verletzung des Grundsatzes gesellschaftlicher Verantwortlichkeit der Hochschulen durch die Zusammensetzung der Studienreformkommissionen.

– Keine Regelstudienzeiten mit Sanktionscharakter nach Maßgabe konzernorientierter Studiengänge. Regelstudienzeiten dürfen nur Beratungscharakter haben; sie müssen an den Erfordernissen der Wissenschaftsentwicklung und einer arbeitnehmerorientierten Ausbildung ausgerichtet sein.

---

14) Zum Problem staatlicher Vorgaben für die Aufstellung von Studienordnungen. Stellungnahme des 124. Plenums der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 13./14. Februar 1978.

15) Von folgenden Parteivertretern und Gremien wurde bisher die Forderung nach HRG-Novellierung erhoben: vom Bremer Senat (am 31.10.77), von den Senatoren Biallas und Franke aus Hamburg bzw. Bremen (Diskussionsveranstaltung der Universität Hamburg am 28.11.77), von FDP-Bundestagsabgeordneten (am 2.12.77), von der FDP-Bayern (am 2.12.77), von der SPD-Landtagsabgeordneten Wettig-Danielmeyer (am 7.12.77), vom FDP-Landtagsabgeordneten (NRW) Röricht (Diskussionsveranstaltung der Universität Münster am 8.12.77), vom hessischen Kultusminister Krollmann (Diskussionsveranstaltung der TH Darmstadt am 9.12.77), vom FDP-MdB Cronenberg (12.12.77), von der FDP-Bundestagsfraktion (am 29.12.77), von SPD/FDP-Kultusministern (am Rande der Kultusministerkonferenz am 23.1.78), vom SPD-Landtagsabgeordneten (Bayern) Bödderlich (am 12.2.78) u. a. m.

16) Im folgenden sind nur die für die Studienreform unverzichtbaren Novellierungsbereiche angesprochen.

– Keine Trennung des wissenschaftlichen Personals in Dienstleister einerseits, forschungs- und lehrberechtigte Wissenschaftler andererseits. Die Personalstruktur muß den Anforderungen einer wissenschafts- und bedarfsgerechten Ausbildung genügen und ausreichende Qualifikationsmöglichkeiten bereitstellen.

c) Die Auseinandersetzung um die Novellierung des HRG und der entsprechenden Landeshochschulgesetze ist ein zentraler Bezugspunkt für eine demokratische Studienreform. Dabei ist der zumindest mittelfristige Charakter einer Novellierungsbewegung durch Tagesforderungen Rechnung zu tragen, deren Durchsetzung den Weg zu einem demokratischen Neubeginn schon in der gegenwärtigen Phase öffnen könnten:

– Verlängerung der Fristen für die Übergangsregelungen der Landeshochschulgesetze über 1979 hinaus, mindestens in den Bereichen Studienreform, Studentenschaftsrecht einschließlich Ordnungsrecht, Personalstruktur und Mitbestimmung. Nur unter dieser Bedingung kann eine hochschulbezogene Diskussion der Studienreform eingeleitet werden, die frei ist vom Zeitpunkt der Anpassungsfrist und dem Primat der Regelstudienzeit.

– Von den Landesparlamenten und Kultusministern fordert der BdWi, die „Vereinbarung über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen der Länder" vom 15. September 1977 und die erlassenen Folgebestimmungen aufzukündigen bzw. zu stornieren und insbesondere das „Koordinierungsgremium" aufzulösen, keine neuen Kommissionen einzurichten und die Verabschiedung von Empfehlungen u. ä. auszusetzen.

– Keine Einführung von Regelstudienzeiten und Kurzstudiengängen.

d) Um Studienreform an den Hochschulen selbst zu ermöglichen und die Berücksichtigung arbeitnehmerorientierter Ausbildungsziele und -inhalte von Anfang an zu gewährleisten, ist statt der jetzigen staatlichen Superkommission ein *demokratisches Instrumentarium* notwendig.

Allein fachspezifische Hochschulkommissionen sind ein angemessener Ausgangspunkt für die Neubestimmung der Studien- und Prüfungsordnungen. Ihnen sollten angehören:

– Mindestens zur Hälfte die Vertreter der Hochschulen, die – entsprechend der Forderung der 23 Thesen des DGB – drittelparitätisch zusammengesetzt sein sollten. Angesichts des BVerfG-Urteils zur Mitbestimmung (1973) ist als einzige Zwischenlösung ein Paritätenschlüssel denkbar, der den Hochschullehrern nur eine einzige Stimme Mehrheit einräumt. Dabei ist auch der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, fachliche Richtungen, Schulen etc. durch deren Vertreter authentisch zu Wort kommen zu lassen.

– Ihrer gesellschaftlichen Bedeutung als Vertretungen der abhängig arbeitenden Bevölkerungsmehrheit entsprechend sollten die Gewerkschaften so repräsentiert sein, daß sie zusammen mit den Hochschulvertretern gegenüber den Vertretern von Staat und Arbeitgeberverbänden über eine deutliche Mehrheit der Sitze und Stimmen verfügen.

Kommissionen auf Landesebene können sinnvollerweise erst dann tätig werden, wenn – im Rahmen einer realistischen Frist – die Hochschulkommissionen ihre Aufgabe erfüllt haben. Ihre Kompetenzen sollten allein im Sinne der formalen Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse an den verschiedenen Hochschulen eines Landes abgesteckt sein.

Gleiche Aufgaben kämen den Bundeskommissionen zu, die für die Anerkennung der Studienabschlüsse zwischen den einzelnen Bundesländern zu sorgen hätten. Den Vertretern der Hochschulen und der Gewerkschaften wäre mindestens die Hälfte der Sitze und Stimmen in den Landes- und Bundeskommissionen einzuräumen.

Die Arbeit dieser Kommissionen muß durch Hochschuldidaktische Zentren unterstützt werden, wie sie der DGB in den „Leitsätzen zur Studienreform" fordert, und ist durch Qualifikationsforschung unter arbeitsorientierten Gesichtspunkten vorzubereiten und zu begleiten.

Der BdWi stellt dieses Modell für ein demokratisches Instrumentarium der Studienreform zur Diskussion, um die Novellierungsdiskussion und -bewegung zu unterstützen. Verbunden mit einer Verlängerung der Umsetzungsfristen über das Jahr 1979 hinaus und einer Kündigung oder Stornierung der KMK – „Vereinbarung" könnte ein wirksamer Schritt zu einer gründlichen Dis-

kussion der Anforderungen einer demokratischen Neubestimmung der Studien- und Prüfungsordnungen getan werden.

4. Die ersten Schritte zu einer demokratischen Studienreform müssen von Hochschulen und Gewerkschaften selbst eingeleitet werden

Schon jetzt können und müssen von den Hochschulen, von Wissenschaftlern, Studenten und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie den Gewerkschaften Schritte eingeleitet werden, um in der Öffentlichkeit jene demokratischen Alternativen der Studienreform zu verankern, die aufgrund der gegebenen Regelungen in den Studienreformkommissionen in der Minderheit bleiben werden. Es geht darum, schon heute die Kräfte eines demokratischen Neubeginns in der Studienreform zusammenzuführen und sichtbar zu machen. Nur auf diesem Wege wird der für die Durchsetzung der aktuellen Forderungen notwendige öffentliche Druck auf die Parlamente und Regierungen entfaltet werden können.

a) Von diesen Zielsetzungen leiten sich die *Aktionsschritte* ab, die der BdWi allen vorschlägt, welche an einer demokratischen Neuorientierung der Studienreformpolitik interessiert sind:

– Entscheidende Bedeutung kommt dem aktiven politischen Eingreifen der Hochschulwissenschaftler in die aktuelle bildungspolitische Auseinandersetzung um das HRG, die Regelstudienzeiten und die Studienreform zu. Die zahlreichen Stellungnahmen [17]) gegen die Regelstudienzei-

17) Vgl. den folgenden (unvollständigen) Überblick zu Stellungnahmen gegen Regelstudienzeiten und Kurzstudiengänge:
a) Resolution der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste: „Die Einführung von Regelstudienzeiten widerspricht dem Charakter künstlerischer Ausbildungsgänge. Eine Festlegung der Studiendauer kann bestenfalls denkbar sein für bereits genau erkannte Qualifikationserfordernisse in bestimmten Teilbereichen der künstlerischen Berufspraxis. (. . .) Diesen Widersprüchen zwischen Berufsausbildung und beruflicher Wirklichkeit nun eine technokratische Reglementierung entgegenzusetzen, muß zwangsläufig zu einer Zementierung von Zuständen führen, die ohnehin problematisch und untragbar sind."
b) Stellungnahme der Rektoren der Pädagogischen Hochschulen zum Entwurf einer neuen Prüfungsordnung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen (Baden-Württemberg): „Die zur Zeit wohl von keiner Seite mehr in Zweifel gezogene Erkenntnis, daß niemand nach 6semestrigem Studium bereits alle Qualifikationen besitzen kann, um als Lehrer vollwertig den von ihm verlangten Erziehungs- und Lehrauftrag wahrnehmen zu können, bleibt im Entwurf der Prüfungsordnung unberücksichtigt. (. . .) Aufgrund der angesprochenen Unzulänglichkeiten des Entwurfs wird eine Zurücknahme und Neubearbeitung erforderlich."
c) Entschließung der Fakultät für Architektur der Universität Karlsruhe zur Festsetzung einer Regelstudienzeit: „Selbst bei einer quantitativen Einschränkung des Fächerangebots und der Studienleistungen sowie einer Veränderung der Organisation der Lehre ist es nicht möglich, in der geforderten Zeit von 8 Semestern die notwendigen Sach- und Methodenkenntnisse zu vermitteln und deren Anwendung so zu üben, daß die Hochschulabsolventen zu verantwortlichem Handeln befähigt werden. (. . .) Die Fakultät für Architektur kann aus den oben genannten Gründen eine kürzere Studiendauer als 10 Semester nicht verantworten. Die Festsetzung einer Regelstudienzeit als maximale Studiendauer muß abgelehnt werden."
d) Rektorenkonferenz der Kunsthochschulen und der Musikhochschulen: „Die Konferenz der Direktoren, Rektoren und Präsidenten der westdeutschen Kunsthochschulen einschließlich Berlins spricht sich, wie bereits zuvor die Rektorenkonferenz der Musikhochschulen dafür aus, daß die Regelstudienzeit von acht Semestern für die Kunsthochschulen nicht verbindlich gemacht werden kann. In ähnlicher Weise wie für den Sektor der Musikhochschulen gelte für die künstlerische, künstlerisch-gestalterische, kunstpädagogische und künstlerisch-wissenschaftliche Ausbildung insgesamt, daß in der Regel nach einem achtsemestrigen Studium ein berufsqualifizierender Abschluß nicht zu erreichen sei." (DUZ/HD, 13/78)
e) Wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Fakultätentag: „Der am 2. Juni in Berlin abgehaltene wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultätentag hat sich in einer Entschließung gegen die Bestrebungen, ein 6semestriges Kurzstudium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten einzuführen, gewandt."
f) Konferenz der Fachbereiche Physik: „Daraus wird die Forderung nach einer zehnsemestrigen Regelstudienzeit für das Fach Physik abgeleitet. Die Empfehlungen lehnen jedoch die Sanktionen ab, die von staatlicher Seite beim Überschreiten der Regelstudienzeiten vorgesehen sind."
g) Fachbereichsrat Chemieingenieurwesen der FH Aachen-Jülich: „Der Fachbereichsrat spricht sich gegen eine Studienreform aus, deren zentrales Element die Durchsetzung sogenannter Regelstudienzeiten ist."
h) Konvent der Universität Kiel. „Da durch die Einführung einer Regelstudienzeit weder die Kapazität der Hochschule vergrößert, noch die Ausbildung verbessert wird, lehnt der Konvent die Einführung einer Regelstudienzeit ab."
i) Senat der WWU Münster: „Ebenso bedrohlich erscheint die Reglementierung, die die Freiheit der akademischen Lehre durch den Referentenentwurf erfährt. (Vgl. z. B. Ermächtigung für den Minister zur Einführung neuer und zur Aufhebung bestehender Studiengänge § 112, Abs. 4; Festlegung von Regelstudienzeiten § 113; Verordnung zur Aufstellung von Studien- und Prüfungsordnungen § 114 Abs. 7). Aus der Beschränkung der Freiheit der Lehre folgt zwangsläufig eine Einengung der Freiheit des Studiums, die ihrerseits zu einer weitgehenden Verschulung des Studiums führt."
k) Fachbereichsrat Physik der WWU Münster: „Der FBR lehnt die Einführung einer Regelstudienzeit als einer für alle verbindlichen längsten Studiendauer grundsätzlich ab."

ten und Kurzstudiengänge, die von wissenschaftlichen Gesellschaften, Fakultätentagen und Hochschulgremien vorliegen, sind ein Beweis dafür, daß die staatliche Studienreformpolitik an den Hochschulen keine Basis hat.

– Demonstrative Ablehnung bzw. Verweigerung von Mehrbelastungen, wie sie durch Deputatserhöhungen, Zunahme der Belastungen durch die Wiedereinführung von Zwischenprüfungen und dergleichen enstehen.

– Fortführung und Intensivierung der Zusammenarbeit von Hochschulen und Gewerkschaften in Lehre, Forschung und Weiterbildung mit dem Ziel, einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft und Ausbildung zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei bestimmen sich die aktuellen Kriterien der hochschulpolitischen Zusammenarbeit an der Ablehnung des HRG bzw. der Forderung nach Novellierung, der Ablehnung von Regelstudienzeiten sowie des staatlichen „Instrumentariums der Studienreform".

– Die weitere Erarbeitung, Verabschiedung und öffentliche Propagierung demokratischer Studiengänge und Prüfungsordnungen an den Fachbereichen, die sich an den fachspezifischen, wissenschaftsorganisatorischen und sozialen Bedingungen einer demokratischen Studienreform

---

l) Dekan des FB Romanistik und Slavistik der WWU Münster: „Die Regelstudienzeit muß, wenn sie überhaupt eingeführt werden soll, flexibel gehandhabt werden . . ."

m) Kommission für Lehre und studentische Angelegenheiten der WWU Münster: „Durch die mit der Regelstudienzeit verbundene Exmatrikulation nach Überschreiten der Prüfungsfrist werden mehr neue Probleme geschaffen als alte gelöst: – Die von der Regelstudienzeit erhoffte Kapazitätswirkung dürfte gering sein. Die Regelstudienzeiten werden zu einer weiteren Verschulung des Studiums führen und selbständiges wissenschaftliches Arbeiten der Studenten unmöglich machen. Die meisten Studiengänge sind in der angestrebten Regelstudienzeit nicht zu bewältigen (. . .) Die Zwangsexmatrikulation nach Überschreiten der Regelstudienzeit macht aus vielen Studenten soziale Härtefälle."

n) Konvent der FH Frankfurt: „Der Konvent lehnt Regelstudienzeiten und damit verbundene Androhung von Zwangsexmatrikulationen entsprechend den Bestimmungen des HRG und des hessischen LHG-Entwurfs als geeignetes Mittel zur Verbesserung der Studiensituation ab. Als Ausgangspunkte für eine Studienreform widersprechen solchermaßen administrativ verordnete Regelstudienzeiten mit Zwangsexmatrikulation den Anforderungen einer qualifizierten und demokratischen Ausbildung."

o) Fachbereichsrat Medizin der Universität Hamburg: „Der Fachbereichsrat Medizin hält grundsätzlich die Einführung von Regelstudienzeiten den Grundsätzen eines wissenschaftlichen Studiums für nicht angemessen. Die Einführung von Regelstudienzeiten steht dem Ziel entgegen, die Studenten zu befähigen, Studieninhalte wissenschaftlich selbständig zu erarbeiten und deren Bezug zur Praxis zu erkennen."

p) Stellungnahme des Deutschen Romanistenverbandes und der Konferenz der Romanischen Seminare vom 7. bzw. 8. Oktober 1978 zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu „Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs" vom 21. Juni 1976 und zur „Differenzierung des Studienangebots" (Romanistik) vom 7. Juni 1978: „Die geplanten Studiengänge, wie z. B. . . . der ‚Diplom-Romanist', sind wissenschaftlich nicht vertretbar. Drei- oder gar zweijährige ‚polyvalente' Kurzstudiengänge ohne konkreten Bezug zu Wissenschaft und Berufspraxis nützen weder der Allgemeinheit noch dem Bewerber. Wo es um die Sprachausbildung für Betriebswirte, Ingenieure etc. geht, ist diese vordringlich durch den Ausbau der Sprachenzentren zu sichern. Da die Leistungsfähigkeit der Hochschulen nur noch nach betriebswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnung bemessen wird (Deputate, KapVO) und Neueinstellungen höchstens noch zur Befriedigung von Ersatznachfrage stattfinden sollen, ist die Romanistik als wissenschaftliches Fach bereits in ihrem Personalbestand ernsthaft bedroht. Denn die Empfehlungen sehen im wesentlichen nur noch eine sprachpraktische Ausbildung der Absolventen neuer Studiengänge vor."

q) Weitere Stellungnahmen, in denen die Einführung von Regelstudienzeiten, 6semestrigen Kurzstudiengängen, Zwangsexmatrikulationen usw. abgelehnt wird:
- Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft
- Konvent der Universität Saarbrücken
- Senat der FH Münster
- Senat der FH Emden
- Konzil der Universität Oldenburg
- Fachbereichsrat Psychologie der Universität Marburg
- Fachbereichsrat Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg
- Senat der Universität Bremen
- Fachbereichsrat Chemie der Universität Hamburg
- Fachbereichsrat Geschichte der Universität Hamburg
- Fachbereichsrat Wirtschaftswissenschaften der FH Emden
- Fachbereichsrat Sozialwesen der FH Emden

r) Stellungnahmen von DGB-Landesbezirken gegen „Studienreform von oben" und für die Novellierung des HRG. In ihren Stellungnahmen zu den LHG-Entwürfen bzw. verabschiedeten LHGs haben sich folgende DGB-Landesbezirke gegen die gegenwärtige Studienreformpolitik und für die Novellierung des HRG ausgesprochen: Baden-Württemberg, Nordmark, Hessen, Rheinland-Pfalz, Berlin (West), Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen. Entsprechende Beschlüsse und Entschließungen wurden auch auf dem Gewerkschaftstag der GEW 1977 und dem 11. o. Bundeskongreß des DGB (Mai 78) verabschiedet.

orientierten und dies mit einer Ablehnung der wissenschafts- und arbeitnehmerfeindlichen Bestandteile des HRG bzw. Landeshochschulgesetzes verbinden.

Öffentlichkeitswirksame Propagierung solcher Alternativmodelle über den Fachbereich oder die Hochschule hinaus, z. B. durch „Tage der offenen Tür", demonstrative Aktionen (wie während des nationalen Streiks der Studenten im WS '77/78).

Unter Voraussetzung dieser Aktionsschritte an den Hochschulen selbst ist die koordinierte Mitarbeit in Studienreformkommissionen überhaupt nur sinnvoll.

b) Wesentliche Bedingung ist auch hier die enge Kooperation zwischen Hochschulwissenschaftlern, Studenten und Gewerkschaften bei der Vorbereitung, Durchführung und öffentlichkeitsbezogenen Auswertung der Arbeit in den Kommissionen. Notwendig ist es, daß ein gemeinsamer Kriterienrahmen für eine demokratische Studienreform entwickelt wird. Basis eines solchen Rahmens können die DGB-„Leitsätze zur Studienreform", die VDS-„Plattform für eine demokratische Studienreform" und die hier vorliegenden „Vorschläge und Forderungen . . ." des BdWi sein.

– Die Mitarbeit in den Kommissionen zielt auf die Erarbeitung demokratischer Alternativvorschläge unter Ablehnung von Regelstudienzeiten und Kurzstudiengängen, auf die Publizierung entgegenlaufender Projekte sowie auf die Verhinderung solcher „Rahmenordnungen" u. dergl., die die Gestaltungskompetenz der Hochschulen einengen und dadurch die Verwirklichung von Ansätzen einer hochschulbezogenen Studienreform im Arbeitnehmerinteresse behindern.

c) Eine erste Etappe der Auseinandersetzung um Studienreform und Hochschulgesetzgebung wird mit dem z. Zt. geltenden Anpassungstermin des Landeshochschulrechts an das HRG (Januar 1979) abgeschlossen.

Der BdWi schlägt vor, diesen Termin zu einer *Bestandsaufnahme* der Hochschulpolitik und zur Propagierung demokratischer Alternativkonzeptionen zu nutzen.

Elemente dieser Aktion zum Jahresanfang 1979 könnten sein:

– Herausgabe einer Sammlung von Stellungnahmen zu HRG und Landeshochschulgesetzen von Hochschulgremien, Wissenschaftlerorganisationen, Fachverbänden, Studenten und Gewerkschaften.

– Vorbereitung einer HRG-Musternovelle.

– Durchführung von „Hochschul-Tagen '79 zur demokratischen Studienreform", bei denen fachspezifische Alternativen vorgestellt werden; Aussprachen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften stattfinden; Diskussionen und Absprachen über das gemeinsame weitere Vorgehen vorangetrieben werden können.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

101 **Wir Verfassungsfeinde.** Porträts 12,80
104 Tripp, **Betr.: Piaget** 14,80
105 Lange, **Technik im Kapitalismus** 12,80
107 Butterwegge, **Marxistische Staatsdiskussion** 12,80
108 Bauß, **Geschichte der Studentenbewegung** 14,80
110 Stuby/Wulff (Hg.), **Nürnberger Verhandlungen: Chile** 14,80
111 Bracht u.a. (Hg.), **Hochschulrahmengesetz** 12,80
113 Blank/Braun u.a., **Wohin treibt der Rechtsstaat?** 14,80
116 Haumann (Hg.), **Vom Hotzenwald bis Wyhl** 14,80
115 Finker, **Stauffenberg und der 20. Juli 1944** 14,80

Pahl-Rugenstein

Erklärung der „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" vom 3. Dezember 1978

(Wortlaut)

Die „Nationale Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" hat zum Abschluß ihres ersten Kongresses in einer befreiten Zone am 3. Dezember 1978 eine Erklärung veröffentlicht, die wir angesichts der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Kambodscha im Wortlaut dokumentieren. D. Red.

Liebe, verehrte Mitbürger,
liebe Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer,
liebe im Ausland lebende Mitbürger!

Viele Mitbürger, Funktionäre und Soldaten sind in der langen Periode, während der Kampuchea unter dem Joch des Kolonialismus, Imperialismus und Feudalismus schmachtete, der ruhmreichen Tradition unserer Vorfahren gefolgt. Sie haben, trotz zahlreicher Schwierigkeiten und Opfer, ohne Unterlaß und äußerst heldenmütig gegen den französischen und den amerikanischen Imperialismus gekämpft, mit dem Ziel, Unabhängigkeit und Freiheit für das Vaterland wiederzugewinnen und unserer herrlichen Heimat Angkor Ehre zu machen.

Besonders während des Widerstandskampfes gegen den amerikanischen Imperialismus und für nationale Rettung hat unser Volk, das sowohl auf seine eigenen Kräfte zählte als auch von der Sympathie und Hilfe der sozialistischen Länder und der Frieden und Gerechtigkeit liebenden Menschen der ganzen Welt unterstützt wurde, ruhmreiche Siege errungen. Mit dem großen Sieg vom 17. April 1975 wurde unser gesamtes Land befreit, und für das Volk Kampucheas wurde eine neue Ära, die Ära der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Sozialismus, eröffnet.

Nachdem unser Land die völlige Unabhängigkeit zurückgewonnen hatte, hätte sich unser Volk über den Frieden freuen, alle seine Energie und Kraft in den Dienst des nationalen Wiederaufbaus stellen und mit den sozialistischen Ländern und allen den Frieden, die Unabhängigkeit und die Freiheit liebenden Staaten Südostasiens und der ganzen Welt Beziehungen der Freundschaft und Solidarität unterhalten können.

Statt dessen ist während der letzten drei Jahre eine völlig entgegengesetzte Situation entstanden. In Kampuchea wurde ein diktatorisches, militaristisches, faschistisches und in seiner Grausamkeit beispielloses Regime errichtet. Die reaktionäre Clique Pol Pot/Ieng Sary hat die gesamte Macht an sich gerissen. Sie unternahm alles, um das Land zu verraten und dem Volk zu schaden. Sie brachte unendliches Leid und Elend über die Mitbürger und drohte, unser Volk auszurotten. Und die chinesischen Behörden haben diese Verräter und Tyrannen bis zum letzten ermuntert und unterstützt.

Nur wenige Tage nach der Befreiung haben sie unter dem Etikett „radikale soziale Revolution auf allen Gebieten" und „Reinheit der Gesellschaft" die Städte ausgelöscht und Millionen Einwohner der Städte und Ortschaften gezwungen, ihre Häuser sowie ihr Hab und Gut zu verlassen und auf das Land zu gehen. Dort lebten sie in Armut und unter einem Zwangsarbeitsregime. Sie waren dem langsamen Untergang geweiht.

Die Verräter durchschnitten alle heiligen emotionellen Bindungen der Menschen zu ihren Eltern, Ehefrauen und Ehemännern, Brüdern und Schwestern und selbst zu den Nachbarn. In der Tat löschten sie die Dörfer und Landstriche aus, in denen unser Volk seit Jahrtausenden lebte und mit denen seine Gefühle verwoben sind.

Sie proklamierten die „Zwangskollektivierung", die „Abschaffung des Geldes und des Marktes" und zwangen die Menschen, gemeinschaftlich zu essen und zu schlafen. In Wirklichkeit aber sperrten sie unsere Mitbürger in getarnte KZ, beschlagnahmten alle Produktionsmittel und Konsumgüter, verpflichteten unser Volk zu endloser Arbeit, während sie ihm nur ein Minimum an Nahrung und Kleidung zur Verfügung stellten. Sie zwangen alle Schichten der Bevölkerung, in Armut zu leben, und stießen sie in die Sklaverei zurück. Sie teilten die Menschen in verschiedene Kategorien ein, um sie sich leichter unterwerfen zu können und um sie sich gegenseitig umbringen zu lassen.

Die Verbrechen der Clique Pol Pot/Ieng Sary können bestimmt nicht mehr gezählt werden! Überall wurde unser Volk Zeuge grausamster Schlachtereien – noch barbarischer als im Mittelalter oder unter den Hitlerfaschisten. Die Verräter erklärten selbst, sie würden nicht zögern, Millionen unserer Mitbürger zu opfern, um den Sozialismus nach ihrer Manier aufzubauen. In mehreren Gegenden haben sie ganze Dörfer, ganze Weiler ausgerottet. Sie machten nicht einmal vor Em-

bryos im Mutterleib halt. Mehr noch. Sie hatten die Absicht, die mehr als 1,7 Millionen Einwohner der Ostregion zu ermorden. Angesichts dieser Situation haben sich Hunderttausende gegen sie erhoben. Zehntausende, deren Leben bedroht war, sahen sich gezwungen, das Vaterland zu verlassen und ins Ausland zu flüchten. Jene, die blieben, leben in ständiger Furcht – wie Fische im Netz – und wissen nicht, wann die Reihe an ihnen ist, gemordet zu werden.

Die Clique Pol Pot/Ieng Sary hat die Führung der Partei an sich gerissen und vergessen, was das revolutionäre Volk für sie getan hat, um sie zu ernähren und zu schützen. Seit dem Augenblick, da sie die höchste Macht in ihren Händen hielten, zahlten sie mit Quälereien und Schlächtereien. Sie verrieten ihre Mitbürger und ihre Genossen. Viele Funktionäre und Mitglieder der Partei, wahrhafte Revolutionäre und Patrioten, sowie Funktionäre und Soldaten der Streitkräfte, die zur Befreiung beigetragen und ihre absolute Treue zum Vaterland bewiesen hatten, wurden auf allen Ebenen und in allen Gegenden nur aus dem einzigen Grunde gemordet, weil sie die reaktionäre, barbarische Politik nicht unterstützten.

Alle Traditionen, die guten Sitten und Gebräuche unseres Volkes, wurden mit Füßen getreten, und unsere nationale Kultur wurde zerstört. Die Glaubensfreiheit wurde verboten, kollektive Zwangseheschließungen wurden organisiert, Familien getrennt, Sitten und Gebräuche entehrt. Die Verräter zerstörten Pagoden und Tempel des Buddhismus, der langjährigen Staatsreligion Kampucheas, und nötigten die Bonzen*), zum weltlichen Leben zurückzukehren. Sie verboten den Hinduismus in unserem Lande und rotteten die Nationalität der Champa aus. Sie liquidierten nahezu alle Schuleinrichtungen, angefangen von der Grundschule bis zur Hochschule. Alle Kinder von 13 und 14 Jahren wurden gezwungen, das Lernen aufzugeben und der Armee beizutreten, um den Interessen der Verräter zu dienen.

Das Regime der Clique Pol Pot/Ieng Sary ist eine Sklavenhalterordnung neuen Typs und hat mit dem Sozialismus nicht das geringste zu tun!

Um ihre unerhörten Verbrechen an unserem Volk zu verschleiern und ihr diktatorisches, militaristisches und barbarisches Regime aufzubauen, das bereit ist, jeden zu töten, der sich ihm nicht unterordnet, und um gleichzeitig den strategischen expansionistischen Großmachtzielen der chinesischen Behörden zu dienen, haben sie den Grenzkonflikt mit Vietnam provoziert und damit einen Freund in einen Feind verwandelt.

Unsere revolutionären Streitkräfte machten sie zu Söldnern der chinesischen Machthaber, zu einem Unterdrückungsinstrument gegen die Widerstandsbewegung des Volkes.

Verehrte Mitbürger,
liebe Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer,
liebe kampucheanische Brüder und Schwestern im Ausland!

Die Verrräter und Tyrannen Pol Pot und Ieng Sary haben Kampuchea in Blut und Tränen gestürzt. Voller Haß gegen diese barbarischen Akte und diese Politik des Verrates am Vaterland und am Volk haben sich die wahrhaft revolutionären und patriotischen Kräfte gemeinsam mit der Bevölkerung des ganzen Landes zum energischen Kampf gegen diese Verräter erhoben, um unser Land und unser Volk vor der Sklaverei und der Gefahr der Ausrottung zu bewahren. Die „Nationale Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung", die soeben gegründet wurde, erklärt feierlich:

Die im Geiste wirklicher Unabhängigkeit des Volkes von Kampuchea gegründete „Nationale Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" vereint alle Nationalitäten im Lande, alle patriotischen Kräfte, ungeachtet der politischen und religiösen Richtungen, darunter Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Intellektuelle, Bonzen, Patrioten, die sich noch in den Reihen der gegenwärtig an der Macht befindlichen Clique befinden, sowie Mitbürger, die gegenwärtig im Ausland leben, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts, um einmütig die unmittelbare revolutionäre Aufgabe des kampucheanischen Volkes zu verwirklichen. Diese besteht darin, das gesamte Volk zu vereinen und sich zum Sturz der reaktionären und despotischen Clique Pol Pot/Ieng Sary, der Bande von militaristischen Diktatoren im Dienste ausländischer reaktionärer Kräfte, zu erheben, ihr barbarisches, blutiges Regime zu liquidieren, eine volksdemokratische Ordnung einzuführen, die Traditionen von Angkor zu entwickeln, aus Kampuchea ein wahrhaft friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales, nichtpaktgebundenes und zum Sozialismus voranschreitendes Land zu machen und damit aktiv zum gemeinsamen Kampf für Frieden und Stabilität im südostasiatischen Raum beizutragen.

Um die erwähnte historische Mission gut zu erfüllen, schlägt die „Nationale Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" vor:

ERSTENS: Verwirklichung einer Politik breiter nationaler Einheit, Sturz des diktatorischen, mili-

*) Buddhistischer Möche, Priester. D. Red.

taristischen und despotischen Regimes der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary; Auflösung des von Pol Pot/Ieng Sary geschaffenen Rates der Volksvertreter; Durchführung allgemeiner Wahlen zu einer Nationalversammlung; Reorganisierung der dmokratischen Volksmacht auf allen Ebenen; Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die das Recht des Volkes auf wirkliche Gleichheit, Freiheit und Demokratie garantiert; Schaffung der Gesetzgebung eines unabhängigen, demokratischen, zum Sozialismus voranschreitenden Staates.

ZWEITENS: Aufbau von revolutionären Massenorganisationen Kampucheas, die der „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" angeschlossen sind, mit dem Ziel, die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu erfassen und ihnen zu helfen, die antinationale und volksfeindliche Natur der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary zu erkennen, damit sie alle von dieser Clique geschaffenen Organisationen und Gruppen aufgeben und dem Jugendverband für Nationale Rettung, dem Frauenbund für Nationale Rettung, der Gewerkschaft für Nationale Rettung, dem Bauernverband für Nationale Rettung und dem Intellektuellenverband für Nationale Rettung beitreten, um die reaktionäre, despotische Clique Pol Pot/Ieng Sary zu stürzen und allen Bevölkerungsschichten das Recht zu garantieren, wahre Herren des Landes zu sein.

DRITTENS: Aufbau und Entwicklung der revolutionären Armee Kampucheas, die gemeinsam mit der Bevölkerung die Aufgabe hat, die reaktionäre Administration Pol Pot/Ieng Sary zu zerschlagen, die revolutionäre Macht, das Leben und das Hab und Gut der Bevölkerung zu verteidigen, das Vaterland wirksam zu schützen und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas entschlossen zu bewahren.

VIERTENS: Verwirklichung der Rechte auf wahre Freiheit und Demokratie und Respektierung der Würde des Volkes. Alle Kampucheaner haben das Recht, in ihre Geburtsorte zurückzukehren und ihr Familienleben in Glück wiederaufzubauen. Alle Kampucheaner haben das Recht, sich frei im Lande niederzulassen und zu bewegen, haben das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit und Freiheit des Glaubens, das Recht auf Arbeit, Erholung und Bildung, die Garantie der persönlichen Freiheit. Alle nationalen Gruppen sind frei und gleich und haben die gleichen Pflichten und Rechte.

FÜNFTENS: Verwirklichung einer unabhängigen und souveränen Wirtschaftspolitik, um zum wahren Sozialismus voranzuschreiten. Wiederaufbau des vom Krieg verwüsteten Landes. Wiederaufbau der von der Clique Pol Pot/Ieng Sary untergrabenen nationalen Wirtschaft. Die neue Wirtschaft dient auf der Grundlage der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie den Interessen des Volkes. Sie ist eine Planwirtschaft, die über Märkte verfügt und den Bedürfnissen des Fortschritts und der Gesellschaft entspricht.

Annullierung der Verpflichtung für die Menschen, nach dem System „Gemeinsam arbeiten und essen" zu leben. Abschaffung der von der Clique Pol Pot/Ieng Sary betriebenen Politik, den Reis sowie das Hab und Gut der Bevölkerung zu beschlagnahmen. Unterstützung und Förderung aller Formen freiwilliger gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit der Bauern mit dem Ziel, einen starken Produktionsaufschwung und eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung zu erreichen.

Gründung von Banken, Herausgabe einer Währung, Wiederherstellung und Entwicklung der Warenzirkulation, Entwicklung des Binnenhandels und Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils.

Abschaffung des von der Clique Pol Pot/Ieng Sary eingeführten und die Menschen gleichschaltenden Zwangsarbeitsregimes. Verwirklichung des Achtstundenarbeitstages und Bezahlung nach dem Leistungsprinzip.

SECHSTENS: Abschaffung der Zwangsehe und Wiedereinführung der freien Eheschließung. Wiederherstellung eines glücklichen Familienlebens. Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und Schaffung günstiger Voraussetzungen für alle Frauen, einen Beruf zu erlernen und sich darin zu vervollkommnen, damit sie wie die Männer der Gesellschaft dienen können.

Sorge für die Kriegsverletzten, für Familien, deren Angehörige auf dem Feld der Ehre gefallen sind, sowie für Familien, die wertvolle Beiträge zur Revolution leisteten. Sorge für die Volksgesundheit, die Alten, die Invaliden und mittellosen Waisen.

Verteidigung der legitimen Interessen der im Ausland lebenden kampucheanischen Bürger und Ausbüung einer gerechten Politik gegenüber den in Kampuchea lebenden Ausländern.

SIEBENTENS: Liquidierung der gesamten reaktionären „Kultur" der Clique Pol Pot/Ieng Sary und Aufbau einer neuen Kultur mit nationalem und Volkscharakter. Überwindung des Analphabetentums, Entwicklung des nationalen Bildungswesens, Bau von Grund- und Hochschulen sowie von Berufsschulen.

Richtiger Einsatz der Wissenschaftler, Techniker, Künstler und Kulturschaffenden.

Erhaltung und Restaurierung der historischen Bauten, Pagoden und Parks, die von der Clique Pol Pot/Ieng Sary beschädigt und zerstört wurden.

ACHTENS: Herzliche Aufnahme von Offizieren und Soldaten, Funktionären und Angestellten der reaktionären Armee und Administration, die in die Reihen des Volkes zurückkehren und sich zur Rettung des Vaterlandes und ihrer eigenen Familien der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary widersetzen, sowie Schaffung günstiger Bedingungen für sie.

Bestrafung der reaktionären Anführer, die sich dem Volk hartnäckig widersetzen und Blutschuld auf sich geladen haben. Gnade für jene, die aufrichtig bereuen. Vergütung für jene, die im Dienste der Revolution mit der Waffe in der Hand kämpften.

Menschliche Behandlung der im Kampf gefangengenommenen Angehörigen der Administration und der Armee von Pol Pot/Ieng Sary. Wir wollen ihnen helfen, ehrliche, für die Gesellschaft nützliche Menschen zu werden.

NEUNTENS: Verwirklichung einer Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft und der Nichtpaktgebundenheit in den Beziehungen mit allen Ländern, ungeachtet der politischen und sozialen Ordnung, auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität, Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils.

ZEHNTENS: Lösung aller Meinungsverschiedenheiten mit den Nachbarländern durch friedliche Verhandlungen auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität. Beendigung des von der Clique Pol Pot/Ieng Sary provozierten Grenzkonflikts mit Vietnam. Wiederherstellung der Beziehungen der Freundschaft, Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft mit den Staaten Südostasiens, um zum Aufbau eines friedlichen, unabhängigen, freien, neutralen, stabilen und blühenden Südostasien beizutragen.

Kampuchea tritt keinen Militärbündnissen bei und erlaubt keinem Land, auf dem Territorium Kampucheas Militärstützpunkte zu errichten und Militärausrüstungen einzuführen.

ELFTENS: Verstärkung der Solidarität mit den revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt. Entschlossene Unterstützung des gemeinsamen Kampfes der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus.

Liebe und verehrte Mitbürger,
liebe Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer,
liebe Mitbürger im Ausland!

Unser Volk wird von der Ausrottung bedroht. Unser Vaterland ist in Gefahr.

Die „Nationale Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" appelliert an alle Mitbürger aller Nationalitäten, alle Volksschichten und an die im Ausland lebenden Kampucheaner, junge und alte, Männer und Frauen, ungeachtet der politischen und religiösen Auffassungen, ihre Reihen unter dem Banner der „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" zu schließen und vereint zusammenzustehen, um das diktatorische, militaristische, von der despotischen und blutigen Clique Pol Pot/Ieng Sary geführte Völkermord-Regime zu stürzen. Das ist der einzige Weg zur Rettung des Volkes, des Landes und zu unserer eigenen Rettung. Nur so können wir unserem Land Frieden und wahre Unabhängigkeit sichern, wirkliche Demokratie und Glück für unser Volk.

Funktionäre, Angestellte, Kämpferinnen und Kämpfer, die Ihr noch im Verwaltungsapparat und in der Armee der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary tätig seid!

Erhebt Euch gegen die Politik des Verrats dieser Clique an Volk und Vaterland, nehmt aktiv teil am gerechten Kampf des Volkes! Liquidiert die Folterknechte! Werdet zu wahren revolutionären Streitkräften des Volkes!

Die „Nationale Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" appelliert eindringlich an die Völker und Regierungen sowie die demokratischen Organisationen der ganzen Welt, die für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen, den gerechten Kampf unseres Volkes auf allen Gebieten aktiv zu unterstützen.

Das herrschende, äußerst barbarische und brutale Regime der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary ist bereits bis in seine Fundamente erschüttert und kann dem völligen Untergang nicht entrinnen.

In der gegenwärtigen Epoche kann keine internationale reaktionäre Kraft, so grausam und hinterhältig sie auch sein mag, das heroische Volk Kampucheas ausrotten.

Obgleich sie noch zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden haben, werden die wahrhaft revolutionären Kräfte Kampucheas, die eine gerechte revolutionäre Linie und ein gerechtes, der heiligen Hoffnung der Nation und dem Lauf der Geschichte entsprechendes Kampfziel haben, die sich auf einen festen Block der nationalen Einheit stützen und Sympathie und Unterstützung der den Frieden, die Gerechtigkeit und den sozialen Fortschritt liebenden Völker in der ganzen Welt genießen, unwiderruflich einen ruhmreichen Sieg erringen.

Die Zeit der Revolution ist gekommen! Mögen unsere Mitbürger, Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer sich vereinen und mutig vorwärtsschreiten!

Mögen sie entschlossen für den Sturz der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary kämpfen!

Unser Volk wird ohne Zweifel ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales, nichtpaktgebundenes und zum Sozialismus voranschreitendes Kampuchea aufbauen! Die kampucheanische Revolution wird siegen!

Befreite Zone Kampucheas, den 3. Dezember 1978

Zentralkomitee der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 7. und 8. Dezember 1978 in Brüssel

(Wortlaut)

1. Der Nordatlantikrat tagte am 7. und 8. Dezember 1978 in Brüssel auf Ministerebene.

2. Die Minister bekräftigten ihre Entschlossenheit, die Solidarität des Nordatlantischen Bündnisses als den unverzichtbaren Garanten ihrer Sicherheit, ihrer Freiheit und ihres Wohlergehens und als bedeutsamen Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Stabilität zu erhalten und zu stärken. Sie unterstrichen ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen und Zielen des Bündnisses, die sich auf die Werte der Demokratie, der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschrittes gründen.

3. Die Minister erörterten die Studie des Generalsekretärs über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung innerhalb des Bündnisses, die von der Washingtoner Tagung des Nordatlantikrats im Mai angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten einiger Bündnispartner in Auftrag gegeben worden war.

In Anbetracht des engen Zusammenhangs zwischen Verteidigung und Wirtschaft sowie der grundlegenden Bedeutung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts für eine stabile Demokratie betonten sie erneut die Notwendigkeit, die Volkswirtschaften dieser Länder auf eine gesunde Grundlage zu stellen und sie bei ihrem Wirtschaftswachstum zu unterstützen.

Als Ausdruck ihrer Solidarät und eingedenk des Artikels 2 des Nordatlantik-Vertrages waren sich die Minister einig über die dringende Notwendigkeit, die finanzielle Unterstützung und wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Mitgliedstaaten, die dazu in der Lage sind, auf bilateralem und multilateralem Wege zu verstärken. Sie beauftragten den Ständigen Rat, seine Konsultationen über diese wichtige Frage fortzusetzen und ihnen zu berichten.

4. Die Minister erörterten den derzeitigen Stand des Ost-West-Verhältnisses in allen seinen Aspekten. Sie erinnerten insbesondere an die von den führenden Staatsmännern des Bündnisses auf der Gipfelkonferenz im vergangenen Mai in Washington verabschiedete Ost-West-Studie. Sie bekräftigten erneut ihre Entschlossenheit, nach weiteren Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis zu suchen, und ihr unverändertes Bekenntnis zur Entspannungspolitkk als bestes Mittel zur Förderung stabiler und beiderseits vorteilhafter Beziehungen zwischen den Regierungen und besserer und häufigerer Kontakte zwischen den Menschen. Hierbei betonten sie noch einmal die Unteilbarkeit der Entspannung und wiesen darauf hin, daß eine Mißachtung dieser Tatsache die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen unweigerlich beeinträchtigen würde. Sie betonten die Notwendigkeit friedlicher Lösungen in allen Problemgebieten.

5. Die Minister brachten erneut ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die uneingeschränkte Durchführung aller Teile der KSZE-Schlußakte ein wesentliches Element für die Förderung der Entspannung ist. Sie vermerkten mit Bedauern gewisse negative Entwicklungen bei der Durchführung der KSZE-Schlußakte im Laufe des Jahres 1978, insbesondere auf den Gebieten der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Information. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, bis zum Madrider Treffen erkennbare Fortschritte bei der Implementierung zu erzielen, um den Teilnehmerstaaten zu ermöglichen, sich auf politischer Ebene an diesem Treffen zu beteiligen.

Sie betonten, daß dieses Treffen eine wertvolle Gelegenheit zu einer weiteren Überprüfung der Durchführung der Schlußakte und zur Prüfung künftiger Fortschritte bieten könnte. Sie waren sich einig in der Notwendigkeit, das Madrider Treffen sorgfältig vorzubereiten. Sie brachten daher ihre Absicht zum Ausdruck, sich hierüber sowohl innerhalb des Bündnisses als auch mit den anderen KSZE-Teilnehmerstaaten ausführlich zu beraten. Sie nahmen die positiven Ergebnisse des kürzlichen Bonner Treffens über die Vorbereitung eines Wissenschaftlichen Forums zur Kenntnis.

6. Die Minister erörterten die Entwicklungen bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem. Sie nahmen mit Befriedigung die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Berlin zur Kenntnis und begrüßten die in den letzten Monaten zur Stärkung der wirtschaftlichen Grundlage der Lebensfähigkeit der Stadt unternommenen Bemühungen. Die Fortdauer eines ungestörten Klimas in Berlin und auf den Zugangswegen bleibt ein wesentliches Element der Entspannung in Europa. Die Minister nahmen mit Befriedigung den Abschluß der Vereinbarungen und Abmachungen mit der Deutschen Demokratischen Republik am 16. November 1978 zur Kenntnis, die ein wichtiger Beitrag zur Stabilität der Berlin-Situation und zur Entspannung in Europa insgesamt sind.

7. Die Minister stellten mit Besorgnis den anhaltenden Ausbau der konventionellen und nuklearen Streitkräfte und Rüstungen des Warschauer Pakts fest, und zwar trotz wiederholter Versicherungen des Ostens, daß sein Ziel nicht darin bestehe, militärische Überlegenheit zu erlangen. Die Minister, deren Bemühen sich weiterhin auf konkrete und verifizierbare Rüstungskontrollmaßnahmen richtet, betonten angesichts dieser Entwicklungen die Notwendigkeit, auch weiterhin die Mittel bereitzustellen, die erforderlich sind, um die Fähigkeiten des Bündnisses soweit zu modernisieren und zu stärken, wie dies für die Abschreckung und Verteidigung notwendig ist. Sie erörterten mit Genugtuung die zu diesem Zweck von den Bündnispartnern seit der Washingtoner Tagung ergriffenen Maßnahmen.

8. Die Minister begrüßten die stärkere Betonung gemeinschaftlicher Rüstungsprogramme, die das Ziel verfolgen, die vorhandenen Mittel wirksamer einzusetzen. Sie begrüßten ebenfalls die Anstrengungen zur Herbeiführung eines ausgewogeneren Verhältnisses zwischen den nordamerikanischen und den europäischen Bündnispartnern bei der Aufteilung der Entwicklung und Produktion neuer Rüstungsgüter und zur Erhöhung der Zahl und Qualität standardisierter oder interoperabler Systeme. Sie erteilten den nationalen Rüstungsdirektoren die Weisung, auf diesem Wege weiterzuarbeiten und dabei die besonderen Interessen der weniger industrialisierten Staaten des Bündnisses zu berücksichtigen.

9. Die Minister begrüßten die Einigung der Regierungen die sich jetzt am NATO-Frühwarnsystem beteiligen, bei dem es sich um das bisher umfangreichste gemeinschaftliche Rüstungsprojekt des Bündnisses handelt.

10. Die Minister bekräftigten ihre Überzeugung, daß konkrete und verifizierbare Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen einen bedeutenden Beitrag zu Sicherheit, Stabilität und Frieden leisten würden. Daher begrüßten sie die wachsende Beachtung, die die Weltöffentlichkeit der Rüstungskontrolle und Abrüstung schenkt, wie sich dies in den wichtigen laufenden Verhandlungen, der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung und in der demnächst stattfindenden ersten Tagung des Abrüstungsausschusses in Genf zeigt, an dem Bündnispartner sich aktiv beteiligen werden. Die Minister erinnerten an ihre Vereinbarung, sich der Bündnismechanismen für eingehende Konsultationen über Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung noch stärker zu bedienen, und nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß derartige Konsultationen intensiviert worden sind. In diesem Zusammenhang führten sie einen nützlichen Meinungsaustausch über den französischen Vorschlag einer Abrüstungskonferenz in Europa und über die Aussichten, die sich mit diesem Vorschlag für die Vertrauensbildung und Sicherheit in dieser Region eröffnen könnten.

11. Die Minister befaßten sich mit den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Begrenzung strategischer Waffen. Sie begrüßten die in den Verhandlungen erzielten Fortschritte und brachten ihre Unterstützung für die Anstrengungen der USA zum Ausdruck, sie zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Die Minister vertreten unverändert die Auffassung, daß ein SALT-Abkommen, das die strategische Stabilität erhöht, die Abschreckung aufrechterhält und den Sicherheitsinteressen und -anliegen der Bündnispartner entspricht, im gemeinsamen Interesse liegt.

12. Die Minister der an den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung beteiligten Staaten bekräftigten erneut ihr Engagement für diese Verhandlungen und unterstrichen noch einmal ihre Entschlossenheit, sie zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Als Ziel dieser Verhandlungen bekräftigten sie die Herstellung eines ungefähren Gleichstands der Landstreitkräfte in der Form einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke im Personalbestand beider Seiten und der Verminderd Sicherheit in Europa beitragen. Die Minister erinnerten an die zu diesem Zweck im April dieses Jahres eingebrachte wichtige westliche Initiative. Die Reaktion des Ostens auf diese Vorschläge enthält zwar eine willkommene Bewegung in strukturellen und konzeptionellen Fragen, läßt aber dennoch bedeutende substantielle Meinungsverschiedenheiten offen. Beide Seiten sollten sich jetzt Schritt um Schritt und konstruktiv mit diesen ungelösten Fragen befassen.

Diese Minister begrüßten die Bewegung des Ostens in Richtung auf eine Einigung über die Konzeption des ungefähren Gleichstandes. Sie betonten jedoch, daß dies die Klärung der Datenbasis, die sie für substantiellen Fortschritt immer für wesentlich gehalten haben, noch dringlicher gemacht hat. Sie appellierten an die östliche Seite, auf die kürzlichen westlichen Bemühungen in der Datendiskussion positiv zu reagieren, die dem Zweck dienen, die Ursachen der Diskrepanz zwischen den westlichen Zahlen und den östlichen Daten über die im Reduzierungsgebiet auf beiden Seiten vorhandenen Personalbestände aufzuklären.

Diese Minister erinnerten ebenfalls an die Ankündigung der führenden Staatsmänner des Bündnisses auf ihrer Tagung im Mai hinsichtlich einer Sitzung der Verhandlungen auf Außenministerebene. Sie vertraten die Auffassung, daß die seinerzeit für eine derartige Sitzung genannten Voraussetzungen trotz der seither eingetretenen Bewegung bisher nicht erfüllt sind, vereinbarten jedoch, diese Angelegenheit weiter zu prüfen.

Die Minister legen auch weiterhin auf die Einbeziehung begleitender Maßnahmen, die auch für die Teilnehmer an den Flanken unverminderte Sicherheit gewährleisten müssen, in eine MBFR-Vereinbarung wert.

13. Die Minister begrüßten die Fortsetzung des Dialogs, der als Ergebnis des Gipfeltreffens von Montreux zwischen dem griechischen und dem türkischen Ministerpräsidenten in Gang gekommen ist. Sie brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieser konstruktive Schritt der beiden Regierungen zu baldigen positiven Ergebnissen durch weitere gemeinsame Anstrengungen und – soweit erforderlich – durch die Bekräftigung ihres politischen Willens, dieses Ziel zu erreichen, führen wird.

14. Die Minister nahmen den Bericht über die Lage im Mittelmeerraum zur Kenntnis und unterstrichen erneut die Notwendigkeit, das derzeitige Kräfteverhältnis in der gesamten Mittelmeerregion zu wahren. Sie baten den Ständigen Rat, seine Konsultationen über diese Frage fortzuführen und ihnen auf ihrer nächsten Tagung erneut zu berichten.

15. Die Minister befaßten sich mit den Entwicklungen im Nahen Osten und brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß alle Beteiligten die Möglichkeiten, die sich auf Grund der laufenden Verhandlungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden eröffnet haben, voll ausschöpfen. Sie äußerten die Hoffnung auf einen baldigen und erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen als wichtigen Schritt auf dem Wege zu einem umfassenden Frieden im Nahen Osten und brachten ihre Unterstützung für die Bemühungen der Vereinigten Staaten um eine derartige umfassende Regelung zum Ausdruck.

16. Die Minister nahmen die Fortschritte des NATO-Umweltausschusses (CCMS) zur Kenntnis, insbesondere seine Bemühungen um eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zum Zwecke der Verbesserung der Umwelt und der Lebensqualität. Die Minister stellten darüber hinaus mit Befriedigung fest, daß der Wissenschaftsausschuß auch weiterhin als wirksamer Mechanismus und als Forum für die internationale Zusammenarbeit auf Gebieten dient, die in wissenschaftlicher und technologischer Hinsicht für die Bündnispartner von erheblichem Interesse sind.

17. Bei der Betrachtung der weltwirtschaftlichen Probleme stellten die Minister fest, daß diese weiterhin ungelöst sind und daß alle Länder noch dabei sind, die negativen Entwicklungen im Wirtschaftsklima der jüngsten Zeit zu bewältigen. Sie stellten fest, daß die Bündnispartner im Zusammenhang mit dem wiederbeginnenden Wachstum energische Anstrengungen in Richtung auf ein gerechteres Weltwirtschaftssystem einschließlich verbesserter Welthandels- und Zahlungsvorkehrungen unternommen haben. Diese Anstrengungen werden fortgesetzt.

18. Die Minister vereinbarten, die nächste Ministertagung des Nordatlantikrats am 30. und 31. Mai 1979 in Den Haag abzuhalten. Sie wiesen darauf hin, daß das Nordatlantische Bündnis im kommenden Jahr den 30. Jahrestag seiner Gründung begeht und daß es seitdem Europa ermöglicht hat, in Frieden zu leben.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1978*)

Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg (4. Juni 1978)[1])

Wahlberechtigte:	1 264 661	
Wahlbeteiligung:	969 000	= 76,6 %
Ungültig:	10 603	= 1,1 %
Gültig:	958 397	
Zahl der Abgeordneten:	120	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	493 340	51,5	69
CDU	360 409	37,6	51
FDP	45 903	4,8	—
DKP	9 373	1,0	—
NPD	3 231	0,3	—

*) Letzte Übersicht: Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1976; vgl. „Blätter", 1/1977, S. 122 ff.
1) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg vom 3. März 1974 in: „Blätter", 1/1975, S. 119.

	Stimmen	Prozent	Mandate
KPD/ML	880	0,1	—
KBW	689	0,1	—
FSU	371	0,0	—
AUD	592	0,1	—
EAP	269	0,0	—
Bunte Liste	33 279	3,5	—
GLU	10 061	1,0	—

Quelle: Amtlicher Anzeiger / Teil II des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes, Nr. 117/1978.

Wahl zum Landtag von Niedersachsen (4. Juni 1978) [2])

Wahlberechtigte:	5 241 051	
Wahlbeteiligung:	4 114 730	= 78,5 %
Ungültig:	26 547	= *)
Gültig:	4 088 183	
Zahl der Abgeordneten:	155	

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	1 989 326	48,7	83
SPD	1 723 638	42,2	72
FDP	171 514	4,2	—
AUD	1 293	0,0	—
DKP	12 700	0,3	—
EAP	186	0,0	—
FU	10 855	0,3	—
GLU	157 733	3,9	—
KBW	2 779	0,1	—
NPD	17 613	0,4	—
VPD	472	0,0	—
Einzelbewerber	74	0,0	—

Quelle: Niedersächsisches Ministerialblatt, Nr. 28/1978.

Wahl zum Landtag von Hessen (8. Oktober 1978) [3])

Wahlberechtigte:	3 933 990	
Wahlbeteiligung:	3 450 090	= 87,7 %
Ungültig:	27 123	= 0,8 %
Gültig:	3 422 967	
Zahl der Abgeordneten:	110	

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	1 575 445	46,0	53
SPD	1 515 953	44,3	50

*) Prozentanteil nicht ausgewiesen.
2) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Niedersächsischen Landtag vom 9. Juni 1974 in: „Blätter", 1/1975, S. 119.
3) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Hessischen Landtag vom 27. Oktober 1974 in: „Blätter", 1/1975, S. 120.

	Stimmen	Prozent	Mandate
FDP	225 044	6,6	7
DKP	14 531	0,4	—
NPD	12 507	0,4	—
EAP	511	0,0	—
KBW	2 638	0,1	—
GAZ	30 787	0,9	—
GLH	37 758	1,1	—
FWG	7 452	0,2	—
AVP	12	0,0	—
Gerechtigkeitspartei	39	0,0	—
GLU	274	0,0	—
Unabhängige	16	0,0	—

Quelle: Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes B VII 2 – 78/7.

Wahl zum Landtag von Bayern (15. Oktober 1978)[4])

Wahlberechtigte:	7 651 716
Wahlbeteiligung	5 863 069 = 76,6 %
Ungültig:	256 781*) = 2,2 %
Gültig:	11 468 095*)
Zahl der Abgeordneten	204

	Stimmen*)	Prozent	Mandate
CSU	6 782 091	59,1	129
SPD	3 599 479	31,4	65
FDP	711 348	6,2	10
NPD	66 926	0,6	—
BP	50 004	0,4	—
DKP	33 182	0,3	—
BSP	10 205	0,1	—
AUD	210 977	1,8	—
KBW	2 913	0,0	—
EAP	335	0,0	—
UWV	635	0,0	—

Quelle: Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 45/1978.

4) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Bayerischen Landtag vom 27. Oktober 1974 in: „Blätter", 1/1975, S. 119.
*) Bei den hier wiedergegebenen Zahlen handelt es sich um eine Addition der Erst- und Zweitstimmen (Gesamtstimmen).

AUD = Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher / AVP = Aktionsgemeinschaft Vierte Partei / BP = Bayernpartei / BSP = Bayerische Staatspartei / CDU = Christlich Demokratische Union Deutschlands / CSU = Christlich-Soziale Union / DKP = Deutsche Kommunistische Partei / EAP = Europäische Arbeiterpartei / FDP = Freie Demokratische Partei / FSU = Freisoziale Union/Demokratische Mitte / FU = Freie Union in Niedersachsen / FWG = Verband der freien, unabhängigen und überparteilichen Wählergruppen für das Land Hessen / GAZ = Grüne Aktion Zukunft / GLH = Grüne Liste Hessen/Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie / GLU = Grüne Liste Umweltschutz / KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschland / KPD/ML = Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten / NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands / SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands / UW = Unabhängige Wähler-Vereinigung der Stadt Weilheim / VPD = Vierte Partei Deutschlands.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. *ISSN 0006–4416*

Autoren dieses Heftes

Dr. Ulrich ALBRECHT, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen auf dem Gebiet der internationalen Politik, besonders zu Rüstungs- und Militärfragen. • • • *Klaus KONJETZKY,* geb. 1943 in Wien, freier Schriftsteller, Vorstandsmitglied im Schriftstellerverband (VS), PEN-Mitglied; letzte Buchveröffentlichung: Was interessiert mich Goethes Geliebte? Tendenziöse Gedanken und Gespräche über Literatur und Wirklichkeit, München 1977. • • • *Martin NIEMÖLLER,* geb. 1892, 1931 Pfarrer in Berlin-Dahlem, 1937–1945 auf persönliche Anordnung Hitlers in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau. Nach 1945 Leiter des Kirchlichen Außenamtes und Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1947 Kirchenpräsident in der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, maßgeblich an der Neuordnung der Kirche beteiligt, führendes Mitglied des Weltkirchenrates. • • • *Nino PASTI,* geb. 1909 in Bologna (Italien), General der Luftwaffe i. R.; ehemals stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe, Vorsitzender des Consiglio Superiore delle forze armate, Mitglied des NATO-Militärausschusses, Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen; heute Mitglied des italienischen Senats. • • • *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. • • • *Horst J. ANDEL,* geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976), Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976). Die Araber – Europas Nachbarn (Frankfurt 1978). • • • *Dr. Wolf-Dieter GUDOPP,* geb. 1941 in Freiburg/Br., Studium der Philosophie, Theologie und Soziologie in Basel und Berlin (West), 1973–1975 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg (Fach Philosophie), Lehrauftrag an der Gesamthochschule Paderborn. • • • *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg. Mitherausgeber der Zeitschrift „3. Welt-Magazin", Bonn.

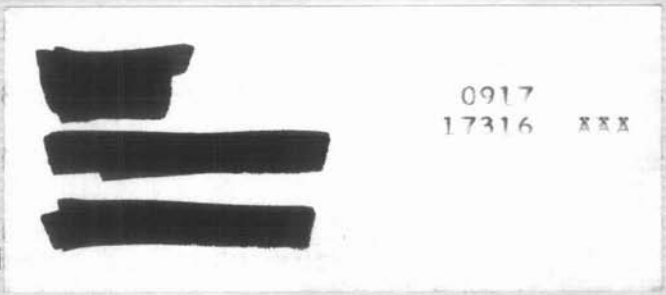
Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Wilhelm Fink Verlages, München, bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (1/79)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51



0917
17316 XXX

Prei

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	77,–	86,–	104,–	121,–	129,–	180,–	224,–	266,–
8 Seiten	128,–	146,–	171,–	194,–	215,–	300,–	365,–	428,–
12 Seiten	194,–	214,–	248,–	280,–	318,–	402,–	473,–	550,–
16 Seiten	260,–	280,–	328,–	365,–	411,–	502,–	596,–	692,–
20 Seiten	325,–	356,–	402,–	450,–	480,–	614,–	725,–	866,–
24 Seiten	365,–	408,–	464,–	516,–	558,–	716,–	849,–	1070,–
28 Seiten	420,–	464,–	524,–	592,–	642,–	776,–	964,–	1192,–
32 Seiten	472,–	515,–	579,–	644,–	695,–	838,–	1080,–	1332,–
36 Seiten	501,–	552,–	612,–	666,–	708,–	945,–	1192,–	1425,–
40 Seiten	524,–	572,–	636,–	700,–	745,–	999,–	1270,–	1468,–

Autoren dieses Heftes

Dr. Ulrich ALBRECHT, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen auf dem Gebiet der internationalen Politik, besonders zu Rüstungs- und Militärfragen. • • • *Klaus KONJETZKY,* geb. 1943 in Wien, freier Schriftsteller, Vorstandsmitglied im Schriftstellerverband (VS), PEN-Mitglied; letzte Buchveröffentlichung: Was interessiert mich Goethes Geliebte? Tendenziöse Gedanken und Gespräche über Literatur und Wirklichkeit, München 1977. • • • *Martin NIEMÖLLER,* geb. 1892, 1931 Pfarrer in Berlin-Dahlem, 1937–1945 auf persönliche Anordnung Hitlers in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau. Nach 1945 Leiter des Kirchlichen Außenamtes und Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1947 Kirchenpräsident in der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, maßgeblich an der Neuordnung der Kirche beteiligt, führendes Mitglied des Weltkirchenrates. • • • *Nino PASTI,* geb. 1909 in Bologna (Italien), General der Luftwaffe i. R.; ehemals stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe, Vorsitzender des Consiglio Superiore delle forze armate, Mitglied des NATO-Militärausschusses, Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen; heute Mitglied des italienischen Senats. • • • *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. • • • *Horst J. ANDEL,* geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976), Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976). Die Araber – Europas Nachbarn (Frankfurt 1978). • • • *Dr. Wolf-Dieter GUDOPP,* geb. 1941 in Freiburg/Br., Studium der Philosophie, Theologie und Soziologie in Basel und Berlin (West), 1973–1975 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg (Fach Philosophie), Lehrauftrag an der Gesamthochschule Paderborn. • • • *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg. Mitherausgeber der Zeitschrift „3. Welt-Magazin", Bonn.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Wilhelm Fink Verlages, München, bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.